

67. Sitzung

Freitag, den 11.11.2016

Erfurt, Plenarsaal

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zum Thüringen-Monitor 2016

5558

Unterrichtung durch die Landesregierung
- Drucksache 6/2782 -

Die Regierungserklärung wird durch Ministerpräsident Ramelow abgegeben.

Die Aussprache zu der Regierungserklärung wird durchgeführt.

Ramelow, Ministerpräsident

5558, 5559,
5568, 5605

Mohring, CDU

5569

Hennig-Wellsow, DIE LINKE

5578

Hey, SPD

5585

Höcke, AfD

5589

Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

5595

Prof. Dr. Hoff, Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei

5599

Walsmann, CDU

5603

Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

5606

Berninger, DIE LINKE

5609

Fragestunde

5611

- a) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Schaft (DIE LINKE)** 5611
Unnötiger Zeitverlust bei Referendariatsantritt nach Studienabschluss an der Universität Erfurt
- Drucksache 6/2911 -
- wird von Staatssekretär Hoppe beantwortet. Zusatzfrage.*
- Schaft, DIE LINKE 5611
Hoppe, Staatssekretär 5611, 5612
Wolf, DIE LINKE 5612
- b) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Liebetrau (CDU)** 5612
Bestandsgarantie für die Gemeinde Brotterode-Trusetal (Landkreis Schmalkalden-Meiningen)
- Drucksache 6/2922 -
- wird von Staatssekretär Götze beantwortet. Zusatzfrage.*
- Liebetrau, CDU 5612
Götze, Staatssekretär 5612, 5613
Kuschel, DIE LINKE 5613
- c) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Wucherpfennig (CDU)** 5613
Förderung von Modellprojekten der Regionalentwicklung – Daseinsvorsorge im demografischen Wandel
- Drucksache 6/2926 -
- wird von Ministerin Keller beantwortet. Zusatzfrage.*
- Wucherpfennig, CDU 5613, 5614, 5614
Keller, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft 5614, 5614, 5614
- d) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kießling (AfD)** 5614
Aufschüttungen im Bereich des Landschaftsschutzgebietes Ortslage Crawinkel
- Drucksache 6/2952 -
- wird von Staatssekretär Möller beantwortet. Zusatzfragen.*
- Kießling, AfD 5614, 5615, 5616, 5616
Möller, Staatssekretär 5615, 5615, 5616
- e) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Leukefeld (DIE LINKE)** 5616
Mitteleinsparung bei ThüringenForst für öffentlich geförderte Beschäftigung
- Drucksache 6/2953 -
- wird von Ministerin Keller beantwortet. Zusatzfrage.*
- Leukefeld, DIE LINKE 5616, 5617
Keller, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft 5616, 5617
- f) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Harzer (DIE LINKE)** 5617
Kosten für die Unterbringung und Betreuung geflüchteter Menschen
- Drucksache 6/2954 -

wird von Staatssekretärin Dr. Albin beantwortet.

Harzer, DIE LINKE	5617
Dr. Albin, Staatssekretärin	5617

g) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Henke (AfD)	5618
Jugendkriminalität in Thüringen	
- Drucksache 6/2959 -	

wird von Staatssekretärin Dr. Albin beantwortet. Zusatzfrage.

Henke, AfD	5618, 5619,
	5619
Dr. Albin, Staatssekretärin	5618, 5619

Mittelfristiger Finanzplan für	5619
die Jahre 2016 bis 2020 für den	
Freistaat Thüringen	

Unterrichtung durch die Landes-
regierung

- Drucksache 6/2655 -

dazu: Beschlussempfehlung des
Haushalts- und Finanzaus-
schusses

- Drucksache 6/2972 -

dazu: Änderungsantrag der Frak-
tion der CDU

- Drucksache 6/3000 -

Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

*Die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
wird angenommen.*

Geibert, CDU	5620
Kowalleck, CDU	5620, 5623,
	5623
Kuschel, DIE LINKE	5623, 5632,
	5633, 5633
Dr. Pidde, SPD	5624, 5624,
	5624, 5624
Mohring, CDU	5624
Höcke, AfD	5626
Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	5628
Huster, DIE LINKE	5629, 5631
Taubert, Finanzministerin	5633

Geänderte Sicherheitslage im	5636
Freistaat endlich ernst nehmen	

**- Bürger wirksam vor terroris-
tischen Anschlägen schützen**

Antrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 6/2687 - Neufas-
sung -

dazu: Alternativantrag der Frak-
tion der AfD

- Drucksache 6/2740 -

Staatssekretär Götze erstattet einen Sofortbericht zu Nummer 1 des Alternativantrags.

Die Erfüllung des Berichtersuchens wird festgestellt.

Der Antrag wird abgelehnt.

Die Nummer 2 des Alternativantrags wird abgelehnt.

Fiedler, CDU

5636, 5648,
5649

Götze, Staatssekretär

5637

Dittes, DIE LINKE

5641

Henke, AfD

5645

Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

5646

Marx, SPD

5655

Gefährdungssituation der Thüringer Fischfauna verhindern – Kormoranverordnung fortführen

5656

Antrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 6/2929 -

Ministerin Siegesmund erstattet einen Sofortbericht zu Nummer I des Antrags.

Die Erfüllung des Berichtersuchens wird festgestellt.

Die Nummer II des Antrags wird an den Ausschuss für Umwelt, Energie und Naturschutz überwiesen.

Malsch, CDU

5656

Siegesmund, Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz

5657, 5667

Tasch, CDU

5660

Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

5661

Rudy, AfD

5662

Becker, SPD

5664

Primas, CDU

5665

Einspruch des Abgeordneten

5668, 5668

Brandner (AfD) gemäß § 37

Abs. 7 Satz 1 GO

Dem Einspruch des Abgeordneten Brandner (AfD), Vorlage 6/1763, wird nicht stattgegeben.

Einspruch des Abgeordneten

5668, 5668

Brandner (AfD) gemäß § 37

Abs. 7 Satz 1 GO

Dem Einspruch des Abgeordneten Brandner (AfD), Vorlage 6/1764, wird nicht stattgegeben.

Anwesenheit der Abgeordneten:

Fraktion der CDU:

Bühl, Carius, Emde, Fiedler, Floßmann, Geibert, Grob, Gruhner, Herrgott, Heym, Holbe, Holzapfel, Kellner, Kowalleck, Lehmann, Lieberknecht, Liebetrau, Malsch, Meißner, Mohring, Primas, Scherer, Schulze, Tasch, Thamm, Tischner, Dr. Voigt, Walk, Walsmann, Wirkner, Worm, Wucherpfennig, Zippel

Fraktion DIE LINKE:

Berninger, Blechschmidt, Dittes, Hande, Harzer, Hausold, Hennig-Wellsow, Huster, Jung, Kalich, König, Korschewsky, Kräuter, Kubitzki, Kummer, Kuschel, Leukefeld, Lukasch, Dr. Lukin, Dr. Martin-Gehl, Mitteldorf, Müller, Schaft, Dr. Scheringer-Wright, Skibbe, Stange, Wolf

Fraktion der SPD:

Becker, Helmerich, Hey, Höhn, Lehmann, Marx, Matschie, Mühlbauer, Pelke, Dr. Pidde, Rosin, Taubert, Warnecke

Fraktion der AfD:

Henke, Herold, Höcke, Kießling, Möller, Muhsal, Rudy

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Adams, Henfling, Kobelt, Müller, Pfefferlein, Rothe-Beinlich

fraktionslos:

Gentele, Krumpe, Reinholz

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Ministerpräsident Ramelow, die Minister Taubert, Prof. Dr. Hoff, Keller, Siegesmund, Werner

Beginn: 9.03 Uhr

Präsident Carius:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, herzlich willkommen! Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, möchte ich die Gelegenheit nutzen, für den gestrigen gelungenen Auftakt zum Reformationsjubiläum, die friedliche Stimmung auf dem Martinsumzug – auch mit dem „Sanften Riesen“, mit den schönen Bildern von der Wartburg, Bildern des Friedens, der Eintracht, der Spiritualität, der Religiosität, sowohl der Thüringer als auch unseres Freistaats insgesamt – ganz herzlich Ihnen, Herr Ministerpräsident, Ihrer Landesregierung, aber auch Ihren Vorgängern, insbesondere Frau Ministerpräsidentin Lieberknecht, zu danken. Ich finde, das war ein ganz gelungener Auftakt, und ich würde mir wünschen, dass diese Bilder ein Symbol dafür sind, wie gelingend dieses Reformationsjahr, dieses Jubiläumsjahr, dann auch insgesamt stattfindet. Ich wünsche uns, dass wir dabei viele tolle Bilder für unseren Freistaat produzieren und auch möglichst viele Menschen an diesen Ereignissen teilhaben können. Insofern ganz herzlichen Dank im Namen aller Abgeordneten!

(Beifall im Hause)

Dann haben wir ein Geburtstagskind, die schon überhäuft ist von Blumen – leicht erkennbar. Liebe Christina Tasch, herzlichen Glückwunsch zu deinem Geburtstag, Gesundheit, Gottes Segen, alles Gute! Wir wünschen uns viele muntere Zwischenrufe, seien sie geprägt vom Glauben und dem eigenen katholischen Bekenntnis oder mit vielen praktischen Einblicken in das Leben im Eichsfeld. Herzlichen Glückwunsch noch mal!

(Beifall im Hause)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir beginnen mit der Plenarsitzung.

Als Schriftführer hat neben mir Herr Abgeordneter Schaaf Platz genommen. Die Redeliste führt Abgeordneter Bühl.

Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt: Herr Abgeordneter Brandner, Frau Abgeordnete Engel, Frau Ministerin Dr. Klaubert und Herr Minister Tiefensee zeitweise.

Wenn es keine Wünsche zur Tagesordnung gibt, dann steigen wir, wie verabredet, gleich ein.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 2**

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zum Thüringen-Monitor 2016

Unterrichtung durch die Landesregierung
- Drucksache 6/2782 -

Ich bitte Herrn Ministerpräsidenten Ramelow um die Regierungserklärung.

Ramelow, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, liebe Gäste und auch meine Damen und Herren, die Sie am Livestream zuschauen! Ich habe heute die Aufgabe, zum dritten Mal die Ergebnisse des Thüringen-Monitors politisch einzuordnen. Ich tue das auch heute nicht, ohne Herrn Prof. Dr. Heinrich Best und seinem Team der Friedrich-Schiller-Universität Jena den herzlichen Dank der Landesregierung auszurichten.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Thüringen-Monitor leistet etwas, was es eigentlich für die ganze Bundesrepublik geben müsste: Er ermöglicht einen Langzeitblick auf die politische Kultur. Er gibt Jahr für Jahr einen Einblick davon, ob und wie sich die aktuellen Ereignisse im Denken und im Reden der Bevölkerung niederschlagen. Er ist nicht zuletzt eine der besten Langzeitstudien zum Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ich würde mir wünschen, diesen Dank im Namen aller Fraktionen dieses Hauses ausrichten zu dürfen.

Der Anlass des Thüringen-Monitors war der Brandanschlag auf die Erfurter Synagoge. Das war das erste Alarmzeichen, das wir in Thüringen hatten. Ich danke Bernhard Vogel und der Landesregierung, die damals entschieden hat, dass wir nicht nur gemeinsam mit unserer Jüdischen Landesgemeinde zusammenstehen, sondern dass wir die wissenschaftliche Expertise bitten, zu überprüfen, zu messen und zu wägen, wie die Stimmungslagen in unserem Land sind. Nicht jeder hier im Landtag kann das akzeptieren, ich finde es aber eine wichtige Analyse und ein wichtiges Analyseinstrument, damit wir unsere politischen Entscheidungen auch darauf einrichten können. Der Ausgangspunkt war ein dramatischer, nämlich der Brandanschlag auf die Erfurter Synagoge. Ich finde es beklemmend, wenn ich höre, dass heute um 11.11 Uhr die Thügida und ein extremer Neonazi hier vor dem Landtag aufmarschieren wollen und nicht nur eine Karnevalsveranstaltung durchziehen wollen, sondern das weiter begleiten wollen, was auf ungute Art am 9. November stattfand – am Tag, an dem die NS-Barbarei, die Vernichtung der jüdischen Mitbevölkerung begann –, als man durch Jena mit Fackeln gezogen ist. Dieselben Leute kommen heute hierher, um deutlich zu machen, was sie von der Demokratie halten. Deswegen bin ich froh, dass der Thüringen-Monitor uns veranlasst, darüber zu diskutieren, miteinander ins Gespräch zu kommen.

Ein Befund des Thüringen-Monitors hat mich besonders beeindruckt. Der Rechtsextremismus ist in

(Ministerpräsident Ramelow)

Thüringen laut Thüringen-Monitor im Jahr 2016 zurückgegangen, und zwar deutlich, auf den niedrigsten Wert im 15-jährigen Beobachtungszeitraum. Dieses Ergebnis ist zunächst einmal erfreulich, bedarf aber einer weiteren Betrachtung.

(Beifall Abg. Kuschel, DIE LINKE)

Wir werden bei unseren umfangreichen Bemühungen nicht nachlassen. Diejenigen, die regelmäßig mit nationalsozialistischen Symbolen, islamfeindlichen Parolen und hasserfüllten Herzen vor den Landtag ziehen, die gewählten Volksvertreter als „Volksverräter“ verunglimpfen, nehmen für sich selbst in Anspruch, sie seien „das Volk“. Nein! Sie sind nicht das Volk!

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und denjenigen, die in Kommunalvertretungen oder Landesparlamenten Sitz und Stimme haben und dennoch auf den Marktplätzen dieser Republik davon schwadronieren, die „Alt-Elite und Systemparteien entsorgen“ zu wollen, sage ich heute in aller Deutlichkeit: Machen Sie sich keine Hoffnung!

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihre sogenannte schweigende Mehrheit entspricht wohl eher purem Wunschenken.

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: 71 Prozent, Herr Ministerpräsident!)

Vor einem Jahr habe ich an dieser Stelle von einem Veränderungsprozess gesprochen. Heute blicken wir auf die Wirkungen dieser Veränderungen.

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: 71 Prozent! Sehen Sie in den Monitor hinein!)

Herr Höcke, dass Sie für 71 Prozent unserer Bevölkerung sprechen, darf ich doch, gelinde gesagt, als abenteuerlichen Unsinn bezeichnen.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Abg. Gentile, fraktionslos)

Die Reaktionen, die der Wandel auslöst, sind widersprüchlich. Der Thüringen-Monitor ist Spiegel dieser Wirklichkeit. Der Titel könnte treffender nicht sein: „Gemischte Gefühle“.

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Gefühle sind eindeutig – sehr eindeutig!)

(Zwischenruf Abg. Hennig-Wellso, DIE LINKE: Halten Sie doch mal den Mund und lassen Sie ihn reden!)

Nein, lassen Sie, Frau Hennig-Wellso, doch Herrn Höcke sprechen. Er ist ja der Meinung, dass man den Thüringen-Monitor dem Kamin zuführen sollte.

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Habe ich nicht gesagt!)

Wir Politikerinnen und Politiker tragen in solchen Situationen stets ein zuversichtliches Lächeln im Gesicht, entschlossene Worte auf den Lippen und klopfen auf unsere Tasche, in der ein fertiger Plan zu sein scheint.

Präsident Carius:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt bitte ich um etwas mehr Aufmerksamkeit für den Ministerpräsidenten, der hier die Regierungserklärung abgibt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ramelow, Ministerpräsident:

Es gehört zu den Botschaften des Thüringen-Monitors, dass eine solche Haltung nicht auf der Höhe der Zeit ist, immer mit dem fertigen Plan durch die Landschaft zu gehen. Die Politik beklagt, nicht verstanden zu werden. Die Bürger beklagen, nicht gehört zu werden. Die Medien leiden unter Vertrauensverlust. Aus einer spannungsgeladenen Dreiecksbeziehung droht ein schwarzes Loch zu werden, in dem viel geredet, aber wenig verstanden wird. Die richtige Antwort auf Angst und Misstrauen ist aber nicht die Belehrung, sondern der Dialog.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus dem „Wir schaffen das“ ist vielerorts längst ein „Wir machen das“ geworden. Im Umbruch hängt der Zusammenhalt von vielen Brückenbauern ab. Der Thüringen-Monitor zeigt, dass es oft ein Anpacken mit Bauchgrimmen ist. Es ist nicht so, dass dort die einen stehen, die anpacken, und dort die anderen, die nur Fragen stellen und Sorgen artikulieren. Die populistischen Lautsprecher erzählen die Mär von einem gespaltenen Land. Sie geben vor, für eine Mehrheit zu sprechen. Beides ist falsch. Widersprüche aushalten, Dialoge führen, Haltung zeigen und den Wandel gestalten – in diesem Vierklang kann aus dem Umbruch wieder ein Aufbruch werden.

Wo steht Thüringen? Gemessen an allen verfügbaren sozioökonomischen Daten ist der Freistaat Thüringen in guter Verfassung.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die absolute Zahl der Arbeitslosen ist ebenso wie die Arbeitslosenquote auf einem neuen historischen Tiefstand. Thüringen, wo einst Niedriglöhne als Standortfaktor galten, ist bundesweit Spitzenreiter bei der Brutto Lohnentwicklung. Erstmals seit der Wiedervereinigung ist die Bevölkerungszahl im ver-

(Ministerpräsident Ramelow)

gangenen Jahr nicht geschrumpft, sondern zaghaft gewachsen. Vor allem Jena, Erfurt, Weimar, das thüringische Franken und die Wartburgregion entwickeln sich immer mehr zu dynamischen Regionen, zu Magneten für Innovationen, Menschen und Investitionen. Der Schuldenstand beim Land und den Kommunen sinkt. Unser Bildungssystem erhält Bestnoten und befindet sich in der Spitzengruppe aller Bundesländer. Thüringen geht es gut. Den meisten Thüringerinnen und Thüringern geht es gut. Das Selbstbewusstsein der Thüringer als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist wieder deutlich gewachsen.

Das spiegelt auch der Thüringen-Monitor 2016. Fast drei Viertel der Befragten schätzen die wirtschaftliche Lage Thüringens als gut oder sehr gut ein. Ein ähnlich hoher Anteil schätzt die eigene Situation als gut oder sehr gut ein. Auch die Daten zum Demokratie- und Institutionenvertrauen der Thüringer geben zwar gewiss keinen Anlass zu Jubelsprüngen, aber eben auch, das sagt der Thüringen-Monitor klar, keinen Hinweis auf eine breite Radikalisierung der Bevölkerung. Thüringen ist im dritten Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung ein ostdeutsches Bundesland, das auf seine Leistungen stolz sein kann. Und wir sind Impulsgeber im Osten.

Der Abschluss wichtiger Verkehrsinfrastrukturprojekte auf der Straße und der Schiene macht Thüringen zur schnellen Mitte Deutschlands. Die Mittellage und die einmalige Verkehrsinfrastruktur sind ein Standortfaktor, mit dem wir sehr gut punkten können. Die Zeit der wirtschaftlichen Schrumpfung ist schon lange vorbei. Die Thüringer Wirtschaft hat den Sprung ins 21. Jahrhundert erfolgreich gestaltet. Mittlerweile gehören rund 60 Unternehmen aus Thüringen zu Weltmarktführern. Thüringer Unternehmen haben sich am Markt etabliert, sie sind wettbewerbsfähig, bestimmen heute das Entwicklungstempo ihrer Branche und stehen für die technische Vorreiterrolle Thüringens.

Womit wir konfrontiert sind, ist ein merkwürdiges Auseinanderklaffen der politischen Wahrnehmung der Landesentwicklung und des Blicks auf die vergangenen 25 Jahre. Thüringen verbindet Menschen, denen es wirtschaftlich und finanziell gut geht, mit denen, die von der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung abgekoppelt sind. Die Spreizung ist es, die uns Sorgen macht: der Arbeitsmarkt, der sich exzellent entwickelt hat, und die Langzeitarbeitslosen, die wie betonierte aus der Langzeitarbeitslosigkeit nicht herauskommen. Das ist ein Problem, über das wir ernsthaft reden müssen. Aber die Befragten sagen individuell: „Es geht uns besser“, und kollektiv: „Wir haben Sorgen“. Das ist die Diskrepanz, über die wir reden müssen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Gefühl der ostdeutschen Benachteiligung hat seine Ursachen. Keine Familie, die nicht Geschichten erzählen kann von den Schwierigkeiten des Umbruchs, von Arbeitslosigkeit, Neuanfang, dem Gefühl, die eigene Lebensleistung werde nicht ausreichend gewürdigt. Da sei nur erinnert an die Menschen, die mit ABM und SAM in den letzten 20 Jahren ihren Lebensweg gestalten mussten, denen am Ende ihres Lebens und ihrer Erwerbstätigkeit eine ausreichende Altersrente fehlt. Das ist ein Befund, über den wir uns Sorgen machen müssen,

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil wir diesen Menschen eine Perspektive bieten müssen. Einen starken Sozialstaat braucht es, um soziale Impulse für alle Bürger setzen zu können, damit kein Kind in Armut groß wird und kein Mensch vor Armut im Alter Angst haben muss.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Demgegenüber stehen die Indikatoren der Landesentwicklung. Thüringen ist in eine neue Phase der Landesentwicklung eingetreten, in der wir selbstbewusst den Anspruch erheben können, zu den leistungsstarken Regionen Deutschlands vorzustoßen. Das Land hat ein gewaltiges wirtschaftliches Entwicklungspotenzial. Der Ballung von Logistikern am Erfurter Verkehrsknoten wird bald in einem 30-Kilometer-Radius um die Landeshauptstadt ein Boom als Kongressmetropole folgen. Die ICE-Trasse ist unter Strom. Wenn die Testzüge durchgefahren sind, werden in weniger als zwölf Monaten 20 Millionen Passagiere über das Erfurter Kreuz fahren. Wenn wir dann Jena, Weimar und Gera wieder am Fernverkehrssystem der Bahn angeschlossen haben, werden wir den doppelten Knoten in Thüringen haben und ein Verkehrsdrehkreuz, das seinesgleichen in Deutschland sucht, sein. Die Landeshauptstadt wird daher eine Kongressmetropole.

Boomtown Jena platzt aus allen Nähten und braucht dringend eine Stärkung im Umlandbereich, um alle Wachstumsimpulse aufnehmen zu können. In den südlichen Grenzregionen nach Bayern ist die Dynamik auf unserer Seite der Landesgrenze zu Hause.

Der Thüringen-Tourismus steht mit dem Reformationjubiläum und dem Bauhausjubiläum vor einer neuen Entwicklungsphase. Wir engagieren uns gerade dafür, den Thüringen-Tourismus neu aufzusetzen, weil wir dort einen stärkeren Impuls brauchen. Ob das der Thüringer Wald oder das Thüringer Meer ist, neben Weimar und dem Städtetourismus haben wir mehr zu bieten und auch das soll erschlossen werden.

(Beifall Abg. Korschewsky, DIE LINKE)

(Ministerpräsident Ramelow)

Thüringen ist nicht nur geografisch, sondern auch in seiner Entwicklung – ich betone das – zum „Westen des Ostens“ geworden. Das zeigt unsere niedrige Arbeitslosenrate, die Beschäftigungsdichte bei sozialversicherungspflichtiger Arbeit, bei den Frauen, bei den älteren Arbeitnehmern, die Dichte der Industriebetriebe und der gewerblichen Arbeitsplätze und schließlich vor allem die Zufriedenheit der Menschen mit ihren Lebensbedingungen. All das nähert sich in den statistischen und demoskopischen Befunden westdeutschen Durchschnittswerten an. Bei der Arbeitslosigkeit sind wir gerade dabei, uns über den westdeutschen Durchschnitt hinweg zu entwickeln. Wir sind mit 6,1 Prozent an der Schwelle angelangt, wo wir deutlich machen können, dass wir möglicherweise in zwölf Monaten den Durchschnitt der Bundesrepublik Deutschland unterschritten haben werden. Das sind für mich durchaus erfolgreiche Zahlen und Werte,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil es Menschen damit eine bessere Lebensperspektive bietet. Wenn wir immer daran denken, dass wir die anderen, die abgehängt sind, dabei nicht vergessen dürfen.

Dafür ist vielen zu danken, nicht zuletzt den Leistungsträgern dieses Prozesses, den Thüringerinnen und Thüringern selbst, aber auch früheren Regierungen, die richtige strukturpolitische Entscheidungen getroffen haben. In der Kontinuität aller Landesregierungen sind die Entscheidungen heute diejenigen, auf denen wir die Wirkung erzielen, über die ich gerade spreche.

(Beifall CDU)

Es wäre also auch vermessen zu sagen, es ist Rot-Rot-Grün, sondern es ist Landespolitik, gestaltete Landespolitik, die diesem Land die richtigen Impulse gegeben hat.

Wie der Thüringen-Monitor zeigt, haben wir als Landesregierung jedoch die weiterhin bestehende Aufgabe, das Gefühl der Ost-Deprivation zum Gegenstand von Kommunikation werden zu lassen. Dies wäre der erste Schritt auf dem Weg, subjektiv erfahrene Ost-Deprivation zu überwinden oder – um es auf Deutsch zu sagen – das Gefühl, abgehängt zu sein, zu überwinden. Wir müssen den Menschen das Gefühl geben, im Entwicklungsprozess der positiven Zahlen selbst partizipieren zu können. Ich will das wenigstens an dem Beispiel der Menschen erwähnen, die in der Langzeitarbeitslosigkeit hängengeblieben sind. Es wäre doch besser, Arbeit zu bezahlen, statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sehen, allgemeines Schulterklopfen ist kein Politik-Ersatz, denn weitere Herausforderungen der Landesentwicklung sind deutlich erkennbar: Thüringen ist im vergangenen Jahr zum ersten Mal seit der Wiedervereinigung nicht geschrumpft, weil über 20.000 Flüchtlinge hier aufgenommen wurden. Die demografischen Mega-Trends für Thüringen wirken aber nach wie vor. Ich freue mich, dass die Geburtenrate zunimmt. Aber es reicht noch lange nicht aus, um langfristig die Sterberate auszugleichen. Deswegen müssen wir mehr tun, damit junge Leute hier bleiben oder wieder hierherkommen oder sich wohlfühlen und ihre Kinder hier bekommen.

Thüringen ist in den letzten 25 Jahren unter anderem durch die Solidarpakte I und II in die Lage versetzt worden, seine Infrastruktur umfassend zu modernisieren. Tatsächlich gibt es aber auch hier noch marode Straßen, Schulen, Krankenhäuser und andere öffentliche Gebäude. Beim zukünftigen Erhalt und dem gezielten Ausbau der Infrastruktur muss auch die demografische Entwicklung im Blick behalten werden. Die Schuldenbremse in der Verfassung gilt – in Thüringen genauso wie in der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb muss gefragt werden, ob Infrastruktur, die modernisiert wird, in Richtung Kinder oder in Richtung altengerechtes Wohnen saniert wird. Wo haben wir welche Bedürfnisse und wie investieren wir das Geld richtig? Das muss die Frage sein, die wir jetzt jedes Mal beantworten müssen. Wenn 61 Prozent der Befragten im aktuellen Thüringen-Monitor der Ansicht sind, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland gefährdet ist, dann ist diese Wahrnehmung ein Problem, auf das politisch reagiert werden muss. Wenn wir den Prozess des Verlusts von sozialen Grundgewissheiten nicht aufhalten und umkehren, dann ignorieren wir eines der großen kommenden Entwicklungshemmnisse für dieses Land. Es gibt keine Weltoffenheit ohne soziale Sicherheit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Thüringen steht am Ende des Jahres 2016 einerseits auf gesichertem Grund. Doch ist dieser Grund andererseits in Bewegung. Die sich vollziehenden Veränderungen werden das Gesicht unseres Landes möglicherweise genauso prägen wie die Zeit seit der Wiedervereinigung. Davor müssen wir keine Furcht haben. Anders als 1989/1990 ist unsere ökonomische Ausgangslage, insbesondere die Lage am Arbeitsmarkt, stabil. Kein deutsches Bundesland hat mit fast 12 Prozent gegenüber dem Oktober 2015 einen so starken Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen wie Thüringen. Und es gelingt endlich auch, den Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit anzugehen. Wir haben die Kraft, unser Haus Thüringen umzubauen. Es soll moderner, attraktiver werden und wir wollen in größeren Räumen mehr Menschen begrüßen, die hier leben und in Zukunft auch arbeiten wollen und sollen. Den-

(Ministerpräsident Ramelow)

noch registriere ich in den vielen Gesprächen, die ich selbst führe, in den Briefen, die ich erhalte, und in den Petitionen ein weit verbreitetes Unbehagen der Thüringerinnen und Thüringer. Der Thüringen-Monitor konstatiert gemischte Gefühle, die viele Thüringerinnen und Thüringer mit der aktuellen Situation verbinden. Es ist nicht so, dass sich Deutschland im Allgemeinen und Thüringen im Besonderen in den vergangenen 26 Jahren nicht verändert hätten. 62 Prozent der Befragten geben an, dass sie angesichts eines rasanten Veränderungsprozesses oft nicht mehr wissen, woran sie sich halten sollen. Es ist, das hat der Historiker Ulrich Herbert hervorragend herausgearbeitet, gerade der kulturelle Modernisierungsprozess, der Veränderung als Verlust von Gewissheiten und als Reibungsfläche sichtbar macht. Eigentlich ist das die Stunde eines aufgeklärten demokratischen Konservatismus. Ein Konservatismus, der sich der Bewahrung der Wertebasis unserer Gesellschaft und des Sozialstaats gerade in einer sich verändernden Welt verpflichtet fühlt. Konservative reklamieren die Bindung an Heimat und Familie. Wir haben in Thüringen in den 90er-Jahren gesehen, wie diese Bindung ohne soziale Sicherheit erodiert. Der Verlust eines Fünftels unserer Bevölkerung in den vergangenen 25 Jahren geht nicht unwesentlich auf diese Erosion, auf den Verlust sozialer Grundgewissheiten zurück. Deshalb ist heute mit Konservatismus nur Staat zu machen, wenn soziale Unwuchten in unserer Gesellschaft erkannt und die Errungenschaften des Sozialstaats verteidigt und bewahrt werden. Soziale Sicherheit für alle verbunden mit Investitionen in eine lebenswerte Heimat – mit diesen Kernelementen wird die Landesregierung eine Politik umsetzen, die humanitäre Verantwortung, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Erfolg verbindet.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will es am Beispiel eines Handwerksmeisters erzählen. Wenn ein Klempner sich darauf spezialisiert hat, Heizungen einzubauen, so baut er heute immer noch Heizungen ein. Mittlerweile muss er aber das Internet beherrschen und er muss wissen, wie eine Bus-Ausstattung, also eine Elektronisierung, in einem Gebäude stattfindet. Er muss wissen, wie die Wärmeparameter sind, und er muss wissen, wie die CO₂-Abgaben seiner Anlagen sind. Das hat er alles dazugelernt. Aber aus meiner Sicht ist konservativ immer noch der Erhalt des Meisterbriefs, weil der Meisterbrief und die duale Ausbildung das Fundament sind, auf dem sich der Meister und seine Gesellen permanent weiterentwickeln.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Abg. Gentile, fraktionslos)

Das eine zu bewahren und die Veränderung im Blick zu haben, das scheint mir eine der zentralen Grundlagen unseres Staats zu sein.

Nicht zuletzt waren es Thüringer Unternehmer wie Carl Zeiss und Ernst Abbe, die mit gewährten Sozialleistungen Mitarbeiter und deren Familien an ihr Unternehmen und damit an ihre Heimat gebunden haben. In diesem Sinne wünsche ich mir das Bewahren sozialer Errungenschaften als Ausdruck eines sozialen Konservatismus, nicht zuletzt weil er der Demagogie wirksame Dämme setzt. In dieser Hinsicht bin und bleibe ich ein Konservativer.

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Na ja, darüber müssen wir noch mal reden!)

„Konservativ“ wird nicht mit „c“, sondern mit „k“ geschrieben.

(Heiterkeit CDU)

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mein Christlich-Sein hilft mir zumindest dabei.

Es war freilich in der deutschen Geschichte noch nie ein Erfolgsmodell, wenn Politik in Verantwortung so tat, als hätte eben diese Geschichte einen Rückwärtsgang. Denn einen Rückwärtsgang hat die Geschichte eben nicht. Von einer Generation von Politikerinnen und Politikern, die seit Jahrzehnten in Demokratie, Freiheit und Frieden lebt, erwartete ich ein Bekenntnis zu diesen Grundwerten unseres Rechtsstaats, das Bekenntnis zu Demokratie, Freiheit und Frieden. Gerade dann, wenn sich die Probleme verdichten, kommt es darauf an, Freiheit und Frieden zu verteidigen.

Es ist dringend an der Zeit, dass wir die Scheindebatten hinter uns lassen und in ein gesellschaftliches Gespräch darüber einsteigen, wie unser Land morgen und übermorgen aussehen soll. Dieses Gespräch duldet keinen Aufschub. Die Alternative zum Schüren der Angst ist das Mutmachen zum Gestalten. Wir haben damit begonnen und wir werden diesen Prozess weiter vorantreiben. Verlassen Sie sich darauf!

Zu den Wahrheiten, die wir nicht verschweigen dürfen, gehört folgende: Viele von denen, die im vergangenen Jahr hier angekommen sind, werden für lange Zeit hierbleiben – manche für immer. Wer anderes behauptet, belügt die Menschen. Zu den Wahrheiten gehört auch: Die Integration dieser Menschen wird Jahre dauern und, wenn wir es gut machen, in einer Generation abgeschlossen sein. Eine dritte Wahrheit lautet: Die Zuwanderung nach Deutschland und Thüringen ist nur der vordergründige Ausdruck eines auch ohnedies riesigen Veränderungsdrucks. Ja, es wird vieles anders werden. Aber ich bin davon überzeugt: Wie wir es gestalten,

(Ministerpräsident Ramelow)

wird es anders, aber auch besser werden. Unser Freistaat wird sein Gesicht behalten: eine lebenswerte Heimat für alte und neue Thüringerinnen und Thüringer.

In einer Welt, die sich rasant verändert, in der Krisen eskalieren und zunehmend auch an unsere Türen klopfen, wächst das Bedürfnis nach Verlässlichkeit und Sicherheit. Laut Thüringen-Monitor würde sich eine übergroße Mehrheit, wenn sie sich zwischen Freiheit und Sicherheit entscheiden müsste, für Sicherheit entscheiden. Sicherheit ist eine nicht verhandelbare politische Priorität dieser Landesregierung. Aber es gehört zu den großen Privilegien dieses Landes und dieser Zeit, dass wir eine Entscheidung zwischen Freiheit und Sicherheit nicht treffen müssen und auch nicht treffen sollten. Und es gehört zu der Verantwortung, Sicherheit in Freiheit zu garantieren. Wir werden daher den Begriff der Sicherheit sozial und liberal buchstabieren.

(Beifall DIE LINKE)

Meine Vision ist eine Gesellschaft, die durch Einwanderung gestärkt wird und damit auch die soziale Sicherheit der Gesellschaft stärkt. Damit reagieren wir auch auf die Achillesferse unserer Landesentwicklung: ein Bevölkerungsrückgang. Die Indikatoren dafür sind unübersehbar: eine beträchtliche Anzahl von unbesetzten Ausbildungsplätzen. Aktuell sind es immer noch 1.153 Ausbildungsplätze, die nicht besetzt sind. Wenn ich dann höre: „Was tut ihr denn für Deutsche?“, sage ich immer, wir haben auch für 1.153 Deutsche noch freie Ausbildungsplätze. Wir sollten schauen, wo wir sie herbekommen, denn jeder unbesetzte Ausbildungsplatz ist der eigentliche Risikofaktor für unsere Zukunft.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Abg. Gentile, fraktionslos)

Ein erkennbarer Personalmangel in fast allen Branchen, ein nicht mehr zu ignorierender Rückgang an Bewerberinnen und Bewerbern auf Stellen im öffentlichen Dienst in Thüringen, bei Polizei, bei Feuerwehr, bei Lehrerinnen und Lehrern. Die Personaler großer Unternehmen in Thüringen klagen über Nachwuchsmangel und unser Wirtschaftsminister weist darauf hin, dass wir auch aufpassen müssen, wie wir das öffentlich kommunizieren, weil an dieser Frage am Ende auch Investitionsentscheidungen hängen, ob man eine neue Fabrik und eine neue Produktion dort aufbaut, wo möglicherweise 200.000 Facharbeiter fehlen. Wenn wir dieses nicht als Herausforderung begreifen, werden wir an der Prosperität unseres Landes die Axt anlegen. Deswegen sage ich auch ganz klar: Wir müssen Zuwanderungsland sein wollen, um Menschen einzuladen, mit uns jeden Tag die Produktion zu organisieren, die den Wohlstand garantiert, der in diesem Land entstanden ist.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wo keine Menschen sind, ist auch keine Arbeit. Wo keine Arbeit ist, ist auch kein Wohlstand. Um unseren Wohlstand zu halten, brauchen wir, braucht die Thüringer Wirtschaft in den nächsten Jahren jedenfalls statistisch rund 200.000 Fachkräfte. Viele Menschen treten in den nächsten Jahren in ihren wohlverdienten Ruhestand. Auf zwei Renteneintritte kommt potenziell nur ein Schulabgänger. Den entstehenden Bedarf kann das Land damit nicht ausreichend aus dem eigenen Nachwuchs decken, vor allem nicht in Konkurrenz zu anderen Regionen mit ähnlichen Problemen. Diesen Bedarf kann auch keine Flüchtlingswelle decken, so naiv wird niemand sein. Diesen Bedarf können wir nur dann decken, wenn es dauerhaft Zuwanderung nach Thüringen gibt. Thüringen muss sich als Zuwanderungsland begreifen, um zukunftsfähig zu werden. Es ist nicht zu verkennen, dass auch Themen wie „Industrie 4.0“, „digitale Gesellschaft“, der technologische Fortschritt nicht ohne Auswirkungen auf den Bedarf an Arbeitskräften sein werden. Auch deshalb werden wir weiter dafür Sorge tragen, die Hochschul-, Forschungs- und Entwicklungslandschaft in Thüringen weiter zu befördern. Wir wollen in Thüringen „Gute Arbeit“, bei der die neuen Rahmenbedingungen der Digitalisierung und der weiteren Flexibilisierung so gestaltet werden, dass die Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder auch für quasi Selbstständige vertretbar sind und diese in dem sozialen Veränderungsprozess endlich mitgenommen und nicht abgekoppelt werden.

Meine Damen und Herren, ich will es an einem Beispiel sagen: Wenn die E-Mobilität zum zentralen Faktor des Individualverkehrs wird, wenn sich Tesla mit Standards durchsetzt oder sich das Googlemobil als Datensammelmaschine mit Transportcharakter durchsetzt, wird diese Art der Veränderung in der Produktion ein Drittel unserer Arbeitsplätze in den Industriebereichen des Automotive-Bereichs infrage stellen. Deswegen brauchen wir einen Veränderungsprozess, bei dem wir Forschung und Entwicklung genauso vorantreiben wie das Umstellen der Wirtschaft. Und da sind unsere kleinen und mittelständischen und eigentümergeführten Fabriken und Firmen der Garant dafür, dass Veränderungsprozesse in die richtige Richtung gehen, denn diese wissen sich schneller am Markt zu behaupten. Wir müssen die Nase im Wind halten, um nicht abgemeldet zu sein.

Politik in demokratischer Verantwortung für die Zukunft Thüringens muss sich der Aufgabe stellen, um demokratische Mehrheiten für einen Kurs der modernen Zuwanderungspolitik zu werben,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Ministerpräsident Ramelow)

mit allen ökonomischen, kulturellen und sozialen Konsequenzen, die das mit sich bringt.

Aber ich habe meine letzte Regierungserklärung zum Thüringen-Monitor 2015 im November 2015 ganz bewusst unter das Motto „Wachsen lernen“ gestellt, und ich meine damit, dass sich die Landespolitik, wenn sie das Land voranbringen will, den Herausforderungen einer Einwanderungsgesellschaft verpflichtet fühlen muss, und zwar sozial und integrativ.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Leitbild für die Landesentwicklung in diesem Veränderungsprozess ist die Vision einer Gesellschaft, in der sich soziale Sicherheit, innere Sicherheit, Gesellschaftlicher Zusammenhalt, wirtschaftlicher Erfolg sowie politische und kulturelle Modernisierung miteinander im Positiven verbinden.

Dieses Leitbild lässt sich in fünf Herausforderungen übersetzen, denen Leitprojekte der Landesregierung entsprechen:

Wir wollen die Voraussetzungen für den künftigen wirtschaftlichen Erfolg Thüringens durch die Sicherung des Fachkräftenachwuchses und durch Investitionen schaffen. Thüringen braucht in den kommenden Jahren eine große Zahl an Fachkräften für Industrie, Handel und Dienstleistung. Mittelfristig kann uns die gestiegene Geburtenrate dabei helfen. Kurzfristig werden wir werben müssen um junge Auszubildende, die hier auch bleiben und leben. Dies braucht gemeinsame Anstrengungen der Wirtschafts-, Arbeits- und der Bildungsministerien.

Auch da ein praktisches Beispiel: Die Firma HBS in Schleiz – einer der größten Baustellenausstatter, wenn es um Elektroausstattung geht, mittlerweile der zehntgrößte Betrieb der Bundesrepublik – steht vor dem Problem, aus der einheimischen Bevölkerung nicht mehr genügend Auszubildende finden zu können. Dort wird geworben in Bulgarien, in Rumänien, sie finanzieren den Deutschkurs in Rumänien und Bulgarien und sie bilden in Schleiz aus. Da haben wir gemeinsame Entscheidungen getroffen, dass ein solches Unternehmen einerseits begleitet wird bei der Absicherung der Ausbildung, aber andererseits darf sich niemand der Angeworbenen hier fremd fühlen und als fremd ausgegrenzt sein. Die, die wir dringend brauchen, müssen Menschen sein, die einfach Menschen sind und nicht eingeteilt werden nach Hautfarbe, nach Herkunft oder gar nach rassistischen Kennziffern.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Migrationsministerium wird weiterhin mit voller Kraft und unter Mithilfe aller Ressorts an einer schnellen Integration der nach Thüringen zugezogenen und zuziehenden Migranten arbeiten. Ich

wünsche mir, dass wir hier mehr innovative Wege gehen können, mehr kreative institutionelle Arrangements entwickeln können. Den Gemeinden vertrauen die Menschen in Sachen Integration am meisten, sagt der Thüringen-Monitor. Integration beginnt vor Ort. Wir werden daher vor allem die Rolle der Kommunen stärken, wenn es um Integration geht. Weil all das auch bei größter Anstrengung nicht ausreichen wird, werden wir uns auf Bundesebene weiterhin und verstärkt dafür einsetzen, dass ein Einwanderungsgesetz – neben vielem anderen – auch die Migration in den deutschen Arbeitsmarkt einheitlich regelt. Ich bleibe dabei: Ein Zuwanderungsland braucht ein Einwanderungsgesetz.

(Beifall DIE LINKE)

Die Neuordnung der Bund-Länder-Finzen verschafft uns finanzielle und politische Planungssicherheit, um dringend notwendige Investitionen in die soziale, ökologische und kulturelle Infrastruktur weiterhin vornehmen zu können. Insbesondere Kultur, unsere Theater und Museen sind Visitenkarte des Landes und damit auch Werbeträger für den ganzen Freistaat.

Heute Politik für morgen zu gestalten, impliziert auch Investitionen in Klimaschutz, Ökologie und in die Energiewende. Nur wenn wir uns wirtschaftlich neu erfinden, sind wir auch in Zukunft noch konkurrenzfähig. Eine ressourcensparende und energieeffiziente, auch ökologische Modernisierung ist künftig eine Voraussetzung für den sozialen Zusammenhalt und den wirtschaftlichen Erfolg Thüringer Unternehmen. Thüringen kann zum Land der Energie-Gewinner werden. Wir denken Ökonomie und Ökologie zusammen. Wir verstehen Klimaschutz und die Energiewende als Triebfeder einer zukunftsfesten Entwicklung unseres Landes. Bis 2020 unterstützt die Thüringer Landesregierung Thüringer Unternehmen und Kommunen mit rund 59 Millionen Euro dabei, energieeffizient zu wirtschaften und den verbleibenden Energiebedarf durch klimafreundliche Energien zu decken. Daraus entsteht eine echte Win-win-Situation für den Klimaschutz und für die Sicherung des Wirtschaftsstandorts Thüringen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Betrachtet man klimatische Verhältnisse in chinesischen Metropolen, wird man wissen, warum die Chinesen sehr genau gucken, wer der Innovations-träger ist, um auch in diesen Metropolen oder in Indien, in den Megametropolen dieser Welt Antworten zu geben, die in dem grünen Herzen entwickelt werden. Also zu glauben, dass wir uns hier raushalten könnten aus dem globalen Prozess, wäre ein schwerer Fehler. Wir könnten der Entwicklungsträger sein, um Angebote auch für große Investitionen

(Ministerpräsident Ramelow)

in den anderen Nationen dieser Welt liefern zu können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen den sozialen Zusammenhalt durch eine Wiederinkraftsetzung sozialer Grundgewissheiten festigen und verbessern. Man kann mit Fug und Recht sagen, dass bisher niemand auch nur einen Cent weniger wegen der Flüchtlingskrise bekommen hat oder gar Geld verloren hat.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allen anderslautenden Gerüchten zum Trotz: Die 471 Millionen Euro, die wir in den Landeshaushalt eingestellt haben, um Integration zu leisten, sind zuvörderst ein Investitionsprogramm in unsere heimische Wirtschaft gewesen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Häuser, die modernisiert worden sind, die Gebäude, die ertüchtigt worden sind, die Schulen, die hergerichtet worden sind, sind alles Investitionen gewesen, die an heimische Wirtschaftsvertreter gegangen sind. Insoweit waren das auch gut investierte Gelder zur Sicherung von Arbeitsplätzen unserer ganz normalen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben. Es ist eben eine Win-win-Situation, wenn wir es gemeinsam machen und nicht einem Teil der Bevölkerung das Geld wegnehmen und einem anderen dafür das Geld geben würden, sondern ganz im Gegenteil: Wir haben investiert in die Zukunft unseres Landes.

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Was für eine Logik, Herr Ministerpräsident! Das ist wie mit der Abwrackprämie!)

Wenn Ihnen zu Flüchtlingen, sehr geehrter Herr Höcke, die Abwrackprämie einfällt, zeigt das Ihre intellektuelle Haltung. Ich sage: Das ist widerlich!

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden uns auf Bundesebene in eine zentrale Gerechtigkeitsdebatte um die Zukunft der Rente mit einer eigenen Thüringer Positionierung einmischen. Es gilt: Keine Rentenreform ohne Renteneinheit in Deutschland!

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden in Thüringen daran arbeiten, den öffentlichen Beschäftigungssektor weiter auszubauen. Ich meine damit nicht den öffentlichen Dienst, weil da nach wie vor der Umbauprozess gilt. Da gilt immer noch der Umbauprozess, den die vorherige Regierung beschlossen hat und der nicht aufgehoben wurde.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Und wir haben es umgesetzt, das kann man ja heute noch nachlesen!)

Wir danken für Ihre Hinweise, Herr Mohring.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Gern!)

Dank Ihrer Haushaltsanträge, die Sie zur Haushaltsdebatte gestellt haben, wissen wir um Ihre Qualifikation,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

an dem Veränderungsprozess teilzuhaben. Dieser öffentliche Beschäftigungssektor, den Sie, liebe CDU, immer ideologisch bekämpft haben, dieser öffentliche Beschäftigungssektor ist der Sektor der gemeinwohlorientierten Tätigkeit.

(Unruhe CDU)

Wir sagen: Dort muss Arbeit geschaffen werden. Statt Arbeitslosigkeit zu bezahlen, muss dort endlich bezahlte Arbeit organisiert werden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt in einem unumgänglichen Reformprozess der öffentlichen Verwaltung und des öffentlichen Dienstleistungssektors stärken. Es geht bei diesen Reformen um die Lebensqualität in unserem Land, nicht um die Euros in der Kasse. Für eine bessere Lebensqualität müssen wir heute Aufgaben lösen, die sonst in der Zukunft zum Problem für unser ganzes Land werden.

Eine höhere Lebensqualität erreichen wir, indem wir Sicherheit ebenso gewährleisten wie Freiheit. Deshalb bin ich dankbar, dass eine Expertenkommission ein umfangreiches Gutachten zur Evaluierung der Polizeistrukturen erarbeitet und Ende Oktober der Öffentlichkeit vorgestellt hat. Wichtig ist bei diesem Vorhaben, dass sich die Polizei weiterentwickelt, indem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Prozess mitgenommen werden. Und dann, lieber Herr Mohring, muss man sich mal entscheiden, ob wir die Polizei abbauen wollen oder ob wir die Polizei umbauen wollen.

(Beifall Abg. Kräuter, DIE LINKE)

(Unruhe CDU)

Ja, Herr Fiedler, wenn man es also aufbauen will und Herr Mohring gleichzeitig sagt, wir sollen aber das Personal abbauen,

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Das haben Sie doch gerade gesagt!)

dann muss man mal erklären, an welchen Stellen wir die Ministerien auflösen wollen. Sollte ich dann die Staatskanzlei auflösen, lieber Herr Mohring?

(Ministerpräsident Ramelow)

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Ja!)

Dann können Sie darin keinen Platz mehr nehmen. Dann ist da auch für Sie kein Platz mehr.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Unruhe CDU)

Also, Sie sollten sich überlegen, welchen Weg wir beim Umbau unseres Landes eigentlich gehen wollen.

Wir haben auch ein weiteres Reformprojekt mit der Umsetzung eines beitragsfreien Kindergartenjahres auf den Weg gebracht als einen Schritt für eine gemeinsame Bildung von Anfang an. Wir werden ein zentrales Versprechen der Landesregierung umsetzen und eine Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform verabschieden. Mit der Zukunftsfähigkeit Thüringens in den nächsten Jahrzehnten wollen wir damit die Voraussetzungen schaffen, damit die Verwaltung auch in Zukunft noch die Aufgaben für die Bürger erledigen kann.

Die Landesregierung hat den Prozess der Neuordnung der Landkreise und Gemeinden in Gang gesetzt. Dabei ist unser entscheidendes Ziel, Reformen auf den Weg zu bringen, die eine ausgewogene Entwicklung aller Regionen, sowohl der Städte als auch des ländlichen Raums, befördert. Es muss unsere Aufgabe sein, in allen Regionen eine gute Versorgung mit kultureller Infrastruktur, Bildung, Schulen, ÖPNV, Krankenhäusern, Gerichten und Polizei zu garantieren, flächendeckend und für das ganze Land so verteilt, dass der Bürger in überschaubarer Geschwindigkeit alle Dienstleistungen in Anspruch nehmen kann.

Gemeinsam mit den Verbänden, Gewerkschaften und Kommunen könnten die vier Planungsregionen eine Leitsäule der Regionalentwicklung sein. Wir müssen darüber nachdenken, Aufgaben zu kommunalisieren oder von den Kommunen zurückzuholen, in Behörden zu bündeln. Aber es geht auch darum, die interkommunale Zusammenarbeit weiter zu vertiefen.

Gestern hat Sie Innenminister Holger Poppenhäger in seiner Regierungserklärung über die Absichten, Ziele und vor allem über die Notwendigkeiten dieser Reform in Bezug auf die Gemeinde- und Gebietsreform informiert.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Hat er nicht!)

Oft wird suggeriert, dass wir damit vor allem nur Geld sparen wollten. Ich wiederhole das: Darum geht es nicht. Es geht um den Effizienzgewinn, der auf der mittleren Zeitachse erst erreicht werden kann, wenn der Prozess abgeschlossen ist. Die Reform hat wie alle anderen Reformen der Landesre-

gierung nur ein Ziel: Wir wollen Thüringen stark für die Zukunft machen!

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Über die vier Planungsregionen, meine Damen und Herren der Union, sollten Sie nachdenken, weil mit Blick auf die Frage, ob die neu zu bildenden Landkreise im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit in allen vier Planungsregionen wenigstens ein abgerundetes Berufsschulnetz vorhalten, das nur geht, wenn sie es miteinander verabreden. Und die andere Frage ist, ob wir endlich im öffentlichen Personennahverkehr ein leistungsfähiges Angebot haben. In Hessen fahren 4,3 Millionen Einwohner mit dem Verkehrsverbund. In Thüringen schaffen wir es immer noch nicht, für 2,16 Millionen Einwohner wenigstens ein höheres Maß an Kooperation in den vier Planungsregionen zu organisieren. Auch die Krankenhausplanung orientiert sich an den vier Planungsregionen und – ich betone – nicht an den Profiterwartungen börsennotierter Krankenhauskonzerne.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht darum, heute die richtigen Lösungen zu finden. In Thüringen als einem Land mit begrenzten Ressourcen müssen die Bediensteten des Landes und der Kommunen Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger und damit für ein lebenswertes Thüringen sein.

Wir als Bedienstete und als Regierende sind für die Bürger da und nicht umgekehrt. Wir werden Konzepte für eine Stärkung der Regionen an der Peripherie vorlegen. Diese Regionen – die Thüringer Rhön, das Thüringer Eichsfeld, das Thüringer Vogtland, der Kyffhäuser und der Südharz – besitzen eine Scharnierfunktion und wir wollen diese bereits vorhandenen historischen, kulturellen und wirtschaftlichen Kontakte und Verbindungen in die Metropolregionen um Leipzig und Westsachsen, um Nürnberg und Franken, um Hannover bis Südniedersachsen nutzen und ausbauen. Jena als Boomregion in Ostthüringen muss als Fernverkehrskreuz erhalten bleiben. In und um Altenburg gibt es viel Raum, der jene Kreativen und Startup-Gründer aufnehmen kann, die in Leipzig keinen Raum mehr finden und ihn in der sächsischen Boomtown nicht mehr bezahlen können. Mit der S-Bahn dauert die Fahrt von Leipzig nach Altenburg weniger als eine Stunde. Die Regionen in Nord- und Südthüringen wollen wir als Kulturentwicklungsregionen stärker aufwerten. Der Kulturminister hat einen solchen Prozess bereits angestoßen.

Diese Koalition und die Landesregierung verfolgen das Ziel der Stärkung der direkten Demokratie. Wir haben Thüringen bereits auf kommunaler Ebene zu

(Ministerpräsident Ramelow)

einem Vorreiterland in Sachen direkter Demokratie gemacht.

(Beifall DIE LINKE)

Nun muss die Landesebene nachziehen. Demokratie lebt von der aktiven Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Dazu gehören neben den Wahlen im Land und in den Kommunen auch die direkten Formen der Willensbekundung etwa durch Volksentscheide. Thüringen soll, wenn der nächste Landtag gewählt wird und wir uns darauf verständigen würden, auch auf der Landesebene Vorreiterland in Sachen direkter Demokratie sein.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Debatte darüber, ob diese Gesellschaft bereit ist, sich dauerhaft für eine geregelte Zuwanderung zu öffnen, führt uns zu wichtigen Fragen: nach der Basis unseres künftigen wirtschaftlichen Erfolgs, nach der Qualität und Quantität der öffentlichen und sozialen Dienstleistungen, nach unserer Bereitschaft, neue kulturelle und religiöse Impulse in unser demokratisches und weltoffenes Gesellschaftskonzept zu integrieren, und nicht zuletzt danach, wer eigentlich für die daraus zunächst erwachsenden finanziellen Lasten bezahlen soll.

Auch da sei mir die Anmerkung gestattet: Ich lese sehr wohl, dass der überwiegende Anteil unserer Bürgerinnen und Bürger ein Problem mit dem Islam hat. Aber das Grundgesetz – die Verfassung unseres Landes – gebietet es, Religionsfreiheit und Religionsgewährung als Prinzip anzuerkennen und durchzuhalten. Es ist ein Kernelement unserer Verfassung, dass Mehrheiten niemals mehr über Minderheiten entscheiden dürfen, solange sich die Minderheiten friedlich an Recht und Gesetz halten und jeder seinen Glauben friedlich lebt. Deshalb gehört für mich der Islam zu Thüringen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich lese den Thüringen-Monitor an zentraler Stelle als Ermutigung zu einer solchen Debatte, bei der wir als Politiker auf die Grundwerte unserer freiheitlichen Verfassung nicht nur verweisen dürfen, sondern wir müssen sie auch mit Leben erfüllen und verteidigen. Fast drei Viertel der Befragten plädieren für die Regulierung der Zuwanderung durch ein Einwanderungsgesetz. Ich finde, das ist ein guter Ansatz, den wir auch umsetzen sollten und dem wir uns nicht verweigern sollten. Mehr als die Hälfte sieht Zuwanderung als Chance zum Ausgleich des Bevölkerungsrückgangs. Ja, es gibt große Sorgen vor den damit einhergehenden Veränderungen, vor den finanziellen Belastungen, vor fremden Lebensweisen, vor Kriminalität, vor dem Islam. Der Staat hat hier zwei Aufgaben, zu deren Erfüllung sich die Landesregierung ohne Wenn und Aber bekennt: Gegen jede Form von Hass und Gewalt,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

gegen wen auch immer, von wem auch immer, gilt in Thüringen eine Null-Toleranz-Strategie. Wir dulden keine Gewalt an Flüchtlingen und wir dulden keine Gewalt von Flüchtlingen. Wir dürfen überhaupt keine Gewalt dulden, von niemandem.

(Unruhe CDU, AfD)

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die zentralen Bestandteile einer freiheitlichen und toleranten Lebensweise sind nie und nirgendwo verhandelbar. Es gibt keinen Rabatt auf Grundrechte. Die gemischten Gefühle entstehen, solange wir statt dieses Gesprächs mit der Gesellschaft von morgen und über die Gesellschaft von morgen Scheindebatten führen, Angst schüren, Angst in den Herzen platzieren. Es gehört zu den großen Versäumnissen des vergangenen Jahres, dass weder die Kanzlerin noch irgendeine Spitze des Bundes den Versuch gemacht hat, über die Krisende-batten nach den Ereignissen des zweiten Halbjahrs 2015 hinauszuwachsen und in einen solchen Diskurs über die Zukunft unserer Gesellschaft laut, deutlich, klar und für die Bürger vernehmbar einzusteigen. Wo bestenfalls verschämt mit allerlei Entschuldigungen um Verständnis geworben wird, muss man sich nicht wundern, wenn eine Stimmung wächst, in der Zuwanderung grundsätzlich als Übel gilt, bei der man sich eigentlich nur um den Grad der Vermeidbarkeit streitet.

Ich werbe für das Leitbild der sozialen Integration, weil ich es für richtig und machbar halte und nicht zuletzt weil ich Vertrauen in die Thüringerinnen und Thüringer habe, in die Kraft zur Beharrung und zur Modernisierung, die zwischen Wartburg und Altenburg seit 1990 gezeigt wurde. Wir diskutieren klar, deutlich und entschieden hierzulande, aber wir packen auch stark an, wenn es darauf ankommt. Ich jedenfalls freue mich auf den Veränderungsprozess.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, am Ende würde ich dann doch noch eine persönliche Anmerkung machen: Herr Oppositionsführer Mohring hat gestern darauf verwiesen, dass ich als Oppositionsführer 2011 für eine Volksabstimmung zur Gebietsreform eingetreten bin. Ja, dafür bin ich eingetreten. Dazu stehe ich auch heute noch. Wir haben im Landtagswahlkampf die Gebietsreform zum zentralen Wahlkampfthema gemacht und Ihre Partei hat die zentrale Verweigerung zu dem Thema thematisiert.

(Unruhe CDU)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Ministerpräsident Ramelow)

Die Wählerinnen und Wähler haben eine Entscheidung getroffen, dass die Blockade des Themas endlich beendet wird.

(Heiterkeit CDU)

Deshalb, meine Damen und Herren, es gab eine Expertenkommission, ich muss es nicht wiederholen, Sie wissen es, Sie waren dabei. Es war Ihre eigene Fraktion,

(Unruhe CDU)

die Frau Lieberknecht daran gehindert hat, die Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform umzusetzen. Ihre eigene Fraktion war die Bremserfraktion.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber ich bin gern bereit, Herr Mohring, mit Ihnen in den Aushandlungsprozess über eine Gebietsreform, eine Funktional- und Verwaltungsreform einzutreten.

(Zwischenruf Abg. Meißner, CDU: Dann machen Sie einen Volksentscheid!)

Wenn Sie nicht mehr das Ob infrage stellen, sondern ernsthaft über das Wie ins Gespräch kommen und nicht einfach nur Anträge stellen, die alles so lassen, wie es ist, sondern den Veränderungsprozess aktiv betreiben wollen, dann bin ich gern bereit, mit Ihnen in den Dialog einzutreten, weil Sie offenkundig auch daran interessiert sind, dieses Land zukunftsfest machen zu wollen. Wenn Sie daran interessiert sind, dann lassen Sie uns doch endlich über die neue Gebietskulisse und die Aufgabenverteilung ...

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Ihr zäumt von hinten auf!)

Herr Heym, hören Sie doch einfach 1 Sekunde zu! Ich mache Ihnen gerade ein Angebot, aber offenkundig wollen Sie es nicht, weil Sie nur weiter im Neinsagen verharren wollen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sagen Sie doch endlich Ja und dann können wir doch darüber abstimmen, wann wir eine Volksabstimmung zu welchen Teilen machen.

(Unruhe CDU)

Dann werden wir sehen, ob die Bürgerinnen und Bürger auch dann entscheiden können, wenn Themen Geld kosten, wenn die Bürger selbst darüber entscheiden, wie die Zukunftsfähigkeit stattfindet. Da bin ich gespannt, ob die Bürger sagen, wann sie das letzte Mal in einer Kreisverwaltung waren oder wer eigentlich in die Kreisverwaltung geht.

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Das ist doch gar nicht das Thema!)

Wie wir das Thema „Bürgerservicebüros“ umsetzen ...

(Unruhe CDU)

Präsident Carius:

Meine sehr verehrten Kollegen, jetzt bitte ich wieder um etwas mehr ...

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Beißringe verteilen!)

Herr Kollege Heym, Sie können sich nachher in der Debatte melden.

Ramelow, Ministerpräsident:

Wenn ich es jetzt richtig vom Kollegen Heym verstehe, geht es nicht um die Kreisstädte und den Landkreis.

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Nein, es geht um den Weg in die Kreisstadt!)

Wenn es nicht darum geht, dann können wir uns ja ...

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Drehen Sie mir doch nicht das Wort im Mund herum, Herr Ministerpräsident!)

(Unruhe DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wollte eigentlich nur der demokratischen Opposition ein Angebot machen, dass wir miteinander ...

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Zippel, CDU: Das ist doch kein Angebot, was Sie machen!)

Ja, Sie brüllen immer nur, Sie hören nicht bis zu Ende zu. Deswegen möchten Sie ja lieber in Ihrer Verharrungsstrategie bleiben.

Meine Damen und Herren, Nein sagen zur Zukunft unseres Landes ist kein Konzept. Sagen Sie endlich Ja zum Umbau der Verwaltung, damit die Menschen in der Verwaltung ihre Aufgabe für alle Bürger erfüllen können.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich betone es noch einmal: Wir als Abgeordnete, als Regierende, als Beschäftigte im öffentlichen Dienst sind für die Bürger da.

(Beifall Abg. Kuschel, DIE LINKE)

Wenn wir das in Zukunft organisieren wollen, dann müssen wir jetzt den Veränderungsprozess gestalten. Wir stehen vor dem größten Veränderungsprozess unseres Landes seit 25 Jahren. Lassen Sie ihn doch in die Zukunft entwickeln und nicht in die Vergangenheit.

(Ministerpräsident Ramelow)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie ihn doch in Mobilität und in Modernisierung entwickeln und nicht im Beharren der Strukturen, wie sie bis jetzt erreicht sind. In diesem Sinne denke ich, dass die gemischten Gefühle, die die Bürger haben, auch ein Spiegelbild dessen sind, was sie von uns hören, nämlich nur Streit darum, ob denn ein Umbau notwendig ist oder nicht. Ich halte die Richtung des Umbaus für thematisierungswürdig und nicht die Verharrung in Rückwärtsgewandtem. Die Zukunft wird man nie erreichen, wenn man immer nur in den Rückspiegel schaut, wenn man nach vorn fahren will. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Ich gehe davon aus, dass alle die Aussprache zur Regierungserklärung wünschen. Ich darf darauf hinweisen, dass Beratungen zu Regierungserklärungen grundsätzlich in langer, also doppelter Redezeit verhandelt werden. Ich rufe als Ersten Herrn Abgeordneten Mohring für die CDU-Fraktion auf.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte gern, bevor ich zum Thüringen-Monitor spreche, kurz darauf eingehen, was der Herr Ministerpräsident zum Schluss gesagt hat und womit er dankenswerterweise die kurze schmale Rede seines Innenministers in Sachen Gebietsreform gestern um zwei Seiten ergänzt hat.

(Beifall CDU)

Danke dafür. Ich will auch noch sagen: Mir fällt auf, gestern waren Sie nicht da, als der Innenminister zur Gebietsreform geredet hat. Heute sind Sie da und er nicht. Zusammen geht es nicht so richtig bei Ihnen.

(Heiterkeit CDU)

Aber ich will auch gern mal aufgreifen, was Sie ganz zum Schluss gesagt haben, damit es eingeordnet bleibt und nicht irgendwie in Vergessenheit gerät.

(Beifall CDU)

Falls Sie analysieren wollen, dass die Leute Sie bei der Landtagswahl 2014 gewählt haben, weil sie eine Gebietsreform wollen, da will ich gern noch mal sagen: Ihre Koalition aus Rot-Rot-Grün besteht – soweit ich das sehe – nur aus Verlierern. Die Leute wollten Sie nicht haben. Sie haben sich zusammengetan.

(Unruhe DIE LINKE)

Das ist auch möglich. Aber die Leute haben Sie nicht gewählt, weil Sie eine Gebietsreform machen wollen.

(Beifall CDU)

Da müssen Sie sich mal Ihr eigenes Ergebnis anschauen. Sehen Sie sich mal Ihr eigenes Ergebnis im Wahlkreis in Erfurt an. Soweit ich das sehe, hat Marion Walsmann dort gewonnen und nicht Sie. So toll kann das nicht gewesen sein mit der Unterstützung.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sind Sie der Ministerpräsident?)

Aber gern können wir darüber reden. Ich nehme auch Ihr Angebot zu dem an, was ich gestern schon gesagt habe – das können Sie nicht wissen, weil Sie nicht im Hause waren, aber auch verständlich woanders unterwegs gewesen sind –, nämlich dass wir die Hand ausgestreckt haben, über die Frage der richtigen Reihenfolge zu sprechen, was Sie auch früher gesagt haben:

(Beifall CDU)

Aufgabenkritik, Funktionalreform, Verwaltungsreform – und dann noch schauen, was für Gebietsreform übrig bleibt.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie haben die Hand ausgestreckt und den Stinkefinger gezeigt!)

Sie wollen nur immer sagen: Liebe Leute, wenn ihr in der CDU einsteigt, mit uns über neue Gebietszuschnitte zu reden, dann strecke ich euch die Hand aus. Aber ob das alles notwendig ist, ob es nicht andere und bessere Wege gibt, diesen Prozess verweigern Sie – mit den Bürgern, mit der kommunalen Ebene und auch mit uns. Deshalb: richtige Reihenfolge, dann Gespräche sofort, gleich morgen. Aber nicht über die falsche Reihenfolge, das kann nicht funktionieren.

(Beifall CDU)

Zum Thüringen-Monitor: Danke für die Vorlage des Thüringen-Monitors auch 2016. Er zählt – glaube ich – zu den spannendsten Thüringen-Monitoren seit Jahren, seit Anbeginn, seit Bernhard Vogel, über alle Ministerpräsidenten hinweg bis zum heutigen Tag. Er zeigt den Bürgern über die Demokratie, wie die Thüringerinnen und Thüringer im Stresstest bestehen, zur Frage der Demokratie und den Aufgaben, die im diesjährigen Thüringen-Monitor eine Rolle gespielt haben. Deshalb Danke an die Wissenschaftler der Universität Jena, aber Danke auch an die Landesregierung für die Datensammlung und auch für die Interpretation. Die Debatte dazu führen wir hier. Aber es ist wichtig, dass dieser Thüringen-Monitor fortgesetzt wird.

(Beifall CDU)

(Abg. Mohring)

Es ist das wissenschaftlich beste Werk, das man aus den deutschen Bundesländern kennt, und es kann sich wahrlich sehen lassen.

Um es vorwegzunehmen: Die Thüringerinnen und Thüringer haben diesen Stresstest im Großen und Ganzen gut gemeistert. Es gibt aber auch Ansagen an die politischen Verantwortungsträger. Ich will in meinem Teil der Rede – Marion Walsmann wird für uns als Fraktion auch noch einmal sprechen – zu drei Themen sprechen: zu den Thüringern, den Flüchtlingen und der Fluchtmigration, zur Stabilität unserer Demokratie und zur Entfremdung zwischen Bürgern und den politischen Verantwortungsträgern.

Heute ist in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zum Thema „Gutmenschen und Dunkeldeutsche“ und zum Thüringen-Monitor ein großer Beitrag erschienen. Ich kann ihn nur empfehlen, weil er mit einer ganz entscheidenden Botschaft startet. Ich will – gestern, Sie haben recht, 10. November – dazu zitieren, Herr Präsident. Der Artikel beginnt mit folgender und – wie ich finde – für mich wichtigen Feststellung: „In der sogenannten Flüchtlingskrise sind oft Pauschalurteile über Ostdeutschland zu vernehmen, die oft von Hysterie, selten von Sachkenntnis geprägt sind. Für Letztere hilft es, sich den Thüringen-Monitor anzuschauen [...]“. Ich will das auch verstärken und gleich zu Beginn sagen: Diese Thüringer, unsere Bürgerinnen und Bürger, entsprechen eben genau nicht diesem billigen Klischee, das oft den Ostdeutschen unterstellt wird, dass sie nichts mit Fremden am Hut haben, dass sie nicht mit Demokratie umgehen können, dass sie alle nur in Dunkeldeutschland leben würden und keine Ahnung hätten, wie man ein offenes Herz tragen will. Diese Thüringer haben sehr wohl einen klugen und weltoffenen Blick auf dieses Land und auf diese Herausforderungen.

(Beifall CDU; Abg. Gentile, fraktionslos)

Deswegen ist tatsächlich dieses Kapitel – Thüringen, Flüchtlinge und Fluchtmigration – im neuen Thüringen-Monitor für 2016 das spannendste, weil es viel verrät über das Selbstverständnis der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land und über die Vorstellung zur Zukunft dieses Landes. Deshalb ist es die erfreuliche Botschaft des Thüringen-Monitors 2016: Die Thüringer nehmen ihre humanitäre Verpflichtung wahr, Menschen in Not zu helfen, und sie stehen diesen Menschen auch eher freundlich und aufgeschlossen gegenüber. Das belegen die Zahlen: 79 Prozent erkennen die universelle humanitäre Norm an, Zuflucht zu gewähren, und 46 Prozent bekunden ihre Bereitschaft, sich für Flüchtlinge und Asylsuchende zu engagieren. 16 Prozent sagen, sie haben das auch schon getan, und 88 Prozent bewerten die Arbeit der freiwilligen Helfer sehr oder eher positiv. 62 Prozent hätten nichts gegen Asylbewerberheime in ihrer Nachbarschaft und

55 Prozent haben sogar eher positive Empfindungen bei der Begegnung mit Asylsuchenden. 27 Prozent sind zumindest neutral. Doch oft die gleichen Menschen lassen eben auch keinen Zweifel daran, dass daraus kein Dauerzustand werden soll, und in einem Punkt ist sich die große Mehrheit auch einig: Wer einwandern will, soll sich bitte schön nicht als Flüchtling ausgeben, sondern soll auch sagen, dass er einwandern will, weil er wirtschaftlich andere Perspektiven sucht.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wie gut, dass wir kein Einwanderungsgesetz haben!)

Diese spannende Frage ist eine ganz entscheidende Erkenntnis aus dem Thüringen-Monitor. Ich will das mit Zahlen unterlegen, damit Sie gar nicht dazwischenrufen müssen, sondern sich auf das, was Prof. Best und seine Wissenschaftskollegen aufgeschrieben haben, konzentrieren können. 81 Prozent sagen, dass abgelehnte Asylbewerber abgeschoben werden sollen. Und 67 Prozent meinen, dass Flüchtlinge und Asylbewerber in ihre Heimatländer zurück sollen, wenn Verfolgung und Krieg beendet sind.

(Beifall CDU; Abg. Gentile, fraktionslos)

Meine Damen und Herren, was dahintersteht, ist nicht die prinzipielle Absage an jede Form der Zuwanderung. Das kann man daraus nicht lesen und das darf auch nicht die Botschaft des Thüringen-Monitors 2016 sein. Sondern es geht eher darum, eine konsequente Steuerung durchzusetzen und so wie wir das als CDU-Fraktion beschreiben: konsequente Integration, aber auch Konsequenz bei der Abschiebung. Das ist genau das Empfinden, was die Bürgerinnen und Bürger beim diesjährigen Thüringen-Monitor auch bestätigt haben. Deswegen befürworten auch 77 Prozent ein Einwanderungsgesetz – Sie haben davon gesprochen –, das festlegt, welche und wie viele Ausländer ins Land kommen. Und da die Alternativfrage war, ob die bestehenden Regeln ausreichen, wäre ich zumindest vorsichtig in der Interpretation, dass die Bürgerinnen und Bürger mit der Regelung zu einem Einwanderungsgesetz verstehen wollen, dass das, was wir im Herbst 2015 und danach erlebt haben, durch gesetzliche Grundlage fortgeschrieben werden soll. Da würde ich ein großes Fragezeichen dahinter machen. Sie haben das auch nicht ganz so interpretiert, aber ich will das schon mal deutlich sagen, weil mir in dieser ganzen Debatte auffällt, dass es eine Unsicherheit der Begriffe gibt, eine Unsicherheit der Erklärung darüber, wer als Flüchtling kommt, wer als Asylbewerber kommt und wer soll als Zuwanderer kommen. Das sind drei verschiedene Rechtskreise und Regelungskreise, die in der hektischen und aufgeregten politischen Debatte immer übereinander- und aufeinandergelegt werden,

(Abg. Mohring)

und es wird so getan, als sei das ein Kreis, den man mit einem Male regeln könnte. Dem ist ausdrücklich nicht so. Ich verstehe die Interpretation der Thüringerinnen und Thüringer so: Es geht natürlich auch um Nützlichkeitsaspekte für eine Gesellschaft, Fachkräfte zu gewinnen, Leute zu gewinnen, die mit helfen, dass das, was wir aufgebaut haben – Sozialstaat –, auch weitergehen kann. Das kann in einem Zuwanderungsrecht geregelt werden, aber das umfasst nicht, dass illegale Einwanderung und ungezügelter Zustrom wie im Herbst 2015 auf Dauer gesetzlich festgeschrieben werden sollen.

(Beifall CDU)

Und deshalb passt es auch in das Bild, dass aus der Thüringer Bevölkerung 72 Prozent sagen, dass sie für eine nationale Obergrenze der Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden sind. Ich glaube, Horst Seehofer würden, wenn er den Thüringen-Monitor kennen würde, die Ohren klingeln. Ich muss überlegen, ob ich es ihm schicke, aber ich will mich auch gar nicht so in die großen Debatten von den zweien da einmischen.

(Beifall CDU)

Kurz gesagt: Die Menschen wollen ein gehöriges Wort mitreden, wer und wie viele kommen. Die Autoren des Thüringen-Monitors warnen zu Recht davor, das alles als Nützlichkeitsrassismus zu denunzieren. Da schließt sich aber mal der Kreis. Ich bin dankbar für diese wissenschaftliche Analyse, weil wir oft merken, wenn die Bürgerinnen und Bürger skeptisch sind mit dem Bild auf das, was passiert ist, unsicher bei dem sind, was kommt, vielleicht auch manchmal in Sorge über die eigene Zukunft sind, sich das sozusagen vermischt, dass daraus immer sofort die Keule des Rassismus gestreut wird und die Leute dann alle in eine extreme rechte Ecke gestellt werden. Nein, die Sorgen der Menschen sind größer und nicht jede Sorge der Menschen wird gleich damit beantwortet, dass man sie als Rassisten beschimpft.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Rassismus ist kein Merkmal irgendwelcher gesellschaftlicher Ränder! Das müssen Sie endlich begreifen!)

Bleiben Sie doch einfach unaufgeregter. Das will diese Gesellschaft. Sie wollen keine aufgeregten Politikerinnen von Links-Links-Grün, sondern sie wollen ernst genommen werden. Das ist auch eine große Botschaft aus diesem Thüringen-Monitor.

(Beifall CDU, AfD)

Deshalb, meine Damen und Herren, dieser aktive Auswahlprozess – so empfinden es viele Bürgerinnen und Bürger, auch ausweislich des Thüringen-Monitors –, der ist eben bei den Flüchtlingen kaum

gegeben, das sehen die Bürger mit Blick auf die rund 25.000 Asylsuchenden und Flüchtlinge in Thüringen so. Es gibt nur 2 Prozent der Befragten, die gar keine Sorge haben, und lediglich 13 Prozent der Befragten, die überhaupt keine Chance sehen. Die meisten Menschen stehen diesen Menschen schlicht ambivalent gegenüber, was auch gar nicht verwerflich ist und was Politiker und Prof. Best auch ausdrücklich erwähnen, dass diese Ambivalenz etwas ganz Natürliches ist und gar nicht immer unter politischen Maßstäben bewertet werden soll, sondern einfach, weil die Menschen so sind. Ihnen wohnen manchmal auch mehrere Meinungen inne. Es gibt eben nicht nur schwarz oder weiß und damit kann man nicht alles kategorisieren, sondern das Leben ist vielfältig. Die Menschen sind in sich vielfältig. Wenn die Politik das erkennt und darauf Rücksicht nimmt, dann hätten wir eine Menge getan, wenn es darum geht, die Diskrepanz zwischen den vermeintlichen Eliten und der Bevölkerung wieder kleiner zu machen. Die Menschen einfach mal ernst nehmen, ihnen zuhören und ihre Sorgen respektieren – wenn das alle machen würden und nicht aufgeregt und gleich hysterisch durchs Land gehen würden, wäre eine Menge gutgemacht für unsere Demokratie.

(Beifall CDU)

Bei 40 Prozent der Befragten überwiegen die Sorgen, bei 24 Prozent die Chancen und bei einem Viertel hält sich beides die Waage. Eine Chance sieht die Mehrheit im Ausgleich des Bevölkerungsrückgangs, in Bezug auf Arbeitskräfte, kulturelle Vielfalt. Herr Ministerpräsident, Sie sind darauf eingegangen. Genau das ist eine gute Grundlage, auf der man auch eine Gesellschaft aufbauen kann, wenn man dieses Verständnis hat. Das kann man gemeinsam definieren aus dem Thüringen-Monitor. Da muss einem auch nicht bange sein. Deswegen ist er auch so spannend in diesen Fragen, eben weil es so ambivalent ist und weil es nicht diese einfache Antwort darauf gibt, mit der man alles plötzlich lösen könnte, nur weil man die nackten Zahlen so auf dem Tisch hat. Aber wichtig ist eben auch – das ist der andere Punkt –, die Menschen sind besorgt über den Zulauf für Rechtspopulisten, über Kriminalität, den Einfluss des Islams und den gesellschaftlichen Zusammenhalt und sie gehen auf Distanz gegenüber einschneidenden Veränderungen in der Art und Weise des Zusammenlebens. Diese Ambivalenz führt eben auch manchmal zu einer reservierten Haltung, die ganz verständlich ist, weil das, was neu kommt, was im Herbst 2015 passiert ist, viele Menschen einfach umtreibt und sie nicht euphorisch mit offenen Armen jeden Tag durchs Land gehen wollen, sondern weil sie auch ein bisschen skeptisch sind, ob die, die da regieren, egal wo, das Land beherrschen, die Aufgabe beherrschen, so Sachen wie Kontrollverlust beseitigen und auch wissen, was sie tun, dass sie damit auch

(Abg. Mohring)

einen guten Beitrag leisten können, dass diese Ordnung, die viele Menschen erwarten, auch stimmt. In den Worten der Verfasser heißt das wie folgt: Die „prinzipielle Befürwortung der humanitären Hilfe und die individuelle Bereitschaft zum Engagement für Flüchtlinge“ verbindet sich „mit deutlichen Forderungen nach strikteren staatlichen Steuerungs- und Begrenzungsmaßnahmen in der Asylpolitik“. Die Menschen wollen weder eine politische Polarisierung noch eine weitgehende Veränderung des Gewohnten. Die Thüringer sind offen für Fremde und Fremdes, wenn die Geschäftsgrundlagen klar sind. So verstehe ich eben auch den Wunsch von drei Vierteln der Bevölkerung, auch in dem Regelungskreis der Zuwanderung eine rechtliche Grundlage zu schaffen, damit die Geschäftsgrundlage klar ist und alle sich daran orientieren können. Wer aus wirtschaftlichen Aspekten kommt, der muss Anforderungen erfüllen, der muss Maßstäbe erfüllen, der muss die Integrationsbereitschaft mitbringen, auch die Loyalität zum Staat. Wenn das gewährleistet ist, ist das eine Geschäftsgrundlage, für die sich die Thüringerinnen und Thüringer im Thüringen-Monitor aussprechen. Das zeigen eben die spannenden Zahlen zum Themenfeld „Integration“. Denn jeweils eine große Mehrheit von 80 und mehr Prozent hält Spracherwerb, Rechtsehe und den Besuch von Kitas und Schulen für zwingend. Genauso ist es: Spracherwerb und Arbeitsintegration sind die besten Möglichkeiten, dass Konsequenz bei der Integration auch tatsächlich gelingt. Da müssen wir alle gemeinsam Anstrengungen unternehmen.

(Beifall CDU)

Deswegen benennen auch zwei Drittel die Arbeit und Kontakte zu den Deutschen als wesentliche Gelingensbedingung für eine Integration. 51 Prozent sagen, die Zuwanderer sollen ihren Lebensstil behalten, auch wenn er sich vom Lebensstil der Deutschen unterscheidet – eine spannende Feststellung. Bei 57 Prozent überwiegt die Auffassung, dass wir uns in Zukunft Wertevorstellungen und Maßstäben anderer Kulturen stärker öffnen müssen. 58 Prozent halten allerdings die meisten Flüchtlinge aufgrund ihrer Kultur für nicht integrierbar. Fremdheitsgefühle speisen sich dabei unter anderem aus dem Blick auf den Islam. Dass 80 Prozent der Thüringerinnen und Thüringer sagen, der Islam gehört nicht zu Thüringen, kann man nicht einfach wegwischen, sondern sollte man zur Kenntnis nehmen.

(Beifall CDU)

Was für uns daraus auch folgt, ist folgende Feststellung, die sich an Zahlen, die wir erhoben haben, die aber auch der Landtagspräsident in seiner Heimatumfrage erhoben hat, belegen lässt, nämlich: Umso stärker die Menschen in der eigenen Heimat verwurzelt sind, umso eher ihnen auch das Gefühl

gegeben wird, dass sie in der Region, wo sie zu Hause sind, noch etwas mitbestimmen können, dass sie das in überschaubaren Strukturen machen und ihre Heimatliebe auch sozusagen zum Ausdruck bringen können, auch im Ehrenamt, dass ihnen das alles nicht über den Kopf wächst, umso stärker diese Verwurzelung da ist, umso offener können die Menschen auch für Neues sein. Deswegen muss man immer beides berücksichtigen: den eigenen Menschen eine gute Perspektive für ihre Heimat zu geben und deshalb klug überlegen, wenn man was verändert, ob man die Leute nicht besser mitnimmt, als am grünen Tisch zu entscheiden, und dann eben auch das Herz dafür öffnen, für Neues offen zu sein. Wer ihnen aber in so einem schwierigen Prozess einfach die heimatlichen Strukturen kaputt macht, meint, Gebietsreform, ohne das Volk zu befragen, einfach auflegen zu können, der trägt jedenfalls nicht zur Festigkeit in das Vertrauen für die Institution der Demokratie bei, sondern der lässt das eher wackeln. Wir wollen aber Stärkung der Demokratie und nicht die Skepsis bei den Menschen stärken. Deshalb: Nehmen Sie die Menschen auch bei der Gebietsreform mit!

(Beifall CDU, AfD)

Zu Recht tun sich die Wissenschaftler der Universität Jena schwer mit dem Befund auf die verschiedenen Antworten auf die Fragen und Interpretationen dieser Daten, die sich mit dem Thema „Integration“ beschäftigen. Es stimmt, sie entziehen sich – Zitat – „der Ordnung des öffentlichen Diskurses mit seinen Stereotypen und Gegenstereotypen.“ Gut-mensch und Dunkeldeutscher wohnen oft in einer Person. Doch die Frage ist: Ist das wirklich alles so schwer zu erklären? Oder ist das wirklich alles so problematisch, wie oft dargestellt wird? Oder ist es nicht einfach eher so, dass wir die Menschen so sehen, die in ihrer großen Mehrheit durchaus rational denken, Mitmenschlichkeit praktizieren, aber eben genauso gut wissen, dass, wer nach allen Seiten offen ist, auch nicht ganz dicht ist?

(Beifall CDU)

Manchmal sind diese simplen Lebensweisheiten auch nicht einfach vom Tisch zu wischen. Wir wissen – die Bürger wissen das, wir wissen das –, dass die öffentliche Ordnung eine kulturelle Leistung ist, mit der behutsam umgegangen werden sollte. Dieses Gefühl nach Ordnung, nach Sicherheit, nach Vertrauen auch in den Staat – auch das belegen die Zahlen, dass gerade das Zutrauen der Bürgerinnen und Bürger bei der Polizei in diesen Tagen am stärksten ist –, das sollte uns auch veranlassen, darüber nachzudenken, dass wir, die jeden Tag sozusagen an der ersten Frontlinie stehen, um unsere Sicherheit zu verteidigen, diejenigen wertschätzen, dass wir ihnen einen Rechtsrahmen setzen, bei dem klar ist, dass bei Angriffen auf die Sicherheitskräfte, die sich in die Linie stellen, um

(Abg. Mohring)

unsere Sicherheit zu verteidigen, wir sie besser schützen, dass wir sie besser ausstatten, dass wir sie auch besser wertschätzen. Das würde das unterstützen, was die Bürger fühlen. Das Streben nach Ordnung, nach Sicherheit, Vertrauen in die Polizei, das müssen die, die politische Verantwortung tragen, unterstützen und stärken und nicht schwächen oder infrage stellen.

(Beifall CDU)

Deshalb will ich schon noch mal anmerken und in der Debatte wenigstens an der Stelle noch mal das besprechen, was wir bei „ACAB“ gesehen haben: Wenn drei Fraktionsvorsitzende – es hilft doch nichts –, zwei davon vielleicht ausgetrickst, einer bewusst, am Ende hinnehmen, dass man alle Polizisten als Bastarde – zumindest suggerierend dahinterstehend – beschimpfen kann, ist das jedenfalls nicht die Wertschätzung, die die Polizistinnen und Polizisten von Politikerinnen und Politikern erwarten – ich habe das schön gegendert ausgesprochen –, sondern dass sie sie unterstützen und gar nicht erst so einen Kokolores zulassen.

(Beifall CDU, AfD)

Ich war dankbar, dass sich Matthias Hey und dann auch Dirk Adams relativ schnell von diesem Gezeiter distanziert haben. Aber dass es überhaupt dazu gekommen ist, dass so was auch einen Umlauf machen konnte, das muss einen schon beunruhigen, weil so was nicht einfach durch Zufall passiert ist, sondern mindestens eine Person wahrscheinlich auch politisch toleriert hat, dass man so eine Botschaft in das linksextreme Gewaltpotenzial in dieser Gesellschaft hineinsetzen könnte. Deswegen gilt ganz klar – Sie haben das auch richtigerweise gesagt –: Wir müssen in dieser Gesellschaft, in diesem Land gegenüber Gewalt und sozusagen gegenüber extremistischen Auswüchsen null Toleranz haben. Und ich ergänze: Es ist vollkommen egal, ob diese Gewalt von links, ganz links oder ganz rechts kommt. Diese Gesellschaft braucht keine Gewalt und sie braucht keine brutalen Auseinandersetzungen, sondern sie braucht ein gutes Zusammenleben und daran sollte jeder, egal auf welcher Seite des Spektrums er Politik macht, seinen Beitrag leisten. Die Gesellschaft kommt gut voran, wenn wir gut zusammenleben und nicht, wenn wir den extremen Kräften in dieser Gesellschaft auch noch Futter geben durch politische Debattenteilnehmer. Das ist wichtig.

(Beifall CDU)

Deswegen: Das, was wir im Thüringen-Monitor sehen, ist in der Summe eine klare Absage an die Extreme, und zwar einerseits eine Absage an die Strategien einer ethnisch-kulturellen Abschottung. Der Akzent der Thüringer liegt klar auf der Ordnung des Landes mit den dazugehörigen Elementen der politischen Kultur. Auch das will ich noch einmal

sagen, weil wir das hier auch immer wieder erleben: Wer davon spricht, die Kanzlerin in eine Zwangsjacke zu stecken, der erfüllt eben nicht die Anforderungen an die Ordnung eines Landes und die dazugehörigen Elemente einer politischen Kultur.

(Beifall CDU, SPD)

Beides macht erst das Land aus und nicht nur das eine. Deswegen ist diese Absage auch aus dem Thüringen-Monitor heraus klar zu lesen und als Maßstab zu verstehen. Man könnte auch sagen, kulturelle Vielfalt ist möglich, solange die Statik des Staats und der Gesellschaft nicht gefährdet ist. Darauf kommt es an.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, ich will es nicht verhehlen, es gibt auch noch eine andere Absage aus dem Thüringen-Monitor: Das ist die Absage an die Aussagen, die oft auch von Ihnen, Herr Ministerpräsident, getroffen werden, dass jeder Flüchtling und jeder Migrant gleich als Neubürger zu verstehen ist. Wir glauben nicht, dass es die richtige Antwort und die Rezeptur ist, dass man sagt, wie wird man der Illegalität von Flüchtlingen in diesem Land Herr, dass man sagt, der Prozess liegt darin, den Leuten eine Staatsbürgerschaft zu versprechen. Wir finden, die Staatsbürgerschaft steht am Ende eines gelungenen Integrationsprozesses und kann jedenfalls nicht auf die Illegalität folgen. Das lässt sich aus dem Thüringen-Monitor heraus nicht ablesen.

(Beifall CDU)

Ich will ferner noch einmal sagen, Sie haben in Jena am 25. Juni gesagt – ich will zitieren –: „Der Zugang von Menschen, egal ob Flüchtlinge oder Arbeitsmigranten, wirkt als Katalysator für die Durchsetzung eines neuen Leitbilds der sozialen und ökonomischen Entwicklung unseres Landes mit dem Ziel einer sozialen Einwanderungsgesellschaft.“ Ich kann Ihnen mit Blick auf den Thüringen-Monitor sagen: Das wollen die Thüringer nicht und dafür haben Sie auch kein Mandat.

(Beifall CDU, AfD)

Zur Stabilität unserer Demokratie – und das ist die zweite erfreuliche Botschaft: Die demokratische Ordnung ruht alles in allem auf einem soliden Fundament in diesem Land. Spannend ist an dieser Stelle auch – damit will ich beginnen –, die Bürgerinnen und Bürger sind auch gefragt worden, ob sie sich von Westdeutschen als Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse behandelt fühlen, und immerhin 51 Prozent stimmen dem völlig oder überwiegend zu. Mathematisch geht das nicht ganz auf, aber die Zahlen sind so. 50 Prozent lehnen das überwiegend ab oder völlig ab oder haben keine Angabe dazu. Aber es darf einen schon nicht ganz nonchalant darüber hinweggehen lassen, dass

(Abg. Mohring)

51 Prozent im 26. Jahr der deutschen Einheit immer noch sagen, sie fühlen sich als ostdeutsche Bürgerinnen und Bürger von Westdeutschen als Menschen zweiter Klasse behandelt. Das ist auch nicht ganz unwichtig. Dass dann aber auch 46 Prozent – knapp die Hälfte – sagen, freie Meinungsäußerung ist nicht ohne Nachteile möglich, das darf uns nun gar nicht kaltlassen.

(Beifall CDU)

Viele von Ihnen wissen das, ich war als Schüler im Herbst 1989 unterwegs und gerade sitzen so viele Schülerinnen und Schüler aus der Edith-Stein-Schule dabei, da muss man schon einmal kurz nachdenken, als ich als Schüler auf die Straße gegangen bin und viele andere von Ihnen als Erwachsene oder im gleichen Alter auch unterwegs gewesen sind, wir sind ja im Herbst 1989 auf die Straße gegangen nicht zuallererst wegen dem Herbst 1989, wegen der deutschen Einheit oder anderen Fragen, sondern weil wir unter anderem endlich auch unsere Meinung frei sagen wollten, ohne dafür am nächsten Tag bestraft zu werden oder doppelzünftig reden zu müssen zu Hause oder auch in der Gesellschaft. Dass dieses Gefühl noch bei knapp der Hälfte unserer Bürgerinnen und Bürger in diesem Freistaat Thüringen auch 26 Jahre danach immer noch innewohnt oder wieder stärker geworden ist, das muss uns mit Sorge erfüllen, weil das auch ein Befund dafür ist, warum es zu dieser beschriebenen Diskrepanz von Eliten und Bürgern kommt. Wer sich unsicher fühlt, seine Meinung zu sagen, weil er denkt, er hat Nachteile, dann ist es nicht mehr ganz so gut bestellt, da haben wir eine Menge zu tun, damit die Demokratie wieder stärker und fröhlicher wahrgenommen wird, als uns dieser Befund des Thüringen-Monitors an dieser Fragestellung scheinbar sagen will.

(Beifall CDU)

Aber – auch das will ich sagen, das darf man nicht untergehen lassen – dass die Demokratie die beste Staatsidee ist, das beschreibt der Thüringen-Monitor in den anderthalb Jahrzehnten, seitdem es ihn gibt. 75 Prozent stimmen völlig zu oder stimmen überwiegend zu, dass die Demokratie die beste Staatsidee ist. Wenn wir uns die Langzeitprojektion angucken, dann sehen wir, die Werte werden gestärkt, sie werden verfestigt, sie sind nicht schwach. Es gibt in diesem Land nur 6 Prozent ausdrücklich ausgewiesener Antidemokraten. Dieses Land und diese Demokratie sind in guter Verfassung und wir dürfen uns von niemandem reinreden lassen, der aus der Angst, die die Menschen wegen der besonderen Aufgaben in dieser Zeit haben, politisches Kapital schlagen will. Es ist gut, dass die Demokratie so fest ist und dass die Bürger in diesem Land das auch so sehen. Darauf sollten wir alles aufbauen und auch subsumieren, was wir – jeder Einzelne von uns – an politischen Ideen haben.

(Beifall CDU)

Deswegen muss man eben auch sehen: Nur 14 Prozent sind Demokratieskeptiker. Der Anteil der rechtsextrem Eingestellten ist auf den tiefsten Stand seit Beginn der Messungen gesunken. Das heißt, alle 15 Jahre vorher gab es noch nie so einen niedrigen Wert. Ich komme noch mal auf das zurück, was ich zu Beginn aus der FAZ zitiert habe. Das ist doch spannend und gut zu sehen, dass dieses simple Bild „Ostdeutsch gleich rechtsextrem, ostdeutsch gleich Nazi“ hier überhaupt nicht bewiesen ist und nicht stimmt. Es hat manche aufgeregt von den linken Beobachtern, als der Thüringen-Monitor letzte Woche in den ersten Daten veröffentlicht wurde. Aber das Bild der Ostdeutschen ist eben ein anderes als das, was manchmal gern gezeichnet wird, weil es gut ins Bild passt. Die Ostdeutschen sind in erster Linie keine Nazis, sondern es sind Demokraten und sie sind froh, dass sie in Demokratie und in Freiheit und in deutscher Einheit leben können. Das ist der Befund dieses Thüringen-Monitors.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD)

Die Autoren des Thüringen-Monitors wenden aber an dieser Stelle auch ein – das darf man nicht unter den Tisch fallen lassen –: 17 Prozent halten im nationalen Interesse unter Umständen eine Diktatur für die bessere Staatsform, 18 Prozent wollen zur sozialistischen Ordnung zurück. Beides ist erschreckend. Bei Ihnen gibt es wahrscheinlich welche, die wollen das Letztere, die sozialistische Ordnung, gern haben.

(Zwischenruf Ramelow, Ministerpräsident:
Das gibt es bei Ihnen auch!)

Deswegen verstehe ich auch, warum Sie so schnell wieder vom Linken-Parteitag weggegangen sind.

(Zwischenruf Ramelow, Ministerpräsident:
Nein! Nein! Bei Ihnen auch!)

Ich würde es an Ihrer Stelle auch nicht aushalten, so lange dabeizubleiben.

(Beifall CDU)

Deswegen verstehe ich das. Aber sei es drum.

(Unruhe DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Die fordern, dass die Kommunistische Plattform nicht mehr beobachtet werden soll!)

Ja, das fordern genau die, die da dabei sind. Aber es zeigt, das ist nur eine Minderheit auf beiden Seiten. Aber man darf es nicht wegwischen, wenn man analysiert, was die Wissenschaftler gemessen haben. Das ist schon so.

(Zwischenruf Ramelow, Ministerpräsident:
Ich bedanke mich für den Zusatz „auf beiden Seiten“!)

(Abg. Mohring)

Genau, ausdrücklich.

Aber diese Anteile – das ist jetzt auch eine Botschaft, auch eine frohe Botschaft für uns mit Blick auf Ihre Partei und auf die anderen auch – wachsen nicht. Angesichts der Turbulenzen des letzten Jahres strahlen diese Werte in einem – glaube ich – helleren Licht, wenn man mal auf die Aufgeregtheit, die Angst, die Sorge, die die Menschen aus dem Herbst 2015 mitgenommen haben, auch auf die Sorge und die Erwartung an die Politik, dass sich jedenfalls der Kontrollverlust des Herbstes 2015 aus der Flüchtlingskrise nicht wiederholen darf, schaut. Das sagen auch alle, von der Bundeskanzlerin bis zum Ministerpräsidenten. Dann ist es doch beruhigend zu wissen, dass für extreme Einstellungen in diesem Land definitiv kein Raum bleibt und auch kein Potenzial ist, aus dem dieses erwachsen kann. Die Menschen wollen gut aufgenommen sein, aber sie erwarten vom Staat eben auch, dass er die Ordnung im Griff hat und dass er weiß, was er tut. Darauf kommt es an und der Thüringen-Monitor bestätigt das wirklich deutlich.

(Beifall CDU)

Wir sollten zur Kenntnis nehmen – das zeigen viele Befunde, auch der Thüringen-Monitor, auch die Wahlen in diesem Jahr –: Die Bürger wollen wieder wählen gehen. Ich halte deshalb auch nichts davon, von einer Krise der parlamentarischen Demokratie zu sprechen, nur weil die, die wählen gehen, vielleicht nicht die Richtigen wählen von denen, die es erwarten und die gern gewählt werden wollen. Sondern es ist die Aufgabe aller Demokraten, das Recht der politischen Parteien, dafür zu werben, dass die Leute Lust auf Demokratie haben, dass sie Lust haben, wählen zu gehen, und dass man ihnen ein besseres Konzept macht, ein besseres Angebot macht, als nur populistisch von den Seiten heraus laut irgendwas zu rufen. Das ist anstrengender. Aber sich zu kümmern, die Leute mitzunehmen, den Leuten ein Angebot der Beteiligung zu machen, auch das ist ein Befund des Thüringen-Monitors. Ich sehe jedenfalls eine Stärkung der parlamentarischen Demokratie und auch eine Bestätigung – ja – der Parteiendemokratie. Aber auch ein ordentliches Angebot zu machen, das ist die Aufgabe aller Parteien, und nicht zuerst erschreckt zu rufen: Ja, es gehen mehr Wähler, aber sie haben die Falschen gewählt. Das darf nicht die richtige Schlussfolgerung sein. Gut, dass die Leute wählen gehen, gut so.

(Beifall CDU)

Deshalb, meine Damen und Herren, will ich zum dritten Punkt aus meiner Analyse kommen, der Entfremdung zwischen Bürgern und politischen Verantwortungsträgern. Es muss an dieser Stelle einfach erwähnt werden, weil der Thüringen-Monitor darauf Rücksicht nimmt und das bewertet. Deswegen muss man auch Wasser in den Wein gießen über

die guten Zahlen und die spannenden Zahlen des Thüringen-Monitors, aber man darf diese Entfremdung, die sich da entwickelt und wissenschaftlich festgestellt wird, nicht beiseite wischen. Der Thüringen-Monitor 2016 weist darauf hin, wo es Schwachstellen gibt und wo die Demokratie angreifbar ist.

Ich will Ihnen dazu noch einmal wenige Zahlen präsentieren. Nur 11 Prozent vertrauen den politischen Parteien. 58 Prozent tun es nicht, 32 Prozent nur teilweise. 77 Prozent sagen, die Parteien seien nicht an den Ansichten der Bürger, sondern nur an deren Stimmen interessiert. 70 Prozent sagen, die Anliegen der Menschen werden nicht mehr wirksam vertreten, und knapp ein Fünftel sieht Repräsentationsbeziehungen zwischen Bürgern und politischen Eliten gestört. Viele fordern ausdrücklich mehr direkte Demokratie und mehr Bürgerbeteiligung an den Prozessen, die für sie auch wichtig sind. Natürlich sehe ich daran noch einmal das bestätigt, was wir gestern eingefordert haben und Sie auch so halb zugegeben haben, dass es richtig wäre, wenn Ihre Leute sie lassen würden. Zu dem wichtigsten Themenfeld in diesem Land in diesem Jahrzehnt, zu der Gebietsreform, die Menschen nicht zu beteiligen, würde genau diese Entfremdung verstärken – wir müssen sie kleiner machen. Deshalb, lieber Ministerpräsident, wenn Sie das ernst meinen, was Sie 2011 gesagt haben, und am Ende zu dem Weg kommen und hier im Landtag Gebietsreformgesetze, die die Einschnitte normieren, vorlegen, dann erinnere ich Sie auch an Ihre Zusage von heute Morgen, dann lassen Sie darüber das Volk abstimmen und entscheiden Sie es nicht mit Ihrer knappen Mehrheit. Dann leisten Sie einen großen Beitrag, diese Diskrepanz wieder kleiner zu machen, anstatt größer werden zu lassen.

(Beifall CDU)

Nur mal so zur rechnerischen Mehrheit – falls es in Ihrer Koalition nicht reicht, dass die kleineren Partner mitmachen: Mit uns zusammen hätten Sie für diese Volksabstimmung in diesem Landtag eine Mehrheit.

(Zwischenruf Siegesmund, Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz: Keine Sorge!)

Daran soll es nicht liegen. Wenn die anderen grämlich sind: Eine Mehrheit für Volksabstimmungen zur Gebietsreform gibt es in diesem Landtag. Trauen Sie sich nur, sich an das zu erinnern, was Sie vor fünf Jahren laut gesagt haben. Mehrheiten dafür gibt es hier in diesem Haus.

(Beifall CDU)

(Unruhe SPD)

Tja, Genossen, hilft ja nichts. Wir haben zu diesem Debattenvorschlag, wie man den Wunsch der Bürger nach mehr Beteiligung, nach mehr Demokratie, nach mehr Entscheidungsmacht auch zwischen

(Abg. Mohring)

den Wahlen beantworten kann, einen Diskussionsvorschlag gemacht. Wir haben eine Verfassungsänderung vorgelegt, wir haben einen Ausgestaltungsvorschlag vorgelegt, den wir ausdrücklich weiter diskutieren wollen und der nicht abschließend ist, den wir auf Symposien mit Fachleuten, mit Verfassungsrechtlern besprechen wollen, nämlich die Idee: Kann man fakultative Referenden in die Verfassung einbauen und dadurch den Bürgerinnen und Bürgern eine Möglichkeit an die Hand geben, sich auch zwischen den Wahlen zu beteiligen? Ich will gern noch mal sagen, was wir bei dieser Frage vorgeschlagen haben: dass der Landtag natürlich Gesetze in diesem Haus beschließt, er das erste Wort behalten soll, aber wenn sich eine Initiative aus dem Volk entwickelt und meint, diese Gesetze noch einmal abschließend zu beurteilen, dass dann 50.000 Menschen diesen Prozess beginnen können. Zur Erklärung will ich es noch einmal deutlich sagen: Das ist dann ein Volksentscheid, der nach den Regelungen unserer Verfassung zur Zustimmung nach den gegenwärtigen Bevölkerungsstatistiken immerhin 460.000 zustimmende Stimmen bräuchte, um so ein Gesetz des Landtags anzuhalten oder ein Alternativgesetz zu beschließen. Man sollte über dieses Angebot von fakultativen Referenden als Beitrag, um populistischen Parolen das Wasser abzugraben, ernsthaft reden. Ich sage ausdrücklich: Wer das ernst meint und in die Debatte eintritt, der darf eben nicht sofort kommen und sagen, jetzt krempeln wir die ganze Verfassung dieses Landes um, weil wir gerade in der Mehrheit sind. Dafür gibt es eben keine politischen Mehrheiten. Aber Mittel zu finden, die besser sind als Populismus, Mittel zu finden, die die Erwartung der Bürger erfüllen, sich mehr zu beteiligen, Mittel zu finden, die mehr sind, als nur alle fünf Jahre die Leute zur Wahl zu schicken, Mittel zu finden, die die Leute wieder begeistern lassen, an Demokratie teilzunehmen, das sollte uns zuallererst anstrengen und das sollten wir in einem offenen Aushandlungsprozess auch gern diskutieren, ausdrücklich offen und von mir aus auch über einen längeren Zeitraum. Aber wenn wir fertig werden würden, dieses Instrument einzuführen, bevor Sie Ihre Gebietsreform auf den Weg gebracht haben – daraus mache ich keinen Hehl –, würde das die Möglichkeit erleichtern, das Volk über das abstimmen zu lassen, was Sie da vorlegen. Dann sehen wir doch – ja oder nein, hopp oder top –, ob Sie nur aus der Minderheit heraus das Land meinen umkrempeln zu wollen oder ob Sie dafür wirklich die Legitimation haben. Ich würde das gern durch das Volk bewiesen wissen und nicht durch Ihre Reden hier in diesem Landtag.

(Beifall CDU; Abg. Gentile, fraktionslos)

Ich will das gern noch mal aufgreifen, was ich gestern gesagt habe, und noch mal zitieren, was auf der Internetseite des Thüringer Innenministeriums steht. Ich glaube jedenfalls, dass das, was

Sie an Beteiligungsprozessen anbieten, das Gegenteil von dem ist, was man als Befund aus dem Thüringen-Monitor heraus mitnehmen muss. Dort heißt es nämlich auf der Website: „Es ist absolut legitim, eigene Interessen zu haben, diese offen zu artikulieren und sie in die Debatte einzubringen. Das ist Demokratie. Aber der Verhandlungsspielraum ist aus den oben genannten Gründen eben auch begrenzt.“ Meine lieben Leute, Sie können doch nicht einerseits die Bürgerinnen und Bürger auffordern, sie sollen sich beteiligen, sollen bessere Vorschläge machen, und dann sagen Sie aber gleichzeitig, der Verhandlungsspielraum ist eben begrenzt. Entweder offene Angebote und Alternativvorschläge oder begrenzter Verhandlungsspielraum – für eines müssen Sie sich schon entscheiden; beides geht jedenfalls in dieser Frage nicht zusammen.

(Beifall CDU)

Dass Sie die Interessen von 44.000 Bürgerinnen und Bürgern, die sich für ein Volksbegehren zum Vorschaltgesetz ausgesprochen haben, mit einer Klage beantworten wollen, müssen Sie mit sich selbst ausmachen. Glaubwürdig ist das nicht. Ich habe das gestern gesagt, aber ich will das auch noch mal an dieser Frage festhalten. Wenn man nach Lösungsmodellen sucht, wie man die Entfremdung kleiner machen kann, dann ist das auch ein Punkt, den man an dieser Stelle nicht wegdiskutieren kann. Die Weigerung, im Parlament über Alternativen zu reden, das haben wir ja nun mehrmals vorgetragen. Sie hören aber auch nicht auf, dauernd von den Haushaltsanträgen zu reden. Das haben Sie sich irgendwo aufgeschrieben. Wahrscheinlich hat Herr Hoff Ihnen einen neuen Stichwortzettel mitgegeben.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber es war doch so!)

Aber ich will Sie noch mal daran erinnern, lieber Dirk Adams, euch von Rot-Rot-Grün, an die Haushaltsdebatte 2015, der erste Haushalt, nachdem ihr ins Amt gekommen seid. Da haben wir 150 Änderungsanträge zu dem Haushalt gestellt. Sage und schreibe 150-mal haben Sie in diesem Haus mit Nein gestimmt. Sie sind doch gar nicht ernsthaft an Alternativvorschlägen interessiert. Sie haben sie mit Ihrer Mehrheit weggewischt, die Sie vermeintlich haben.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sind nicht an einer ehrlichen Debatte interessiert. Hören Sie auf mit diesen demagogischen Zwischenrufen und Äußerungen, die Sie dauernd an den Tag legen.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Kalich, DIE LINKE: Das sagt einer, der 25 Jahre lang ...!)

(Abg. Mohring)

Ich will das gern noch mal sagen: Wie haben Sie denn auf 9.000 Unterschriften aus dem Holzland reagiert, als es darum ging, dass sich Bürgerinnen und Bürger aus Bürgerinitiativen an diesen Landtag wegen der Errichtung von Windrädern in ihrem kulturellen Raum gewendet haben?

(Beifall CDU)

Da haben Sie nicht mal die Petitionsverfahren zugelassen.

(Unruhe SPD)

9.000 Menschen – die Unterschriften haben Sie doch überhaupt nicht interessiert! Sie haben nicht mal mit den Menschen gesprochen, Sie haben das Verfahren mit Mehrheit abgelenkt und abgebrochen. Das empört die Leute und das verstärkt die Diskrepanzen. Hören Sie den Leuten zu und machen Sie ein Angebot!

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Müller, DIE LINKE: Das stimmt doch gar nicht! Es gab eine Anhörung! Sie lügen gerade!)

Oder ich erinnere an die Ignoranz, mit der Sie Sammelpetitionen beim Thüringer Erziehungsgeld sozusagen weggewischt haben.

(Beifall CDU)

Auch dort haben sich Tausende Frauen gemeldet und eine Sammelpetition auf den Weg gebracht. Auch da haben Sie das Verfahren mit Ihrer Mehrheit abgekürzt und die Frauen nicht gehört, die Debatte nicht neu bewertet, neu justiert.

(Zwischenruf Abg. Müller, DIE LINKE: Gar nicht wahr!)

Das meine ich. Wenn es darum geht, muss man manchmal mehr im Handeln machen. Auch wenn er je nach Publikum schön redet, dann müssen Sie in Ihrem Handeln – Rot-Rot-Grün – beweisen, dass Sie das mit Ihrer Mehrheit ausfüllen, das, was er jeden Tag ankündigt und sagt, sonst bleibt eine große Lücke, sonst rennt er durch das Land, verspricht jedem alles, heute konservativ, morgen Arbeiterführer, morgen Sozialist, übermorgen bürgerlich. Das passt hier alles nicht zusammen, es sei denn, Sie füllen es mit Ihrem Handeln hier im Landtag aus. Aber Sie lassen ihn doch allein im Regen stehen. Er hält zwar schöne Reden, aber mit Substanz und Inhalt lassen Sie ihn hängen. Das ist die Wahrheit Ihrer Regierungspolitik.

(Beifall CDU)

Da will ich gern zum Abschluss noch mal auf diese Frage eingehen, die wir gestern gehabt haben, die ja Kollege Hey bestritten hat: Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Abschneiden der AfD in Vorpommern und der Gebietsreform? Ich muss es an der Stelle noch mal aufgreifen, weil es um den

demokratischen Zusammenhalt in dieser Gesellschaft geht, auch in diesem Land. Ich will jetzt noch mal ganz genau zitieren, was die Linke-Landrätin aus Vorpommern, Greifswald, Frau Dr. Barbara Syrbe, gesagt hat – Genossen, für euch: Im Zuge der Kreisgebietsreform gab es eine Reihe von anderen Reformen, unter anderem eine Gerichtsstrukturreform.

(Zwischenruf Abg. Müller, DIE LINKE: Das ist doch nur die halbe Wahrheit!)

Das heißt, die kleinen Amtsgerichte sind zusammengefasst und aufgelöst worden und alles ist an wenigen Standorten konzentriert worden. Dagegen haben die Bürger großen Protest durchgeführt. Es gab Demonstrationen, Petitionen.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Als würde Sie die Funktionalreform überfordern!)

Es gab sogar eine Bürgerinitiative und trotzdem hat das alles nichts genützt. Es gab viel mehr noch: Die Finanzämter, die Arbeitsämter, die Polizei sind reduziert worden. Das alles führte zu dem Gefühl, dass wir abgehängt sind von der Entwicklung des Landes. – Das sagen Linke nach einer Gebietsreform! Natürlich gibt es den Zusammenhang, aber Sie wollen auch diese Wahrheit nicht hören. Aber diese Frau hat das Gefühl, weil sie vor Ort in Verantwortung ist und nicht – wie Sie hier in diesem Haus – nur theoretisiert.

(Beifall CDU)

Ich zitiere Ihnen gern noch Prof. Dr. Helmut Klüter, Wirtschaftsgeograf von der Universität Greifswald. Er hat mit Blick auf Mecklenburg-Vorpommern, das räumlich überzentralisiert sei und diesbezüglich bundesweit die schlechtesten Werte habe, gesagt: „Wenn man sich von Seiten des Landes in ein paar Jahren nicht fast ausschließlich mit AfD-Bürgermeistern unterhalten möchte, muss dringend gehandelt werden.“ Der Professor für regionale Geografie forderte, die Dienstleistungsdichte im ländlichen Raum zu erhöhen und einstmals wichtige Verwaltungsstandorte, wie Anklam, Wolgast, Pasewalk oder Ueckermünde, durch Ausstattung mit Landesbehörden wieder aufzuwerten.

Ich frage mich: Warum wollen Sie so was nicht zur Kenntnis nehmen? Machen Sie es doch besser als die, die es falsch eingetütet haben und dann bei Wahlen die Ergebnisse zu spüren haben! Haben Sie ein offenes Ohr für die Menschen! Haben Sie als politische Verantwortliche doch ein offenes Auge, ein offenes Ohr! Hören Sie zu und sehen Sie, was andere nicht richtig gemacht haben! Die Bürger wünschen sich mehr Mitsprache, die Bürger wünschen sich mehr Berechenbarkeit, sie wünschen sich mehr Verlässlichkeit

(Abg. Mohring)

(Zwischenruf Abg. Müller, DIE LINKE: Erster Platz der Thüringer Demokratie, Herr Mohring!)

und sie hängen an dem, was ihr Land ausmacht, nämlich Heimat. Auf dieser Basis können wir gern zusammenarbeiten, aber Sie müssen es zur Kenntnis nehmen. Das ist gut für die Demokratie.

(Zwischenruf Abg. Müller, DIE LINKE: Rot-Rot-Grün!)

Wenn wir das beachten, dann erhöht sich das Vertrauen in die Demokratie. Darauf kommt es doch an. Deswegen machen wir den Thüringen-Monitor, weil wir es besser machen wollen und nicht schlechter, als es die anderen schon gemacht haben. Darauf kommt es an, das ist Thüringen. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Müller, DIE LINKE: Wir machen es besser!)

Präsident Carius:

Vielen Dank. Als Nächste erhält das Wort Abgeordnete Hennig-Wellsov für die Fraktion Die Linke.

Abgeordnete Hennig-Wellsov, DIE LINKE:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wir haben jetzt schon eine Unterscheidung zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Oppositionsführer wahrgenommen. Der Ministerpräsident hält nicht nur schöne Reden, sondern er will auch etwas in diesem Land. Er gestaltet dieses Land und er macht es anders als die 25 Jahre zuvor.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Unruhe CDU, AfD)

Zum Zweiten: Wer hier Verlierer und Gewinner ist – oder wie auch immer diese Kategorien von Ihnen definiert sind –, will ich Ihnen noch mal beschreiben. Es wird nämlich nicht wahrer, wenn Sie sagen, in Erfurt gab es ein Direktmandat – ja, das stimmt – für die CDU, aber es gab auch drei Direktmandate für die Linke.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern: Gewinner und Verlierer sowie Regierungsbank und Oppositionsbank – das ist, glaube ich, eindeutig sichtbar. Was mir wirklich nicht gefällt, ist Ihre Respektlosigkeit im Handeln, in der Rede und der Glaube daran, dass das überhaupt keine Auswirkungen darauf hätte, wie sich hier politische Debatten gestalten und wie politische Debatten auch von der Tribüne aus wahrgenommen werden. Ich bleibe dabei: Sie sind die Dagegen-Frak-

tion und -Partei. Ich habe heute auch nichts anderes gehört.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde es ja auch nicht okay, Herr Mohring, wenn Sie hier Unwahrheiten berichten. Zur Petition zum Thema „Windenergien“ mit 9.000 Unterschriften gab es eine Anhörung. Also ich weiß nicht, was eine Anhörung bedeutet, wenn nicht das Zuhören bei den Bürgerinnen und Bürgern, wenn nicht das Hören ihrer Argumente. Das ist das Gegenteil von Wegwischen. Dass man im Zweifel der Petition trotzdem nicht abhelfen kann, hat auch etwas mit Prozessen zu tun.

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Und das erzählen Sie jetzt hier? Das kann ja wohl nicht wahr sein!)

Insofern bitte ich hier um Contenance, auch bei der Wahrheit zu bleiben.

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Bleiben Sie doch mal bei der Wahrheit!)

Und der vierte Punkt noch vorab – Haushaltsanträge 2015: Hätten wir Ihren Anträgen zugestimmt, gäbe es zum Beispiel keine öffentliche Beschäftigung durch den Freistaat Thüringen, es gäbe keine Tarifierhöhung für Beamtinnen und Beamte in Anlehnung an die Angestellten, es gäbe keine Kürzung beim Verfassungsschutz, was uns natürlich sehr am Herzen liegt. Insofern muss man auch die Kirche im Dorf lassen, weil wir natürlich Ihre politischen Auffassungen zum Teil nicht teilen.

Und der andere Punkt zum Thema „Gebietsreform“: Ich frage mich, was andere CDU-Landesverbände in den 15 anderen Bundesländern gemacht haben, in denen bisher eine Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform oder zum Teil nur eine Gebietsreform gemacht worden ist. Da scheint ja die CDU in Thüringen deutlich herauszustechen, was ihre Gestaltungsfähigkeit angeht.

Werte Abgeordnete, liebe Gäste auf der Tribüne, zunächst gilt natürlich der große Dank erst mal Prof. Best und seinem Team,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

der auch in diesem Jahr den Monitor zuverlässig auf den Weg gebracht hat. Der Thüringen-Monitor liefert seit vielen Jahren eine solide Datenbasis für das politische Klima in Thüringen. Und – da teile ich die Auffassung meiner Vorredner – gerade in diesem Jahr besonders wichtig: die Kontinuität und über die Länge hinweg zu schauen, wie sich die Zahlen zu antidemokratischen Einstellungen, Rassismus und der Wunsch nach autoritärer Führung Jahr für Jahr bis in die Mitte der Gesellschaft entwickelt haben. Eine Daueruntersuchung wie der

(Abg. Hennig-Wellsoy)

Thüringen-Monitor ist auch so wichtig, meine Damen und Herren, weil ich glaube, dass Wahlergebnisse eben auch nur ein Teilausschnitt gesellschaftlicher Wahrnehmung sind und nur ein Indiz für mögliche Stimmungen, Forderungen, Notwendigkeiten. Deswegen braucht es mehr als Wahlergebnisse und die eine oder andere Umfrage zwischendurch.

In einer Reihe von europäischen Ländern – und nun auch in den USA – sind aus rechten, autoritären, antidemokratischen Ressentiments und aus Ängsten in der Gesellschaft reale Wählerstimmen geworden. Der Wahlsieg von Donald Trump hat noch einmal die politische Gefahr auch für Europa deutlich gemacht. Das Gespenst der nationalistischen Internationale von Trump bis Le Pen geht durch die Welt.

(Beifall DIE LINKE)

Auch hier vor Ort sind wir mit ihrer Ausgeburd und ihren kleinen Anführern geschlagen. Auch hier erleben wir seit zwei bis drei Jahren eine Partei in den Parlamenten, die inzwischen offen rechtsextrem auftritt und auch vor Antisemitismus und dem Kungeln mit Neonazis nicht zurückschreckt.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Partei, die die Stichworte für rassistische Übergriffe und Anschläge liefert – aus Brandreden werden Brandstiftungen.

An dieser Stelle möchte ich aus diesem Grund auch noch einmal daran erinnern, wie es überhaupt zustande kam, dass Thüringen im Jahr 2000 den Thüringen-Monitor begonnen hat. Damals verübten Neonazis hier in Erfurt einen Brandanschlag auf die Synagoge. Das Datum für den antisemitischen Anschlag war bewusst gewählt: Es war der Geburtstag Hitlers. An diesen Anschlag auf die Synagoge und die hier in Thüringen lebenden Jüdinnen und Juden sollten wir immer wieder erinnern, wenn wir über die Ergebnisse des Monitors diskutieren. Da erwarte ich ein entsprechendes Verhalten jener, die den Monitor am liebsten im Kaminofen verbrennen wollen. Denn es scheint, Bücherverbrennungen sind eine weitere Tradition, in der sich eine Partei hier im Haus offenbar gern messen lassen würde.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will heute besonders über drei Themen im Thüringen-Monitor sprechen. Das ist zum einen das Thema „Sozialgarantie gegen soziale Ungleichheit und Spaltung der Gesellschaft“, das zweite Thema „Demokratie und Mitbestimmung“ und das dritte „Rechtsextremismus und Flüchtlingspolitik“. Doch zuvor will ich noch mal unterstreichen, was Bodo Ramelow in seiner Regierungserklärung am Anfang gesagt hat, und daran erinnern, wo Thüringen nach

zwei Jahren Rot-Rot-Grün in der Regierung steht, nämlich besser als je zuvor unter der CDU. Die Zahl der Erwerbslosen ist gesunken. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs ist gestiegen. Wir sehen einen Rückgang der Erwerbslosigkeit gerade bei älteren Arbeitnehmerinnen und Langzeitarbeitslosen. Unsere Arbeitsmarktinstrumente zur öffentlich geförderten Beschäftigung wirken langsam. Thüringen ist Spitzenreiter bei der Brutto-lohnentwicklung. Auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind positiv. Das heißt, die Rahmenbedingungen in Thüringen haben sich grundsätzlich verbessert.

Aber wenn man über Sozialgarantie gegen soziale Ungleichheit und Spaltung von Gesellschaft redet, muss man natürlich etwas tiefer schauen. Das hat unter anderem der Thüringen-Monitor getan. Für die Befragten im Thüringen-Monitor ist das Thema „soziale Gerechtigkeit“ das wichtigste Themenfeld, wenn sie antworten und ihren Dialog mit der Politik messen. Es gibt eine deutlich erlebte Verteilungs-ungerechtigkeit quer durch die Gesellschaft. Die finanzielle Situation wird von vielen Menschen heute als schlechter beschrieben als im vergangenen Jahr. Tatsächlich ist die Krise des Sozialen doch anschaulich. Wenn ich rund um den Thüringer Landtag schaue und wenn ich in die Parkanlagen und touristischen Sehenswürdigkeiten Erfurts schaue, passiert es mir immer – und so wird es auch anderen Menschen und der Gesellschaft generell gehen –, dass wir vermehrt ältere Menschen finden, die in Mülleimern nach Pfandflaschen schauen, um überhaupt noch über die Runden zu kommen. Mit diesen Bildern wird doch Armut und Unsicherheit und die Aufspaltung der Schere von Arm und Reich tatsächlich faktisch anfassbar.

(Beifall DIE LINKE)

Auch 26 Jahre nach der Vereinigung beschreiben viele Menschen weiterhin ihre persönliche Benachteiligung durch ihre ostdeutsche Herkunft. Die Ergebnisse zu den Fragen von realer und wahrgenommener Ungleichheit machen klar, dass wir dringend und vorrangig über eine massive gesellschaftliche Krise der sozialen Gerechtigkeit sprechen müssen. Der höchste Wert von Unzufriedenheit in Sachen Demokratie ist hier die Frage nach Ungleichheit. Es geht den Menschen um mehr soziale Gerechtigkeit und um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Genau das müssen wir besprechen. Die Ergebnisse im Monitor zu diesen Fragen stimmen mit zahlreichen anderen Befragungen überein. Die Menschen sehen die Bundesrepublik in hohem Maße als eine sozial ungerechte und ungleiche Gesellschaft an. Sie befürworten mehr soziale Gerechtigkeit und einen aktiven Staat, der für einen Ausgleich sorgt. In Politik übersetzt bedeutet das mehr Ausgaben im Bereich Schule, Bildung, Polizei, eine bessere öffentliche Infrastruktur, einen Staat, der handeln kann, dessen Verwaltung aktiv

(Abg. Hennig-Wellsoy)

arbeitet, einen Staat, der für einen Ausgleich zwischen Arm und Reich sorgt.

Die rot-rot-grüne Thüringer Landesregierung hat darauf bereits geantwortet, zum Beispiel mit mehr Lehrern, mehr Geld für die Kommunen, der jüngsten Erhöhung des Blindengelds oder mit mehr Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Dass aber weitere Anstrengungen nötig sind, liegt auf der Hand. Weitere Schritte für mehr soziale Gerechtigkeit und mehr Beteiligung stehen auf der Tagesordnung der Regierung. Vor allem vom rechten Rand wird alles unternommen, um diese soziale Ungleichheit und das Auseinanderklaffen der sozialen Schere in der Bundesrepublik für die eigenen Interessen zu instrumentalisieren und die Schuld an allen möglichen Missständen Flüchtlingen in die Schuhe zu schieben. Das ist pure Demagogie, das ist einfach falsch und durch Fakten nicht zu belegen. Bodo Ramelow hat in seiner Rede darauf hingewiesen und ich kann es einfach nur wiederholen.

Die Ergebnisse des Monitors machen aber auch deutlich, dass es in der Gesellschaft massive soziale Bedrohungs- und Abstiegsängste gibt, die sich in der Ablehnung von Flüchtlingen an die völlig falschen Adressaten richten. Ich denke, man muss klar und deutlich sagen: Durch Hetze gegen Flüchtlinge wird es keine Angleichung der Renten in Ost und West geben. Durch die Aufmärsche von Pegida, AfD und Co. wird keine Angleichung der Löhne von Frauen und Männern in Ost und West erreicht werden. Eine Stimme für eine Partei der extremen Rechten ist keine Stimme für mehr Gerechtigkeit, sondern es ist eine Stimme für Ausgrenzung und eine Stimme gegen die Interessen der Angestellten, Erwerbslosen und Rentner.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für uns als Linke, aber auch für Rot-Rot-Grün ist klar, dass soziale und politische Rechte miteinander in Hand gehen müssen. Es wäre falsch, Freiheit oder Gleichheit als Widerspruch zu denken. Und es ist falsch, beides gegeneinander auszuspielen. Ein Blick in die Werte des Monitors zeigt, dass die Politik hier durchaus noch Überzeugungsarbeit leisten muss. Wirksame soziale Grundrechte sind dagegen eine notwendige Voraussetzung für wirksame politische Beteiligung. Demokratie kann nur als soziale Demokratie wirklich funktionieren, so wie sie in ihrer Grundeinrichtung eigentlich gedacht ist, als emanzipatorische Staatsform, die möglichst allen gleiche Teilhabe an der Gesellschaft gewährt.

Unsere deutliche Kritik an der neoliberalen Wirtschaftsordnung und ihren Vertretern, die für die Umverteilung von Reichtum von oben nach unten sorgen, ist auch immer eine Kritik an der Entmündigung und der Entrechtung von Menschen, die mit ihr einhergehen. Der Neoliberalismus hat darauf gesetzt, die demokratischen Interessenvertretun-

gen der Arbeiterinnen und Arbeiter, der Angestellten und sozial schlechtergestellten Menschen zu schleifen. Der Einfluss von Politik auf die Gestaltung von Gesellschaft wurde Stück für Stück zurückgedrängt und aufgegeben. Vereinzelung, die Schwächung von Interessenvertretungen und der Kampf ums Überleben machen die Gesellschaft ungerechter und verhindern die Beteiligung vieler Menschen an der Gestaltung unserer Gesellschaft. Eine Antwort muss also sein, mehr Demokratie und mehr Mitbestimmung in allen Bereichen der Gesellschaft zu ermöglichen und jene Institutionen wieder zu stärken, die auf der Basis von demokratischen Entscheidungsprozessen Gesellschaft gestalten.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Statt Vorurteilen und falschen Urteilen aufzusitzen, müssen wir klar sagen, warum es ungerechte Verteilung von Reichtum und Armut und Ungerechtigkeit gibt. Wir müssen also über eine gerechte Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik reden, wir müssen über Rentenpolitik sprechen und über öffentliche Infrastruktur, die für alle da ist.

Werte Abgeordnete, die Distanz zur Demokratie, die Skepsis gegenüber Parteien und Politik, die im Thüringen-Monitor festgestellt worden ist, hat doch auch etwas damit zu tun, dass viele Entwicklungen als alternativlos erscheinen. Wie oft redet sich die Bundespolitik damit heraus, sie könne nicht entscheiden, obwohl es Möglichkeiten gäbe. Dort, wo es angeblich oder tatsächlich nichts mehr zu entscheiden gibt, da ist doch klar, dass Wahlenthaltung zunimmt und das Vertrauen in die Institutionen schwindet. Was soll ich wählen, wenn ich angeblich keine Wahl habe?

Wo Trennendes wächst und die Erfahrung der massiven Verwerfungen der frühen 90er-Jahre in unseren ostdeutschen Ländern noch immer erinnert werden muss, da muss Politik aktiv entgegensteuern. Die gezielte Deindustrialisierung weiter Landstriche und die auch daraus resultierende Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland waren ein Fehler, was bis heute nachwirkt. Die neuen Bundesländer und die Menschen hier werden bis heute strukturell benachteiligt. Das wird von den Menschen deutlich wahrgenommen; die Zahlen des Monitors sind hier eindeutig. Da sind einerseits wirtschaftliche und soziale Probleme, da sind zugleich aber auch Probleme demokratischer Repräsentation. Der Thüringen-Monitor macht aber klar, dass es ja nicht nur Demokratiekritik und Institutionenskepsis gibt, sondern durchaus Interesse und Bereitschaft, sich in politische Diskussionen einzubringen und zu engagieren.

Auf die Skepsis, auf die Entfremdung von Politik und die Ungleichheit muss Politik reagieren. Es braucht einerseits den Ausbau demokratischer Beteiligung, aber es braucht andererseits vor allem ei-

(Abg. Hennig-Wellsoy)

ne Politik, die nicht allein verwaltet oder sich in Nörgelein oder Blockieren ergeht, eine Politik, die unsere Gesellschaft aktiv gestaltet, eine Politik, die Klarheit macht: Ja, es ist möglich, eine Gesellschaft gemeinsam so zu gestalten, dass es sozialen, ökologischen und demokratischen Fortschritt gibt. Das meint, dass ein Versprechen eines guten Lebens durchaus Realität werden kann.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und daran arbeitet Rot-Rot-Grün. Wir brauchen eine Politik für eine Gesellschaft, die den Erfordernissen des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Wir brauchen in Zeiten von Wandel und Unsicherheit konkrete Antworten auf den Wandel der Arbeitswelt. Wir brauchen konkrete Antworten auf neue Herausforderungen sozialer Sicherheit, von Rente und Schutz vor Erwerbslosigkeit. Bodo Ramelow hat das wiederholt als Sozialgarantie bezeichnet. Also das umfassende Versprechen: Keiner bleibt auf der Strecke! Dazu, werte Abgeordnete, braucht es ein Zusammenwirken aller demokratischen Kräfte auf allen Ebenen, um diesen Anspruch zu erfüllen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun zum Punkt „Demokratie“: Parteien, Abgeordnete und Parlamente haben, so sagt es der Monitor, an Zustimmung und Vertrauen verloren. Selbst unter denen, die unsere Demokratie unterstützen, sagen 72 Prozent, dass die Anliegen der Menschen nicht mehr richtig wirksam vertreten werden. Viele Menschen glauben, die Politik nehme die Anliegen und die Sorgen der Menschen nicht mehr auf. In einer repräsentativen Demokratie müssen Abgeordnete, Parteien und die Politik die Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern diskutieren und aufgreifen. Demokratie funktioniert nur, wenn Gesellschaft, Politik und auch Medien in einen konstruktiven und – wo nötig – kritischen Dialog gehen. Dieser Dialog – das sagt der Monitor nicht erst in diesem Jahr – ist offenbar schon seit Längerem gestört. Nun ist ja Demokratie kein Getränkeautomat, man steckt eine Münze rein und unten kommt raus, was man möchte. Nein, so ist es eben nicht, denn Demokratie dauert. Sie ist keine autoritäre Staatsform, die sich manche so sehr wünschen. Demokratie verlangt nach Ausgleich von Interessen, nach Kompromissen, nach Verhandlungen und nach der besten Idee, die alle teilen. Das mag auch manchmal nerven. Demokratie liefert vielleicht auch mal ein anderes Ergebnis, als man sich selbst wünscht oder es selbst möchte. Denn demokratische Verhältnisse sind nicht nur dann demokratische Verhältnisse, wenn man die eigene Position durchsetzt, was die CDU gerade mühsam erlernt. Aber ein demokratisches politisches System ist – und dabei bleibe ich – das Beste, was wir haben.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Demokratie wurde in Jahrhunderten mühsam erkämpft, mal in kleinen Schritten, mal in großen Sprüngen. Ich finde, wir dürfen diesen Fortschritt nicht aufs Spiel setzen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Errungenschaften wie das gleiche Wahlrecht für alle Bürgerinnen und Bürger müssen wir gegen Angriffe von rechts verteidigen, die zum Beispiel Empfänger von Hartz IV vom Wahlrecht ausschließen wollen. Mir macht die Gleichgültigkeit in der Mitte der Gesellschaft – von vielen in der Mitte der Gesellschaft – Angst, weil ich glaube, wer heute die Demokratie nicht gegen die Attacken von rechts verteidigt, muss sich nicht wundern, wenn er morgen in einer anderen, in einer rechten Republik aufwacht.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber zum Verteidigen der Demokratie zählt eben auch, Demokratie weiterzuentwickeln. Wir müssen die gestiegenen Anforderungen an Mitsprache anpassen und wir müssen sie an moderne Entwicklungen anpassen. In Thüringen haben wir gerade das modernste Gesetz für mehr Demokratie auf kommunaler Ebene auf den Weg gebracht. Das gehört eben auch zur Wahrheit, wenn man darüber spricht,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wie Rot-Rot-Grün in Thüringen mehr Demokratie, auch durch jeden Einzelnen möglich machen will. Wir handeln also ganz praktisch und weiten die Möglichkeiten der Mitbestimmung aus. Und ja, auch wir streiten dafür, mehr direktdemokratische Elemente in die Thüringer Verfassung einzubauen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und ja, wir gehen da wesentlich weiter, als die CDU-Fraktion sich das an diesem Punkt vorstellt. Wir wollen den Finanz- und Abgabenvorbehalt aus der Thüringer Verfassung streichen und wir wollen, dass mehr Menschen als bisher auch an Wahlen teilnehmen können. Das bedeutet auch, das Absenken des Wahlalters auf 16 Jahre zu ermöglichen, um der jungen Generation frühzeitig die Mitsprache zu ermöglichen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und ja, wir sind für einen Volksentscheid über die Thüringer Verfassung wie

(Beifall DIE LINKE)

(Abg. Hennig-Wellisow)

zuletzt im Jahr 1994. Es wäre an der Zeit – 20, 25 Jahre nach der ersten Verfassung –, über eine neue Aushandlung des Miteinanderredens abstimmen zu lassen und miteinander zu diskutieren.

(Beifall DIE LINKE)

Da unterstützt uns unter anderem auch der Thüringen-Monitor, weil die Zustimmungswerte für Unterschriftensammlungen erstaunlich hoch sind: 90 bis 100 Prozent; hohe Beteiligungen auch an Bürgerinitiativen, um die 70 Prozent. Wer aber ein fakultatives Referendum, abgeschrieben aus der Schweiz, als Mogelpackung hier in den Landtag einbringt und es als Allheilmittel für direkte Demokratie und Mitbestimmung für Menschen verkauft, der sagt – gelinde gesagt – nicht die Wahrheit und dient nur seinem eigenen Interesse, nämlich eine Kreisgebietsreform stoppen zu wollen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist genau der Punkt, an dem wir uns als Politikerinnen und Politiker in die Augen schauen müssen. Wir können nicht mehr nur – oder einige haben es ja noch nie getan –, wir handeln nicht im Interesse der Parteien, sondern im Interesse der Menschen. Das heißt, alles auf den Tisch zu packen, die Menschen entscheiden zu lassen. An solchen Punkten ist es nicht nur wichtig, was man sagt, sondern an solchen Punkten ist eben auch wichtig – wie im fakultativen Referendum –, was man nicht sagt. Ändern wir die Thüringer Verfassung nicht im Finanztabu, ist ein fakultatives Referendum so gut wie unmöglich.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Positiv ist auch, dass Menschen sich an der Gestaltung von Sachthemen aktiv beteiligen wollen. Praktisches Tun hat die größte soziale Bewegung in den letzten Jahren, Jahrzehnten in der Bundesrepublik gekennzeichnet, die Bewegung der Flüchtlingshelfer und -helferinnen. Von mir aus – für meine Fraktion und wahrscheinlich für Rot-Rot-Grün insgesamt – ein herzliches Dankeschön an jeden und jede einzelne Flüchtlingshelferin.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Thema „Rechtsextremismus“: Eine erfreuliche Zahl aus dem Thüringen-Monitor ist der Rückgang rechtsextremer Einstellungen im vergangenen Jahr. Das ist erst einmal ein gutes Signal, gerade vor dem Hintergrund, dass sich die Hetze gegen Flüchtlinge durch AfD und Co. offenbar nicht breit verfährt und dass der Zuzug von Geflüchteten und die breite Debatte um die Flüchtlingspolitik offenbar die Zustimmung und Verbreitung rechter Einstellungen nicht befördert hat. Man könnte aus diesen Zahlen eventuell sogar ablesen, dass sich die Pro-

paganda der AfD nicht nur nicht verfährt, sondern sie für Unentschiedene sogar abschreckend ist. Ich würde auch sagen, dass die klare Positionierung weiterer Teile der Thüringer Politik, von Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmen, Feuerwehren, Sozial- und Sportverbänden in diesen Fragen dazu beigetragen hat, dass die Stimmung nicht kippt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage allen Danke, die gegen die, die zum Beispiel jetzt vorm Thüringer Landtag demonstrieren, gegen Thügida, gegen rechte Hetzer, gegen Rassisten und Fremdenfeinde, gegen Nazis demonstrieren und klare Haltung und Gesicht zeigen und sich nicht unterkriegen lassen, sondern für unsere Demokratie und unsere Werte kämpfen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich hätte mir gewünscht, dass auch die Thüringer CDU und die Landtagsfraktion am 09.11.2015 zusammen mit dem Bündnis „Mitmenschlich“ auf dem Erfurter Domplatz für Mitmenschlichkeit demonstriert hätte. Die CDU-Fraktion hat sich damals dagegen entschieden. Ich danke aber ausdrücklich Christian Carius, dass er sich in das breite Bündnis eingereiht hat. Vielen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Thüringen hat die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen im Großen und Ganzen geklappt. Hier gibt es keine Zeltstädte. Hier gab es kein Zaudern, sondern Zupacken der Zuständigen und vieler Ehrenamtlicher.

Doch Entwarnung bei den rechtsextremen Einstellungen kann noch lange nicht gegeben werden, wie wir gerade hören. 16 Prozent der Menschen in Thüringen vertreten ein rechtsextremes Weltbild, 6 Prozent neonationalistische Ideologien und die Zustimmung zu nationalistischen, rassistischen und ethnozentrischen Positionen ist weiterhin besorgniserregend hoch. Jeder zweite Thüringer sieht die Bundesrepublik gefährlich überfremdet, und das angesichts eines verschwindend geringen Anteils von Migrantinnen auch in Thüringen. 37 Prozent glauben, dass Flüchtlinge nur herkommen, um den Sozialstaat auszunutzen. Beinahe jeder vierte Thüringer glaubt, es gäbe wertvolles und unwertes Leben; jeder sechste meint, im nationalen Interesse seien Diktaturen die bessere Staatsform. Erschütternd gerade angesichts des Gedenkens an die Pogromnacht 1938 vor zwei Tagen ist: 10 Prozent der Thüringer, also mehr als 200.000, wenn man sie als absolute Zahl betrachtet, teilen antisemitische Positionen. Es ist auch deswegen für Entwarnung der falsche Zeitpunkt, weil befeuert durch die Hetze auf Plätzen und in Parlamenten die Zahl rechtsextremer und rassistischer Gewalt- und Straftaten mas-

(Abg. Hennig-Wellisow)

siv gestiegen ist. Angriffe auf Asylbewerberunterkünfte in Thüringen haben sich verachtfacht. Das Landeskriminalamt spricht von 270 Prozent bei den Übergriffen auf Unterkünfte. 2015 zählte die Mobile Beratung in Thüringen 570 extrem rechte Konzerte, Sachbeschädigungen und Aufmärsche. Die Opferberatung ezra verzeichnete 2015 eine Verdopplung der Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Bei den rechten Straftaten in Thüringen zählte die Polizei im letzten Jahr einen Anstieg von 33 Prozent. Und mit der AfD gibt es einen Akteur, der für einen Schulterchluss mit Neonazis auf den Straßen sorgt. Regelmäßig kommt es am Rande der AfD-Aufmärsche durch schlagkräftige Neonazis zu Gewalt, 43 rechte Straftaten allein zwischen September 2015 und Mai 2016. Die AfD hat maßgeblich daran mitgewirkt, dass in Thüringen Angsträume entstanden sind.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Flüchtlingspolitik: Mit dem Schwerpunkt „Gemischte Gefühle: Thüringen nach der ‚Flüchtlingskrise‘“ weist der Monitor auf Hausaufgaben hin, die Gesellschaft, Politik und Verwaltung noch machen müssen. Aber eine Bemerkung vorab: Ich habe mich sehr gefreut – und das hat Mike Mohring wahrscheinlich überhaupt nicht wahrgenommen –, dass die Autoren des Monitors den Begriff „Flüchtlingskrise“ konsequent in Anführungsstriche gesetzt haben und Dr. Best auch in der zusammenfassenden Veröffentlichung von einer umstrittenen Bezeichnung der Zuwanderung seit Sommer 2015 sprach. Bemerkenswert finde ich auch folgenden Hinweis im Monitor, ich zitiere: „Sie wird auch deshalb als eine ‚Krise‘ wahrgenommen, weil eine gemeinsame normative Grundlage fehlt, auf der mit dieser Herausforderung umgegangen werden könnte. Von einer ‚Vereinigungskrise‘ war dagegen trotz der massiven Problematik der ostdeutschen Massenarbeitslosigkeit seinerzeit nicht die Rede.“ Das heißt, der Dialog über die fehlende gemeinsame Beschreibung und das gemeinsame Verständnis der Situation 2015 ist eine der langfristigen Hausaufgaben, auch um die gemischten Gefühle zu verändern.

(Beifall DIE LINKE)

Insgesamt sind die Ergebnisse des Monitors in der Frage „Flüchtlingspolitik“ ambivalent, das haben auch meine beiden Vorredner schon gesagt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Äußerst positiven Werten, wie der Auffassung von über drei Vierteln der Befragten, Flüchtlingen sollten legale Möglichkeiten der Einreise nach Deutschland eröffnet werden, stehen Vorstellungen restriktiver Asylpolitik und vorurteilsbehaftete Befürchtungen der Thüringer Bevölkerung gegenüber,

die mit der realen Situation nicht korrespondieren. Ich interpretiere das so: Sie wollen keine Mauern um Europa, nicht mehr Tausende Tote wöchentlich im Mittelmeer oder über die Monate und Jahre hinweg. Die Menschen wollen keine Schüsse auf Frauen, Kinder, Männer an einer möglichen Grenze, aber sie möchten eine geregelte Einwanderung. Ich erinnere daran, wer die Regeln für Asyl und für Einwanderung macht und wer im vergangenen Jahr die Regeln für das Beantragen von Asyl, Asylregeln generell massiv verschärft hat.

(Beifall DIE LINKE)

Ich erinnere daran, dass der Deutsche Bundestag darüber entscheidet, welche Länder als sichere Herkunftsstaaten gelten und welche nicht. Es befremdet mich schon sehr, wenn innerhalb eines Jahres oder innerhalb von Tagen und Wochen vormals unsichere Herkunftsstaaten, in die nicht abgeschoben werden soll, zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden.

(Beifall DIE LINKE)

Kurzum: Die gemessenen Werte zeigen, dass Politik Begegnen und Kennenlernen ermöglichen muss, dass Politik Regeln zur Einwanderung schaffen muss. Auch wir als Linke werden einen eigenen Vorschlag auf der Bundesebene zum Thema „Einwanderung für alle ermöglichen“ machen. Die Realität in Thüringen bietet eigentlich von den Fakten her auch 2015 kaum Anlass für Befürchtungen. Dazu hat das Handeln der Landesregierung, der Kommunen und der ehren- und hauptamtlichen Helfer in der Frage von Unterbringung und Integration sehr beigetragen und dafür meinen herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Schluss: In unserer Gesellschaft sind Räume von Unsicherheit und Ängsten entstanden. Das Grundproblem ist nicht die Zuwanderung von Flüchtlingen, sondern die Gerechtigkeitsfrage in unserer Gesellschaft. Eine ausgewogene wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung für alle hier lebenden Menschen ist die zentrale Aufgabe von Politik. Sicherheit empfinden die Menschen durch ein sicheres soziales Gefüge und einen handlungsfähigen Staat. Rot-Rot-Grün in Thüringen steht mit seinem Handeln für mehr soziale Gerechtigkeit und die Gestaltung des demokratischen und ökologischen Wandels.

(Beifall DIE LINKE)

Anders als andere hier im Raum ziehen wir uns vor Problemen nicht zurück, sondern wir stellen uns ihnen.

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Sie schaffen neue!)

(Abg. Hennig-Wellsoy)

Was ist aus unserer Sicht nötig? Erstens: Wir brauchen vor allem eine Politik, die gestalten will und gestalten kann. Wir haben mit Bodo Ramelow als Ministerpräsidenten einen Garanten dafür, dass wir an der Spitze der Landesregierung einen Menschen haben, der Kompetenz und Lösungswillen vereint.

(Beifall DIE LINKE)

(Unruhe AfD)

Zweitens, mit dem Blick auf den Thüringen-Monitor: Aus meiner Sicht wäre es sinnvoll, in einem der nächsten Thüringen-Monitore dezidiert die regionale Verteilung von sozialer und ökonomischer Ungleichheit und ihre Auswirkungen auf demokratische Teilhabe zu untersuchen. Angesichts der hohen Wahlenthaltungen halte ich das für ein dringendes Thema.

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Der Muezzin ruft!)

Drittens, ich hoffe, der Appell von Bodo Ramelow aus seiner Regierungserklärung an die CDU fruchtet: Sie sollten endlich die Dämme nach rechts hochziehen. Wer konservative Politik allerdings nur auf Patriotismus, Deutschlandkrawatten und Radaurhetik reduziert, erweist unserer Demokratie keinen guten Dienst.

(Beifall DIE LINKE)

Die Thüringer CDU muss selbst wissen, was sie für richtig hält. Aber aus Sorge um die Demokratie und die Freiheit müssen wir uns bei gewissen Fragen über Trennendes hinweg gemeinsam für Demokratie einsetzen.

(Beifall DIE LINKE)

Viertens: Politik und Gesellschaft müssen sich stärker als bisher der Frage von Altersgerechtigkeit widmen. Angesichts von schlechten Löhnen, prekärer Arbeit und Erwerbslosigkeit in den letzten Jahren und Jahrzehnten ist die Frage der Alterssicherung für heutige Rentner, aber vor allem für künftige Rentner ein ganz wichtiges Thema.

(Beifall DIE LINKE)

Hier muss der Staat eine Sozialgarantie leisten. Ich habe erst vor wenigen Tagen das Gespräch mit einem Bürger gehabt, ein Rentner, der nach 40 Jahren Arbeitszeit 670 Euro Rente bekommt, der jetzt sein Haus verkaufen muss, was er im Moment nur noch halten kann, weil er unter anderem Zeitungen austrägt und meint, er muss bis zum Ende seines Lebens arbeiten, um überhaupt 1.000 Euro im Monat für sich zu haben. Das ist eine Bankrotterklärung eines Sozialstaats, das können wir nicht dulden. Also her mit der Sozialgarantie und mit Taten!

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fünftens: Angesichts der Erfahrungen von Abwertung und struktureller Benachteiligung brauchen wir eine politische Offensive zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West, und zwar in den Bereichen Rente, Löhne, Arbeitsplätze, Infrastruktur, Wissenschaftsstandorte.

Sechstens: Wir brauchen ein Gesetz für legale Wege der Einwanderung auch in Deutschland. Ich habe es vorhin schon gesagt: Auch die Linke wird ihren Beitrag dazu leisten.

Siebtens: Wir brauchen eine andere und gerechte Steuer- und Finanzpolitik im Bund, damit unsere Kommunen und die Länder endlich wieder handlungsfähig werden.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier erleben die Menschen tagtäglich, ob sich Politik und Verwaltung um ihre Interessen, Bedürfnisse und Sorgen kümmern. Ist der Spielplatz für die Kinder in Ordnung? Sind die Kita als auch die Schule gut? Gibt es genug Schüler, Polizistinnen? Ist das Freibad noch auf oder kann das Theater noch bezahlt werden? Wie funktionieren Straße und Nahverkehr für die Arbeit, für den Weg zur Arbeit? Gibt es genug Arbeitsangebote im Ort? Gibt es genügend Ärzte? Gibt es Angebote für die Freizeit? Hier beweist sich, ob Vertrauen in Institutionen und Politik gerechtfertigt ist oder nicht.

Achtens: Mit der Neuausrichtung des Landesprogramms der neuen Jenaer Dokumentationsstelle für Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie und den weiteren Maßnahmen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit durch Rot-Rot-Grün ist ein guter Weg eingeschlagen, um auf die Bedrohung von rechts zu reagieren. Das müssen wir fortsetzen. Mit den Ermittlungen gegen die Schläger von Ballstadt oder der jüngsten Razzia gegen Blood and Honour Südthüringen hat die Thüringer Polizei gezeigt, dass sie aktiv gegen rechte Straftäter vorgeht.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Keine Toleranz für rechte und rassistische Gewalt“ ist ein notwendiges Signal, das die Behörden ausstrahlen müssen, und ich bedanke mich bei der Thüringer Polizei für diese Konsequenz.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gilt, alle Menschen zu ermutigen, sich gegen rassistische, nationalistische und antisemitische Positionen zu stellen. Wenn eine laute Minderheit Woche für Woche einem rassistischen Hassprediger hinterherläuft und Angsträume schafft, ist es,

(Abg. Hennig-Wellisow)

verehrte Abgeordnete, liebe Gäste auf der Tribüne, umso wichtiger, nicht mehr zu schweigen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Bevor ich dem Abgeordneten Hey das Wort erteile, bitte ich die Parlamentarischen Geschäftsführer mal zu mir.

Wir fahren mit der parlamentarischen Debatte fort und Abgeordneter Hey hat jetzt das Wort.

Abgeordneter Hey, SPD:

Frau Präsidentin, vielen Dank. Meine sehr geehrten Damen und Herren, da kann jemand vor diesem Hause brüllen, wie er will, hier drin geht alles seinen gewohnten Gang. Auch das ist ein Wert an sich.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte zum eigentlichen Thema sprechen, dem Thüringen-Monitor. Aber bevor ich zu den Auswertungen der vielen Befragungs- und Umfragewerte komme, will ich Ihnen eine Begegnung schildern, die ich vor Kurzem in meinem Bürgerbüro in Gotha hatte; das liegt relativ zentral am Rathaus. An Wahlkreistagen kommen da immer die Leute vorbei, manche mit, manche ohne Termin. Neulich war ein älterer Herr bei mir. Wir kennen uns, weil wir uns immer mal beim Fußball sehen, ich nenne jetzt keine Namen, das tut auch nichts zur Sache. Mit dem hatte ich einen Dialog, den ich kurz wiedergeben möchte, weil ich glaube, dass das sehr entscheidend ist und ziemlich prägnant auch für die heutige Debatte. Ich glaube, wenn ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, das jetzt erzähle, kommt Ihnen das sehr bekannt vor. Der ältere Herr sagte also: „Ich bin ja kein Rechter, weiß Gott nicht. Ich sage Ihnen das jetzt aber mal ganz deutlich: Mit den ganzen Flüchtlingen, das nimmt doch langsam überhand.“ Ich habe zurückgefragt: „Sie meinen jetzt, wie die sich benehmen, oder meinen Sie die Menge an Leuten?“ Da hat er gesagt, er wohnt Am schmalen Rain – das ist ein Wohnviertel bei uns –, da gibt es keine Flüchtlinge und sonst in Gotha gibt es auch nicht viele. „Wenn ich mal ab und zu welche sehe, dann muss ich sagen, die verhalten sich ja eher unauffällig.“ Ich habe dann gesagt: „Ja, selbst den alten Praktiker-Baumarkt bei uns in Gotha hat man als Erstaufnahmeeinrichtung wieder geschlossen, es sind wirklich nicht mehr viele hier.“ „Aber das werden“, sagte er dann, „demnächst Millionen. Wenn die ihre ganzen Frauen und Kinder und Tanten und die ganze Familie herholen, das nimmt doch überhand.“ Dann sagte er: „Im Fernsehen sieht man immer nur, dass die in Syrien alles kurz und klein hauen, das ist doch Schimpf und

Schande.“ „Ja“, habe ich gesagt, „deshalb flüchten die ja auch aus Syrien.“ „Ja“, sagte er, „aber dann sollen die dort unten erst mal Frieden machen, aber das will ja der Amerikaner nicht.“ Da habe ich gesagt: „Ja, aber die Kampfeinsätze der Russen in Syrien, das versteht doch mittlerweile auch keiner mehr.“ Da hätte ich schon recht, sagte der ältere Herr, „aber der Amerikaner, der hatte doch da jahrelang auch seine Hände mit im Spiel, überall hat der seine Hände mit im Spiel. Das müssten die im Fernsehen mal bringen, aber das ist doch alles zensiert, darüber darf man ja gar nicht reden.“ Ich habe gesagt: „Ich weiß nicht, ob das jetzt wirklich alles zensiert ist, aber darüber reden können Sie doch.“ „Ja, mit Ihnen vielleicht“, sagte er, „aber draußen kann man so was gar nicht mehr sagen, man wird ja sofort in irgendeine Ecke gestellt.“ So ging das eine ganze Weile hin und her. Ich glaube, wenn Sie auch Bürgersprechstunden abhalten oder generell mit Leuten ins Gespräch kommen, dann kennen Sie das alles haargenau. Ich komme gleich auf den älteren Herrn zurück, weil seine Aussagen oder seine Annahmen unter anderem das sind, was sich auch in diesem Thüringen-Monitor widerspiegelt.

In diesem Jahr trägt der Thüringen-Monitor den Titel „Gemischte Gefühle“. Ich kann den Autoren nur zu diesem Titel gratulieren. Wer diesen Thüringen-Monitor gelesen hat, der wird auch wissen, warum ich das sage. Zwischen den beiden Thüringen-Monitoren, also in diesem Erhebungszeitraum eines Jahres, hat sich – ich glaube, das sagen zu dürfen – unser Land verändert. Oder besser gesagt: Wie eine Debatte, wie eine Diskussion über ein bestimmtes gesellschaftliches Ereignis geführt wird, das ist etwas ganz anderes als noch vor drei oder fünf oder beispielsweise vor zehn Jahren. Ich möchte gern mit dem beginnen, was wohl als Faktenlage ziemlich klar skizziert wird. Der Rückgang des Rechtsextremismus in Thüringen ist eine erfreuliche Entwicklung, das wird auch so im Thüringen-Monitor bewertet. Aber hier muss man schon klar unterscheiden: Gemeint ist der Rückgang von rechtsextremen Ansichten. Im Thüringen-Monitor wird darauf ausdrücklich verwiesen, aber es wird auch eindeutig klargestellt, gleichzeitig gibt es keinen Rückgang im Zusammenhang mit rechtsextremen Gewalttaten. Das klingt jetzt verwirrend. Aber ob eine Gesellschaft zu einem gewissen Prozentsatz rechtsextreme Ansichten hat oder ob rechtsextreme Gewalt vorkommt, sind eben zwei unterschiedliche Seiten, manchmal auch ein und derselben Medaille. Das ist eben einer der auffälligen Punkte: Erfreuliches auf der einen Seite, Ernüchterndes auf der anderen Seite. „Gemischte Gefühle“ – mein Vorredner, der Ministerpräsident, hat es ja auch bereits gesagt –, treffender hätte man diesen Titel, wie gesagt, nicht finden können.

(Abg. Hey)

Bei vielen Punkten wird es noch verwirrender, bei beiden maßgeblichen Hauptteilen des Thüringen-Monitors. Der ist ja aufgeteilt in die Frage um Migration, Asyl und Flüchtlinge und um die Einstellungen zur Politik und zur Demokratie. Ich denke, der Arbeitstitel „Gemischte Gefühle“ ist auch deswegen so gewählt, weil viele der Umfrageergebnisse einen ziemlich ratlos zurücklassen. Das liegt daran, dass diese Ergebnisse, wenn man sie in bestimmte Sachzusammenhänge stellt, gar nicht so richtig zueinanderpassen. Nehmen wir mal die Werte aus den Befragungen, die sich damit beschäftigen, was Menschen für Erfahrungen bei Begegnungen mit Asylsuchenden haben. „Das war überwiegend positiv“, sagen vor allem jüngere und höher qualifizierte Leute. Umgekehrt urteilen ältere Menschen und zum Beispiel Arbeitslose. Immer wieder wird im Thüringen-Monitor darauf verwiesen, dass es eher negative Auffassungen bei diesem Themenfeld bei denen gibt, die sich selbst als – ich sage jetzt mal – die zu kurz Gekommenen in dieser Gesellschaft betrachten. Das sind – so sagen es die Fachleute – die sogenannten Deprivierten. Aber jetzt kommt es, meine Damen und Herren: Ein Großteil der Befragten hatte eigentlich gar keinen Kontakt mit Flüchtlingen. Die äußern sich trotzdem und sagen gut zur Hälfte, sie hätten positive Erfahrungen. Jeder Fünfte – also rund 20 Prozent – sagt aber auch, er habe negative. Das ist auf beiden Seiten betrachtet absolut surreal, weil man ja nicht durch eigene Erfahrung bewertet, sondern oft durch Stimmungsbilder, die man hat, also durch Stereotype, manchmal auch vom Hörensagen.

Das gleiche Phänomen beobachten wir, wenn es um die Frage geht, ob durch die Flüchtlinge eine gefährliche Überfremdung droht. 16 Prozent der Befragten fühlen sich generell durch die Aufnahme von Flüchtlingen bedroht. Wiederum 84 Prozent sagen: „Nein, ich fühle mich nicht bedroht, weil Deutschland im letzten Jahren so viele Flüchtlinge aufgenommen hat.“ Gleichzeitig sagen mehr als die Hälfte der Befragten, sie hätten Angst vor einer Überfremdung. Sie erinnern sich an den älteren Herrn bei mir im Bürgerbüro. „In Gotha selbst gibt es zwar wenige Flüchtlinge, aber bestimmt nimmt das alles noch mal überhand“, sagt der immer. Wenn man beim Thüringen-Monitor diese Frage dann noch ausdifferenziert, wird es noch interessanter. Ich muss wieder an meinen Gesprächspartner in Gotha denken. Dieser hohe Wert – mehr als 50 Prozent der Befragten – gilt bei der Angst vor Überfremdung mit einem Bezug auf Deutschland, also allgemein. Wenn man jetzt fragt, ob das auch für Thüringen zutrifft, sagt nur noch ein Viertel der Befragten dazu Ja. Wenn man fragt, ob denn die Ängste auch für das eigene Wohnumfeld bestehen, dann sehen das nur noch 7 Prozent der Befragten. Das heißt, je allgemeiner man also das Thema betrachtet, umso größer wird die Angst. Je näher man hinschaut, bis zum eigenen Wohnumfeld, umso

kleiner ist sie. Es geht also hier um eine Art gefühlte Bedrohung, nicht in der Nachbarschaft, sondern eher da draußen in Deutschland.

Ein nächstes Beispiel: 87 Prozent der befragten Menschen sagen, dass, wenn Flüchtlinge kommen, das dann auch eine Chance ist, nämlich im Hinblick auf die Bevölkerungsentwicklung und die benötigten Arbeitskräfte, die in Zukunft gebraucht werden. Gleichzeitig sagen 68 Prozent, wenn die Fluchtgründe weggefallen sind, dass die Flüchtlinge, wenn also Krieg und Verfolgung ein Ende gefunden haben, wieder rasch zurück in die Herkunftsländer sollen. Einerseits wird anerkannt, wir brauchen ja eigentlich mehr Menschen und mehr Fachkräfte sowieso, aber andererseits sollen sie auch wieder schnell dahin zurück, wo sie hergekommen sind.

Ich könnte jetzt weitere Beispiele aufzählen, bei denen man sehr schnell merkt: Die Befragungsergebnisse sind sehr irritierend, wenn man sie auswertet.

Das zieht sich beim zweiten Komplex des Thüringen-Monitors wie ein roter Faden weiter. Hier wurde nach der Einstellung zur Politik und zur Demokratie, also quasi auch zur Verfasstheit unserer Gesellschaft gefragt. Auch hier gilt: gemischte Gefühle. Das ist die richtige Überschrift, wenn man sich die Werte mal genauer ansieht. 72 Prozent, also fast drei Viertel der Menschen, beklagen eine gewisse einseitige Berichterstattung, die von der Politik gedeckt wird. Sie erinnern sich an meinen Gast in der Bürgersprechstunde, da ist das ähnlich. Wenn die gleichen Menschen aber gefragt werden, ob sie den herkömmlichen Medien, also den konventionellen Printmedien, den Zeitungen, Radio und Fernsehen, vertrauen, sagen wiederum 63 Prozent Ja. In Sachen Facebook und Twitter ist die Skepsis größer. Das ist aus meiner Sicht heraus auch verständlich, wenn man sich mal anschaut, was allein in den letzten zwölf Monaten bei Facebook und Twitter so geschehen ist. Wenn Menschen gefragt werden, ob sie die Demokratie als die beste aller Staatsformen betrachten, dann bejahen das 79 Prozent. Das ist auch wieder ein sehr erfreulicher Wert. Aber seit Bestehen des Thüringen-Monitors – seit dem Jahr 2000 – gibt es eine beachtliche Minderheit, schwankend jeweils zwischen 12 und 20 Prozent – das ist also jeder Fünfte –, die eine Diktatur unter bestimmten Umständen für eine bessere Staatsform hält. Noch beängstigender ist es, wenn 70 Prozent der Menschen sagen: Unsere Anliegen werden nicht mehr wirksam vertreten.

Es gibt weitere beunruhigende Fakten, dass nämlich immer mehr Menschen glauben, ihre Meinung nicht mehr frei äußern zu können, weil man ansonsten Nachteile befürchtet. Der ältere Herr bringt das ganz gut bei mir auf den Punkt, wenn er sagt: „Ich kann mit Ihnen im Bürgerbüro ja noch darüber reden, aber draußen wird man ja gleich in irgendei-

(Abg. Hey)

ne Ecke gestellt.“ Wenn man also alles gelesen hat, was unter dem Slogan „Gemischte Gefühle“ aufgeschrieben steht, fragt man sich natürlich auch: Was heißt das jetzt für mich oder für uns hier im Parlament oder für die Politik in diesem Land? Diese Frage, da bin ich mir ganz sicher, ist nicht so einfach zu beantworten.

Ich war vorhin relativ verblüfft, als der eine oder andere meiner Vorredner so einen ganz klaren Schluss daraus gezogen hat. Martin Debes von der „Thüringer Allgemeinen“ urteilt zu Recht – ich zitiere, Frau Präsidentin –: „Doch noch nie seit dem Jahr 2000, seit also die Universität Jena mit dem ‚Thüringen Monitor‘ die Stimmung im Land misst, bot sich ein derart uneinheitliches, widersprüchliches Bild.“ Deswegen will ich versuchen, das wie folgt zusammenzufassen, was für mich zumindest ein Extrakt aus diesem Thüringen-Monitor sein könnte, auch namens meiner Fraktion. Erstens: Wir sollten uns davor hüten, die Leute in Schubladen zu stecken. Zweitens: Es gibt keine einfachen Antworten und es gibt keine einfachen Wahrheiten.

Ich will sagen, was ich damit meine. Wenn ich sage, dass wir unser Schubladendenken ablegen müssen, dann deshalb, weil einfach nichts mehr in gewöhnliche Schubladen passt. Oder anders ausgedrückt: Die Befunde im Thüringen-Monitor sind so unterschiedlich, dass man die Befragungsergebnisse – also die Meinung der Menschen – ständig in neue Schubladen stecken müsste, also man wäre ständig am Umräumen. Deshalb gilt auch: Es gibt keine einfachen Wahrheiten.

Wenn ich mit Menschen im Gespräch bin, in der Diskussion, manchmal auch im Streit, dann läuft mir immer wieder der Einleitungssatz über den Weg: „Ich bin ja kein Rechter, aber ...“ Er wird mittlerweile inflationär gebraucht. Ich bin mir ganz sicher, das ist Ihnen auch schon mal so über den Weg gelaufen. Dieser Satzanfang, meine Damen und Herren, stimmt ja auch zum Teil. Die Leute äußern bestimmte Ängste und Befürchtungen aus ganz unterschiedlichen Gründen. Es ist wirklich nicht immer gleich radikales Gedankengut und es sind nicht immer gleich Extremisten, die das tun. Zumindest versuchen sich viele Gesprächspartner ja auch durch dieses „Ich bin ja kein Rechter, aber ...“ abzugrenzen von denen, die sich im Übrigen mittlerweile vollkommen selbstverständlich schon als rechts bezeichnen. Das ist mittlerweile auch richtig en vogue, das ist gesellschaftsfähig geworden. Insoweit gibt es da auch einen hochinteressanten Umfragewert beim Thüringen-Monitor: 92 Prozent der Menschen sagen in Verbindung mit der sogenannten Flüchtlingskrise: Ich habe Angst vor dem Zulauf für Rechtspopulisten und Rechtsextreme.

(Beifall SPD)

Der Wert dieser Befragung ist weitaus höher als der Wert der Angst vor Überfremdung. Das merken Sie bestimmt auch, wenn Sie den Thüringen-Monitor mal gelesen haben und versuchen, diese Zahlen irgendwo in Korrelation zu setzen. Wenn ich sage, die Zeit der einfachen Wahrheiten und der einfachen Antworten ist vorbei, dann will ich in diesem Zusammenhang auch mal ein paar Fragen stellen dürfen. Vor allem will ich eines deutlich sagen: Die Menschen draußen, also der ältere Herr bei mir im Bürgerbüro, die vielen anderen drum herum, die ihr Geld nicht in der Politik verdienen und auch nicht gerade bei den Medien – bei den Printmedien, beim Radio oder beim Fernsehen –, die jeden Tag zu ganz unterschiedlichen Arbeitsorten gehen, in Arztpraxen, in Bäckereien, die unsere Busse fahren, unsere Post austragen, wie nehmen die das alles wahr, was sie jeden Tag in der Zeitung lesen, was sie im Radio hören, was sie im Fernsehen verfolgen können? In welchen Zeiten, fragen die sich manchmal, leben wir denn eigentlich heute?

Blenden wir die Flüchtlingsfrage doch dabei mal ganz einfach weg, lassen wir doch dieses Thema einfach mal außen vor! In welchen Zeiten – frage ich auch – leben wir denn? Welche Empfindungen hat eine Bürgerin oder ein Bürger, wenn er regelmäßig die Medien verfolgt? Das ist doch eine Zeit der Krisen und der Skandale – anders kann man das doch gar nicht mehr nennen. Ich will noch mal ganz kurz aufzählen: Der Präsident des stolzen FC Bayern München hinterzieht fast 20 Millionen Euro an Steuern. Das hat die Welt ein halbes Jahr lang hier in Deutschland beschäftigt. Ganz Europa steht – auch das war eine Debatte, die aktuell überall in den Gazetten zu lesen war, die uns landauf, landab beschäftigt hat – mehr als ein Jahr vor dem Kollaps, ein Rettungsschirm nach dem anderen muss aufgespannt werden. Denken Sie nur an die engagierte Debatte um die Griechen, das Für und Wider der Euro-Rettungspolitik. Einer der größten Autokonzerne der Welt, meine Damen und Herren, betrügt bei den vorgelegten Abgaswerten. Russlands Präsident Putin besetzt die Krim.

Merken Sie etwas? Ist da eine einzige Nachricht darunter – ich bin noch gar nicht fertig mit der Aufzählung, ich könnte das ellenlang machen –, die nicht Ängste und Befürchtungen weckt? Eine einzige gute Nachricht vielleicht? Dann kommen die Bilder aus Syrien, Afghanistan, Jemen, dem Sudan und Libyen noch dazu und überall herrscht Krieg, Vertreibung und Flucht, Bilder von toten Männern, Frauen und kleinen Kindern, ertrunken im Mittelmeer. Zu all dem dann der Terror: die Toten des damaligen Pariser Magazins „Charlie Hebdo“, die Anschläge in Brüssel, Selbstmordattentäter überall, die Schreckensnacht in München. Ich denke, die Menschen sind mittlerweile auch zutiefst verunsichert. Es ist doch auch wirklich, wenn wir ehrlich sind, wie ein Hamsterrad, in dem wir uns drehen,

(Abg. Hey)

jeden Tag, jede Nachrichtensendung, jede Zeitungsseite aufs Neue. Wir stehen, wenn wir ehrlich sind, doch eigentlich auch schon am Rand der Erschöpfung. Ständige Eilmeldungen auf dem Smartphone in der Hosentasche, sofort politische Parolen von der einen wie von der anderen Seite. Diese Welt, meine Damen und Herren, produziert täglich neue Bilder, die Angst oder zumindest Befürchtungen machen. Das verschwimmt schon alles, man kommt gar nicht mehr so schnell hinterher bei dieser Nachrichtenlage. Vorgestern der Brexit, gestern Trump. Was passiert heute? Wissen Sie noch den Namen der jungen englischen Unterhausabgeordneten, die bei der Brexit-Kampagne auf offener Straße erschossen wurde? Das war im Juni. Das ist nicht mal ein halbes Jahr her. Eine Woche ist der Kampf um die Stimmen für oder gegen die EU damals in Großbritannien ausgesetzt worden. Eine Woche ist mittlerweile so ein Vorfall immerhin wert, um innezuhalten, wenn eine zweifache Mutter wegen ihrer Überzeugung getötet wird – eine Woche! Sie hieß übrigens Jo Cox. Wir sollten eigentlich diesen Namen nie vergessen.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist eine Welt, meine Damen und Herren, voller Unsicherheiten. Und direkt vor der Haustür – so ist der Eindruck – geht es doch weiter. Die Menschen fragen: Reicht denn überhaupt meine Rente, wenn ich alt bin? Ist mein Verdienst denn dafür hoch genug? Stimmt es, dass die Riester-Rente ein Riesensbetrug ist? Was wird aus meinem Geld auf der Bank? Kann ich später meine Miete noch bezahlen? Das ist die Nachrichtenlage. Zusätzlich – das muss man auch selbstkritisch eingestehen – werden insbesondere auch von der Politik bei den unterschiedlichen Positionen die immer schrilleren Töne gewählt. Man will ja gehört werden mit seinen Argumenten, es sollen ja möglichst viele Leute glauben, dass man recht hat. Deshalb müssen wir auch ein wenig ehrlich sein. Auch hierzulande droht sich die Politik derzeit an diese ständige Spirale des Übertreibens, des größtmöglichen Geschreis anzupassen. Ich will gar nicht auf die gestrige Debatte abstellen, die hier im Landtag geführt wurde. Da müssen wir uns wohl auch an die eigene Nase fassen in diesem Hohen Haus, wenn es mal wieder nicht dick genug geht und man versucht, sich gegenseitig die Vorwürfe aufs Butterbrot zu schmieren.

Es gibt nicht nur den Thüringen-Monitor, es gibt weitere sehr belastbare Umfragen, die eines beweisen: Die Menschen sind zutiefst verunsichert. Dieser Zustand ist auf Dauer nicht gut und ich glaube, er ist auch eine Belastung für unsere Gesellschaft. Da ist es überhaupt kein Wunder, dass mittlerweile die bescheuertesten Verschwörungstheorien immer mehr Anhänger finden. Seit Wochen beschäftigen wir uns bei diesem Thema mit Leuten, die ernsthaft

daran glauben, dass es die Bundesrepublik gar nicht gibt und dass deswegen die Gesetze, die in diesem Land gelten, für sie überhaupt nicht zutreffen würden. Soweit ich das verfolgen konnte, ist am Montag das Königreich Sondershausen ausgerufen worden. Ich finde, das kann man alles noch ganz witzig finden, das klingt auch vielleicht ein bisschen possierlich, aber dann geschieht eben so etwas: Ein sogenannter Reichsbürger erschießt in seinem Wahn einen Polizisten. Wieder fragt man sich: Was ist hier eigentlich los?

Auf diese Frage in diesen schwierigen, sehr komplizierten Zeiten mit sehr komplexen Vorgängen helfen eben keine einfachen Antworten. Ich glaube auch, dass es oft gefährlich ist, immer nur mit einfachen Antworten agieren zu wollen. Ich denke, das muss man ganz besonders denen deutlich machen, die sich derzeit aufschwingen, den Menschen wieder einen neuen Floh ins Ohr zu setzen, dass nur sie die politische Wahrheit mit Löffeln gefressen haben. Alles andere sind ja die sogenannten Altparteien, das Parteienkartell – alle sind unfähig, außer sie. Jetzt kommen sie und rollen das Feld von hinten auf. Die Wahrheiten, die den Leuten dabei präsentiert werden, sind immer ganz einfach: Raus aus dem Euro, raus aus der EU, Mauern wieder hoch. Dieser ganze Quatsch mit Soße wird den Leuten dann so aufgetischt, als wäre es ein Fünf-Gänge-Menü. Wenn dieser Thüringen-Monitor eine Handlungsempfehlung für uns Politiker gibt, dann kann es doch eigentlich nur die sein: Wir sollten uns hüten, nur immer die ganz einfachen Antworten geben zu wollen, und wir müssen anerkennen, dass die Dinge in unserer Gesellschaft teilweise so komplex sind, dass man sich die Zeit nehmen muss, den Leuten klarzumachen, warum das so ist und warum die Dinge sind, wie sie sind.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Na klar, meine Damen und Herren, lese ich die Fakten im Thüringen-Monitor über die steigende Skepsis gegenüber der Demokratie. Deshalb sage ich: Wir müssen den Menschen klarmachen, dass Demokratie eben kein Sofa ist, auf dem man sitzt und sich die Fernbedienung und das Bier kommen lässt, und dass Demokratie manchmal schwierig ist und mit Sicherheit auch nie ganz perfekt. Das ist oftmals mühselig und sicher auch zeitaufwendig. Aber wenn in der Bürgersprechstunde nicht nur einer, sondern hintereinander drei solche älteren Herren kommen wie der, von dem ich Ihnen berichtet habe, und mir das alles erzählen, was ich Ihnen geschildert habe, dann muss ich mir auch die Zeit nehmen und eben mit drei Menschen reden und wenn es Not tut, auch mit fünf oder auch mit zehn. Dann muss man auch die Geduld aufbringen und ihnen sagen: Leute, Parlamente, die man frei wählen kann, Zeitungen, die ohne Zensur erscheinen, all das sind Dinge, die eine Demokratie ausma-

(Abg. Hey)

chen. Das ist das Beste, was uns passieren kann. Was wäre denn die Alternative zu alldem? Das ist doch die Frage. Wer soll denn mit ihnen darüber sprechen, wenn nicht wir als gewählte Abgeordnete, wenn nicht ich als Politiker? Wer soll ihnen das denn sonst sagen – Facebook vielleicht oder Twitter?

Zu diesem Thema – ich habe vorhin meinem Kollegen Mohring sehr genau zugehört – kann man sicherlich auch sehr differenzierter Meinung sein. Er hat gesagt, er stellt noch einmal zusätzlich flankierend zur parlamentarischen Demokratie, die wir in diesem Land Gott sei Dank auch haben, ein weiteres Instrument zur Verfügung und er wirbt wieder für sein fakultatives Referendum. Ich weiß nicht, ob die Befragungsergebnisse, die Umfragewerte in diesem Thüringen-Monitor tatsächlich anders wären, wenn wir ein fakultatives Referendum hätten. Ich kann es in Zweifel ziehen. Ich finde trotzdem, dass man eine Debatte führen muss, wie politische Prozesse generell auch in diesem Land letzten Endes durchschaubarer, komplexer werden. Da gebe ich ihm in vollem Umfang recht. Wenn er aber gleichzeitig hier vorn am Mikrofon steht und sagt, dass die Verfassung – aus meiner Sicht heraus höchstes und schützenswertes Gut – selbstverständlich hin und wieder einer Überarbeitung bedarf, auch in der Richtung, inwieweit mit parlamentarischen Initiativen, mit Gesetzentwürfen und Gesetzen, die letzten Endes beschlossen werden, um sie draußen dem Volk zu präsentieren, kritisch umgegangen werden kann, und er dann gleichzeitig sagt, das Ganze müsse dann aber doch noch ein bisschen schneller gehen als die Gebietsreform, damit man mit diesem fakultativen Referendum dieses zentrale Reformprojekt des Freistaats Thüringen letzten Endes aufhalten könnte, da sage ich: Leute, Vorsicht an der Bahnsteigkante!

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn im Schweinsgalopp eine Verfassung nur wegen dieses einen Grundes ändern zu wollen, das ist aus meiner Sicht heraus wirklich fahrlässig. Das will ich an dieser Stelle deutlich sagen.

Dieser Thüringen-Monitor jedenfalls zeigt an vielen Stellen sehr genau, wo wir ansetzen müssen. Die Debatte um die Umfrageergebnisse mag zwar in ein paar Minuten hier im Plenum abgeschlossen sein, aber im Grunde hat sie gerade erst begonnen. Deshalb ganz am Ende ein Dankeschön an Dr. Best und sein Team für die Diskussion, die wir hier ihretwegen führen. Sie sind im Übrigen sogar gestern – ich habe das mal während meiner persönlichen Presseschau gesehen – in einem sehr ausführlichen Artikel in der FAZ erwähnt worden. Eine meiner Fraktionskolleginnen, Diana Lehmann, hat mich auch darauf hingewiesen. Da sind sie als ein sehr wertvolles Kompendium gelobt worden. Ich

will mich dem anschließen. Ich denke, auch namens meiner Fraktion, dass dieser Thüringen-Monitor insbesondere in diesem Jahr nicht nur lesens-, sondern auch besonders nachdenkenswert ist. Im Grunde ist dieser Thüringen-Monitor nicht nur guter Lesestoff, er ist auch eine Handlungsempfehlung für uns als Politiker. Denn eines steht fest: Wir müssen mit den Leuten, die verunsichert sind und viele Fragen haben, die zweifeln, immer im Gespräch bleiben, so wie mit dem älteren Herrn, der in die Bürgersprechstunde kommt. Das ist wichtig. Das ist vor allen Dingen deswegen wichtig, damit sie nicht anderen Leuten auf den Leim gehen, die ihnen immer nur die ganz einfachen Antworten geben und die wirklich noch in ganz einfachen und zum Teil auch sehr alten und muffigen Schubladen denken. Ich danke Ihnen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Als nächster Redner hat Abgeordneter Höcke das Wort.

Abgeordneter Höcke, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, sehr geehrte Besucher auf der Tribüne! Herr Hey, ich will mit Ihnen anfangen. Sie haben einiges gesagt, was richtig ist, was ich unterschreiben kann. Das möchte ich betonen. Sie haben vollkommen zu Recht auf unsägliche und unersprißliche Beschleunigungstendenzen hingewiesen, sowohl in den Medien als auch im politischen Betrieb. Da schließe ich mich vollumfänglich Ihrer Analyse an. Sie haben ebenso richtig auf die im Augenblick zu beobachtenden Polarisierungstendenzen in unserem Land, in unserer Gesellschaft hingewiesen. Auch das sehe ich so. Ich glaube, das sehen die meisten Kollegen Abgeordneten genauso, wie Sie das hier beschrieben haben. Allerdings muss ich natürlich den Grund dieser Tendenzen oder der von mir letztgenannten Tendenz anders anlegen oder anders ableiten. Ich glaube, dass der Thüringen-Monitor, den ich gleich auch noch grundsätzlich kritisieren werde – das haben alle anderen Vorredner nicht getan, ich werde es tun –, auch inhaltlich, methodisch kritisieren muss – da muss ich einfach Wasser in den Wein gießen, aber das kommt, wie gesagt, später –, ich glaube trotzdem, dass der Thüringen-Monitor eine ganz, ganz wichtige zentrale Zahl liefert. Das ist nämlich das, was Sie auch angesprochen haben, Herr Kollege Hey, die Sorge der Menschen oder das Ungemach der Menschen daran, dass sie das Gefühl haben, dass man in diesem Land gewisse Dinge nicht mehr sagen kann – dass die Meinungsfreiheit das zentrale Grundrecht in einer Demokratie ist, das ist, glaube ich, Konsensmeinung hier im Hohen Haus, denn

(Abg. Höcke)

wir wissen alle, dass ohne Meinungsfreiheit Demokratie gar nicht gedacht werden kann –, dass diese Meinungsfreiheit in diesem Land von vielen Menschen nicht mehr vollumfänglich gelebt wird oder zumindest das Gefühl besteht, dass diese Meinungsfreiheit nicht mehr vollumfänglich gelebt werden kann.

Meine Partei oder meine Fraktion hat heute direkt oder indirekt schon einige Prügel von den Vertretern der alten Parteien oder alten Fraktionen bekommen und die AfD wird dann immer so als Ursache benannt für diese Meinungspolarisierung, die sich darstellt. Die AfD ist nicht die Ursache dieser Polarisierung, denn die AfD hat nirgendwo Regierungsverantwortung, die AfD gibt es erst seit drei Jahren. Nein, sehr verehrte Kollegen Abgeordnete gerade von den alten Parteien, Sie und Ihre seit Jahrzehnten falsch angelegte Politik ist ursächlich dafür, dass die Menschen sich in diesem Land nicht mehr wohlfühlen.

(Beifall AfD)

Die Menschen wollen doch einfach nur etwas Selbstverständliches: Sie wollen eine offene und sachliche Diskussion über alle Probleme, die wir in unserem Land haben. Das ist gelebte Demokratie. Ich höre in diesem Hohen Haus immer so oft etwas von gelebter Demokratie, davon, dass wir die Menschen auf den Straßen, in den Städten, in den Dörfern mitnehmen müssten. Ja, das wollen wir sicherlich alle, aber ich habe das Gefühl, dass das nicht mehr erfolgt, dass das nicht mehr Realität ist. Ihr Anspruch ist da und Ihr Anspruch ist richtig, aber die Menschen fühlen sich nicht mehr mitgenommen und deswegen gibt es die AfD, sehr verehrte Kollegen Abgeordnete, deswegen sind wir da und es ist gut, dass wir da sind.

(Beifall AfD)

Denn es ist doch so, dass wir diese demografische Krisenentwicklung in unserem Land – die ich immer natürlich deutlich pointiert als Katastrophenentwicklung bezeichne, weil unsere sämtlichen sozialen Systeme doch umlagefinanziert sind – schon seit Jahrzehnten haben, ohne dass die alten Parteien dagegen wirklich wirksam vorgegangen wären. Das ist doch ein Punkt, den man ansprechen muss, und natürlich kommt man dann irgendwann auf die Idee zu sagen: Wir brauchen eine aktive Familienpolitik. Aber wer in diesem Lande eine aktive Familienpolitik fordert, der wird von den alten Kräften sofort wieder in Richtung der Nazi-Diktatur verortet, der wird sofort wieder in entsprechender Art und Weise stigmatisiert. Das kann so nicht weitergehen.

(Beifall AfD)

Wer in Anbetracht einer millionenfachen illegalen und unkontrollierten Einwanderung, die unsere Sozialsysteme auf das Stärkste strapaziert, die uns Milliarden kosten wird, die dieses Land nicht mehr

hat, darauf pocht, dass wir zu einer kontrollierten, zu einer in gesunde Bahnen gelenkten Einwanderung kommen müssen, der wird automatisch und immer wieder im politischen Diskurs als Ausländerfeind beschimpft. Nichts ist falscher als diese Feststellung, sehr verehrte Kollegen Abgeordnete.

(Beifall AfD)

Wer die Euro-Rettungspolitik kritisiert, weil sie über die Niedrigzinspolitik unsere Sparer, unsere deutschen Sparer, die versuchen, die wegbrechenden Renteneinnahmen, die sie im Alter haben werden, irgendwie zu kompensieren, indem sie ihr sauer erspartes Geld entsprechend investieren, dafür aber mittlerweile gar keine Zinsen mehr kriegen, sodass sie durch die entsprechende Inflationierung der Währung, die Niedrigzinspolitik, sogar noch Milliardenverluste haben – wir wissen, dass es mittlerweile 200/300 Milliarden Zinsverluste sind, die der deutsche Sparer zu realisieren hat durch die Niedrigzinspolitik der EZB, die angeblich diese Währung retten soll –, wer in Anbetracht dieser Lage und dieser unsäglichen Entwicklung, die nicht zu perpetuieren ist, darüber nachdenkt, dass der Euro vielleicht doch eine Fehlentwicklung und eine Fehlentscheidung war, der ist doch kein Anti-Europäer, sehr verehrte Kollegen Abgeordnete.

(Beifall AfD)

Der versucht doch einfach nur, ökonomischen Verstand in die Diskussion einzuspeisen. Verstehen Sie, ich könnte jetzt noch andere Politikfelder nennen, andere Politikfelder, wo die Menschen im Land einfach das Gefühl haben, wir diskutieren nicht mehr offen, wir reden nicht mehr offen miteinander, sondern es gibt Meinungen, die werden zugelassen, und andere Meinungen, die werden per se aus der politischen Diskussion ausgedrängt und ausgeklammert.

(Beifall AfD)

Damit muss Schluss sein, sehr verehrte Kollegen Abgeordnete!

Ich musste das in dieser Deutlichkeit sagen. Ich glaube, es war notwendig. Der Ministerpräsident hat auch weniger zum Thüringen-Monitor geredet, sondern er hat eine Grundlagenrede gehalten, er hat sein ideologisches Konzept hier vorgestellt.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das war eine Regierungserklärung!)

Ich möchte auch zu Ihnen was sagen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident: Sie haben heute hier nicht als Privatmann Bodo Ramelow geredet, sondern Sie haben als Ministerpräsident des Freistaats Thüringen hier vorn am Rednerpult gestanden. Sie haben etwas getan, das ich nicht gut finde: Sie haben hier in Ihrer Rede von einer demokratischen Oppositionsfraktion geredet. Sie haben also indirekt

(Abg. Höcke)

behauptet, dass es in diesem Hohen Hause eine undemokratische Oppositionsfraktion gäbe. Welche das jetzt ist, sehr verehrte Kollegen von der CDU, weiß ich nicht genau, Sie können sich das vorstellen, dass sich das meinen Überlegungen entzieht, aber jedenfalls hat das der Ministerpräsident getan.

Herr Ministerpräsident, ich glaube, Sie haben mit dieser Stellungnahme tatsächlich Ihre Pflicht zur neutralen Amtsführung verletzt

(Beifall AfD)

und Sie haben 20 Prozent der Menschen draußen im Land – das ist ungefähr die Zahl, die im Augenblick sagt, wir fühlen uns von der AfD vertreten – heute wirklich vor den Kopf gestoßen.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie stoßen permanent 80 Prozent vor den Kopf, mindestens!)

Sie haben als Ministerpräsident – und das haben Sie bei Amtsantritt angekündigt und ich nehme Sie immer noch beim Wort – gesagt, Sie wollen der Landesvater aller Thüringer werden, und ich bitte Sie: Erinnern Sie sich an diese Aussage und leben Sie diese Aussage endlich wieder!

(Beifall AfD)

Sehr geehrter Ministerpräsident, dass mir Ihre wirtschaftspolitischen Ausführungen nicht gefallen haben, können Sie sicherlich verstehen. Im Gegenteil: Mir haben Ihre wirtschaftspolitischen Ausführungen tatsächlich die Haare zu Berge stehen lassen. Ich frage Sie mal: Glauben Sie wirklich, dass ein überschuldeter Staat – Thüringen hat 16 Milliarden Euro Schulden, der Bund hat über 2 Billionen Euro explizite Staatsschulden, die implizierte Staatsverschuldung unseres Landes beträgt über 6 Billionen Euro –, dass unser Land, unser hoch verschuldeter Staat, nachhaltiges Wachstum generieren kann, indem er Geld ausgibt, das er nicht hat? Ich glaube das nicht!

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Huster, DIE LINKE: Das macht keinen Sinn, was Sie da sagen!)

Frau Kollegin Hennig-Wellso, Sie haben auch Ausführungen gemacht, die, na ja, zumindest als krude zu bezeichnen sind. Sie haben von der Bedrohung des Sozialstaats gesprochen. Ja, dieser Sozialstaat ist tatsächlich bedroht, Sie haben vollkommen recht. Er ist bedroht durch eine Politik der sozialen Kälte, die Sie in erster Linie zu verantworten haben.

(Beifall AfD)

Sie reden einer unkontrollierten Masseneinwanderung in unsere Sozialsysteme das Wort und damit werden Sie das bestehende Sozialsystem zum Kolabrieren bringen. Das spüren die Menschen drau-

ßen und deswegen haben die Menschen ihre Sorgen über diese Entwicklung auch im Thüringen-Monitor entsprechend zur Sprache gebracht.

(Beifall AfD)

Und man muss nicht unbedingt ein Liberaler sein. Ich habe liberales Gedankengut in mir, ich habe konservatives Gedankengut und ich habe als Konservativer selbstverständlich auch soziales Gedankengut in mir. Man muss nicht unbedingt ein Liberaler sein, um einem zeitlosen Ausspruch von Milton Friedman zuzustimmen. Der sagte nämlich – hören Sie bitte gut zu, Frau Hennig-Wellso, auch wenn Sie gerade nicht da sind, schade eigentlich, Sie könnten doch noch das ein oder andere sicherlich mitnehmen –,

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hennig!)

ja, ich zitiere, bzw. ich zitiere nur den Tenor aus dem Gedanken: Ein Staat kann ein wunderbar ausgebautes Sozialsystem haben. Das kann ein Staat. Und ein Staat kann offene Grenzen haben. Aber eines, sehr verehrte Kollegen Abgeordnete, kann ein Staat nicht: Ein wunderbar ausgebautes Sozialsystem und offene Grenzen gleichzeitig haben. Punkt.

(Beifall AfD)

50.000 Euro – und jetzt komme ich zum Thüringen-Monitor – sind in diesen Thüringen-Monitor investiert worden. 50.000 Euro, um etwas herauszubekommen, das jeder von Ihnen, das jeder von uns, wenn er denn da draußen unterwegs ist, wenn er mit den Menschen in Thüringen ins Gespräch kommt und wenn er mit offenen Augen durch unser Land geht, ohne irgendwelche Probleme, wenn er denn gesunden Menschenverstand hätte, einfach so aus den Gesprächen mit den Menschen hätte mitnehmen können. 50.000 Euro für Selbstverständlichkeiten, die uns allen bekannt sind. Mir ist das definitiv zu teuer. Sehr verehrte Kollegen Abgeordnete, ich hätte diese 50.000 Euro lieber zusätzlich in eine Lehrerstelle oder eine sanierte Schule investiert. Das wäre der richtige Weg gewesen!

(Beifall AfD)

Wieder könnte ich hier ausführlich das darstellen, was ich im letzten Jahr schon getan habe. Ich könnte diesen Thüringen-Monitor sehr grundsätzlich in seiner Wissenschaftlichkeit hinterfragen. Ja, ich glaube, die Redlichkeit dieses angeblich wissenschaftlichen Werks ist nicht gegeben.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das ist eine Frechheit!)

Die von mir im letzten Jahr schon sehr ausführlich dargestellte Kontextkontaminierung begegnet uns nämlich auch im Thüringen-Monitor in diesem Jahr sehr ausführlich. Wer ethnozentristische Einstellungen pflegt, ist zwar noch kein Neonationalist – da-

(Abg. Höcke)

rauf weisen die Autoren der Studie dieses Jahr sehr eindringlich hin, vielleicht auch als Reaktion auf unsere doch sehr deutliche Kritik im letzten Jahr; das ist zumindest jetzt schon mal gegeben –, allerdings – und das muss man doch feststellen – wird in den weiteren Ausführungen dann doch angedeutet, dass dieser Ethnozentrist, der sich entsprechend auch sehr oft in den Ausführungen des Thüringen-Monitors findet bzw. eine ethnozentristische Einstellung, doch irgendwie schon den ersten Schritt in Richtung dieser ideologischen Sackgasse, nämlich des Neonationalsozialismus, darstellt. Damit sind wir schon bei der Begriffsklarheit, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete. Auch das merkte ich bereits letztes Jahr an und es ist wichtig, sich das immer wieder klarzumachen, denn viele von Ihnen nehmen dieses Werk einfach als mehr oder weniger gottgegeben hin, als höhere Wissenschaft, der man nicht widersprechen darf. Sehr verehrte Kollegen Abgeordnete, die Soziologie und die Politologie sind eine im besonderen Maß begriffsgetragene Wissenschaft. Diese begriffsgetragenen Wissenschaften stehen auf sehr dünnem Eis, wissenschaftlich. Herr Prof. Hoff, Sie brauchen das Gesicht nicht zu verziehen, Sie wissen das genauso gut wie ich.

Denn was ist eigentlich Ethnozentrismus? Ich glaube, jetzt sind gerade nicht 91 Abgeordnete anwesend, aber wenn die 91 Abgeordneten des Thüringer Hohen Hauses mal die Aufgabe bekämen, diesen Begriff, Frau Tasch, „Ethnozentrismus“ in einem Satz zu definieren,

(Zwischenruf aus dem Hause)

– nein –, ich glaube, wir hätten 91 unterschiedliche Definitionen. Davon können wir ausgehen. Da bin ich mir ganz sicher. Man kann viele Fragen zu diesem Begriff stellen. Ist Ethnozentrismus vielleicht das Gegenteil von Ethnopluralismus oder ist Ethnozentrismus das Gegenteil von Multikulturalismus? Subsumieren Prof. Best und sein Team unter dem Begriff des Ethnozentrismus auch jemanden bzw. eine Einstellung, der seine soziale, geografische und kulturelle Heimat – das sind die drei Ausfaltungen des Heimatbegriffs – liebt, ohne andere Länder zu verachten? Ist das auch ein Ethnozentrist? Ist so eine Einstellung, also Heimatliebe ohne Fremdenhass, in der Logik des noch herrschenden Zeitgeistes und seiner Exekutoren, die nicht nur heute am Rednerpult gestanden haben, sondern die auch an den Hochschulen lehren, vielleicht auch ein erster Schritt, wenn auch kein hinreichender Schritt, wie die Autoren der Studien eingestehen, hin in die ideologische Sackgasse des Neonationalismus? Auch das darf man fragen.

(Beifall AfD)

Sind Ethnozentristen auch immer Ethnopluralisten? Bedingt der Einsatz für die Bewahrung der eigenen Heimat nicht den Einsatz der Bewahrung aller Hei-

maten in all ihren Facetten? Sehr verehrte Kollegen Abgeordnete, der Begriff „Ethnozentrismus“ setzt sich zusammen aus „éthnos“ und „Zentrismus“. „Éthnos“ kann man vielleicht übersetzen als „Volk“ und „Zentrismus“ eventuell als „Mittelpunktorientierung“. Beim Ethnozentrismus steht also das Volk im Mittelpunkt.

Der Reichstag, sehr verehrte Kollegen Abgeordnete, trägt eine Inschrift. Der Reichstag ist dem deutschen Volk gewidmet. Die Amtsträger der Exekutive schwören, dem deutschen Volk zu dienen und Schaden von ihm abzuwenden. Ja, noch ist das tatsächlich der Amtseid der Würdenträger und Amtsträger der Exekutive. Somit rücken diese Politiker, diese Amtsträger der Exekutive, das deutsche Volk in den Mittelpunkt ihres politischen Tuns. Sie sind und sie sollten eigentlich, Herr Ramelow, Herr Ministerpräsident, von Amts wegen Ethnozentristen sein,

(Beifall AfD)

obwohl ich – wenn ich mir die aktuelle Politik der Exekutive ansehe – doch das Gefühl habe, dass der eine oder andere vielleicht doch das Hexenkreuz hinter dem Rücken gemacht hat, als er den Amtseid abgelegt hat. Also, als Ethnozentristen von Amts wegen haben Sie vielleicht auch schon, Herr Ministerpräsident Ramelow, den ersten kleinen Schritt – auch wenn Sie ihn gar nicht bemerkt haben – in Richtung einer ideologischen Sackgasse namens Neonationalismus gemacht. Das ist jedenfalls die Logik jener Rabulistik, die den Zeitgeist hoft. Herr Prof. Hoff: Kann ein Kommunist eigentlich ein Ethnozentrist sein? Googeln Sie mal bitte!

(Beifall AfD)

Natürlich fragen wir uns: Ist ein ethnopluralistischer Multikulturalist jetzt ein Nazi oder ist er ein Antifaschist? Ist er ein Demokrat oder ein Antidemokrat? Fragen über Fragen.

(Beifall AfD)

Bemerkenswert ist übrigens auch, dass der Begriff mit dem Maximalstigmatisierungspotenzial – und darum geht es gerade der rot-rot-grünen Landesregierung hier in Thüringen –, nämlich der Begriff des Rechtsextremismus, gar nicht definiert wird. Das ist in meinen Augen tatsächlich wissenschaftlich unredlich. Also wir haben die Kontextkontaminierung, wir haben die Begriffsunklarheit und dann haben wir noch einen bemerkenswerten Ableitungsmut der Autoren des Thüringen-Monitors. Das beobachten wir schon seit einigen Jahren. Denn man leitet aus wenigen simplen Fragen überdauernde Einstellungsmuster und Persönlichkeitszüge ab. Das, sehr verehrte Kollegen Abgeordnete, ist nicht nur zutiefst unwissenschaftlich und unredlich, das ist in unseren Augen sogar zutiefst inhuman.

(Beifall AfD)

(Abg. Höcke)

Ich sage es in aller Deutlichkeit und ich hoffe, dass die Autoren dieser Studie mir gut zuhören: So ein Vorgehen, sehr verehrte Autorenschaft des Thüringen-Monitors, so eine krasse Simplifizierung könnte in meinen Augen – und ich glaube, diese Einstellung ist durchaus berechtigt – eine Disposition – ich drücke mich im Konjunktiv aus, Sie verstehen mich – dieser Autoren zur gruppenbezogenen Menschlichkeit indizieren. Ich möchte an dieser Stelle die kollektive Betroffenheit meiner Fraktion zum Ausdruck bringen.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie und gruppenbezogene Menschlichkeit, hahaha!)

Aber wollen wir die Zahlen des Thüringen-Monitors einmal einigermaßen ernst nehmen: Sie sind zumindest ein Anhaltspunkt – und wir haben sie auch teuer bezahlt. 50.000 Euro sind ja kein Pappenstiel, nicht wahr? Hinter jeder Ziffer der Umfrageergebnisse steht die Ablehnung – das kann man schon mal so pauschal und mit der notwendigen Deutlichkeit ausdrücken –, eine Ablehnung der Thüringer bezüglich der Politik des unkontrollierten Hineinwinkens und Hereinwinkens. Das sind keine graduellen Zahlen mehr, die Spielraum für irgendeine Art von Interpretation böten. Nein, das sind so überdeutliche Mehrheiten, wie sie der Thüringen-Monitor bisher noch niemals transportiert hat.

Sehr verehrte Kollegen Abgeordnete, eine Mehrheit der Thüringer weiß, dass sich die Mehrzahl der Migranten, die man unkontrolliert ins Land gelassen hat, eben nicht anpassen wird. Eine noch deutlichere Mehrheit hat begründetermaßen Angst vor der Kriminalität. – Meine Damen im Präsidium, Sie sind ein bisschen laut, wenn mir das gestattet ist zu erwähnen. – Praktisch alle sagen, dass der Islam nicht zu Deutschland gehört. Fast schon höhnisch ist angesichts solcher Zahlen der Titel der diesjährigen Ausgabe. Der Titel lautet: „Gemischte Gefühle“. Nein, sehr verehrte Kollegen Abgeordnete, die Befundlage ist eindeutig und glasklar. Gemischte Gefühle sehen anders aus. Gemischte Gefühle sind das mit Sicherheit nicht. Eine deutliche Ablehnung der Politik der Landes- und Bundesregierung, so hätte der Titel des diesjährigen Thüringen-Monitors eigentlich lauten müssen.

(Beifall AfD)

Egal ob der Ministerpräsident unseres Freistaats als „roter Trabant“ Kanzlerin Merkels Einwanderungspolitik entsprechend unterstützt, egal ob der Innenminister die Augen vor einer explodierenden Kriminalität verschließt und ja – Herr Minister Poppenhäger ist heute nicht da –, man kann es nicht anders sagen, unsere Polizei hier in Thüringen in einen kollektiven Burnout hineintreibt,

(Beifall AfD)

und egal, ob unser Winterabschiebestoppminister jeglichen Zusammenhang zwischen der Migration und islamischem Terror leugnet, die Verursacher für die Angst in Thüringen, für die Angst der Menschen, die sich im Thüringen-Monitor manifestiert, sie sitzen hier im Raum, sie befinden sich hier im Hohen Haus. Es sind die Regierungsvertreter rechts und links von mir.

(Beifall AfD)

Anstatt mal wieder eine präsidiale Rede zu halten, Herr Ministerpräsident Ramelow – aber vielleicht war das ja schon Ihre Bewerbungsrede für das Amt des Bundespräsidenten –, hätten Sie vielleicht mal lieber darauf geantwortet, wie Sie denn auf diese alarmierenden Befunde zu reagieren gedenken – und nichts anderes ist der Thüringen-Monitor. Lenken Sie vielleicht ein, gehen Sie auf die Thüringer zu, nehmen Sie ihre Sorgen und Ängste irgendwie ernst? Nein, Fehlanzeige! Sie gehen kein Haar breit auf die Menschen im Land zu. Schon vor Wochen demonstrierte die Staatskanzlei wieder ihre Betonköpfigkeit gegenüber gesellschaftlichen Wahrheiten, die bei Ihnen niemand hören will.

(Beifall AfD)

Honorarprofessor Hoff verkündete bereits, dass die Erkenntnisse des Thüringen-Monitors helfen sollen, den Freistaat, so wörtlich, „noch lebenswerter, weltoffener und sozialer“ zu machen. Es fehlt nur noch „ganzheitlich und nachhaltig“, nicht wahr, Herr Prof. Hoff? Und die Abgeordnete Berninger, die heute – doch, da hinten ist sie, Frau Kollegin Berninger –,

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE: Ich bin nicht Ihre Kollegin!)

die Abgeordnete Berninger machte sogleich klar, dass man jetzt, so wörtlich, noch mehr um die Integration von Flüchtlingen werben müsse. Man ahnt Schlimmes nach solchen Aussagen.

(Beifall AfD)

Für uns, für die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag, ist es bereits Gewissheit: Die Ablehnung dieser Politik durch eine übergroße Mehrzahl und Mehrheit der Thüringer wird die Regierung dazu veranlassen, noch mehr Geld in den Demonstrationstourismus, noch mehr Geld in linksextreme Vereine und das sogenannte Programm für Weltoffenheit und Toleranz zu pumpen. Als Legitimation für diese weltanschaulichen Indoktrinierungsversuche dient wieder einmal der Thüringen-Monitor, der längst – das wissen die meisten in diesem Hohen Hause, die noch klaren Verstand in sich tragen – zu einem politischen Instrument verkommen ist.

(Beifall AfD)

In Wirklichkeit ist die sogenannte Studie längst ein weiteres Element in einem weit verbreiteten System

(Abg. Höcke)

linker Meinungsmache. Dieses System setzt sich aus staatsfinanzierten Stiftungen, Vereinen und Programmen zusammen. Die AfD-Fraktion hat durch eine Vielzahl Kleiner Anfragen dieses linke Netzwerk, diese linken Strukturen, die im Freistaat lebendig sind und steuerfinanziert werden, aufgeklärt. Ein linkes Netzwerk, das nichts anderes zu tun hat, als ohne Unterlass die Meinungsfreiheit in diesem Lande, die freie Meinungsäußerung zu stigmatisieren und die Menschen in die Angst zu treiben.

(Beifall AfD)

Zu diesem Netzwerk, sehr verehrte Kollegen Abgeordnete, gehören ehemalige Stasi-Mitarbeiter und Landtagsabgeordnete – Landtagsabgeordnete, die immer nur einen Steinwurf von einer Straftat entfernt sind. Dazu gehört auch ein willfähriger Präsident des Thüringer Verfassungsschutzes und dazu gehört der Soziologe Quent, der die Leitung der Stasi 2.0, also der neu geschaffenen sogenannten Dokumentationsstelle, innehat und jetzt qua Amt im Privatleben der Bürger herumschnüffeln darf.

(Beifall AfD)

Herr Quent ist übrigens der ehemalige Mitarbeiter der Abgeordneten König

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Na und?)

und ist wiederum selbst Mitglied, dieser Herr Quent, dieser Soziologe Quent ist selbst Mitglied im Kompetenzzentrum Rechtsextremismus, das was tut? Genau, den Thüringen-Monitor erstellen. Damit schließt sich der Kreis, sehr verehrte Kollegen Abgeordnete.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Können Sie sich eigentlich selbst ernst nehmen?)

Es ist eine durchgängige personelle Verbindung – das ist noch viel schlimmer als Vetternwirtschaft, aber den Begriff möchte ich hier nicht platzieren – von den Antifa-Abgeordneten in diesem Hohen Haus bis zum angeblich objektiven Thüringen-Monitor hergestellt. Wer angesichts solcher Verstrickungen einem Machwerk wie dem Thüringen-Monitor noch Unabhängigkeit zuschreibt, der muss wirklich gewaltig große ideologische Scheuklappen aufhaben, meine sehr verehrten Kollegen Abgeordneten.

(Beifall AfD)

Der Thüringen-Monitor steht in erster Linie für Meinungsmache. Weit verbreitete Ängste und berechtigte Sorgen und Nöte der Menschen werden einfach als Indikatoren für Rechtsextremismus verunglimpft. Anstatt auf die Menschen im Land zu hören, wird die Skepsis angesichts der Einwanderung von Millionen von Menschen, die beruflich nicht

qualifiziert sind, die noch nicht einmal unsere Sprache sprechen, die letztlich sozialen Sprengstoff darstellen, einfach diskreditiert. Hier haben sich die Kollegen Hoff und Best prima arrangiert. Herr Prof. Best liefert die Zahlen auf dem Papier und Herr Prof. Hoff liefert die Zahlen auf dem Konto.

Aber kommen wir mal zu diesen Zahlen. 80 Prozent der Menschen sind der Ansicht, dass der Islam nicht zu Deutschland gehört. Die Menschen sind skeptisch aufgrund eines Moscheebaus, der nichts anderes als das Symbol einer Landnahme, einer fremden Kultur ist. Sie sehen die unterjochten Frauen und sie fürchten zu Recht die religiösen Konflikte, die in unser Land importiert werden.

(Beifall AfD)

Doch anstatt diese Sorgen, diese berechtigten Sorgen ernst zu nehmen, tun die Autoren des Thüringen-Monitors diese Sorgen einfach nur als Ressentiment ab.

Herr Ministerpräsident Ramelow hofiert die Ahmadiyya-Gemeinde und verschafft ihr eine Plattform im Landtag. Dieser Ministerpräsident spricht den Erfurter Bürgern da draußen, die überwiegend in großer Sorge sind, was den Moscheebau in Marbach angeht, das Recht ab, selbst zu entscheiden, ob sie diese Moschee haben wollen oder nicht. Er spricht ihnen das Recht ab zu entscheiden, was eigentlich ein Souverän zu entscheiden hätte, wie viel Islam im Land für diese Menschen, für unsere Thüringer Bürger überhaupt vorstellbar ist.

(Beifall AfD)

Ich sage es Ihnen, Herr Ministerpräsident Ramelow, noch mal in aller Deutlichkeit: Die Menschen draußen im Land – und wenn Sie die Zahlen des Thüringen-Monitors mal ohne Ihre ideologischen Scheuklappen vor den Augen wahrnehmen würden, dann wüssten Sie es auch – wollen keinen Ministerpräsidenten, der auf einem Bahnhof steht und „Inshallah“ ruft. Das wollen die Menschen im Land nicht. Sie wollen einen Ministerpräsidenten, der der Islamisierung Thüringens mutig entgegentritt. So einen Ministerpräsidenten wollen sie.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und woher haben Sie das?)

Meine große Sorge über die Einschränkung der Meinungsfreiheit in diesem Lande: Die Meinungsfreiheit als zentrales Grundrecht müssen wir verteidigen. Wir tun das als AfD. Die politische Korrektheit, sehr verehrte Kollegen Abgeordnete, liegt wie Mehltau auf unserem Land und wir sind angetreten, diesen Mehltau abzutragen.

(Abg. Höcke)

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Rassismus hat nichts mit politischer Korrektheit zu tun!)

In diesem Hohen Hause sind Abgeordnete – das sind die, die immer am meisten schreien, wenn ich hier vorn am Pult stehe –, die zusammen mit der Landesregierung, mit dem Herrn Ministerpräsidenten und seinen Helfern an einer neuen Gesinnungsdiktatur arbeiten, die in diesem Freistaat errichtet werden soll.

(Beifall AfD)

Das erinnert an die Zeiten der unseligen DDR. Einen weiteren Höhepunkt erleben wir mit diesem Thüringen-Monitor. In diesem Thüringen-Monitor wird regierungsoffiziell, Herr Ministerpräsident Ramelow, jeder sechste Thüringer irgendwie in die rechtsradikale Ecke eingeordnet. Das ist unerträglich und das ist tatsächlich ein erster Schritt in Richtung Gesinnungsstaat.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist unerträglich, was Sie da vorn machen, Herr Höcke!)

Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, sehr geehrte Besucher auf der Tribüne, führen wir uns noch mal folgende Entwicklung der letzten anderthalb Jahre vor Augen. Millionenfach wurde nach Ansicht zahlreicher Staats- und Verfassungsrechtler – und es ist auch meine Ansicht, das ist auch die Ansicht der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag – durch die totale Grenzöffnung der Bundeskanzlerin gegen europäisches Recht, gegen deutsches Recht und das deutsche Grundgesetz verstoßen, während Sie von den Altparteien immer in allen anderen Lagen eine penible Rechtstreue der Bürger einfordern. Millionen Menschen hat man in unsere Versicherungssysteme einwandern lassen, die niemals einen Beitrag in unsere Solidargemeinschaft entsprechend hineinbezahlt haben. Deswegen ist die Politik der Linken, deswegen ist die Politik der Grünen, deswegen ist die Politik der Sozialdemokraten und leider auch, sehr verehrte Kollegen der CDU unter Ihrer Migrationskanzlerin Merkel, Ihre Politik – denn Frau Kanzlerin Merkel ist ja für die totale Grenzöffnung am 4. September 2015 hauptverantwortlich –, Ihre Politik, meine Damen und Herren von den Altparteien und Altfraktionen, zutiefst unsozial dem eigenen Volk gegenüber.

(Beifall AfD)

Und die importierte Kriminalität – und auch das spüren die Menschen – hat uns in diesem Jahr bereits Hunderttausende zusätzliche Straftaten gebracht. Das ist die Lage und die Menschen nehmen diese Lage einfach sehr realistisch wahr.

(Beifall AfD)

Die Abgeordneten aller alten Parteien haben zum Teil als bewusst operierende Ideologen, manche auch nur als willige Vollstrecker und manche auch nur als einfache Mitläufer – und ich weiß, manche von Ihnen auch mit großer Sorge und großem Grimmen im Bauch – eine Politik mitgetragen, die im Ergebnis – respice finem, denken wir vom Ende her – unseren Rechtsstaat, unseren Sozialstaat und unseren Sicherheitsstaat auflösen wird. Diese Politik der Staatsauflösung fürchten die Menschen in Thüringen zu Recht.

(Beifall AfD)

Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, es ist von meinen Vorrednern zu Recht darauf hingewiesen worden: Die Ergebnisse des Thüringen-Monitors, wenn sie auch nicht immer wissenschaftlich redlich abgeleitet sind, geben doch eine Tendenz ab, die uns große Sorge machen sollte. Wenn 71 Prozent der Menschen ihre Anliegen in unserer Demokratie nicht mehr wirksam vertreten sehen, dann sollten Sie, sehr geehrte Kollegen von den Altfraktionen, eine Politik machen, die eine Wende um 180 Grad in ihrer Ausrichtung enthält. Sie sollten endlich einsehen, dass Sie eine Politik machen, die den Realitäten entspricht, und keine Politik aus dem ideologischen Wolkenkuckucksheim. Wenn Sie das nicht können, dann wird es für Sie alle ein sehr, sehr böses Erwachen geben. Sie, sehr verehrte Kollegen Abgeordnete von den Altfraktionen, sind immer weniger Volksvertreter. Sie machen eine Politik, die man einfach nur noch als Demokratiegefährdung bezeichnen kann. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Abgeordneter Adams das Wort.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Kollegen hier im Thüringer Landtag, liebe Gäste hier in diesem Thüringer Landtag! Heute ist der 11.11. Um 11.11 Uhr haben an vielen Orten Närrinnen und Narren, die humorvoll auch immer mal die Politik, also zumeist die Politik und gesellschaftliche Missstände oder gesellschaftliche Kritik auf die Spitze treiben, das Heft des Handelns und die Schlüssel der Rathäuser übernommen. Ich finde das gut. Es ist ein guter Tag. Hier vor diesem Thüringer Landtag hat um 11.11 Uhr eine Demonstration begonnen, die so laut wie noch nie in diesen Plenarsaal hineinschallen konnte. Für mich sind das keine Narren; das sind, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Horrorclowns, vor denen zu Recht gewarnt wird.

(Abg. Adams)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber es darf auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass alles das, wenn es stimmt, was mir berichtet wurde, was da draußen gesagt wurde, auch schon an diesem Pult von der AfD gesagt wurde.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Na ja, da gibt es schon weite Unterschiede!)

Herr Höcke, Ihre Rede hat ja eben versucht, mit geschliffenen und viel benutzten Fremdworten Seriosität vorzutäuschen. Aber Sie sind auf dem Weg, den Menschen das salonfähig zu machen, was da draußen geredet wird.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Das ist Hetze, Herr Adams, was Sie da machen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auf welchem schmalen Pfad Sie in Ihrer Argumentation stehen, zeigt ein Blick in den deutschen Duden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Höcke hat angezweifelt, dass es klar sei, was Ethnozentrismus ist, und unter anderem damit diesem Thüringen-Monitor Wissenschaftlichkeit abgesprochen. Im Duden – und ich glaube, dass wir uns alle darauf einigen können, dass Definitionen, die im Duden gegeben sind, als allgemeingültig und verständlich angesehen werden können – kann man Folgendes lesen, meine sehr verehrten Damen und Herren: „Ethnozentrismus: Form des Nationalismus, bei der das eigene Volk (die eigene Nation) als Mittelpunkt und zugleich als gegenüber anderen Völkern überlegen angesehen wird“. Was davon verstehen Sie nicht?

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was davon wollen Sie nicht annehmen, dass Wissenschaftler mit dieser ganz einfachen Definition arbeiten?

(Unruhe AfD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer seine Rede damit abschließt – mit totaler Grenzöffnung, Staatsauflösung, Demokratiefeindlichkeit der Altparteien –, der bläst genau in dieses Horn.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eigentlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, wollte ich anders anfangen, und zwar mit einem Blick auf den gestrigen Abend. Wir haben gestern auf der Wartburg des Thesenanschlags vor 500 Jahren gedacht, nämlich des Thesenanschlags von Martin Luther. Wenn man der Erzbischöfin aus Schweden gut zugehört hat, dann hat man davon erfahren können, dass es in dieser Reformation, die

von Martin Luther ganz maßgeblich geprägt wurde, ganz viel um Bildung, ganz viel um Freiheit, ganz viel um die Frage ging, wie ein moderner Staat, wie wir ihn heute verstehen, nämlich mit der Trennung von Glauben und Religion sowie Staat auf der anderen Seite, geprägt worden ist. Das war ein wesentlicher Punkt. Ganz wesentlich war aber auch die Leistung von Martin Luther, dass er zu den Menschen gesprochen hat und aufgeschrieben hat, was dann hundertfach gedruckt wurde, vielleicht auch tausendfach, es war nämlich seine Sprache. Es war seine einfache Sprache, mit der er Menschen erklären wollte und die Menschen zu mündigen Bürgern machen wollte. Schaut man auf das Ergebnis des Thüringen-Monitors, wenn wir heute darüber diskutieren, könnte man fix sagen: Na ja, in dem Thüringen-Monitor ist eigentlich dem vermeintlichen Widerspruch oder der besonderen Bedeutung der polarisierten öffentlichen Debatte und der Ambivalenz in jedem Einzelnen persönlich Rechnung getragen worden. Das bearbeitet dieser Thüringen-Monitor. Aber so, meine sehr verehrten Damen und Herren, sprechen ja nur wir hier in diesem Landtag. Deshalb will ich heute versuchen – vielleicht mache ich das in Zukunft, vielleicht funktioniert das dann auch –, mich mit einer sehr einfachen Sprache diesen beiden Elementen, dem, was der Thüringen-Monitor uns hier sagen will, zu widmen.

Der Thüringen-Monitor – ich glaube, das ist heute schon deutlich geworden – ist eine Umfrage, die jährlich durchgeführt wird und uns dadurch viel Wissen über die Einstellungen geben kann. Mit diesem Thüringen-Monitor sollen die Einstellungen der Menschen in Thüringen abgefragt werden, insbesondere zu extremen, ganz besonders zu rechtsextremen Einstellungen. Das war auch der Beginn, das wurde hier schon gesagt.

Was meinen die Wissenschaftler, wenn sie über „polarisierte Debatte“ reden? Die Wissenschaftler haben herausgefunden, dass viele Menschen immer wütender werden, wenn sie miteinander in diesem Land diskutieren. Man kann das, glaube ich, vor der Tür hören. Die einen sagen: Ich finde nicht gut, dass du geflüchteten Menschen helfen willst. Die anderen sagen: Ich finde nicht gut, wie du darüber denkst, denn in diesem Land gibt es Gesetze, die schreiben es vor, dass jeder Mensch, der als Geflohener zu uns kommt, bleiben darf, und an Gesetze muss man sich halten. Manche sagen: Ich habe aber Angst und keiner sagt mir, du musst keine Angst haben, weil wir uns doch um alles kümmern. Die anderen sagen: Doch, es kümmern sich viele Menschen darum und das ist auch gut so. Letztere Aussage scheint vom Thüringen-Monitor auch gedeckt zu sein, weil die wenigsten Menschen in Thüringen Angst vor einer sogenannten Überfremdung haben, sondern die Überfremdung eher

(Abg. Adams)

in anderen Teilen sehen. Das scheint so zu sein, dass hier einiges richtig gemacht wurde.

Oft wird aber auch darüber gestritten, was in diesem Land richtig und falsch oder gut und böse ist. Es wird so heftig darüber gestritten, dass man glauben könnte, dass dies in unserem Land nicht mehr klar ist. Beispielsweise die AfD und einige andere haben gesagt, die Guten sind doch gar nicht die Guten, weil sie nur behaupten, Gutes zu tun, aber das Böse und das Falsche tun. Sie haben sich dafür auch einen Namen ausgedacht: Das sind die „Gutmenschen“. Andere haben sich ein anderes Wort ausgedacht: Das sind die „Dunkeldeutschen“. Und sie sagen: Böse ist, wer Böses tut und Böses sagt. Das klingt erst einmal logischer, aber ich will das gleich sagen: So einfach, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste, ist das natürlich nicht. Vielleicht müssen wir uns wieder – und das will ich heute hier auch an dieser Stelle tun – eher den Zahlen und Fakten – und dafür ist so ein Thüringen-Monitor gut eingesetztes Geld und dafür ist so ein Thüringen-Monitor ein guter Anlass – zuwenden und sie ansehen, aber wir müssen noch viel mehr darüber diskutieren, was uns wichtig ist. Eine solche Debatte um „was uns wichtig ist“ kann man sehr leicht als Wertediskussion oder Wertedebatte bezeichnen. Diese Debatte lohnt sich immer wieder zu führen. Auch diese Debatte, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann hervorragend an diesem Thüringen-Monitor geführt werden.

Was, meine ich, ist richtig? Ich meine, wir Grünen meinen: Jeder soll hier leben und glücklich werden können, egal woher er oder sie kommen, egal woran sie oder er glauben. Das ist uns wichtig.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist einer der wichtigsten Werte, den wir verteidigen wollen. Ich erlebe den Thüringen-Monitor so, ich finde in dem Thüringen-Monitor, dass die meisten Menschen hier in Thüringen das auch so wollen, denn sie wollen ein Einwanderungsgesetz. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, soll dann helfen, Menschen diese Chance auch zu geben.

Wenn wir über die polarisierte Debatte reden, meinen die Wissenschaftler aber noch etwas anderes, denn sie haben uns ins Stammbuch geschrieben, dass viele Menschen nicht gut finden, wie wir Politiker miteinander umgehen. Viele Menschen sagen: Ihr streitet euch um sinnlose Dinge, die überhaupt keine Relevanz für unser Leben haben. Ja! Ich will damit selbstkritisch anfangen. Wir Grüne sollten weniger komplizierte Erklärungen für Alltägliches suchen. Das mit dem „Gender-Star“ versteht auch kein Mensch, obwohl es eine wichtige Debatte ist, aber es versteht uns keiner. Außerdem finden die Menschen, dass wir Grüne viel zu viel verbieten. Ob das so ist oder nicht, kann man noch diskutie-

ren, aber sie verstehen es so, und daran sollten wir arbeiten. Ich finde aber auch, dass Björn Höcke aufhören muss, wie ein böser Zauberer zu sprechen, weil er damit Menschen Angst macht, Angst machen will.

(Beifall DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man darf auch nicht erzählen, dass in diesem Land niemand mehr die eigene Meinung ausdrücken kann, obwohl wir gerade erleben, dass das vor der Tür viel lauter, als wir das hier im Landtag tun, natürlich möglich ist, dass das an allen Stammtischen in diesem Land möglich ist und dass man das überall – auch in diesem Plenum – sagen kann. Das Einzige, das Ihnen dabei offensichtlich nicht zu gefallen scheint, ist, dass Sie dafür Widerspruch von uns ernten.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Darum geht es nicht!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber auch die CDU darf so gemeine Sachen wie gestern, nämlich „Ihr versaut unser Land“ oder „Ihr redet mit den Leuten zwar nett, habt aber ein Messer hinter dem Rücken“, nicht sagen, weil das nämlich nicht wahr ist und weil man solche Worte auch in diesem Plenum nicht sagt.

(Beifall DIE LINKE)

Herr Mohring, man darf auch nicht so eine Geste machen, wenn der Ministerpräsident spricht.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist nicht in Ordnung, Kollegen zu denunzieren, obwohl man genau weiß, Herr Mohring, dass sich die Fraktionsvorsitzenden der SPD, der Linken und der Grünen niemals die Buchstabenkombination, die Sie und alle Ihre Kollegen massenhaft ins Internet geschrieben haben, selbst reingeschrieben haben, zu eigen machen würden. Wir haben beim letzten Plenum ein Foto von uns gemacht und in der Struktur des Hintergrunds hat jemand eine – diese – Buchstabenkombination hineingesetzt.

(Unruhe CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als wir es gepostet haben, hat niemand von uns dreien das gewusst. Wider besseres Wissen – und Sie wissen das – zu behaupten, dass ein guter, konservativer Sozialdemokrat, ein GdP-Mitglied und die Tochter eines Kriminalisten das tun würden, das ist Denunziation. So etwas darf man nicht tun, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Unruhe CDU)

(Abg. Adams)

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Das ist ja wohl unerhört! Immer die anderen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man darf auch der Mehrheit in diesem Parlament nicht die Legitimation absprechen, nur weil man selbst gerade nicht die Mehrheit hat.

(Unruhe CDU)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, man darf der Bevölkerung auch nicht erzählen, dass Anträge der Opposition dafür gemacht und hier gestellt werden, dass sie dann tatsächlich auch angenommen werden. Das ist in keinem Parlament dieser Welt so, sondern die Anträge der Opposition sind gut dafür und wichtig dafür, dass gezeigt wird, man könnte es auch anders machen, als es die regierungstragenden Fraktionen tun, aber es geht nicht darum, dass das dann eins zu eins übernommen wird. Jeder weiß das, Herr Grob, und Sie auch.

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Zwischen 150 und eins zu eins liegt noch was dazwischen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die innere Ambivalenz ist auch von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern hier untersucht worden. Das meint für meine Begriffe, dass wir alle mal gemein sind, dass wir alle mal gute Sachen tun. Das ist auch gut so. Ich finde, wir sollten auch nicht zu schnell übereinander urteilen. Aber wir müssen das ansprechen und wir müssen das zur Diskussion stellen. Viele Menschen finden, wer vor einem Krieg – und das finde ich gut, dass das in Thüringen alle oder der überwiegende, große Teil so findet – oder großer Armut flieht, soll hier aufgenommen werden. Wir müssen erkennen, dass sich die Menschen wünschen, dass sie danach auch gehen, wenn der Asylgrund entfallen ist. Gleichzeitig finden die Menschen – und auch das finde ich gut –, dass Geflüchtete danach auch gern wiederkommen können, wenn sie sich auf ein anderes Gesetz berufen. Das Problem ist nur, dass es dieses Gesetz, nämlich ein echtes Einwanderungsgesetz, leider nicht gibt. Wir Grüne wollen ein solches Gesetz. Wir halten es für sehr wichtig, dass es dieses Gesetz endlich gibt. Wir kämpfen, Herr Kießling, seit so vielen Jahren dafür, da gab es – wie es Ihr Vorsitzender gerade gesagt hat – die AfD wirklich noch nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so ein Gesetz ist aber wichtig und wir wollen das machen und wir freuen uns darauf, das mit den Menschen auf der Bundesebene durchzusetzen, die sich auch hinter die Forderung stellen. Wir brauchen endlich ein Einwanderungsgesetz. Dabei werden wir noch viele Fragen klären müssen, nämlich auch die Frage, die dabei sehr entscheidend ist, ob dann jeder kommen darf oder nur diejenigen, die etwas können, was hier niemand kann oder hier nur wenige

können. Wir Grüne meinen, es müsste jeder kommen dürfen, weil wir ja vorher nicht wissen können, was die Leute können, und wir wissen auch nicht, ob sie es vielleicht lernen und damit unserem Land Gutes tun.

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Sehen Sie mal nach Kanada!)

Wir wollen das ermöglichen, Herr Kießling, und wir werden das ermöglichen.

Im Thüringen-Monitor stehen noch viele wichtige und kluge Sachen, die der Ministerpräsident und meine Vorredner von SPD und Linke hier auch schon gesagt haben, zum Teil auch von der CDU, das will ich ganz deutlich sagen.

Für uns Grüne will ich die wichtigsten Ergebnisse noch einmal zusammenfassen. Die Menschen in Thüringen wollen gut und in Sicherheit leben. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass der falsche Stellenabbaupfad der CDU bei der Polizei ausgesetzt wird. Deshalb haben wir das bisher auch so gemacht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Unruhe CDU)

Die Landesregierung hat das mit den geflüchteten Menschen ziemlich gut gemacht und dafür darf man Dieter Lauinger, dem zuständigen Minister, auch einmal Danke sagen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Thüringerinnen und Thüringer wollen Menschen, die verfolgt sind ...

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Wenigstens der Ministerpräsident hat erkannt, dass es die Kommunen waren!)

Die Menschen in Thüringen haben vor allen Dingen, Herr Emde, Herr PGF der CDU, gesagt, die Thüringer Landesregierung hat das auf jeden Fall besser gemacht – und das hat sie auch wirklich gesagt, als Landesregierung – als die Bundesregierung, bei der Sie die Spitze stellen. Auch das, glaube ich, muss man wahrnehmen und bereit sein ernst zu nehmen. Darüber muss man auch einmal nachdenken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Thüringer wollen die Menschen, die verfolgt sind, aufnehmen und nicht wieder wegschicken, sondern ihnen hier auch eine Bleibeperspektive geben. Die Thüringerinnen und Thüringer wollen ein Gesetz, mit dem man das ermöglicht. Dieses Gesetz, so wollen wir, soll nicht nur ein Gesetz für die Schlawen und Guten sein, sondern es soll für jedermann

(Abg. Adams)

wirken, weil jedermann ein Recht hat zu entscheiden, wo sie oder er leben will.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viele Thüringerinnen und Thüringer wollen Politiker, die gute und gerechte Entscheidungen treffen und sich um wichtige Dinge kümmern. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das muss für uns eine große Verpflichtung sein und wir wollen das auch machen. Aber eines muss man auch erklären: Demokratie ist nicht die Diktatur der Mehrheit über eine Minderheit, sondern ein Diskussions- und Aushandlungsprozess, den wir jeden Tag hier wieder erneut führen müssen, und wir wollen das auch tun. Wir alle müssen aufpassen, wie wir miteinander reden, und Gemeinheiten sollten wir hier unterlassen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen uns auch, um in der Debatte wieder vorwärtszukommen und uns nicht nur Dinge vorzuwerfen, an die Fakten halten und natürlich aushalten, dass wir diese Fakten unterschiedlich bewerten. Wir Grüne wollen in Thüringen mit den Thüringerinnen und Thüringern reden und dafür wollen wir die Möglichkeit schaffen, dass die Menschen in Thüringen mehr entscheiden können, und das ist die Freiheit, die wir meinen. Wir Grüne wollen auf die Regeln im Zusammenleben achten und das auch starkmachen und das heißt auch, dass es eine gute Polizei, aber auch diejenigen gibt, die diese Regeln vermitteln, nämlich Lehrerinnen und Lehrer.

(Beifall DIE LINKE)

Wir Thüringer Grüne wollen mit Ihnen diesen Weg gehen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es lohnt sich, über all das zu sprechen, in einfachen Sätzen zu versuchen, auch komplizierte Sachverhalte zu erklären und die Menschen damit zu befähigen, an dieser Debatte teilzunehmen. Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben!

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Es gibt weitere Wortmeldungen. Zunächst hat Prof. Hoff von der Landesregierung das Wort.

Prof. Dr. Hoff, Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, ich habe in einer anderen Rede hier vor einiger Zeit, da saß die NPD noch im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, der AfD und insbesondere ihrem Fraktionsvorsitzenden gegenüber deutlich ge-

macht, warum Herr Höcke in der einen oder anderen Rede rechts an der NPD in Mecklenburg-Vorpommern vorbei argumentiert hat. Davon war heute wieder ein Beispiel zu hören. Wenn Herr Köckert von Thügida, also dem gewalttätigen, rechtsextremen Bündnis, das hier vor der Tür demonstriert, parallel zu der Rede des AfD-Fraktionsvorsitzenden die AfD als parlamentarischen Arm von Thügida bezeichnet, ist das ...

(Zwischenruf Abg. Wolf, DIE LINKE: Hört, hört!)

– ich zitiere Herrn Köckert dort draußen.

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Dafür können wir doch nichts!)

Sie können nichts dafür?

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Außer dass Sie den Eindruck erwecken, dass Sie der parlamentarische Arm seien, denn das nimmt er ja in Anspruch und nur Herrn Köckert habe ich zitiert.

(Zwischenruf Abg. Henke, AfD: Provokation!)

Herr Höcke hat hier in seiner gesamten Rede ideologische Scheuklappen kritisiert und eine Rede voller Ideologismen gehalten. Er behauptete – ich zitiere wörtlich –, Soziologie und Politologie seien begriffsgetragene Wissenschaften und stünden dadurch auf tönernen Füßen. Nun habe ich häufiger Studenten im ersten Semester, die auch unverständige Fragen stellen – aber sie stellen Fragen. Aber Herr Höcke steht hier und stellt Behauptungen auf ohne Kenntnis von Soziologie und den Methoden der empirischen Sozialforschung.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er hat – als er eine rhetorische Figur strapazierte, er machte es nämlich so, dass er den Begriff „Ethnozentrismus“ nahm und den dann seziert hat – versucht, den Eindruck zu erwecken, er würde seine Behauptungen belegen. Das war aber keine Auseinandersetzung mit dem Begriff, sondern es war erst mal nichts weiter als eine rhetorische Figur, indem er nichts weiter versucht hat, als anhand dieser rhetorischen Figur eine Delegitimierung von dem vorzunehmen, was im Thüringen-Monitor steht. Ich kenne diese rhetorische Figur, die ist mir nämlich aus der DDR gut vertraut. Die finden wir aber auch in anderen Staaten illiberaler Demokratien, Ungarn etc. Dort werden Studien zurückgehalten, Institute geschlossen, kritische Meinungsforschungsinstitute wie in Russland nicht mehr zugelassen, weil es das Instrument jedes Demagogen ist, der eine Behauptung aufstellt, aber die Fakten, die möglicherweise eine kritische Auseinandersetzung mit der demagogischen Behauptung möglich

(Minister Prof. Dr. Hoff)

machen würden, denunziert oder den Leuten zum Beispiel vorwirft, sie würden nur eine Meinung vertreten, sie würden nicht objektiv sein, oder wenn das nichts hilft, die Institute einfach zumacht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Herr Höcke mir sagt, ich solle doch mal den Begriff „Ethnozentrismus“ googeln, sind wir genau beim Fakt, der ein Problem unserer gesellschaftspolitischen Diskussion ist. Kaeser sagt in der „Neuen Zürcher Zeitung“: „Es schlägt die Stunde der Dogmatiker, Demagogen und Dummschwätzer“ – ich zitiere an dieser Stelle – und es gibt die „Bewirtschaftung von Launen“.

Die Rede von Herrn Höcke ist ein Beweis für das, was Kaeser mit „die Internetgesellschaft als ‚Nicht-wissenwollengesellschaft‘“ meint. Es wird nicht gefragt, wie man objektives Wissen gewinnt oder wie man es begründet, sondern es wird gegoogelt und Google wird mit Wissen gleichgesetzt – Google als Wissensersatz. Das ist aber die Entfremdung von jeder Form kritischer Faktenbetrachtung. Es ist Vermutungswissenschaft oder eine eigene Blase, in der man sich seine Welt zusammenschreibt und zusammendenkt,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

aber eines auf jeden Fall nicht möchte, die Auseinandersetzung mit Fakten. Da sind wir bei dem Kernprinzip auch dessen, was der Thüringen-Monitor uns als Lehren vorgibt. Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung vorhin gesagt, ich zitiere ihn: „Die Politik beklagt, nicht verstanden zu werden. Die Bürger beklagen, nicht gehört zu werden [...]. Die richtige Antwort auf Angst und Misstrauen ist aber nicht Belehrung, sondern der Dialog.“ Aber zu einem Dialog, der ein tatsächlicher Dialog ist, gehört die Legitimität, die Akzeptanz unterschiedlicher Positionen.

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Das machen Sie doch nicht!)

Ich mache Ihnen einen Vorschlag: Sie kriegen bestimmt nachher noch mal das Wort. Jetzt lassen Sie mich reden und dann setze ich mich hin und dann höre ich Ihnen zu, ohne die ganze Zeit dazwischenzuquatschen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Hochkonjunktur des Vorwurfs der Lüge, die wir auch in der politischen Debatte in Thüringen erleben, ist der Tod des Arguments. Zur Infragestellung des Thüringen-Monitors durch Herrn Höcke will ich noch mal den Philosophen Kaeser zitieren: „Der Appell an die Wahrheit – so altväterlich er klingen mag – ist überlebenswichtig für demokratische Gesellschaften. Sie benötigen das Tribunal der Fakten, das heisst Institutionen, die stark und neutral

genug sind, dem Bürger eine tragfähige Basis für seine Entscheidungen zu garantieren. [...] Die Verdrossenheit gegenüber den Modellen, Analysen, Prognosen der Experten tendiert dazu, dass sich nun jeder zum Experten erklärt. Das Zeitalter des Postfaktischen – also die Zeit nach den Fakten – „ist auch eines des Postexpertentums“ – also eines nach den Experten. „Wenn aber jeder recht hat, hat niemand recht. Wo die Leitplanken des Faktischen demontiert werden, beginnt die Wildbahn der Stimmungsmache.“

Daraus müssen wir die Schlussfolgerung ziehen, dass aus der Verachtung gegenüber den Schmähungen rechter Populisten der argumentative Widerspruch entstehen muss und der Respekt gegenüber denjenigen, die sich gesellschaftlich ausgeschlossen fühlen.

Der Thüringen-Monitor zeigt uns, das Gefühl, gesellschaftlich auf der Verliererseite zu stehen, ist keine Frage des Einkommens oder der sozialen Situation. Auch Menschen, denen es objektiv und finanziell/wirtschaftlich gut geht, fühlen sich ebenso wie sozial Ausgeschlossene – so sagt der Thüringen-Monitor – in Thüringen als Ostdeutsche benachteiligt. Übrigens auch junge Leute, die die DDR überhaupt nicht mehr erlebt haben, fühlen sich in ihrer Beschreibung als Ostdeutsche nicht ausreichend gesellschaftlich anerkannt gegenüber denjenigen, die in Westdeutschland in gleichen Altersklassen sind. Das müssen wir ernst nehmen. Der Ministerpräsident sagte dazu, dass darüber zu reden der erste notwendige Schritt ist. Der zukünftige US-Präsident sagte in seiner Rede zur Annahme der Präsidentschaft: Der vergessene Mann und die vergessene Frau sollen nie wieder vergessen werden. – Wir haben zu akzeptieren, dass es auch in unserem Land Menschen gibt, die das Gefühl haben, vergessen worden zu sein. Denen Aufmerksamkeit zu schenken, ist eine Aufgabe. Was heißt freilich, Aufmerksamkeit zu schenken? Heißt Aufmerksamkeit zu schenken, jedes Argument von denjenigen oder jede Behauptung oder Position von denjenigen, die sich auf der Seite derjenigen, die sich vergessen fühlen, zu akzeptieren? Das sage ich nicht.

Wir haben aber – das zeigt uns auch der Thüringen-Monitor – die deutlich ambivalenten Haltungen in den Einstellungen der Thüringerinnen und Thüringer gegenüber asylsuchenden Flüchtlingen und der Asylpolitik zu akzeptieren. Die sind widersprüchlich und in den Widersprüchen der Aussagen der Befragten bilden sich objektive Ungewissheiten ab und auch die Offenheit der politischen und sozialen Situation.

Wenn Politik zugibt, dass sie auf die eine oder andere Herausforderung nicht immer sofort eine Antwort hat, und wir aufhören zu behaupten, dass wir jedes Problem sofort lösen können, sondern dass

(Minister Prof. Dr. Hoff)

komplexe Probleme eben auch Zeit für Debatte brauchen, dass man Widersprüche hat, aber sogar auch mal zu Gemeinsamkeiten in den politischen Auffassungen kommen kann, dann ist das ein ehrlicher Umgang mit Komplexität.

Bürgerinnen und Bürger nicht nur in unserem Freistaat haben eher inkonsistente politische Weltbilder und können deshalb auch mit Widersprüchen relativ souverän umgehen. Bei politischen Aktivisten, wie sie hier bei den Abgeordneten versammelt sind, ist die Akzeptanz von diesen Widersprüchen und Ambivalenzen in den Weltbildern nicht so ausgeprägt. Daraus entsteht der Hang, die Menschen belehren zu wollen, sie möglicherweise sogar für ein bisschen dumm zu erklären. Dagegen reagieren Bürgerinnen und Bürger mit einem absolut verständlichen Gefühl des Widerspruchs.

Die Alternative zur Belehrung ist das Zeigen von Haltungen, das Aushalten von Widersprüchen, der Verzicht, so zu tun, als ob komplexe Probleme einfach lösbar wären, aber auch die Forderung an Bürgerinnen und Bürger, Komplexität nicht mit Verweigerung und dem Lügenverdacht zu begegnen.

Das Klima in der gesellschaftlichen Debatte ist rauer geworden. Trumps Wahlkampf war, wie Jasper von Altenbockum heute in der FAZ schreibt: „Pöbelelei am Rande der Gewaltbereitschaft“. Die AfD in diesem Hause praktiziert diese Methode ebenfalls und überschreitet die Grenze bei ihren Kundgebungen nicht selten.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Unterstellungen!)

Das ist ein wesentliches Problem unseres gesellschaftlichen Diskurses. Wenn wir uns am Ende des Jahres 2016 im Vorfeld eines Bundestagswahlkampfes 2017 befinden, dann ist es die Frage, wie es uns gelingt, in diesem Bundestagswahlkampf die Fehler des US-amerikanischen Wahlkampfes zu vermeiden – Wahlkampfveranstaltungen, in denen zu einer Kandidatin „Sperrt sie ein“ gerufen wurde, in denen unter der Gürtellinie argumentiert wurde. Wie bekommen wir Grundmomente bürgerlichen Anstands in die gesellschaftspolitische Debatte zurück?

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie gelingt es uns zu akzeptieren, dass es unterschiedliche Positionen gibt? Wir sollten aufhören, so zu tun, als ob in der Mitte für alle Parteien Platz sei. Wir sollten akzeptieren, dass es gesellschaftliche Widersprüche gibt, dass es gesellschaftlich unterschiedliche Auffassungen gibt, aber dass die Diskussion über die gesellschaftlichen Widersprüche diejenige Kraft entfaltet, die diese Bundesrepu-

blik zu dem demokratischen und sozialen Rechtsstaat gemacht hat, der sie ist. Daraus entstand, wie der Fraktionsvorsitzende der CDU in seiner Rede heute sagte, der Moment, in dem die Ostdeutschen im Herbst 1989 sagten: Es ist der Moment, in dem wir unsere eigene Geschichte in die Hand nehmen und auf der Straße unsere Meinung frei sagen wollen. Aber auf der Straße seine Meinung sagen zu können, heißt eben auch zu akzeptieren, dass andere ihre Meinung sagen können wollen und dass der Vorwurf, dass jeder, der eine andere Meinung hat, Lügen oder Unwahrheit verbreitet, der Tod jeder argumentativen Auseinandersetzung und des demokratischen Diskurses ist.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das führt uns in einem nicht ganz so großen Sprung auf die Debatte, die wir gestern hier im Haus geführt haben. Dazu möchte ich abschließend zwei, drei Aspekte sagen. Lieber Herr Fraktionsvorsitzender der CDU, Sie wissen, dass ich Sie und Ihre politische Klugheit schätze. Der Ministerpräsident hat heute gegenüber der CDU-Fraktion die offene Hand ausgestreckt und gesagt: Ich biete Ihnen an, dass wir uns zusammensetzen und gemeinsam einen Prozess der Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform gestalten.

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Getwittert haben Sie aber anders!)

– Twitter hat nur 140 Zeichen! – Noch einmal: Der Ministerpräsident streckt Ihnen die Hand hin. Wann hat einer der vorhergehenden CDU-Ministerpräsidenten in dieser Form gesagt: „Wir haben eine Reform

(Unruhe CDU)

vor uns und wir bieten Ihnen an, wir setzen uns an einen Tisch und wir gestalten zusammen diesen Prozess der Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform. Den Prozess, den wir gemeinsam gestalten wollen, und das Ergebnis, das wir im Konsens erreicht haben, darüber lassen wir dann die Bevölkerung abstimmen?“ Das hat noch kein Ministerpräsident und noch keine Ministerpräsidentin der CDU vorher dem Oppositionsführer angeboten.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber es stimmt, Sie müssen sich entscheiden, lieber Herr Mohring. Sie argumentieren – ich zitiere wörtlich aus Ihrer Rede: „Ja oder nein, hopp oder top, lassen Sie, Herr Ramelow, die Bürger abstimmen und dann sehen wir“ – also Sie als CDU – „ob Sie“ – also Rot-Rot-Grün – „eine Mehrheit haben.“ Wollen wir weiter aneinander vorbei oder miteinander reden? Gestern sagten Sie den Satz – ich zitiere wörtlich einen Satz, den Sie gesagt haben; wir werden sehen, ob er sich im Protokoll findet –:

(Minister Prof. Dr. Hoff)

„Rot-Rot-Grün versaut dieses Land.“ Sie sagen, die Landesregierung vollzieht eine Zerstörung des Gemeinwesens, einen Angriff auf den ländlichen Raum etc. Jetzt komme ich noch mal auf das Angebot des Ministerpräsidenten zurück. Er sagt: Wir gestalten gemeinsam diesen Prozess, weil wir wissen, dass wir unser Land verändern müssen, damit wir zukunftsfähig sind. Jetzt ist die Frage: Soll eine Volksabstimmung eine Abstimmung über das Ergebnis eines politischen Prozesses und Kompromisses sein oder ist sie die Fortsetzung einer politischen Kampagne, in der Sie zur Veränderung dieses Landes Nein sagen?

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn das gilt, was ich im ersten Teil meiner Rede gesagt habe, dann müssen wir doch in den politischen Diskurs eintreten und uns hinsetzen und schauen, woher wir gemeinsame Ergebnisse kriegen, und nicht dafür sorgen, dass es in dieser Frage ein ausschließlich bipolares Parteiensystem gibt und so getan wird, als ob die einen die Zukunft des Landes bewahren und die anderen die Zukunft des Landes infrage stellen. Ich glaube, diese Debatte können wir uns nicht leisten. Insofern schauen wir uns gemeinsam an, wo wir hinmüssen.

Die Landesregierung hat ganz eindeutig gesagt, wir wollen nicht – ich betone – die Fehler früherer Gebietsreformen anderer Bundesländer wiederholen. Im Leitbild zur Gebietsreform hat die Landesregierung deutlich gemacht, dass wir genau analysiert und betrachtet haben, was in anderen Bundesländern falsch gemacht worden ist. Sie zitierten gestern in Ihrer Rede und heute wieder diejenigen, die frühere Gebietsreformer für die Fehler früherer Gebietsreformen kritisieren. Ja, da sind Fehler gemacht worden. Die Tatsache, dass man in anderen Bundesländern, in denjenigen Städten, die vormals Kreisstädte waren und es heute nicht mehr sind, bürgernahe Dienstleistungen einfach abgeschafft hat, ist ein Fehler gewesen. Wir wollen diesen Fehler nicht wiederholen. Dass man in den 90er-Jahren vor allem Gebietsreformen mit dem Ziel gemacht hat, Einsparungen vorzunehmen, war ein Fehler. Deshalb haben wir gesagt, das Diktum dieser Gebietsreform ist nicht die Einsparung von Geld, sondern die Herstellung funktionsfähiger Verwaltungseinheiten. Insofern reagieren wir bereits auf die Kritik früherer Gebietsreformen. Aber dann lassen Sie uns doch auf der Anerkennung dieser gemeinsamen Grundlage in die Debatte eintreten.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern würde ich Sie auch bitten, nicht nur SPD-Vertreter und Linke zu zitieren, sondern möglicherweise auch mal den einen oder anderen Christdemokraten,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn ich denke, dass das zur Wahrheit in der politischen Auseinandersetzung auch dazugehört.

Sie haben gestern, lieber Herr Mohring, kritisiert, dass die Kreisgebietsreform vor allem dazu führen würde, dass der Staat sich aus den Städten zurückziehen würde und aus dem ländlichen Raum. Ich glaube, dass man den Schuh andersherum anziehen muss, als Sie das machen. Es geht um die Frage, wie es uns gelingt, in dem Gemeinwesen unseres Bundeslands eine tragende Entwicklung zu schaffen, ohne dass nur die öffentliche Hand die Funktionsfähigkeit jeder Form von Perspektive dieses Gemeinwesens realisiert. Wollen wir Unternehmen hier ansiedeln, dann müssen wir aus den Kleinststrukturen Thüringens heraus. Es kann nicht sein, dass der Staat der alleinige Ersatz für diejenigen Strukturen ist, die in anderen gut funktionierenden Bundesländern wirtschaftliche Unternehmen, Industriebetriebe etc. sind. Aus diesem Grund machen wir diese Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform. Sie haben – damit komme ich zum Abschluss, lieber Herr Mohring – immer wieder, auch gestern und heute, auch zutreffend darauf hingewiesen: ohne Verwaltungs- und Funktionalreform keine Gebietsreform. Zutreffend! Aber Sie behaupten, dass es quasi einen lehrbuchhaften Schritt geben muss, wie eine Gebietsreform zustande kommt. Man müsse erst eine Verwaltungsmodernisierung machen, dann eine Funktionalreform und dann könnte man darauf aufsetzend eine Gebietsreform machen. Wo nehmen Sie diese Gewissheit her, dass es nur diesen einen Weg gibt? Ich kann diese Logik nicht erkennen, sondern es geht darum, dass wir in einem Zusammenhang Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform herstellen, und genau darum geht es. Ich sage aber auch: Ihr Argument, bezogen auf die Verwaltungs- und Funktionalreform, ist natürlich – sagen wir mal – angreifbar. Denn wir haben einen Landkreistag, der in seiner Mehrheit der Landkreise sagt: Wir wollen keine Gebietsreform, weil wir der Auffassung sind, dass wir in unserer jetzigen Größe genau richtig sind, und weitere Aufgaben auf uns zu übertragen, lehnen wir ab, weil das unser verfassungsrechtliches Argument schwächt, dass wir für die Aufgaben, die wir haben, genau die richtige Größe haben. Das heißt also, auch die mehrfache Bitte meiner Seite an den Landkreistag und an die Landrätinnen und Landräte, mir Vorschläge zu machen, welche Aufgaben des Landes wir auf die Landkreisebene übertragen können, ist bisher ohne Antwort geblieben, weil es ein politisches Interesse in einer verfassungsrechtlichen Auseinandersetzung gegen die Gebietsreform gibt, keine Aufgaben des Landes auf die Landkreisebene zu übertragen.

(Unruhe CDU)

(Minister Prof. Dr. Hoff)

Ein Brief von mir an den Landkreistag: „Machen Sie mir Vorschläge!“, ist bis auf eine Einladung auf irgendwann unbeantwortet geblieben. Insofern sage ich: Wer A sagt, muss auch B sagen. Und ich bitte alle Landrätinnen und Landräte, die sich gegen eine Gebietsreform wenden, zu sagen, welche Aufgaben des Landes auf die Landkreisebene übertragen werden sollen, aber auch in die ehrliche Debatte darüber einzusteigen, ob die Aufgaben, die in anderen Bundesländern vom Land auf die Landkreisebenen übertragen worden sind, in anderen Größenordnungen zu erledigen sind.

Ich sage aber auch, die Aufgabe der Verwaltungsmodernisierung, die haben wir als Land zu leisten. Wir haben eine interministerielle Arbeitsgruppe, wir werden am Ende des Jahres die Ergebnisse für die Veränderung der Landesorganisation vorlegen. Insofern sage ich, lieber Herr Mohring: Es ist jetzt genau der richtige Zeitpunkt, in die Diskussion einzutreten und mit uns gemeinsam den Weg zu beschreiten, wie wir in diesem Land eine Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform – alle drei Punkte gehören zusammen und es gibt keinen ersten, zweiten oder dritten Schritt, sondern es gibt die Gemeinsamkeit davon – auf den Weg bringen, und über dieses Ergebnis können wir dann, wenn die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür hergestellt sind, auch gut und gern gemeinsam für eine Zukunftsfähigkeit des Landes die Bürgerinnen und Bürger abstimmen lassen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Meine Damen und Herren, damit verlängert sich die Redezeit pro Fraktion noch mal um 19 Minuten. Als nächste Rednerin hat Frau Abgeordnete Walsmann das Wort.

Abgeordnete Walsmann, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Irgendwie, Herr Minister Hoff, hatte ich jetzt das Gefühl, dass Sie den Wunsch und das Bedürfnis hatten, die etwas verunglückte Rede des Innenministers gestern zur Gebietsreform, die ja auch eine Regierungserklärung sein sollte, korrigieren zu wollen.

(Beifall CDU; Abg. Henke, AfD)

Aber das hätten Sie dann gestern tun sollen, das wäre der richtige Ort gewesen, und vielleicht auch im Beisein des Innenministers. Irgendwie beschleicht mich da das Gefühl, dass es auch nicht ganz fair ist. Aber das ist nicht unser Problem, das ist Ihr Problem in der Regierung. Das kann man ja mal sagen.

Kommen wir aber zum Thema. Ich begrüße die Schüler des Heinrich-Böll-Gymnasiums aus Saalfeld,

(Beifall CDU)

die ja eigentlich zu den Fakten des Thüringen-Monitors in dieser Debatte dabei sein wollten. Und auch nach den Debattenbeiträgen, die gefolgt sind, meine ich, dass es wichtig ist und dass es gut ist, dass wir den Thüringen-Monitor auch im 16. Jahr haben und dass er uns mit Zahlen – und Zahlen sind nun mal unverrückbar – ein Verständnis von Demokratie unserer Thüringer Bürgerinnen und Bürger übermittelt.

Mike Mohring, mein Fraktionsvorsitzender, hat sich ja bereits zu der Gesamtheit des Monitors geäußert und doch möchte ich noch mal auf eine ganz dezidierte Fragestellung des Thüringen-Monitors eingehen, weil es mir auch gerade als direkt gewählte Erfurter Abgeordnete besonders wichtig und bedeutsam erscheint. Lieber Herr Kollege Hey, auch in mein Abgeordnetenbüro kommen viele Bürgerinnen und Bürger und sie tragen eben ein Spektrum von Sorgen, auch von Fragen, von Dingen vor, die sich im Thüringen-Monitor in dieser Themenstellung finden. Aber Sie wollen nicht nur vortragen, sondern Sie wollen auch eine Lösung, eine Antwort haben und Sie möchten vor allen Dingen, dass Ihre Meinung gehört wird, aufgenommen wird. Deshalb ist es wichtig, dass wir die Fakten des Thüringen-Monitors nicht nur dezidiert diskutieren, sondern dass daraus auch etwas erwächst.

Lassen Sie mich daher auf den Punkt 5 des Monitors zu sprechen kommen, die Einstellung gegenüber Muslima und Muslimen und dem Islam, und das ohne Polemik, aber mit klarem Blick auf den Befund, den uns der Thüringen-Monitor gibt. Bereits im Mai dieses Jahres hatten wir eine ähnliche Debatte, als es um den Bau der Moschee in Erfurt-Marbach ging. Kontrovers wurde diskutiert über Sinn und Unsinn eines solchen Baus. Es freut mich, dass die Bürger laut Thüringen-Monitor prinzipiell kulturell offen sind. Gleichzeitig jedoch begegnen viele Thüringer gerade Muslimen mit Skepsis und Misstrauen. Die Zahlen sprechen hier für sich: So waren es 2012 immerhin schon 49 Prozent, die den Bau einer Moschee als Störung empfanden. 2016 sind es bereits 54 Prozent. Interessant dabei ist, dass in Städten, in denen der Anteil von Muslimen deutlich höher ist als im ländlichen Raum, die Toleranz gegenüber Muslimen erheblich höher scheint. 57 Prozent der Thüringer meinen, wir müssen uns in Zukunft den Wertvorstellungen und Maßstäben anderer Kulturen stärker öffnen. Doch beim Thema „Islam“ scheint da eine schwer verrückbare Grenze erreicht. Lediglich 20 Prozent der Befragten würden jenen Satz unterschreiben, der aus der Präsidentschaft Christian Wulffs geblieben ist: „Der Islam gehört zu Deutschland.“ Die Zurückhaltung wird ge-

(Abg. Walsmann)

stützt durch einen anderen mageren Wert: Nur 53 Prozent der Befragten glauben, dass die meisten in Deutschland lebenden Muslime unsere Werte akzeptieren, wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, wenn 49 Prozent der Deutschen eine Islamisierung Deutschlands fürchten. 67 Prozent der Befragten haben Sorge, dass mit den Flüchtlingen und Asylsuchenden der Einfluss des Islam in unserem Land zu stark wird. Im Thüringen-Monitor 2012, der die Akzeptanz von Zuwanderung und Integration ausführlich thematisierte, konnte gezeigt werden, dass die Befragten die Zuwanderung aus verschiedenen Herkunftsländern bzw. Regionen sehr differenziert bewerten und dabei die kulturelle Kompatibilität der Zuwandernden ausschlaggebend ist. 51 Prozent der Befragten befürworteten demnach eine Beschränkung des Zuzugs von Menschen aus arabischen Ländern – das ist alles in allem ein schwieriger Befund. Kulturelle Distanz und Differenz werden als besonders schwerwiegend empfunden. Die säkularisierten, weitgehend atheistisch geprägten Bevölkerungsanteile Ostdeutschlands haben damit nochmals ein verschärftes Problem.

Es reicht nicht aus, dies einfach zur Kenntnis zu nehmen. An einer gelingenden Integration auf Basis der deutschen Leitkultur hängen mittel- und langfristig innerer Friede und Zusammenhalt unseres Gemeinwesens und letztlich die Akzeptanz und damit der Fortbestand unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung.

Wovor die Menschen Angst haben – und das bringt der Thüringen-Monitor klar zutage –, ist ein polit-religiöses System des radikalen Islamismus, das sich unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit in Stellung bringt gegen eine von religiösen Auseinandersetzungen entwöhnte, deshalb irritierte und seltsam hilflose Gesellschaft.

Einerseits, meine Damen und Herren, verhindert ein integrierter Islam, der sich auf Basis dieser Leitkultur entwickelt und ihre Prinzipien akzeptiert, dass islamische Gemeinschaften zum Rekrutierungsfeld oder zur Brutstätte für Fundamentalismus, Extremismus oder gar Terror werden. Auf der anderen Seite haben viele Menschen genau an diesem Punkt eben auch berechnete Fragen. Diesen Debatten dürfen wir nicht ausweichen und wir dürfen sie vor allem den islamischen Gemeinschaften nicht ersparen. Wie haltet ihr es mit der Rolle der Frauen? Wer zum Beispiel aktuell auf den Fluren der rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen ein Frauenbild propagiert, das nicht mit den Stimmungen des Grundgesetzes zur Gleichheit der Geschlechter und schon gar nicht mit den allgemein akzeptierten Vorstellungen zur Rolle der Frau in Deutschland vereinbar ist, der darf sich nicht wundern, wenn er nicht mit offenen Armen empfangen wird.

Ich ermahne aber auch die Menschen, die in Deutschland enormen Einfluss auf die Meinungsbildung haben. Was sich kürzlich bei Maybrit Illner abgespielt hat, das geht gar nicht. Wer in Talkshows im öffentlich-rechtlichen Rundfunk mitdiskutieren will, der soll und muss auch Gesicht zeigen.

(Beifall Abg. Schulze, CDU)

Ein solcher Auftritt zerstört mehr Verständnis, als es Zehntausende Gespräche und Begegnungen schaffen können.

(Beifall CDU, AfD)

Es sind weitere Fragen: Wie geht ihr mit Kritik und Meinungsfreiheit um? Wie haltet ihr es mit der Religionsfreiheit? Wie haltet ihr es mit der Trennung von Religion und Politik? Wie haltet ihr es mit der Scharia? Wie steht ihr zum islamistischen Terror und seid ihr bereit, jede Form der Gewaltausübung im Namen des Islam öffentlich zu verurteilen und die Gläubigen eindeutig und mit Nachdruck zur Gewaltlosigkeit aufzurufen? Das sind nicht allein politische Fragen, meine Damen und Herren. Das sind auch theologische Fragen. Zu wenig ist dabei aber die Antwort – und das möchte ich hier auch noch einmal ganz klar hervorheben –: Wir halten uns an die Gesetze des Landes, in dem wir in einer Minderheit leben. Das reicht nicht aus.

Im Verhältnis zu unserem Grundgesetz, zu unseren dort verbrieften Grundwerten, gibt es keinen kulturellen Rabatt. Diese Debatte muss etwa in den Hochschulen, wo sich auch Lehrstuhlinhaber für islamische Theologie der wissenschaftlichen Kritik stellen müssen, oder auch in den Schulen geführt werden. Deshalb haben wir uns schon im Januar 2015 für Religionsunterricht für Muslime ausgesprochen. Wer über Lehrpläne diskutieren muss, der kann der Diskussion über die Grenzen unserer Verfassung für Glaubensgemeinschaften nicht ausweichen. Daher sollten wir auch ganz aktuell die im Januar anstehende Petition hier im Landtag dazu nutzen, um beiderseitig aufzuklären und Ressentiments abzubauen. Die Worte meines Abgeordnetenkollegen Christian Herrgott aus der vergangenen Woche kann ich daher nur bekräftigen. Die Sorge der Erfurter und die gesamte Debatte über den Islam in Thüringen müssen gemeinsam mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften, mit der Wissenschaft und uns als Abgeordnete erörtert und versachlicht werden.

(Beifall CDU)

Denn eines ist nicht verhandelbar: Religionsfreiheit gehört zu den rechtlichen und ethischen Fundamenten des deutschen Staates.

(Beifall CDU)

Entscheidend ist, dass sich Glaubensgemeinschaften an Recht und Gesetz halten und die freiheitlich-demokratische Leitkultur Deutschlands achten. Zu-

(Abg. Walsmann)

rückhalten sollten wir uns mit steilen Programmsätzen. Ob der Islam zu Deutschland, zu Thüringen gehört, das ist letztlich eine belanglose Frage. Tatsache ist, dass Millionen Muslime im Land leben. Tatsache ist, dass sie Religionsfreiheit genießen. Tatsache ist, dass Religionsfreiheit kein Supergrundrecht ist, sondern im Rahmen der Gesetze gilt. Und Tatsache ist, dass die Geschichte dieses Landes untrennbar mit der Geschichte des Christentums verbunden ist und seine gesamte Kultur, auch die politische, davon durchdrungen ist. Gestern hat das Reformationsjahr mit einem wunderbaren Festakt begonnen. Die eigenen Kenntnisse zur Kultur und Geistesgeschichte dieses Landes kann man prima in diesem Reformationsjahr vertiefen. Tatsache ist, dass das für den Islam nun einmal nicht gilt und dass dies auch durch eine Proklamation von höchster Stelle nicht geändert wird.

Unser Ziel muss sein, auch für den Islam hinzubekommen, was die hier lebenden Menschen – übrigens nicht nur die Deutschen – erwarten und was die Jenaer Wissenschaftler als „Akkulturation“ bezeichnen: Hineinwachsen einer Person in ihre kulturelle Umwelt durch Erziehung – Kurzbegriff. Dieser Prozess und nur dieser Prozess, sich ernsthaft damit auseinanderzusetzen, ohne Denkverbote ranzugehen, aber mit Klarheit und Blick auf die Fragestellung dessen, was unsere Bürger bewegt, behindert die Religionsausübung überhaupt nicht, aber er fußt auf der Kontinuität mit den Normen, die diese Gesellschaft ausmachen. Das Grundgesetz ist klare Aussage davon, worauf wir uns verständigt haben. Das bindet unsere westliche Wertegemeinschaft. Ich denke mal, damit ist es eine grandiose Richtschnur dafür, entlang welcher Grenzen Auseinandersetzung funktionieren kann: nur so! Danke schön.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Jetzt hat sich der Ministerpräsident zu Wort gemeldet.

Ramelow, Ministerpräsident:

Liebe Frau Kollegin Walsmann, ich habe mich jetzt zu Wort gemeldet, um ein paar Anmerkungen zu Ihren Ausführungen zum Islam und der Moschee in Marbach zu machen. Sie haben ausgeführt, dass das Frauenbild der Ahmadiyya-Gemeinde nicht dem unserer Verfassung entsprechen würde. Das halte ich für eine diskussionsnotwendige Grundlage. Ich will aber anmerken, dass die Frage des Antidiskriminierungsgesetzes, würde man es auf die Kirchen anwenden, in der katholischen Kirche zu kuriosen Ergebnissen führen würde, wenn man der Meinung wäre, dass das Antidiskriminierungsgesetz zum Beispiel bei der Priesterweihe nicht mehr geschlechtsspezifisch angewendet werden dürfte.

Es gibt gute Gründe, warum das Antidiskriminierungsgesetz und warum das Arbeitsgesetz im Kern nicht in den Kirchen, in unseren Religionsgemeinschaften angewendet wird. Das ist der Konsens, der aus Westdeutschland aus dem Verfassungsrecht entstanden ist. Ich will es nur erwähnen, weil ich der Meinung bin, dass wir dann insgesamt darüber diskutieren. Ich habe ja Ihren Redebeitrag als Diskussionsangebot und nicht als Ausgrenzung verstanden.

Und es gibt eine zweite Geschichte, wo ich einfach nur anmerken wollte, weil ich mich über die Presseerklärung von Herrn Herrgott schon gewundert habe: Ihre Vertreterin Holbe war bei der Eröffnung der Ausstellung dabei und hat selbst mitgekriegt, dass Astrid Rothe-Beinlich das Frauenbild kritisch hinterfragt hat während der Veranstaltung mit der Ahmadiyya-Gemeinde, damit ein Diskurs überhaupt ins Gespräch werden kann, dass man überhaupt ins Gespräch kommt. Deswegen war die Abwesenheit von Herrn Herrgott, der dann hinterher per Presseerklärung sagt, was man hätte diskutieren müssen, seltsam, wenn eine Kollegin, die für Religionsfragen aus Ihrer Fraktion zuständig ist, dabei war und mitkriegt, dass genau diese Fragen gestellt wurden. Es hat also niemand gesagt, wir machen uns das zu eigen und akzeptieren das einfach, sondern es muss miteinander diskutiert werden. Ich halte die Diskussion für notwendig. Ich halte sie auch deswegen für notwendig, weil das Land, aus dem ich komme – Sie sprachen eben von dem westlichen Wertekonsens –, sich immer dem westlichen Wertekonsens verpflichtet fühlte. Aber die Frage der Gleichbehandlung der Frau in der Bundesrepublik Deutschland, ich will es erwähnen – Sie sind Juristin, Sie können es unschwer googeln –, das Urteil des obersten Gerichts noch in den End-60er-Jahren, sogar noch Anfang der 70er-Jahre, war, dass der Geschlechtsverkehr in der Ehe vollzogen werden muss und die Ehefrau Lust dabei wenigstens zeigen soll. Das steht in den obersten Leitsätzen des Urteils im Namen der Bundesrepublik Deutschland über das Verhältnis der Ehe und die Rolle der Ehe. Noch in den 70er-Jahren – also das ist jedenfalls in meinem Leben noch nicht so lange her – war es so, dass die Ehegattin in der Bundesrepublik Deutschland ohne die Zustimmung des Ehemanns kein Konto eröffnen durfte. Ich war froh, dass es ein sozialdemokratischer Justizminister war, der endlich dieses ganz krude Zeug der Benachteiligung der Frau in der Ehe beendet hat.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und ich war froh, dass dann auch das Ende des Scheidungsrechts zugunsten eines Auflösungsrechts verändert wurde, denn bis dahin war es so, dass der Ehemann machen konnte, was er wollte, und die Ehefrau musste alles erdulden. Das war Rechtsprechung der Bundesrepublik Deutschland

(Ministerpräsident Ramelow)

bis Anfang der 70er-Jahre. Deswegen sage ich mal – von den 70er-Jahren bis heute –, mit welcher Selbstverständlichkeit wir heute darüber reden, dass so etwas doch absurd wäre! Wenn ich heute so etwas vorlesen würde, würde fast jeder hier im Saal sagen: Das ist doch absurd. Trotzdem war das Rechtslage in der Bundesrepublik Deutschland. Deswegen sage ich, es war gut, dass auch die christdemokratische Partei jetzt in Westdeutschland bereit war, nachdem die sozialliberale Regierung angefangen hat, Justizreformen auf den Weg zu bringen, und Ihre Partei es endlich geschafft hat, ihr Frauenbild zu modernisieren.

(Beifall DIE LINKE)

Deswegen bin ich froh, wenn Sie das heute ansprechen. Aber ich denke, wir sollten es in den gleichen zeithistorischen Kontext einordnen, in dem sich Entwicklungen vollziehen. Wir müssen Menschen einladen, damit sich dieser Kontext verändert.

Eine persönliche Anmerkung: Ich bin in einer sehr protestantischen Gegend groß geworden. Ich erinnere mich noch gut, wenn meine Großmutter über die Katholiken in der Nachbarschaft geredet hatte – das war nicht freundlich. Ich bin froh, dass das heute überhaupt keine Rolle mehr spielt. Als ich in Hessen drei Dörfer, die katholisch waren, kennengelernt habe und wir als junge Kerle zur Kirmes nicht hingegangen sind, weil wir wussten, das geht nicht gut aus – heute würde man darüber lachen. Aber der Prozess zwischen evangelisch und katholisch war ein Prozess, der – gemessen am Dreißigjährigen Krieg – noch viele Jahre und Jahrzehnte brauchte, bis eine Normalität entstanden ist. Deswegen bin ich überzeugt, dass wir auch mit der Ahmadiyya-Gemeinde und anderen, die friedlich ihre Religion leben wollen, einen Prozess organisieren können, der dazu führt, dass das, was heute noch nicht selbstverständlich ist, doch selbstverständlich werden kann. Wenn wir dann noch eine Modernisierung von Religionsunterricht und religiösen Angeboten mit staatlichen Institutionen, so wie wir es ja mit den Kirchen auch organisiert haben, dass Religionslehrer eben an der Hochschule studiert haben und auch die Priesterausbildung Teil des universitären Teils ist, wenn wir auch das offensiv angehen, dann sage ich: Aus der Unkenntnis und aus der Ablehnung könnte eine Normalisierung entstehen. Aber die Unkenntnis und Ablehnung nicht zur Kenntnis zu nehmen, wäre ein Fehler, da bin ich völlig dabei. Deswegen wollte ich das nur anmerken, dass wir uns nicht einfach unter ein Glashaus setzen, anfangen, mit Steinen zu schmeißen, und uns dann wundern, dass es ziemlich schepert, weil wir so eine eigene Entwicklungsgeschichte haben.

Die Anmerkung will ich mir schon erlauben: Als ich aus Westdeutschland vor 26 Jahren als Gewerkschafter hierherkam, hofften meine Gewerkschafts-

frauen aus Westdeutschland, dass mit den ostdeutschen Gewerkschaftsfrauen die Quote in der Satzung unserer Gewerkschaft donnernd beschlossen wird, und die ostdeutschen Frauen waren überhaupt nicht willens, die Quote einzuführen, weil die gesagt haben: Das, was wir uns erkämpft haben und was für uns normal ist, wollen wir nicht durch eine Quote reduziert kriegen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das war eine interessante kulturelle Erfahrung für mich, weil ich auf einmal das, was ich für normal hielt, hinterfragen musste. So gesehen würde ich mich freuen, wenn wir tatsächlich den Thüringen-Monitor und auch die dahinterstehenden Problemlagen als Ausgangspunkt der Diskussion nehmen. Ja, ich weiß, der Islam wird überwiegend von der Bevölkerung nicht positiv aufgenommen, sondern als Bedrohung empfunden, und das in Unkenntnis von muslimischen Menschen. Das scheint nur ein Teil des Problems zu sein, so wie auch vor 80/90 Jahren das Judentum auf einmal abgegrenzt und ausgegrenzt wurde. Deswegen scheint es mir notwendig zu sein, auf dem Fundament unseres Grundgesetzes – das ist die Hausordnung – sollten wir uns aufmachen, Vorurteile abzubauen und auch eine klare Haltung zu zeigen. Selbst wenn die Mehrheit der Bevölkerung sagt, dass ihr unangenehm ist, da muss man trotzdem sagen: Es ist längst da.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich fand Herrn Wulff damals in zwei Punkten mutig. Er hat einmal diesen Satz gesagt – danach hatte ich den Eindruck, dass seine Präsidentschaft relativ rapide zu Ende gegangen ist –,

(Zwischenruf Abg. Leukefeld, DIE LINKE: Wir auch!)

aber er ist gleichzeitig auch der erste Präsident gewesen, der für die Rabbinerordination in der Synagoge war. Das habe ich Herrn Wulff beides hoch angerechnet. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Als Nächste hat sich Frau Abgeordnete Rothe-Beinlich zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Debatten um den Thüringen-Monitor fordern uns immer wieder. Ich bin wirk-

(Abg. Rothe-Beinlich)

lich froh, dass es ihn gibt – als einen Gradmesser, als Bestandsaufnahme von Haltungen, von Werturteilungen, auch von Meinungen in der Bevölkerung. Das macht ihn bundesweit einzigartig, meine sehr geehrten Damen und Herren. Deswegen an dieser Stelle auch noch einmal der Dank an die Erstellerinnen und Ersteller dieses Monitors, der uns immer wieder zu denken gibt.

Ich will aber auch sagen – und das wird jetzt auch gleich deutlich werden –, dass ich mich natürlich auch kritisch auseinandersetze mit dem einen oder anderen Befund. Das kann mitunter auch schon bei der Begriffswahl losgehen. Wenn ich nämlich im Titel der Studie von „Flüchtlingskrise“ – auch wenn sie in Anführungszeichen steht – lese, dann halte ich das ein Stück weit für problematisch, weil „Flüchtlingskrise“ in der Regel als Krise Deutschlands, ursächlich verursacht durch die Flüchtlinge, verstanden wird und nicht als Krisen in den Herkunftsländern, vor denen Menschen fliehen müssen und zu uns kommen. Auch später ist die Studie für meine Begriffe wenig begriffssensibel, indem Begriffe verwendet werden wie zum Beispiel „Zustrom“ oder auch „Integrationsproblematik“.

Mich haben allerdings einige Zahlen im Monitor durchaus optimistisch gestimmt, dass beispielsweise viele, gerade jüngere, hoch qualifizierte, sozioökonomisch gut etablierte Menschen mit eigener Migrationsgeschichte sehr positiv zur Asyl- und Flüchtlingssituation stehen. 58 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass mit der Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden der Bevölkerungsrückgang ausgeglichen werden kann. Der Ministerpräsident hatte in seiner Rede darauf aufmerksam gemacht, dass wir Zuwanderungsland werden müssen. Auch dieser Befund stimmt mich überaus positiv. 75 Prozent – das sind immerhin drei Viertel der Befragten – sind der Ansicht, dass unsere Gesellschaft mit der Aufnahme von Geflüchteten und Asylsuchenden kulturell vielfältiger wird. Auch das werte ich positiv. 57 Prozent sehen den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet, allerdings nicht wegen der Geflüchteten, sondern wegen der Zunahme des Rechtspopulismus und des Rechtsextremismus, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ganz deutlich widersprechen muss ich auch denen, die hier ein Bild gezeichnet haben, der Thüringen-Monitor würde – auch wenn sie ihn zuvor gänzlich infrage gestellt haben – die Landesregierung und deren Politik infrage stellen. Das Gegenteil ist der Fall, denn die Asyl- und Flüchtlingspolitik der Landesregierung wird mehrheitlich positiv bewertet. Ich will es noch einmal auseinandernehmen: 5 Prozent bewerten sie sogar sehr positiv, 42 Prozent eher positiv. Dazu gehört natürlich, auch zu sagen: 31 Prozent bewerten sie negativ und 8 Prozent sehr negativ. Am positivsten aber wird die Arbeit der freiwilligen Helferinnen und Helfer bewertet:

56 Prozent sehen diese sehr positiv, 32 Prozent eher positiv, 16 Prozent geben an, sich bereits ehrenamtlich engagiert zu haben, und 46 Prozent der Menschen wären bereit, sich zu engagieren. Die Hilfsbereitschaft ist also durchaus groß. Ich möchte mich an dieser Stelle auch noch einmal ganz herzlich bei allen bedanken, die bereits geholfen haben oder die sich tagtäglich engagieren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Spannend ist übrigens auch, dass immerhin 67 Prozent der Befragten nichts dagegen hätten, wenn in ihrer Nachbarschaft eine Unterkunft für Asylsuchende entstehen würde. In den größeren Städten sind es sogar 75 Prozent. 96 Prozent der Befragten geben an, dass alle Asylsuchenden zur Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen verpflichtet werden sollten. Allerdings meinte nur die Hälfte der Befragten, dass die Behörden genug tun, um Ausländerinnen und Geflüchtete vor fremdenfeindlichen Übergriffen zu schützen. 21 Prozent benennen Aspekte einer Willkommenskultur als relevant, insbesondere die Einbindung in den Alltag, Hilfsbereitschaft und aktive Wertevermittlung. 16 Prozent der Befragten beurteilen ein dauerhaftes Bleiberecht als sehr wichtig bzw. wichtig für die gelingende Integration. 77 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass Deutschland ein Einwanderungsgesetz braucht, das festlegt, welche und wie viele Menschen mit Migrationshintergrund ins Land kommen dürfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei der Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU, der ja leider in der Regel nicht mehr zugegen ist, wenn die anderen reden – so wird ein Diskurs übrigens auch immer schwierig –, wurde deutlich, dass er der Meinung ist, dass Rassismus allein ein Problem des rechten Randes darstellt. Das ist nicht so, meine sehr geehrten Damen und Herren, und wir wissen es. Rassismus hat seine Wurzeln in der Mitte der Gesellschaft. Genau das muss uns zu denken geben und genau das macht der Thüringen-Monitor immer wieder deutlich.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe im Übrigen mitunter weniger Sorge vor denen, die neu zu uns kommen, als vor denjenigen, die im ewig Gestrigen verharren und nicht annähernd bereit sind, sich auf Veränderungen einzustellen. Auch ist mir wichtig zu sagen – und das auch an die Adresse von Mike Mohring –, dass es in allererster Linie Menschen sind, die zu uns kommen, und zwar unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus oder ihrem Beweggrund. Ich glaube, das vergessen immer wieder zu viele, wenn sie nur Nützlichkeitsaspekte benennen, nach denen sie diese Menschen bewerten, und wen sie auch mit bei uns sehen wollen.

(Abg. Rothe-Beinlich)

(Beifall Abg. Berninger, DIE LINKE)

Das Konstrukt der sicheren Herkunftsstaaten hat heute auch schon eine Rolle gespielt. Ich sage es noch einmal: Aus unserer Sicht ist es ein politisches Konstrukt, das keiner näheren Betrachtungsweise standhält und das einzig und allein dazu dient, Menschen abzuschrecken,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Menschen schneller abschieben zu können oder sich eben nicht mit der Situation der Einzelnen zu befassen. Das widerspricht unserem Ansatz vom Grundrecht auf Asyl, weil es ein individuelles Grundrecht ist, und auch darauf möchte ich hier noch einmal hinweisen.

(Beifall Abg. Berninger, DIE LINKE)

Ich will auch noch eines zu Frau Walsmann sagen: Sie machen es sich hier sehr leicht. Ich weiß nicht, ob das eine OB-Wahlrede für Erfurt werden sollte, wo ja gerade Stimmung gegen den Bau einer kleinen Moschee im Ortsteil Marbach gemacht wird. „Den Islam“ gibt es so nicht. Auch hier gilt es, genauer hinzuschauen. Auch er ist sehr differenziert zu betrachten. Ich finde es wirklich bedauerlich, der Ministerpräsident hat eben darauf hingewiesen, dass Sie sich offenkundig nicht mal die Ausstellung genauer angeschaut haben, zu der im Moment drei Fraktionen in diesem Haus einladen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn diese Ausstellung dient dazu, aufzuklären, das Gespräch zu suchen, auch ins Gespräch zu kommen und sich damit auseinanderzusetzen, was eine kleine Gemeinde selbst für ihre eigene Haltung und ihren richtigen Weg hält. Ich bin in der ehemaligen DDR groß geworden und habe es erlebt, wie in einem System mit Menschen umgegangen wurde, die gläubig sind. Deswegen – ich habe es schon mal gesagt – ist gelebte Religionsfreiheit und der Artikel 4 im Grundgesetz einer der wichtigsten mit für mich. Religionsfreiheit heißt, sich frei entscheiden zu können, zu glauben. Dass hier natürlich das Grundgesetz auch für alle Gläubigen – und zwar egal welchen Glaubens – maßgeblich sein muss, ist klar. Frau Walsmann, ich weiß nicht, was Sie damit meinen, wenn Sie sagen, dass es nicht reicht, wenn Muslime sagen: „Wir achten die Gesetze des Landes!“ Was sollen sie denn noch tun, meine sehr geehrten Damen und Herren? Wir erwarten auch von den Bürgerinnen und Bürgern, die nicht muslimischen Glaubens sind, nichts anderes. Alle haben die Gesetze zu achten und das gilt unabhängig davon, ob und an wen und warum Menschen glauben.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir noch sechs Schlussfolgerungen aus dem, was ich aus diesem Thüringen-Monitor entnommen habe. Die Mehrheit der Thüringerinnen und Thüringer hat tatsächlich Befürchtungen und Ängste auch angesichts der Asyl- und Geflüchteten-situation. Für uns ergibt sich daraus folgende Herausforderung, nämlich diese Ängste und Befürchtungen einerseits ernst zu nehmen und andererseits – da wo möglich – abzubauen. Es ist also eine menschenrechtsorientierte Asyl- und Migrationspolitik gefordert, die zudem sachlich, rational und faktenbasiert agiert. Und diesen Weg werden wir als rot-rot-grüne Koalition weitergehen.

Zweitens: Die Menschen in Thüringen sehen den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Thüringen gefährdet, aber eben nicht wegen der Flüchtlinge – ich sagte es vorhin –, sondern wegen der Zunahme des Rechtspopulismus und des Rechtsextremismus. Wir müssen also umso entschlossener rechtspopulistischen und rechtsextremen Tendenzen entgegentreten und ich danke daher denen, die eben mit Besen dafür gesorgt haben, auch noch den letzten braunen Dreck hier vor dem Haus wegzukehren.

(Beifall DIE LINKE)

Es muss uns schon zu denken geben, wenn Herr Köckert heute draußen erklärt, dass Herr Höcke sein parlamentarischer Vertreter hier im Landtag wäre, und ich habe bis jetzt keine Distanzierung davon gehört.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Abg. Walk, CDU)

Zum Dritten: Die Asyl- und Flüchtlingspolitik der Landesregierung, auch wenn das hier einigen im Haus nicht schmeckt, wird mehrheitlich positiv eingeschätzt. Das ist ein gutes Zeugnis für rot-rot-grüne Asylpolitik. Eine menschenwürdige Unterbringung, die Versorgung und Schaffung von Rahmenbedingungen für gute Integration wird also von den Thüringerinnen und Thüringern mehrheitlich unterstützt, und das macht mich froh.

Zum Vierten: Zwei Drittel der Thüringerinnen hätten nichts dagegen, wenn Geflüchtete ihre neuen Nachbarn und Nachbarinnen werden. Allerdings macht uns natürlich nachdenklich, dass 72 Prozent der Befragten eine nationale Obergrenze befürworten. Das ist aus unserer Sicht allerdings vor allem ein deutliches Zeichen dafür, endlich europaweit zu einem gerechten Verteilungsmodus zu gelangen, der sowohl die Integrationsbedingungen in den jeweiligen Ländern als auch die Interessen der Geflüchteten berücksichtigt. Und gestatten Sie mir noch einen Hinweis, da ich erst gestern wieder Berichte über Menschen gesehen habe, die im Mittelmeer ertrunken sind: Dazu gehört es auch, endlich sichere und legale Fluchtwege zu schaffen.

(Abg. Rothe-Beinlich)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Fünften: Zwei Drittel der Thüringerinnen und Thüringer halten ein dauerhaftes Bleiberecht für sehr wichtig, damit Integration gelingen kann. Auch dies stellt eine Unterstützung für rot-rot-grüne Asyl- und Migrationspolitik dar, setzen wir doch gerade bei Asylsuchenden, die bereits mehrere Jahre im Asylverfahren sind, auf ein dauerhaftes Bleiberecht.

Und zum Sechsten: Die Thüringerinnen und Thüringer befürworten ein Einwanderungsgesetz. Unsere grüne Bundestagsfraktion hat hier bereits 2015 vorgelegt, Dirk Adams hat das vorhin ausgeführt, und ich glaube, dass es auch an der Zeit ist, hierfür ein klares Signal aus Thüringen zu senden. Vielen herzlichen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Als Nächste hat sich Frau Abgeordnete Berninger, Fraktion Die Linke, zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Berninger, DIE LINKE:

Sehr geehrter Präsident, meine Damen und Herren, vorab fürs Protokoll: Ich bin nicht die Kollegin irgendeines rechtspopulistischen Abgeordneten hier in diesem Haus und ich möchte auch nicht als Kollegin angesprochen werden!

Meine sehr geehrten Damen und Herren der demokratischen Fraktionen und der Landesregierung, sehr geehrte Zuhörerinnen! „Die Hochkonjunktur der politischen Lüge ist der Tod des Arguments“, hat Benjamin Hoff vorhin gesagt. Ich habe mir das gemerkt, denn ich finde es wirklich an Dreistigkeit nicht zu überbieten, wenn der Abgeordnete Höcke es hier wagt, von Redlichkeit zu sprechen, während seine Rede vor politischen Lügen gestrotzt hat, wie es nicht mehr ging. Nur ein Beispiel: Die Behauptung, es gebe eine große Ablehnung der Arbeit der Landesregierung, die aus dem Thüringen-Monitor ersichtlich würde – 47 Prozent der Befragten bewerten die Arbeit der Landesregierung in der Flüchtlingspolitik sehr oder eher positiv und es sind nur 39 Prozent, die diese Arbeit sehr oder eher negativ bewerten, meine Damen und Herren. Von wegen große Ablehnung der Arbeit der Landesregierung! Ein zweites Indiz dafür, dass es einfach eine Lüge von Herrn Höcke war, möchte ich mit dem nächsten Zitat der Autoren des Monitors anbringen. Ich zitiere: „Die Reihung des Institutionsvertrauens zwischen – in aufsteigender Folge – Bundesregierung-Landesregierung-Gerichten-Polizei ist über den gesamten Untersuchungszeitraum“ – das sind inzwischen 16 Jahre – „stabil“. Im Übrigen, was die Wissenschaftsschelte angeht, die der Abgeordnete

Höcke hier vorgetragen hat, ist das Vertrauen der Befragten in die Wissenschaft 2016 noch höher als das in die Polizei, nämlich über 70 Prozent vertrauen der Institution Wissenschaft voll.

Meine Damen und Herren, eine der Aufgaben – Susanne Hennig-Wellsow hat es angedeutet – besteht in der im Monitor zum Ausdruck kommenden Ambivalenz zwischen der tatsächlichen und der gefühlten Situation. So sehen die Autoren des Monitors anhand des wirtschaftlich günstigen Kontextes und der positiven Bewertung der allgemeinen und individuellen wirtschaftlichen Lage in Thüringen, die auch der Ministerpräsident heute Morgen beschrieben hat, eigentlich Anlass zur Dämpfung der Sorgen um die Integrationskapazität, die jedoch nicht gemessen wurde.

Stattdessen befürchtet mehr als die Hälfte der Befragten Veränderungen in ihrer Lebensweise und definiert Integration sozusagen als „Plan B“, solange nicht die befürchtete Heterogenität durch Abschiebung abgelehnter Asylsuchender verhindert werden könne. Gleichzeitig aber sehen 38 Prozent der zu ihren Vorstellungen von Integration Befragten dafür auch eine von der Aufnahmegesellschaft zu erbringende Leistung, nämlich „Aspekte einer ‚Willkommenskultur‘, die die Zuwandernden aufnimmt und es ihnen ermöglicht, sich gesellschaftlich einzubringen“. Davon beschreiben 17 Prozent „Integration vornehmlich als Prozess der gegenseitigen Annäherung, bei dem Offenheit, Kooperationsbereitschaft, Respekt und Toleranz entscheidend sind“. Alles Werte, die den von Rot-Rot-Grün beschrittenen Weg, Integration gemeinsam mit vielen Partnerinnen und Partnern zu gestalten und dies auch in einem Integrationskonzept zu beschreiben, unterstützen.

Erkennbar ist, so die Autoren, der Einfluss eigener lebensweltlicher Erfahrungen auf die Urteilsbildung. 72 Prozent der Befragten haben gar keinen persönlichen Kontakt mit Geflüchteten. Befragte mit Kontakt, mit persönlichen Kontakten zu Geflüchteten, hegen eher Hoffnungen als Befürchtungen in Bezug auf die Flüchtlinge. Bei den Befragten ohne Kontakt ist es andersherum. Diese Werte markieren die Herausforderungen, die Susanne Hennig-Wellsow beschrieben hat, dass nämlich Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft Begegnungen und Kennenlernen ermöglichen müssen, eben weil der Einfluss der eigenen lebensweltlichen Erfahrungen so wichtig ist für die Einstellungen und Werte.

Wenn Frau Walsmann die 2012 gemessenen Vorbehalte gegen Menschen aus verschiedenen Ländern hier anführt, will ich sagen: Ich glaube, gerade nach den gemachten Erfahrungen des letzten Jahres, seit dem letzten Sommer, wäre heute oder nächstes Jahr das Antwortverhalten der Thüringerinnen und Thüringer – meines Erachtens – ein anderes, weil sie nämlich viel mehr Menschen, zum

(Abg. Berninger)

Teil auch aus arabischen Ländern, kennengelernt haben. Die vom Monitor festgestellten und von den Autoren als gesellschaftlicher Konsens – so haben sie es genannt – bezeichneten ressentimentgeleiteten Haltungen gegenüber Muslimen bei einer Mehrheit der Befragten ist aus Sicht der Linken eine der großen Herausforderungen. Mindestens einer der im Thüringen-Monitor enthaltenen islamkritischen oder islamfeindlichen Aussagen stimmen über 80 Prozent der Befragten zu. Allen vier stimmen 33 Prozent zu. Die Aussage „Der Islam gehört zu Deutschland“ wird von fast 80 Prozent der Befragten abgelehnt. Da gibt es aber einen Lichtblick: 50 Prozent der sich in Ausbildung Befindlichen stimmen dieser Aussage zu. Auch hier möchte ich auf etwas entgegenen, was Frau Walsmann gesagt hat. Frau Walsmann, niemand behauptet, auch nicht mit der Aussage „Der Islam gehört zu Deutschland“ wird behauptet, der Islam habe die Geschichte des Landes bestimmt. Das behauptet niemand. Aber Tatsache ist auch, dass die Welt sich dreht und verändert und dass nicht nur die Geschichte prägende Gruppen oder Religionen zu einem Land dazugehören dürfen, sondern auch neu dazugekommene. In diesem Zusammenhang möchte ich an die von Ihnen angemahnte Versachlichung bei Ihnen selbst appellieren – für die Versachlichung in der Debatte um den Islam, da bin ich ganz bei Ihnen. Als eine der Ursachen für die Islamvorbehalte benennen die Autoren, dass es in Thüringen wie auch im übrigen Ostdeutschland – mit Ausnahme von Berlin – „keine lange Tradition eines konfliktarmen Zusammenlebens“ mit Musliminnen und Muslimen oder die Gelegenheit gibt, durch eigene Kontakte mit Musliminnen und Muslimen ein differenziertes Bild islamischer Wirklichkeit zu gewinnen. Das hat Bodo Ramelow gerade eben auch schon aufgegriffen. Frau Walsmann, das ergibt eine ganz logische Begründung für die von Ihnen benannte höhere Toleranz in größeren Städten. Die Autoren schreiben aber weiter, dass „das Bild, das medial und in öffentlichen Debatten vermittelt wird, vielfach geeignet ist, Ressentiments zu bestätigen“. Auch das ist eine Konsequenz, die nicht Politik und Gesellschaft aus dem Monitor ziehen sollten, sondern die das Bild vermittelnden Medien. Den vorbehaltsbelasteten Einstellungen zu begegnen, Vorurteile gegenüber Musliminnen und Muslimen und der Religion Islam zu entkräften, ist deshalb so wichtig, weil – und das sagt auch die Analyse der Autoren des Monitors – die Interpretation der gegenwärtigen Asyl- und Flüchtlingssituation durch die Thüringerinnen und Thüringer sowie ihre Vorstellungen von Migration und Integration erheblich an Einstellungen und Erwartungen gegenüber Musliminnen und Muslimen und die Wahrnehmung des Islam geknüpft sind. Es ist also wichtig, auch um die Einstellung gegenüber Flüchtlingen zu beeinflussen, die nicht muslimisch sind, dass wir über Islam und Musliminnen und Muslime informieren.

Dass es nicht wenige gibt, die daran arbeiten, das Bild noch zu verschlechtern und Vorurteile gegenüber Geflüchteten und insbesondere gegenüber Musliminnen und Muslimen zu verstärken, das wissen wir. Das haben wir vorhin gerade erst wieder hier am Pult erlebt – auf die Sache mit dem parlamentarischen Arm muss ich als Vierte oder Fünfte jetzt nicht noch mal eingehen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um das Bild zu verbessern, den Vorurteilen zu begegnen, sind erste Schritte getan, nicht zuletzt durch die Muslime selbst. Da möchte ich ausdrücklich der Ahmadiyya-Gemeinde danken, die nahezu wöchentlich auf dem Erfurter Anger Begegnung und Kennenlernen ermöglicht und über ihre Religion und das, was sie auch sozial alles macht, informiert. Aber erste Schritte sind auch – und zwar nicht nur symbolhaft – getan durch zum Beispiel die Einladung des Ministerpräsidenten zum Ramadanempfang in der Staatskanzlei oder mit der bereits erwähnten gemeinsamen Ausstellung „Eine Reise durch die islamische Zeit“ hier auf den Fluren der rot-rot-grünen Fraktionen im Landtag.

Meine Damen und Herren, Geflüchtete sind längst Teil der Thüringer Gesellschaft. Dies zu akzeptieren fällt vielleicht immer noch nicht allen leicht. Aber es ist sehr erfreulich, dass es eine ungebrochen große Bereitschaft gibt, Geflüchtete zu unterstützen, und dass dies auch von einer sehr großen Mehrheit der Befragten, nämlich 88 Prozent, anerkannt und positiv bewertet wird.

Auch ich möchte an dieser Stelle, auch wenn es wiederholt ist – ich glaube, man kann das nicht oft genug tun –, den ausdrücklichen Dank meiner Partei und unseren größten Respekt gegenüber all jenen ausdrücken, die da sind, wenn Menschen sie brauchen. Ohne diese gelebte Solidarität wäre Thüringen noch sehr, sehr weit davon entfernt, Angela Merkels berühmten Satz „Wir schaffen das“ mit Leben zu erfüllen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, erfreulich ist auch, dass fast 90 Prozent der Befragten die Chancen der Zuwanderung für die Gesellschaft erkennen. Hier kann Politik und hier kann auch die Zivilgesellschaft ansetzen, Begegnungs- und Erfahrungsräume schaffen und vorurteilsbehaftete Ressentiments entkräften, nicht durch Belehrung, sondern durch den ganz praktischen Nachweis, dass Befürchtungen unbegründet sind, dass Unterschiede im Leben dazugehören und bereichernd sein können. Das ist die Aufforderung, die der Monitor an uns alle gemeinsam ausrichtet. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Mit Blick in das Plenum bleibt das auch so. Damit schließe ich diesen Tagesordnungspunkt.

Zum weiteren Ablauf: Wir treten jetzt bis 14.15 Uhr in eine Mittagspause ein. Anschließend geht es mit der Fragestunde weiter. Es sind noch sieben Fragen offen. Dafür muss man erfahrungsgemäß etwa 45 Minuten kalkulieren und dann geht es mit Tagesordnungspunkt 10 weiter.

Der Ausschuss für Europa, Kultur und Medien trifft sich 5 Minuten nach Beginn der Mittagspause im Raum F 202 zu einer außerplanmäßigen Sitzung.

Wir setzen die Plenarsitzung fort mit dem Aufruf des **Tagesordnungspunkts 28**

Fragestunde

Der erste Fragesteller ist Herr Abgeordneter Schaft, Fraktion Die Linke, mit der Drucksache 6/2911.

Abgeordneter Schaft, DIE LINKE:

Unnötiger Zeitverlust bei Referendariatsantritt nach Studienabschluss an der Universität Erfurt

Nach Berichten von Absolventinnen und Absolventen der Universität Erfurt kommt es im Übergang vom Lehramtsstudium an der Universität Erfurt zum Referendariat zu ungünstigen Terminkollisionen, die zu unnötigen Verzögerungen führen. So erfolgt die Zeugnisausgabe für die Studierenden des Master of Education Grundschule an der Uni Erfurt erst nach dem Bewerbungsschluss für das Referendariat. Damit geht den Studierenden regelmäßig ein halbes Jahr verloren, welches sie bis zum möglichen Beginn ihres Referendariats anders überbrücken müssen. In der Konsequenz kann es nach dem einjährigen Referendariat, welches sie durch die erste Verzögerung mitten im Schuljahr beenden, anschließend zu einer weiteren unnötigen Pause kommen, bis sie als junge Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden können. Solche Verzögerungen müssen gerade in einer Zeit verstärkter Konkurrenz um junge Lehrkräfte dringend überwunden werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist der Thüringer Landesregierung das beschriebene Problem bekannt?
2. Betrifft das Problem weitere Studiengänge im Bereich Lehramt an der Universität Erfurt oder auch an der Friedrich-Schiller-Universität Jena?
3. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung gegebenenfalls bereits ergriffen, um das beschriebene Problem zu überwinden?

4. Besteht seitens der Landesregierung die Möglichkeit, auf das beschriebene Problem zukünftig einzugehen, indem etwa die Zeugnisausgabe früher stattfindet oder der Bewerbungsschluss erst später angesetzt wird?

Vizepräsident Höhn:

Für die Landesregierung antwortet Staatssekretär Hoppe.

Hoppe, Staatssekretär:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Schaft beantworte ich für die Thüringer Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Der Landesregierung ist bekannt, dass die Festlegung der Einstellungstermine zum Vorbereitungsdienst an Thüringer Schulen nicht dem Zeitpunkt der regelmäßigen Ausstellung der Abschlusszeugnisse an den Thüringer Hochschulen entspricht. Auch ist der Landesregierung bekannt, dass der Beginn und das Ende eines Schuljahres nicht mit dem Beginn und dem Ende des Hochschulsemerestakts identisch sind. Dies führt bei Übergängen zwischen den beiden Bildungsbereichen mitunter zu Verzögerungen, unter anderem für den Personenkreis der Absolventen von Lehramts- und lehramtsbezogenen Studiengängen.

Zu Frage 2: Ja. Der Grund hierfür ist, dass die Abschlusszeugnisse im Bereich des Lehramts an der Universität Erfurt und bei den Lehramtsstudiengängen an der Friedrich-Schiller-Universität zum Ende des letzten Fachsemesters der Regelstudienzeit, mithin zum 30. September eines Jahres, ausgestellt werden. Die Einstellungstermine zum Vorbereitungsdienst sind hingegen mit Blick auf den jeweiligen Schuljahresbeginn auf den 1. Februar sowie 1. August eines Jahres durch das Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport festgelegt worden.

Zu Frage 3: Die Voraussetzungen für die Zeugniserteilung bilden das Absolvieren sämtlicher Studien- und Prüfungsleistungen gemäß der Studien- und Prüfungsordnung eines Studiengangs. Sind alle Studien- und Prüfungsleistungen erbracht, werden die Abschlusszeugnisse durch die Thüringer Hochschulen schnellstmöglich ausgestellt. In der Regel wird die Gesamtstudienzeit vollständig für die Erbringung der vorgeschriebenen Studien- und Prüfungsleistungen benötigt. Daraus folgt, dass die Ausstellung der Abschlusszeugnisse in der Regel zum Ende eines Sommersemesters – also 30. September – vorgenommen wird. Das Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport gewährleistet bereits jetzt großzügige Fristen für das Nachreichen von Unterlagen der Lehramtsabsolventen – zum Beispiel der Abschlusszeugnisse – für die beiden

(Staatssekretär Hoppe)

bereits genannten Einstellungstermine, um problematische Übergangssituationen abmildern zu können.

Zu Frage 4: Wie bereits ausgeführt, ist die beschriebene Problemlage nicht auf den Zeitpunkt der Zeugnisausgabe zurückzuführen. Das Abschlusszeugnis wird durch die Hochschulen erstellt, sobald alle notwendigen Studien- und Prüfungsleistungen vorliegen. Vielen Dank.

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Gibt es Nachfragen? Eine Nachfrage vom Abgeordneten Wolf.

Abgeordneter Wolf, DIE LINKE:

Vielen Dank, Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Staatssekretär, wie schätzt die Landesregierung die Zahl Thüringer Hochschulabsolventen im Bereich Lehramt ein, die ihren Vorbereitungsdienst nicht in Thüringen beginnen, und – da Sie ja gesagt haben, es ist Ihnen bekannt – was sind denn derzeit die Gesprächsfäden der Landesregierung, um tatsächlich auch zum Beispiel andere Länderregelungen anwenden zu können, wo das ja durchaus besser funktioniert, also ich sage jetzt mal die bayerische Landesregelung, nach der Landeskinder auch tatsächlich, wenn sie in Thüringen studiert haben, in Thüringen ihren Vorbereitungsdienst beginnen können? Wie kann man eine Synchronisierung hinbekommen? Also erst mal Zahlen: Wie viele fangen nicht an?

Vizepräsident Höhn:

Das sind aber ein bisschen viele Fragen auf einmal, Herr Wolf.

Hoppe, Staatssekretär:

Zunächst einmal habe ich ja deutlich gemacht: Durch die Nachreichung von Unterlagen kann das – wenn man so will – strukturelle zeitliche Problem zumindest abgemildert werden. Über Thüringen hinaus wissen wir ja, dass im Bereich der Hochschulen Semesterbeginn und Semester einheitlich sind. Insofern muss am Ende die spezielle Thüringer Situation mit Blick auf die Bewerbungs- und Einstellungstermine betrachtet werden. Hierzu gibt es permanente Erörterungen zwischen dem Bildungs- und dem Wissenschaftsministerium. Aber den Stand der Dinge habe ich Ihnen berichtet.

Vizepräsident Höhn:

Weitere Nachfragen sehe ich nicht. Dann komme ich zur nächsten Frage, Fragestellerin ist Frau Abgeordnete Liebetrau, CDU-Fraktion, in der Drucksache 6/2922.

Abgeordnete Liebetrau, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident!

Bestandsgarantie für die Gemeinde Brotterode-Trusetal (Landkreis Schmalkalden-Meiningen)

In den Jahren 2010 bis 2013 kam es in Thüringen zu insgesamt 55 freiwilligen Zusammenschlüssen von kreisangehörigen Gemeinden. Mit dem Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2011 und zur Änderung des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes – siehe Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 293 – wurde die Gemeinde Brotterode-Trusetal gebildet. Damit wurde dem Willen nach einer Stärkung der kommunalen Verwaltungsstruktur auf freiwilliger Grundlage Rechnung getragen. Aufgrund des herbeigeführten Zusammenschlusses der vorherigen Bestandsgemeinden im Rahmen ihrer kommunalen Selbstverwaltung durften diese auf eine langfristige tragfähige Kommunalstruktur vertrauen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Kann die Gemeinde Brotterode-Trusetal bei einer geplanten Gebietsreform auf Bestandsschutz hoffen und wird die Gemeinde Brotterode-Trusetal auch nach einer geplanten Gebietsreform ihre Eigenständigkeit behalten und wie begründet die Landesregierung dies?

2. Durch welche Maßnahmen beabsichtigt die Landesregierung – bezogen auf die in Frage 1 genannte Kommune – im Falle einer zwangsweisen erneuten Neugliederung den verfassungsrechtlichen Maßstäben für Mehrfachneugliederungen zu genügen?

Vizepräsident Höhn:

Für die Landesregierung antwortet Herr Staatssekretär Götze.

Götze, Staatssekretär:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Liebetrau beantworte ich für die Landesregierung wie folgt:

Gestatten Sie mir dabei zunächst eine kurze Vorbemerkung: Bestandsschutz bedeutet, dass Rechtsverhältnisse im Hinblick auf die Rechtssicherheit bestehen bleiben, sofern sie bereits vor einer gesetzlichen oder vertraglichen Neuregelung bestanden haben. Im Kommunalrecht gilt dieser Bestandsschutz allerdings nicht uneingeschränkt. Die Selbstverwaltungsgarantie gemäß Artikel 28 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz steht Gebiets- und Bestandsänderungen einzelner Gemeinden nicht entgegen. Auflösungen von Gemeinden, Gemeindezusammenschlüsse, Eingemeindungen und sonstige Gebiets- und Bestandsänderungen beeinträchtigen

(Staatssekretär Götze)

den verfassungsrechtlich geschützten Kernbereich des Selbstverwaltungsrechts deshalb grundsätzlich nicht.

Auch in der Vergangenheit neu gebildete Gemeindestrukturen können geändert werden, wenn eine erneute Regelung abweichenden Inhalts wegen veränderter Verhältnisse oder neuer Erkenntnisse notwendig oder zweckmäßig erscheint. Eine entsprechende Neuregelung liegt durch das Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen vom 2. Juli 2016 vor.

Zu Frage 1: Die Stadt Brotterode-Trusetal hat zwar ein eigenes Grundzentrum, wird im Jahr 2035 aber nur noch 4.427 Einwohner aufweisen. Die Stadt Brotterode-Trusetal entspricht daher nicht den Vorgaben des Vorschaltgesetzes, es besteht also Handlungsbedarf.

Zu Frage 2: Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts – unter anderem vom 12.05.1992 zur kommunalen Neugliederung der Stadt Papenburg – hat der Gesetzgeber den für die Regelung erheblichen Sachverhalt dem Gesetz zugrunde zu legen und die im konkreten Fall angesprochenen Gemeinwohlgründe sowie die Vor- und Nachteile der gesetzlichen Regelung in die vorzunehmende Abwägung einzustellen. Bei Mehrfachneugliederungen ist mit Blick auf die Rechtfertigung aus Gründen des öffentlichen Wohls in der gesetzgeberischen Abwägung insbesondere ein Vertrauen der bereits einmal neu gegliederten Gemeinde wie auch der Bürgerinnen und Bürger in die Beständigkeit staatlicher Organisationsmaßnahmen in Rechnung zu stellen. Diese verfassungsrechtlichen Anforderungen wird die Landesregierung bei sämtlichen Neugliederungsmaßnahmen beachten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Höhn:

Gibt es Nachfragen?

(Zuruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Ja!)

Der Abgeordnete Kuschel, Fraktion Die Linke, hat eine Nachfrage.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Danke, Herr Präsident. Herr Staatssekretär, liegen Ihnen Informationen aus Brotterode-Trusetal vor, ob die Stadt überhaupt auf einen Bestandsschutz Wert legt, oder ist es nicht vielmehr so, dass im Stadtrat bereits über verschiedene Varianten der Neugliederung beraten wird und entsprechende Gespräche stattfinden?

Götze, Staatssekretär:

Letztendlich müsste sich das, wenn man darauf verzichten möchte, in einer entsprechenden Beschlusslage des Gemeinderats, des Stadtrats wiederfinden. Mir sind derartige Beschlüsse nicht bekannt.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Mir aber!)

Es mag sein, dass da entsprechende Gespräche laufen. In welchem Stadium die sich jetzt befinden und ob die schon in konkrete Beschlüsse gemündet sind, weiß ich nicht.

Vizepräsident Höhn:

Weitere Nachfragen kann ich nicht erkennen. Damit kommen wir zur nächsten Frage – Drucksache 6/2926 –, eine von Herrn Abgeordneten Wucherpfennig, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Wucherpfennig, CDU:

Vielen Dank, Herr Präsident.

Förderung von Modellprojekten der Regionalentwicklung – Daseinsvorsorge im demografischen Wandel

Am 8. August 2016 hat das Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft in der 32. Ausgabe des Thüringer Staatsanzeigers einen Aufruf zur Förderung von „Modellprojekten der Regionalentwicklung – Daseinsvorsorge im demografischen Wandel“ veröffentlicht. Darin werden juristische Personen des öffentlichen und privaten Rechts sowie öffentlich-private Partnerschaften aufgerufen, sich bis zum 15. September 2016 mit innovativen Maßnahmen und Projekten zur Weiterentwicklung, Stabilisierung oder Verbesserung der Funktionen der Daseinsvorsorge im Hinblick auf den demografischen Wandel zu bewerben. Mit Schreiben vom 20. Oktober 2016 haben mehrere Antragsteller aus dem Landkreis Eichsfeld eine Ablehnung erhalten.

Ich frage deshalb die Landesregierung:

1. Wie hoch war das finanzielle Gesamtvolumen aller Bewerbungen, die bis zum 15. September 2016 beim Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft eingegangen sind?

2. Wie viele Mittel stellt das Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft für das Projekt „Förderung von Modellprojekten der Regionalentwicklung – Daseinsvorsorge im demografischen Wandel“ bereit?

3. Wie viele Bewerber und mit welchem Gesamtvolumen haben einen positiven Förderbescheid und wie viele haben einen negativen Förderbescheid erhalten?

(Abg. Wucherpennig)

4. Welche Landkreise und kreisfreien Städte haben bereits wie viele positive Förderbescheide erhalten?

Vizepräsident Höhn:

Für die Landesregierung antwortet Frau Ministerin Keller.

Keller, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Wucherpennig, Ihre Mündliche Anfrage beantworte ich für die Thüringer Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Bis zum 15. September haben sich 150 Projektträger mit 159 Vorschlägen am Projektaufruf beteiligt. Das Gesamtvolumen aller eingereichten Bewerbungen beläuft sich auf 43,78 Millionen. Der Fördersatz beträgt bis zu 90 Prozent, maximal jedoch 200.000 Euro pro Projekt. Daher liegt der Gesamtwert der beantragten Maßnahmen bei 21,54 Millionen.

Zu Frage 2: In den Haushalt des Thüringer Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft sind für die Jahre 2016 und 2017 jeweils 600.000 Euro, insgesamt somit 1,2 Millionen Euro für die Förderung von Modellprojekten der Regionalentwicklung eingestellt.

Zu Frage 3: Von den 159 eingereichten Projektvorschlägen wurden sechs Vorhaben von sechs Antragstellern durch eine Jury unter dem Vorsitz von Herrn Staatssekretär Dr. Klaus Sühl ausgewählt. Diese sechs geförderten Projekte haben ein Gesamtvolumen in Höhe von 725.530 Euro. Die übrigen Antragsteller haben eine Absage erhalten.

Zu Frage 4: Der Aufruf zur Förderung von „Modellprojekten der Regionalentwicklung – Daseinsvorsorge im demografischen Wandel“ wurde erstmalig im August 2016 veröffentlicht. Ein Rückblick auf eine bisherige Förderung, die demnach nicht existiert, kann daher nicht gegeben werden.

Vielen Dank.

Vizepräsident Höhn:

Gibt es Nachfragen? Bitte schön, Herr Wucherpennig.

Abgeordneter Wucherpennig, CDU:

Ja, eine. Welche Projekte wurden konkret gefördert?

Keller, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft:

Also die, die eine Förderzusage erhalten haben, meinen Sie jetzt?

Abgeordneter Wucherpennig, CDU:

Ja.

Keller, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft:

Das ist zum einen als Antragsteller die Handwerkskammer Ostthüringen, Stadt Gera „Perspektive Deutschland – Ausbildung und Beschäftigung im regionalen Handwerk“. Das ist der Förderverein Schloss Bedheim, Landkreis Hildburghausen, ein Wirtschaftsgebäude für das Schloss Bedheim. Das ist die Stadt Stadtilm im Ilm-Kreis, Jugendtreffpunkt Stadtilm, dann Antragsteller Zweckverband Allianz „Thüringer Becken“, Landkreis Sömmerda, Projekttitle „Allianz Thüringer Becken – Info-App“; die EW Bus GmbH als Antragsteller aus dem Landkreis Eichsfeld mit dem Projekttitle „RadBus Eichsfeld“ und Antragsteller Förderverein Burgberg Postenstein e. V. im Landkreis Altenburger Land, der Projekttitle „Gemeinsam nicht einsam – Burg Postenstein“.

(Zwischenruf Abg. Wucherpennig, CDU:
Danke schön!)

Bitte schön.

Vizepräsident Höhn:

Weitere Nachfragen kann ich nicht erkennen. Vielen Dank, Frau Ministerin. Nächster Fragesteller ist Abgeordneter Kießling, AfD-Fraktion, mit der Drucksache 6/2952.

Abgeordneter Kießling, AfD:

Vielen Dank, Herr Präsident.

Aufschüttungen im Bereich des Landschaftsschutzgebiets in der Ortslage Crawinkel

Einer Pressemitteilung der „Thüringer Allgemeinen“ vom 17. Juli 2013 ist zu entnehmen, dass im besagten Gebiet des Grundwasserkörpers Ohrdruffer Muschelkalkplatte Erdreich und Bauschutt abgelagert wurden, welche fremdstoffbelastet sind. Hier befindet sich auch ein EU-Vogelschutzgebiet. Weitere Aufschüttungen im Bereich des Landschaftsschutzgebiets sollten laut Landratsamt Gotha wieder zurückgenommen werden. Diese Ablagerungen befinden sich dort aber noch heute in Form von meterhohen Bergen am Rande des alten Sägewerks Crawinkel. Das Landratsamt Gotha ist hierüber bereits seit Jahren informiert, jedoch ändert sich am Zustand nichts. Es ist auch im Gespräch, dass Giftstoffe aus den aufgebrauchten Ablagerungen in das

(Abg. Kießling)

Landschaftsschutzgebiet und Grundwasser ausgeschwemmt werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Materialien genau und Giftstoffe wurden im Landschaftsschutzgebiet abgelagert und wer trägt hierfür die Verantwortung?
2. Wann genau und durch wen ist mit einer Beseitigung der Ablagerungen sowie einer Wiederherstellung des ehemaligen naturgemäßen Zustands zu rechnen?
3. Welche Auswirkungen ergeben sich durch die unerlaubten Ablagerungen auf die als Landschaftsschutzgebiet und Naturpark sowie EU-Vogelschutzgebiet gekennzeichneten Flächen?
4. Welche Möglichkeiten hat die Landesregierung, die öffentliche Verwaltung (zum Beispiel das zuständige Landratsamt) hinsichtlich der Problematik der Beseitigung des Missstandes zu kontrollieren bzw. in die Pflicht zu nehmen?

Vizepräsident Höhn:

Für die Landesregierung antwortet Herr Staatssekretär Möller.

Möller, Staatssekretär:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, soweit die in der zur Verfügung stehenden Zeit die gewünschten Angaben recherchiert werden konnten, beantworte ich die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kießling im Namen der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1 – welche Materialien und Giftstoffe wurden im Landschaftsschutzgebiet abgelagert und wer trägt hierfür die Verantwortung? –: Bei der in Rede stehenden Ablagerung handelt es sich um mineralische Abfälle, welche durch einen landwirtschaftlichen Betrieb abgelagert wurden. Laboranalysen des Bodenmaterials haben ergeben, dass diese Abfälle als sogenannte Abfälle zur Verwertung – als ungefährliche Abfälle – einzustufen und grundsätzlich vor Ort einbaufähig sind. Das Landschaftsschutzgebiet und das Vogelschutzgebiet – die Grenzen sind hier identisch – sind nach Aussagen des Landkreises Gotha randlich in einer Größenordnung von circa 2.000 Quadratmetern betroffen.

Zu Frage 2 – wann genau und durch wen ist mit einer Beseitigung der Ablagerungen sowie der Wiederherstellung des ehemaligen naturgemäßen Zustands zu rechnen? –: Zur Beseitigung eines rechtswidrigen Zustands ist der Verursacher verpflichtet. Das Bauamt des Landratsamts Gotha erließ eine Verfügung zur Beseitigung der Ablagerungen. Gegen diese wurde fristgemäß Widerspruch eingelegt. Der Widerspruch hat dabei aufschieben-

de Wirkung. Am 19.09. dieses Jahres ist ein neuer Bauantrag bei der unteren Bauaufsichtsbehörde des Landratsamts Gotha eingegangen. Hierzu ist noch keine Entscheidung ergangen.

Zu Frage 3 – welche Auswirkungen ergeben sich durch die unerlaubten Ablagerungen auf den als Landschaftsschutzgebiet und Naturpark sowie EG-Vogelschutzgebiet gekennzeichneten Flächen? –: Für das Vogelschutzgebiet und den Naturpark ergeben sich durch die Aufschüttung nach Auffassung der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Gotha keine erheblichen Beeinträchtigungen. Dagegen schätzt die untere Naturschutzbehörde ein, dass das Landschaftsschutzgebiet durch die Ablagerungen hinsichtlich des Landschaftsbilds und des Verlusts von mesophilem Grünland beeinträchtigt wird. Deshalb hatte die untere Naturschutzbehörde des Landkreises Gotha bereits im B-Plan-Verfahren gefordert, die Ablagerungen aus dem Schutzgebiet zu entfernen. Der B-Plan-Entwurf ist zwischenzeitlich zurückgezogen worden.

Zu Frage 4 – welche Möglichkeiten hat die Landesregierung, die öffentliche Verwaltung, zum Beispiel das zuständige Landratsamt, hinsichtlich der Problematik „Beseitigung des Missstands“ zu kontrollieren bzw. in die Pflicht zu nehmen? –: Landkreise und kreisfreie Städte haben in Thüringen eigene Zuständigkeiten im übertragenen Wirkungskreis. Grundsätzlich besteht für die Landesregierung die Möglichkeit, bei rechtsfehlerhaftem Handeln im Rahmen der Fach- und Rechtsaufsicht tätig zu werden. Da aber keine Rechtsfehler ersichtlich sind, kommt ein Eingreifen in das laufende Verwaltungsvorgehen nicht in Betracht.

Vizepräsident Höhn:

Herr Kießling, eine Nachfrage.

Abgeordneter Kießling, AfD:

Danke. Ich hätte noch eine Nachfrage: Zurzeit finden auch Straßenbaumaßnahmen in Crawinkel statt, um die Ortsdurchfahrt. Inwieweit ist bekannt, dass dort aufgrund der Bauarbeiten an der Straße Materialien abgelagert worden sind, und werden diese entfernt? Ich bin selbst dort vorbeigefahren, die Berge sind schon sehr hoch, man kann die nicht übersehen. In der Zeitung stand mal etwas, dass etwas abgelagert worden ist. Inwieweit ist dazu etwas bekannt? Wenn ja, werden die Straßenbauablagierungen demnächst wieder beseitigt?

Möller, Staatssekretär:

Ob diese Ablagerungen im Zusammenhang mit den Straßenbauarbeiten stehen, ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Kießling, AfD:

Eine letzte Frage noch.

Vizepräsident Höhn:

Eine geht noch, ja.

Abgeordneter Kießling, AfD:

Danke, Herr Präsident. In der Zeitung stand noch etwas von Giftstoffen oder Ablagerungen. Sie hatten gerade gesagt, dort ist nichts festgestellt worden. Das heißt, auch am Grundwasser ist nichts festgestellt worden? Oder wurden nur die Proben von den Stoffen untersucht, die oben auflagen? Wurde auch das Grundwasser untersucht?

Möller, Staatssekretär:

Die Ablagerungen wurden untersucht. Es wurde festgestellt, dass es sich um unbelastete mineralische Abfälle – also Aushubmaterial und Ähnliches – handelt und deshalb davon keine Gefahren für das Grundwasser ausgehen. Ob es Grundwasseruntersuchungen gab, ist mir nicht bekannt.

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank. Weitere Nachfragen sehe ich nicht. Die nächste Fragestellerin ist Frau Abgeordnete Leukefeld, Fraktion Die Linke. Die Frage hat die Drucksachennummer 6/2953.

Abgeordnete Leukefeld, DIE LINKE:

Herzlichen Dank, Herr Präsident.

Mitteleinsparung bei ThüringenForst für öffentlich geförderte Beschäftigung

Die Landesforstanstalt ThüringenForst hat in den letzten Jahren erhebliche Mittel bereitgestellt, um durch Kofinanzierung von Landesprogrammen für öffentlich geförderte Beschäftigung langzeitarbeitslosen Menschen, insbesondere älteren, die Chance auf Beschäftigung zu ermöglichen. Mit dieser Kofinanzierung wurden Leistungen erbracht, die der Umsetzung des Thüringer Waldgesetzes hinsichtlich der Gewährleistung der Erholungsfunktion des Waldes und des Naturschutzes dienten und dabei auch die Attraktivität des Thüringer Waldes zur touristischen Nutzung erhöht haben. In Zusammenarbeit mit dem Regionalverbund Thüringer Wald und Maßnahmeträgern der öffentlich geförderten Beschäftigung wurde dazu ein unverzichtbarer Beitrag geleistet. Dies scheint gefährdet, da die Mittel der Kofinanzierung ab dem Jahr 2017 erheblich abgesenkt werden sollen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Leistungen wurden von ThüringenForst in den letzten Jahren im Rahmen des Konzepts „Forsten und Tourismus“ erbracht?

2. Wie bewertet die Landesregierung diese Leistungen und die Zusammenarbeit mit anderen Maßnahmeträgern?

3. Warum und in welcher Höhe werden die Mittel zur Kofinanzierung im Jahr 2017 gekürzt?

4. Welche Alternative gibt es, um die effiziente Zusammenarbeit von ThüringenForst, dem Regionalverbund Thüringer Wald und den Maßnahmeträgern in Zukunft fortzusetzen und nachhaltig zu gestalten?

Vizepräsident Höhn:

Für die Landesregierung antwortet Frau Ministerin Keller.

Keller, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Abgeordnete Leukefeld, Ihre Mündliche Anfrage beantworte ich für die Thüringer Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: ThüringenForst investierte aus der Finanzzuführung des Freistaats Thüringen im Rahmen des Konzepts „Forsten und Tourismus“ folgende Aufwendungen in Projekte des zweiten Arbeitsmarkts: 2014 in Höhe von 560.000 Euro für 39 Projekte, 2015 in Höhe von 452.000 Euro für 23 Projekte und 2016 in Höhe von 350.000 Euro für 21 Projekte.

Zu Frage 2: Das Engagement von ThüringenForst stellt ein erfolgreiches Engagement zur Pflege und Unterhaltung des Erholungswegenetzes in der Rennsteigregion dar. Die Zusammenarbeit mit den Maßnahmeträgern des zweiten Arbeitsmarkts ist langfristig bewährt und zuverlässig.

Zu Frage 3: Gegenüber dem Jahr 2016 ist eine Kürzung der Mittel des zweiten Arbeitsmarkts um 150.000 Euro im Rahmen der Prioritätensetzung der Landesforstanstalt notwendig, da der Zuführungsbetrag für die Erfüllung der hoheitlichen Aufgaben gemäß der Vorgabe aus dem Errichtungsgesetz für ThüringenForst – Anstalt öffentlichen Rechts bis zum Jahr 2018 reduziert wird.

Zu Frage 4: Das gesellschaftlich anerkannte Engagement von ThüringenForst sollte in bewährter Zusammenarbeit mit den zuverlässigen und routinieren Trägern des zweiten Arbeitsmarkts grundsätzlich im Rahmen der verfügbaren Mittel fortgeführt werden.

Vielen Dank.

Vizepräsident Höhn:

Frau Leukefeld hat eine Nachfrage. Bitte.

Abgeordnete Leukefeld, DIE LINKE:

Ich habe nur eine Nachfrage: In welcher Größenordnung schätzen Sie denn ein, dass diese Mittel notwendig sind, und wie wollen Sie dafür sorgen, dass sie auch verfügbar werden?

Keller, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft:

Ich kann Ihnen nur sagen, dass ich hier die Exekutive vertrete, und kann Ihnen den Ball gern zurückgeben: Mit den neuen Haushaltsgesetzgebungen hat die Legislative alles Recht, hier zu unterstützen. Ich meine, mit den drei Jahren, die ich dargestellt habe, haben wir einen guten Überblick bekommen, welche Mittel zur Verfügung stehen könnten, um gute Projekte umzusetzen. Vielen Dank.

Vizepräsident Höhn:

Weitere Nachfragen sehe ich nicht. Nächster Fragesteller ist Herr Abgeordneter Harzer, Fraktion Die Linke. Die Frage hat die Drucksachennummer 6/2954.

Abgeordneter Harzer, DIE LINKE:

Sehr geehrter Herr Präsident, besten Dank.

Kosten für die Unterbringung und Betreuung geflüchteter Menschen

Der Landrat des Landkreises Schmalkalden-Meiningen, Peter Heimrich, führt wiederholend an, dass die Thüringer Landesregierung dem Landkreis nach Kenntnis des Fragestellers noch 2,5 Millionen Euro aus den Kosten für die Unterbringung und Betreuung von geflüchteten Menschen schulde, ohne dieses näher zu verifizieren.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist der Landesregierung diese Forderung des Landkreises Schmalkalden-Meiningen bekannt bzw. offiziell übermittelt worden und wenn ja, seit wann?
2. Wie setzt sich nach Kenntnis der Landesregierung die Forderung des Landkreises zusammen?
3. Welche Auffassung vertritt die Landesregierung zur Forderung des Landkreises Schmalkalden-Meiningen?
4. Ist seitens der Landesregierung beabsichtigt, dieser Forderung des Landkreises nachzukommen?

Danke.

Vizepräsident Höhn:

Für die Landesregierung antwortet Frau Staatssekretärin Dr. Albin.

Dr. Albin, Staatssekretärin:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Harzer, Ihre Anfrage beantworte ich für die Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Angesichts der Formulierung der Fragestellung dürfte es sich um eine Forderung des Landkreises Schmalkalden-Meiningen handeln, die in dieser Höhe mit Schreiben des Landrats vom 12. Oktober 2016 an die Thüringer Staatskanzlei herangetragen wurde.

Zu Frage 2: Im Schreiben vom 12. Oktober 2016 geht der Landrat im Zusammenhang mit der Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden von einem Einnahmen-Ausgaben-Defizit des Landkreises für die Jahre 2015 und 2016 in Höhe von insgesamt 2,5 Millionen Euro aus. Nähere Erläuterungen zur Zusammensetzung dieser Summe erfolgen in diesem Schreiben nur bezüglich entstandener Bewachungskosten, die für den Zeitraum vom 1. August 2015 bis zum 30. September 2016 mit rund 1,1 Millionen Euro beziffert werden. Diese Kosten begründet der Landkreis mit dem in einzelnen Gemeinschaftsunterkünften eingesetzten Wachpersonal, das im Hinblick auf besondere Situationen in den Gemeinschaftsunterkünften erforderlich gewesen sei. Darüber hinaus machte der Landkreis im Rahmen eines weiteren Schreibens gegenüber dem Landesverwaltungsamt eine Forderung über circa 1,4 Millionen Euro Mehrausgaben für Personal, Sach- und Gemeinkosten geltend, die im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs beansprucht werden.

Zu Frage 3: Die Prüfung der vom Landkreis Schmalkalden-Meiningen beantragten Bewachungskosten läuft derzeit beim Landesverwaltungsamt. Dabei wird selbstverständlich das Vorbringen des Landkreises zur Begründung der Kostenerstattungsanträge für die Bewachung der einzelnen Gemeinschaftsunterkünfte in die Prüfung einbezogen. Ob und inwieweit die vom Landkreis geltend gemachten Kosten erstattungsfähig sind, sie insbesondere eine Rechtsgrundlage im geltenden Bewachungserlass haben, wird derzeit geprüft. Insoweit ist im Einzelfall unter Einbeziehung der Darlegungen des Landkreises Schmalkalden-Meiningen für jedes Objekt zu entscheiden. Der kommunale Finanzausgleich sieht für das Jahr 2016 eine Berücksichtigung des Anstiegs der Flüchtlingszahlen beim sogenannten Mehrbelastungsausgleich für übertragene staatliche Aufgaben vor.

Zu Frage 4: Insoweit kann ich auf meine Antwort zu Frage 3 verweisen.

Vizepräsident Höhn:

Ich sehe keine Nachfragen. Dann kommen wir zur nächsten Frage – das ist gleichzeitig auch die letzte für die heutige Fragestunde –, Fragesteller ist Herr Abgeordneter Henke, Fraktion der AfD, in der Drucksache 6/2959.

Abgeordneter Henke, AfD:

Vielen Dank, Herr Präsident.

Jugendkriminalität in Thüringen

Nach der Landesvorsitzenden der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e. V., Landesgruppe Thüringen, liegt die Zahl der straffälligen Jugendlichen und Heranwachsenden in Thüringen deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Unter den Jugendlichen (14- bis 18-Jährige) waren im Jahr 2015, hochgerechnet auf 100.000 Einwohner der Altersgruppe, 6.716 straffällig. Im Bundesdurchschnitt waren es nur 4.604. Die Quote bei den 18- bis 21-Jährigen (Heranwachsende) lag im vergangenen Jahr bei 10.300 Straffälligen je 100.000 Einwohner. Der Bundesdurchschnitt lag bei 5.800. Die Quelle für die Zahlenangaben ist die „Thüringer Allgemeine“ vom 1. November 2016.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie entwickelte sich jeweils die Zahl der verurteilten Jugendlichen bzw. der Heranwachsenden in den Jahren 2010 bis 2016 in Thüringen (bitte jeweils in Jahresscheiben angeben)?
2. Wegen welchen begangenen Straftaten wurden die Jugendlichen bzw. die Heranwachsenden in den Jahren 2010 bis 2016 verurteilt?
3. Wie viele straffällige Jugendliche bzw. Heranwachsende (jeweils hochgerechnet auf 100.000 Einwohner der jeweiligen Altersgruppe) gab es in Thüringen in den Jahren 2010 bis 2016 im Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt?
4. Worauf führt die Landesregierung die im Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt überdurchschnittliche Quote der straffälligen Jugendlichen und Heranwachsenden in Thüringen zurück?

Vielen Dank.

Vizepräsident Höhn:

Für die Landesregierung antwortet Frau Staatssekretärin Dr. Albin.

Dr. Albin, Staatssekretärin:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Henke beantworte ich für die Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Die Strafverfolgungsstatistik weist für Thüringen folgende Zahlen verurteilter Jugendlicher und Heranwachsender aus:

Für das Jahr 2010: 909 verurteilte Jugendliche und 2.384 verurteilte Heranwachsende.

Für das Jahr 2011: 812 verurteilte Jugendliche und 1.907 verurteilte Heranwachsende.

Für das Jahr 2012: 740 verurteilte Jugendliche und 1.596 verurteilte Heranwachsende.

Für das Jahr 2013: 757 verurteilte Jugendliche und 1.425 verurteilte Heranwachsende.

Für das Jahr 2014: 642 verurteilte Jugendliche und 1.204 verurteilte Heranwachsende.

Und für das Jahr 2015: 546 verurteilte Jugendliche und 1.121 verurteilte Heranwachsende.

Für das Jahr 2016 liegen noch keine entsprechenden Angaben vor.

Zu Frage 2: Die Verurteilungen Jugendlicher und Heranwachsender betreffen ein ähnlich weites Spektrum von Straftaten wie die Erwachsener. Jugendliche und Heranwachsende wurden in den Jahren 2010 bis 2015 zumeist wegen der Vermögensdelikte Diebstahl, Unterschlagung, Betrug und Untreue verurteilt. Die Anteile betrugen insoweit bei Jugendlichen zwischen 39 und 46 Prozent und bei Heranwachsenden zwischen 37 und 41 Prozent. Ganz erheblich ist auch der Anteil von Verurteilungen wegen Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit. Die Anteile betrugen hier bei Jugendlichen zwischen 23 und 28 Prozent und bei Heranwachsenden zwischen 14 und 18 Prozent. Die Anteile der Verurteilungen wegen Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz betrugen bei Jugendlichen zwischen 3,1 und 8,3 Prozent und bei Heranwachsenden zwischen 8 und 15 Prozent. Der naturgemäß nur bei Heranwachsenden deutliche Anteil der Verurteilungen wegen Straftaten im Straßenverkehr nach dem Strafgesetzbuch betrug zwischen 8 und 14 Prozent. Für das Jahr 2016 liegen noch keine entsprechenden Angaben vor.

Zu Frage 3: Die Vorsitzende der Thüringer Landesgruppe der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e. V., Frau Prof. Dr. Ludwig, auf die die Mündliche Anfrage Bezug nimmt, hat aus der Polizeilichen Kriminalstatistik, kurz PKS, die folgenden Tatverdächtigenzahlen pro 100.000 Jugendliche bzw. Heranwachsende in Thüringen und bundesweit entnommen:

Für das Jahr 2010: 8.394 tatverdächtige Jugendliche in Thüringen und 6.510 tatverdächtige Jugendliche bundesweit, 8.467 tatverdächtige Heranwachsende in Thüringen und 6.866 tatverdächtige Heranwachsende bundesweit.

Sehr geehrte Damen und Herren, soweit Ihnen die Zahlen für Thüringen sehr hoch vorkommen sollten,

(Staatssekretärin Dr. Albin)

weise ich nochmals darauf hin, dass diese Angaben auf 100.000 Jugendliche bzw. Heranwachsende hochgerechnet sind. Tatsächlich gab es in den Jahren 2010 bis 2015 in Thüringen deutlich weniger als 100.000 Jugendliche und deutlich weniger als 100.000 Heranwachsende und damit auch entsprechend weniger Tatverdächtige.

Die Angaben für die Folgejahre beziehen sich jeweils auf 100.000 Jugendliche bzw. Heranwachsende und lauten wie folgt:

Für das Jahr 2011: 8.384 tatverdächtige Jugendliche in Thüringen und 6.058 tatverdächtige Jugendliche bundesweit, 8.551 tatverdächtige Heranwachsende in Thüringen und 6.625 tatverdächtige Heranwachsende bundesweit.

Für das Jahr 2012: 8.069 tatverdächtige Jugendliche in Thüringen und 5.616 tatverdächtige Jugendliche bundesweit, 9.618 tatverdächtige Heranwachsende in Thüringen und 6.597 tatverdächtige Heranwachsende bundesweit. Ich kann jetzt die ganzen weiteren Jahresscheiben vortragen.

(Zwischenruf Abg. Henke, AfD: Okay!)

Für das Jahr 2013: 7.352 tatverdächtige Jugendliche in Thüringen und 5.210 tatverdächtige Jugendliche bundesweit, 10.380 tatverdächtige Heranwachsende in Thüringen und 6.412 tatverdächtige Heranwachsende bundesweit.

Für das Jahr 2014: 6.670 tatverdächtige Jugendliche in Thüringen und 5.010 tatverdächtige Jugendliche bundesweit, 9.662 tatverdächtige Heranwachsende in Thüringen und 6.239 tatverdächtige Heranwachsende bundesweit.

Für das Jahr 2015: 6.716 tatverdächtige Jugendliche in Thüringen und 4.604 tatverdächtige Jugendliche bundesweit, 10.313 tatverdächtige Heranwachsende in Thüringen und 5.797 bundesweit.

Für das Jahr 2016 liegen noch keine entsprechenden Angaben vor.

Ein Vergleich der Thüringer und der bundesweiten Zahlen zeigt in der Tendenz in den Jahren von 2010 bis 2015 bundesweit einen kontinuierlichen Rückgang der Anzahl Verurteilter pro 100.000 Jugendliche bzw. Heranwachsende. In Thüringen hält diese Tendenz bei Jugendlichen bis zum Jahr 2014 an. Im Jahr 2015 ist ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Bei Heranwachsenden ist von 2010 bis 2013 zunächst ein Anstieg der Belastungszahlen zu beobachten; seither schwanken die Zahlen auf vergleichsweise hohem Niveau. Insgesamt liegt die Anzahl Tatverdächtiger pro 100.000 Jugendliche bzw. Heranwachsende in Thüringen durchgängig höher als bundesweit.

Zu Frage 4: Wissenschaftliche Untersuchungen zu den Ursachen der im Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt höheren Quote tatverdächtiger Ju-

gendlicher und Heranwachsender in Thüringen liegen der Landesregierung nicht vor. Als Erklärungsansätze werden mitunter, etwa von Frau Prof. Dr. Ludwig, genannt: eine höhere Anzeigequote, ein geringeres Netz an Angeboten für ambulante erzieherische Maßnahmen nach dem Jugendgerichtsgesetz und die Nichtvorhaltung zum Beispiel sozialer Trainingskurse in manchen Regionen sowie eine Ausdünnung des insoweit bestehenden kommunal finanzierten Angebots in den Regionen. Mir erscheinen diese Erklärungsansätze zwar einerseits ein Stück weit plausibel, andererseits sind ebenso Faktoren wie etwa ein hoher Verfolgungsdruck und die hohe Aufklärungsquote in Thüringen denkbar, sodass wir uns insoweit im Bereich von Spekulationen bewegen. Dennoch nehmen wir sie zum Anlass, für die Beibehaltung und den Ausbau von Maßnahmen insbesondere auf kommunaler Ebene zur Prävention von Jugenddelinquenz zu werben. Dies ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die zu bewältigen ich an alle Verantwortungsträger, insbesondere an diejenigen in den Kommunen, appelliere.

Vielen Dank!

Vizepräsident Höhn:

Herr Henke, eine Nachfrage. Bitte.

Abgeordneter Henke, AfD:

Ja, eine kurze Nachfrage: Ist geplant, eine solche Studie für Thüringen zu machen?

Dr. Albin, Staatssekretärin:

Derzeit gibt es solche Planungen nicht.

Abgeordneter Henke, AfD:

Danke.

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Frau Staatssekretärin. Damit schließe ich den Tagesordnungspunkt 28, die Fragestunde.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 10**

**Mittelfristiger Finanzplan für
die Jahre 2016 bis 2020 für den
Freistaat Thüringen**

(Vizepräsident Höhn)

Unterrichtung durch die Landesregierung
- Drucksache 6/2655 -
dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
- Drucksache 6/2972 -
dazu: Änderungsantrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 6/3000 -

Zunächst erteile ich Herrn Abgeordneten Geibert zur Berichterstattung aus dem Haushalts- und Finanzausschuss das Wort.

Abgeordneter Geibert, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich berichte aus dem Haushalts- und Finanzausschuss wie folgt:

Mit Schreiben des Ministers für Kultur-, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chefs der Staatskanzlei vom 14. September 2016 wurde dem Landtag der von der Landesregierung verabschiedete Mittelfristige Finanzplan für die Jahre 2016 bis 2020 für den Freistaat Thüringen mit der Bitte zugeleitet, den Mittelfristigen Finanzplan gemäß § 52 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtags vorab an den Haushalts- und Finanzausschuss zu überweisen. Der Präsident des Landtags hat daraufhin gemäß § 52 Abs. 2 Satz 1 der Geschäftsordnung des Landtags den Mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2016 bis 2020 für den Freistaat Thüringen bereits vor der ersten Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat die Unterrichtung in seiner 30. Sitzung am 23. September 2016, in seiner 31. Sitzung am 30. September 2016 und in seiner 32. Sitzung am 4. November 2016 beraten sowie ein schriftliches Anhörungsverfahren durchgeführt.

Besondere Bedeutung kam im Rahmen der Anhörung und Erörterung im Haushalts- und Finanzausschuss der umfänglichen Stellungnahme des Thüringer Rechnungshofs in der Vorlage 6/1738 zu Drucksache 6/2655 zu. Der Rechnungshof empfiehlt unter anderem die Entwicklung eines verbindlichen Konsolidierungskonzepts 2020, welches Strategie, Ziele und Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung konkret benennt. Nach seiner Auffassung bedarf eine verlässliche Finanzplanung politischer Vorgaben. Dabei seien die politischen Zielsetzungen und Schwerpunkte eindeutig zu benennen und mit Daten zu unterlegen. Damit würde die Finanzplanung ihren Charakter einer Pflichtübung verlieren und auch das Parlament könnte sich intensiv mit der Mittelfristigen Finanzplanung auseinandersetzen. Insoweit sieht der Rechnungshof mit

der durchgeführten Anhörung einen ersten Schritt in diese Richtung. Schließlich regt der Rechnungshof an, die Finanzplanung um eine langfristige Prognose zu ergänzen, die etwa eine Projektion der gesamten Einnahmen und Ausgaben des Landes bis zum Jahr 2030 enthält. Die Ermächtigungsgrundlage hierfür sowie für eine konkrete Ermittlung der monetären Auswirkungen der aktuellen Beschlüsse zur Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems ab 2020 sieht der Rechnungshof in § 50 Abs. 3 Haushaltsgrundsätzegesetz, wonach die gesetzgebende Körperschaft die Vorlage von Alternativberechnungen zur Finanzplanung verlangen kann.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt, den Mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2016 bis 2020 für den Freistaat Thüringen zur Kenntnis zu nehmen. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter, für die Berichterstattung. Tosenden Beifall für die Berichterstattung haben wir auch relativ selten. Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Abgeordneten Kowalleck, CDU-Fraktion, das Wort. Begründung? Was wollen Sie denn begründen?

(Zuruf Abg. Geibert, CDU: Den Alternativantrag!)

Das ist keine eigene Vorlage. Daraus ergibt sich kein eigenes Begründungsrecht. Sie können das gern im Rahmen Ihres Aussprachebeitrags tun.

Abgeordneter Kowalleck, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, auch von unserer Seite natürlich herzlichen Dank an den Ausschussvorsitzenden für die Berichterstattung. Wir haben, wie der Vorsitzende bereits gesagt hat, im Haushalts- und Finanzausschuss eine entsprechende Anhörung vorgeschlagen und durchgeführt, weil wir sehen, dass es notwendig ist, die zukünftige finanzpolitische Ausrichtung unseres Freistaats auf einer breiten Basis zu diskutieren. An dieser Stelle gilt unser besonderer Dank noch mal den Anzuhörenden, die mit ihren Beiträgen eine weitere Grundlage für die entsprechende Diskussion geliefert haben. Ich muss aber an dieser Stelle auch sagen: Ich war ein wenig verwundert, dass sich die Anzuhörenden Bund der Steuerzahler und Deutscher Gewerkschaftsbund der Diskussion entzogen haben und nicht einmal mitgeteilt haben, warum sie keine Zuschrift geliefert haben. Eventuell erfolgen hier noch die Hinweise zu einem späteren Zeitpunkt.

Der Thüringer Rechnungshof begrüßte in der Anhörung die intensive Auseinandersetzung mit der Mit-

(Abg. Kowalleck)

telfristigen Finanzplanung. So wird ermöglicht, dass zum Beispiel frühzeitig finanzielle Entwicklungen transparent gemacht werden können und die Abstimmung von Maßnahmen und das Setzen von Schwerpunkten erfolgen kann. An dieser Stelle auch noch einmal von unserer Seite ein ganz herzlicher Dank an den Landesrechnungshof für die zahlreichen und umfangreichen Hinweise. Wir haben auch vom Präsidenten des Landesrechnungshofs erfahren, dass die Stellungnahmen nunmehr auch veröffentlicht wurden und entsprechend einer breiten Öffentlichkeit zugänglich sind. Ich denke, das ist gut so und zeigt die entsprechende Transparenz.

Meine Damen und Herren, die vorliegende Mittelfristige Finanzplanung umfasst zum ersten Mal das Jahr 2020. Das ist das Jahr, in dem der Solidarpakt ausläuft und das Neuverschuldungsverbot im Grundgesetz greift. Thüringens links-geführte Koalition ist offensichtlich nicht gewillt, daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, denn bis 2020 will Rot-Rot-Grün knapp 900 Millionen Euro mehr ausgeben, als das Land einnimmt.

Wir sehen im Finanzplan, dass Rot-Rot-Grün die Ausgaben dauerhaft über 10 Milliarden Euro belassen will. Das übersteigt nach unserer Meinung auf Dauer die Möglichkeiten unseres Freistaats. 2014 – daran möchte ich erinnern –, im letzten Jahr der CDU-geführten Landesregierung, hat Thüringen weniger als 9 Milliarden Euro ausgegeben.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ausgegeben oder im Plan gehabt?)

Vom Landesrechnungshof werden neben dem steigenden Haushaltsvolumen weitere Indikatoren aufgeführt. So ist zum Beispiel absehbar, dass die Personalausgabenquote ansteigen wird und die Investitionsquote sinkt. Grundsätzlich kritisch würdigt der Landesrechnungshof das weitere Anwachsen des Ausgabenvolumens im Jahr 2018 mit Hinzurechnung bisher nicht unterlegten Konsolidierungsbedarfs. Ab 2018 wäre das bisher untersetzte Ausgabenvolumen in den Jahren 2019 und 2020 zwar ebenfalls leicht rückläufig, liegt aber dennoch über dem Planungswert von 2017. Verheerendes Urteil des Landesrechnungshofs: Es ist keine Strategie zur Reduzierung der Ausgaben zu erkennen. Im Gegenteil: Der Aufwuchs bei Landesgesetzen und Landesprogrammen ist äußerst kritisch einzuschätzen.

Meine Damen und Herren, weiterhin hat das Institut der deutschen Wirtschaft in seiner Zuschrift dargelegt: Die Ausgaben steigen im Zeitraum des Mittelfristigen Finanzplans spürbar. Dadurch baut sich ein erheblicher Konsolidierungsbedarf auf, den auch die zusätzlichen Mittel aus dem Länderfinanzausgleich ab dem Jahr 2020 nur leicht mindern, denn gleichzeitig nehmen die Pensionslasten in

den kommenden Jahren immer weiter zu, ohne dass der Haushalt ausreichend darauf eingestellt ist. Zudem stellt sich für die Landesregierung die Herausforderung, trotz der angespannten Haushaltslage und der Einführung der Schuldenbremse Spielräume für Investitionen zu schaffen, um den Wirtschaftsstandort Thüringen zu stärken. In diesem Zusammenhang wird auch darauf hingewiesen, dass die ausgewiesene stagnierende oder sinkende Investitionsquote Anlass zur Sorge um die Zukunftsfähigkeit des Landes gibt. Diese Planung belegt, dass Investitionen stets als Erstes Haushaltskürzungen zum Opfer fallen, womit eine solide Finanzpolitik verfehlt wird. Der Freistaat hat kein Einnahmenproblem, meine Damen und Herren. Vielmehr gibt es keine Strategie, die Haushalte ab dem Jahr 2018 ausgabenseitig auszugleichen.

(Beifall CDU)

Die Konsolidierung des Landeshaushalts ist nach unserer Meinung

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Jetzt sind wir mal auf Ihr Konzept gespannt. Wie würden Sie es denn machen?)

unverzichtbar, aber es liegt derzeit keine Strategie vor, wie die Haushalte ab 2018 –

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Besser würden wir es machen!)

ich wiederhole das noch einmal – ausgabenseitig auszugleichen sind.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Besser!)

Hier bringe ich auch noch einmal das Fazit zum Thema „Einnahmen“

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Noch einen Doktoranden, noch einen Doktoranden!)

des Instituts der deutschen Wirtschaft, das sagt: Trotz real steigender Steuereinnahmen infolge der guten konjunkturellen Lage braucht die Landesregierung die Rücklagen auf und sorgt durch Steuererhöhungen für eine Schwächung des Standorts.

Die Einigung zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen verschafft dem Freistaat Thüringen zwar zusätzliche Finanzmittel, verbessert jedoch nicht die Anreize, die eigene Wirtschaftskraft zu stärken. An dieser Stelle haben wir natürlich auch über die Erhöhung der Grunderwerbsteuer diskutiert, die im Jahr 2017 greift. Unserer Meinung sind Sie da eben auch auf dem Holzweg, wenn Sie hier zusätzlich die Thüringerinnen und Thüringer belasten, die Eigentum schaffen wollen. Das trifft genauso die jungen Familien wie die älteren Mitbürger, die hier in Immobilien investieren.

Meine Damen und Herren, für den Landesrechnungshof greift eine Konsolidierung zu kurz, die nur

(Abg. Kowalleck)

haushaltsplanbezogene Einnahmen und Ausgaben unter Ausnutzung von Rücklagen und globalen Buchungen zum Ausgleich bringt. Mit Blick auf die Aussagen der Mittelfristigen Finanzplanung betonte die Finanzministerin: Es besteht kein Zweifel, dass in kommenden Haushalten weiter konsolidiert werden muss. – Der Rechnungshof wiederholte in der Anhörung seine Erwartung, ein verbindliches Konsolidierungskonzept 2020 zu entwickeln. Ich habe aber den Eindruck, Frau Ministerin, Sie winden sich da wirklich sehr, nur um dieses Konzept nicht zu entwickeln. Da wünsche ich mir doch wesentlich mehr Initiative vonseiten der Landesregierung.

(Beifall CDU)

Es gibt offensichtlich auch heftige Diskussionen zur aktuellen Einigung beim Länderfinanzausgleich. Vielleicht, Frau Finanzministerin, können Sie uns da auch noch mal hier an dieser Stelle den neuesten Stand darlegen. Während der Ministerpräsident Bodo Ramelow das Paket als Erfolg verkauft, schüttet die Finanzministerin ganz offensichtlich viel Wasser in den Wein und kritisiert die Einigung.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, der Landesrechnungshof regt aufgrund der Neuregelungen des Länderfinanzausgleichs an, die Auswirkungen auf die vorliegende Finanzplanung konkret zu ermitteln. Gerade für den parlamentarischen Diskussionsprozess wird diese Information als wichtig erachtet. Wir haben ja den entsprechenden Antrag hierzu auch eingebracht.

(Beifall CDU)

Sehr geehrte Frau Finanzministerin, Sie sagten, die Mittelfristige Finanzplanung ist die finanzielle Richtschnur für die kommenden Jahre. Wir wünschen uns an dieser Stelle auch, dass Sie entsprechend handeln und dass wir diese Mittelfristige Finanzplanung demnach entsprechend aktualisieren.

(Beifall CDU)

Zumindest eine Anregung vom Rechnungshof ist bei der Landesregierung wohl auf fruchtbaren Boden gestoßen. So wurde im Haushalts- und Finanzausschuss zugesagt, die Finanzplanung künftig wieder um einen Soll-Ist-Vergleich zu ergänzen. Dieser war bis zum Jahr 2014 als Anlage beigefügt. Bei anderen Anregungen des Landesrechnungshofs zeigt sich die Landesregierung dabei eher hartleibig. Das betrifft zum Beispiel die Anregung, die Schuldenbremse in der Verfassung zu verankern. Das scheut die rot-rot-grüne Landesregierung scheinbar wie der Teufel das Weihwasser. Da sind Sie nach unserer Meinung auf dem Holzweg, denn das wäre ein wichtiges Zeichen in Richtung Konsolidierung für unseren Freistaat.

Ab dem Jahr 2018 soll nach der Finanzplanung eine geringe Schuldentilgung vorgenommen werden,

die Jahreswerte von 2015 und 15 Millionen Euro für die Jahre 2018, 2019 und 2020 sind keineswegs nachhaltig. Im Finanzplan 2015 bis 2019 war für die Jahre 2018 bis 2019 noch eine Tilgung von jeweils 30 Millionen Euro geplant. Fraglich ist dabei auch das Vorhaben einer Schuldentilgung im Zusammenhang mit der Neueinstellung von Beamten, erst recht im Hinblick auf einen Konsolidierungsbedarf von 400 Millionen Euro bis in das Jahr 2020.

Zum Pensionsmodell oder der sogenannten Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie der Finanzministerin gibt es ja noch keine konkrete Beschlusslage der Landesregierung. In der Finanzplanung ist noch etwas von ausstehenden Beratungen innerhalb der Landesregierung zu lesen. Da wünschen wir uns auch noch mal konkrete Äußerungen an dieser Stelle. Das wäre doch hilfreich für die zukünftigen Planungen.

Die Anregung des Landesrechnungshofs, der Gedanke des Demografie-Checks, sollte zukünftig auch aufgenommen werden. Zu- und Abnahme von Einwohnern hat eben auch Einfluss auf Einkommen-, Umsatzsteuer, Sozialausgaben und vieles mehr. Sinn und Zweck muss eine aktive Gestaltung des demografischen Wandels in Thüringen sein. Am Beispiel der verschiedenen Zweckverbände sehen wir auch, dass es gar nicht so schwer ist, einen solchen Demografie-Check durchzuführen. Wir sehen das gerade bei diesen Verbänden, die da einen entsprechenden Überblick zur Wirtschaftlichkeit zukünftiger Investitionen erhalten.

Ein weiterer Punkt unserer Anzuhörenden, gerade der kommunalen Spitzenverbände, waren die finanziellen Leistungen nach dem Finanzausgleichsgesetz. Einführend haben sich die kommunalen Spitzenverbände wiederholt auf den rot-rot-grünen Koalitionsvertrag bezogen, in dem es heißt – das hatte ich an dieser Stelle auch schon mal zitiert –: „Wir werden die finanzielle Situation der Kommunen verbessern, indem wir den KFA erhöhen und Kommunen, die sich in der Haushaltskonsolidierung befinden, Investitionen ermöglichen.“ Als Kommunalpolitiker kann ich nur sagen: Dieser Spruch ist das Papier nicht wert, auf dem er steht. Wir haben das erst in dieser Woche gesehen, als Frau Finanzministerin den Landräten in Thüringen eine ganz klare Abfuhr erteilte, als sie mehr finanzielle Mittel für ihre Kommunen verlangte. Frau Finanzministerin, ich sage hier ganz klar: Das ist der falsche Weg. So sollte man nicht mit den Kommunalverantwortlichen in diesem Lande umgehen.

(Beifall CDU)

Ähnlich sehen es die kommunalen Spitzenverbände, die auch sagen, dass Sie Ihrem selbst gesetzten Anspruch bisher nicht Rechnung getragen haben. Das wird wohl auch in der Mittelfristigen Finanzplanung bis 2020 nicht umgesetzt werden.

Vizepräsident Höhn:

Herr Kollege, einen kleinen Augenblick. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage vom Abgeordneten Kuschel.

Abgeordneter Kowalleck, CDU:

Aufgrund der Redezeit bitte dann am Ende.

Vor dem Hintergrund der Mittelfristigen Finanzplanung 2016 bis 2020 heißt daher die Forderung der Thüringer Gemeinden, Städte und Landkreise: Das Land muss sofort mit den Kommunen in Verhandlungen eintreten, um die Finanzausweisungen des Landes deutlich zu erhöhen. Die kommunalen Spitzenverbände fordern mit allem Nachdruck die Umsetzung der im Koalitionsvertrag vom November 2014 getroffenen Vereinbarung hinsichtlich der nachhaltigen Verbesserung der finanziellen Situation der Kommunen. Ich bitte an dieser Stelle um entsprechende Ausführungen, wie Sie zukünftig mit unseren Kommunen verfahren. Ein „Basta“ reicht da überhaupt nicht und das ist auch nicht angemessen in diesem Lande.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, die Haushalts- und Finanzplanung muss wieder in geordnete Bahnen kommen. Rot-Rot-Grün spielt mit der Zukunft unseres Landes, obwohl die Wirtschaft brummt, die Steuereinnahmen sich auf einem Allzeithoch befinden, das Zinsniveau so niedrig wie nie ist. Doch nichts spricht dafür – das muss man hier an dieser Stelle auch sagen –, dass das dauerhaft so bleibt. Die Einigung beim Länderfinanzausgleich ist in der Finanzplanung nicht eingepreist. Kritisch sehen wir auch den mangelnden Ehrgeiz, Schulden zu tilgen. Wenn das Land unter den traumhaften Haushaltsbedingungen in drei Jahren lediglich 30 Millionen Euro zurückzahlen will, dann ist das einfach lächerlich. Nur die Tilgung von heute spart entsprechende Zinsausgaben von morgen. Das müssen wir auch in den zukünftigen Planungen betrachten.

Mit unserem Änderungsantrag zur Beschlussempfehlung hat der Thüringer Landtag die Möglichkeit, notwendige Alternativrechnungen zu verlangen. Die Ergebnisse können somit im Wege einer erneuten Überweisung des Mittelfristigen Finanzplans im Haushalts- und Finanzausschuss beraten werden. Damit haben wir es heute selbst in der Hand, eine wirkliche finanzielle Richtschnur für die nächsten Jahre auf den Weg zu bringen, und damit wären wir auf einem guten Weg. Frau Finanzministerin, ich fordere Sie auf, diesen Antrag entsprechend zu unterstützen. Danke schön.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Höhn:

Einen Moment, Herr Kollege. Sie hatten zugesagt, die Frage des Abgeordneten Kuschel zu beantworten. Bitte schön, Herr Kuschel.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Danke, Herr Präsident. Herr Kollege, Sie haben eine Kleine Anfrage an die Thüringer Landesregierung gerichtet zum Vergleich der kommunalen Gelder 2014 – da hat noch die CDU regiert – und 2016. Können Sie bestätigen, dass die Landesregierung in der Antwort auf diese Anfrage mitgeteilt hat, dass die Kommunen im Jahr 2016 im Vergleich zu 2014 rund 400 Millionen Euro Mehreinnahmen haben?

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Das stimmt doch nicht!)

Abgeordneter Kowalleck, CDU:

Sehr geehrter Herr Kuschel, Sie versuchen immer wieder, hier an dieser Stelle Nebelkerzen zu werfen.

(Beifall CDU)

Ich bitte Sie, schauen Sie sich noch mal die Zuschriften der kommunalen Spitzenverbände an. Es steht doch eines fest: Für das aktuelle Jahr fehlen den Kommunen 100 Millionen Euro im Kommunalen Finanzausgleich.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Das ist nicht wahr! Das ist gelogen!)

Es steht fest: Im Jahr 2017 fehlen den Kommunen weitere 100 Millionen im Kommunalen Finanzausgleich.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Das ist falsch!)

Sie stellen doch die Kommunalvertreter hier dar, wie es sich nicht gehört. Wir müssen doch mit den Kommunen zusammenarbeiten.

(Zwischenruf Abg. Kalich, DIE LINKE: Man kann sich doch nicht dort hinstellen und so einen Käse erzählen!)

Das, was Sie machen, ist alles andere als eine Zusammenarbeit. Im Gegenteil: Sie stellen unseren Kommunen hier die Beine. Das ist unredlich, das darf nicht sein. Viele von uns sind ja selbst in den verschiedensten kommunalen Körperschaften aktiv und ich fordere Sie hier an dieser Stelle auf: Sprechen Sie mit den Kommunen so, wie die Kommunen das auch in ihrer aktuellen Zuschrift gefordert haben, und machen Sie nicht so eine Basta-Politik, wie Sie das in den letzten Jahren gemacht haben.

(Abg. Kowalleck)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Herr Präsident!)

Ich fordere Sie auf, Gespräche zu führen und die Kommunen entsprechend auch finanziell zu unterstützen. Danke sehr.

Vizepräsident Höhn:

Herr Kollege, es gibt den weiteren Wunsch nach einer Frage. Wird offenkundig nicht ...

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Zum Gespräch ist er bereit, aber mit mir reden will er nicht!)

Als Nächster hat Herr Abgeordneter Dr. Pidde, Fraktion der SPD, das Wort.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, das haben uns unsere Kritiker nicht zugetraut: Rot-Rot-Grün schreibt schwarze Zahlen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Ach, Werner! Der arme Kerl hat nur abgeschrieben!)

(Heiterkeit CDU)

Die Mittelfristige Finanzplanung, die uns die Landesregierung im September zugeleitet hat, zeigt, dass die Regierung auch in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode keine neuen Schulden aufnehmen will, im Gegenteil, dass Schulden getilgt werden sollen – einmalig in Thüringen.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Das stimmt nicht!)

Eine Legislaturperiode ohne Schuldenaufnahmen – im Gegenteil, Schulden werden zurückgezahlt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Ist nicht wahr!)

Erstmalig und einmalig in Thüringen! Und, Mike, du kannst dich noch so aufregen: Rot-Rot-Grün wirtschaftet solide.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Wir sehen, wie du dich darüber aufregst, wir haben gesehen, wie der Kollege Kowalleck sich hier geäußert hat, ich habe gedacht, er hat eine falsche Vorlage gelesen oder ist im falschen Film,

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Das Zweite stimmt, er ist im falschen Film!)

so wie er sich geäußert hat, wie er die Mittelfristige Finanzplanung gelesen hat.

Vizepräsident Höhn:

Herr Abgeordneter Dr. Pidde, es besteht der Wunsch nach einer Zwischenfrage vom Abgeordneten Mohring.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Gern, aber ich habe wenig Redezeit.

Vizepräsident Höhn:

Bitte schön, Herr Mohring, ich schaue schon, dass das nicht schiefgeht.

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Er versucht sie ja gerade sinnvoll zu füllen!)

Abgeordneter Mohring, CDU:

Lieben Dank für die Fragemöglichkeit. Abgeordneter Pidde, ich wollte Sie fragen, ob Sie mir zustimmen können, dass in der gemeinsamen Regierungszeit von CDU und SPD in der vergangenen Wahlperiode im Ergebnis der Wahlperiode auch stand, dass CDU und SPD in der gesamten Wahlperiode keine Schulden aufgenommen haben. Können Sie mir zustimmen oder nicht? Mehr ist die Frage gar nicht, vielen Dank.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Wenn wir die fünf Jahre betrachten, dann haben wir das im offiziellen Haushalt erreicht. Aber im Jahr 2010 mussten noch mal ordentlich Kredite aufgenommen werden. In dieser Legislaturperiode ...

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Das war doch eure Forderung!)

Vizepräsident Höhn:

Herr Abgeordneter Mohring, wenn Sie schon eine Frage stellen, dann sollten Sie dem Abgeordneten auch Gelegenheit geben, darauf zu antworten. Das wäre zumindest fair.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Die Mittelfristige Finanzplanung, die uns die Regierung vorgelegt hat, enthält auf der Einnahmen- und auf der Ausgabenseite die Schwerpunkte. Das, was hier eingefordert worden ist, alles, was wir an Maßnahmen haben, ob Hochschulförderung, ob Bildung, ob Sport und Kultur, ist in den Eckwerten enthalten und wird über den kommenden Doppelhaushalt finanziell abgesichert. Natürlich stimmt es, dass uns dabei die guten Steuereinnahmen entgegenkommen, aber man muss auch sehen, dass die Regierung sparsam mit den Geldern umgeht.

Es werden Jahr für Jahr Überschüsse erwirtschaftet und Gelder in Rücklagen gesteckt. Wenn wir mal die anderen Bundesländer anschauen, sehen wir,

(Abg. Dr. Pidde)

dass das keine Selbstverständlichkeit ist. Deshalb sage ich: In Thüringen wird eine solide Haushaltspolitik gemacht.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion hat 25 Jahre Mittelfristige Finanzplanung gemacht, von der sie immer gesagt hat, dass sie die Grundlage für die Planung ist, aber die Haushalte entscheiden das. 25 Jahre ist die Mittelfristige Finanzplanung – ich sage mal – mehr oder weniger zur Kenntnis genommen und durchgewunken worden. Diesmal – es kommt immer darauf an, auf welcher Seite man sitzt – ist die CDU in der Opposition und beantragt eine schriftliche Anhörung. Das ist ihr gutes Recht, es ist ja auch in Ordnung, es hat ja auch Erkenntnisgewinn gebracht. Das muss man ehrlicherweise sagen.

Es ist auf die Stellungnahme des Rechnungshofs verwiesen worden, die uns wirklich sehr hilfreich ist. Der Rechnungshof lobt die verbesserte Darstellung in der Mittelfristigen Finanzplanung gegenüber der, die in den Vorjahren von den CDU-Finanzministern gemacht worden ist. Ich zitiere: „Zusammenfassend stellen wir fest, dass sich die Struktur und der Inhalt der Finanzplanung in den letzten Jahren insgesamt positiv entwickelt haben.“ Natürlich stehen auch Wünsche drin, die der Rechnungshof vorträgt. Manches von dem ist auch wirklich sinnvoll, zum Beispiel die Anregung, dass der Soll-Ist-Vergleich zurückliegender Jahre aufgenommen werden soll, weil man nämlich daraus erkennen kann, wie sich manches in der Vergangenheit entwickelt hat, und man daraus Schlussfolgerungen für die Zukunft ziehen kann.

Meine Damen und Herren, die Regierungskoalition hat für 2016/2017 einen soliden Doppelhaushalt aufgestellt, in dem wir uns gerade befinden. Wir haben im Rahmen dessen auch die Flüchtlingskrise gemeistert. Jetzt wird die Finanzplanung, so wie es üblich ist, für die nächsten vier Jahre bis 2020 vorgenommen. Wenn wir die geplanten Ausgaben sehen, wissen wir, auch in Zukunft werden die Bäume nicht in den Himmel wachsen, und selbst dann nicht, wenn wir für das Jahr 2016 noch mal einen positiven Jahresabschluss mit Überschüssen erwirtschaften werden.

Die Regierung geht in der Mittelfristigen Finanzplanung von einem moderaten Wirtschaftswachstum von jährlich 1,4 Prozent aus. Die Steuereinnahmen sind, wie es üblich ist, auf der Grundlage der Mai-Steuerschätzung eingepreist. Es sind jährliche Steuereinnahmeerhöhungen von etwa 180 Millionen Euro, die dort zu Buche stehen. Wir werden, wenn die regionalisierte November-Steuerschätzung vorliegt, genau sehen, ob das zutrifft oder ob dann noch geringfügige Abweichungen vorhanden sind.

Das größte Fragezeichen in der Mittelfristigen Finanzplanung war das Jahr 2020, weil der Länderfinanzausgleich und die Solidarpaktmittel auslaufen. Bei der Verabschiedung der Mittelfristigen Finanzplanung im Kabinett war dieser Punkt noch offen. Die Finanzministerin hat sich entschieden, mehrere alternative Szenarien in den Finanzplan aufzunehmen. Das hat auch der Rechnungshof begrüßt und als sinnvoll erachtet. Inzwischen haben wir Klarheit, die Fakten liegen auf dem Tisch. Der Konsolidierungsbedarf, der hier in der Vorlage noch für 2020 ausgewiesen ist, besteht nicht mehr.

Nun kommt die CDU-Fraktion – jetzt Opposition – mit einem Änderungsantrag zur Mittelfristigen Finanzplanung und fordert, dass Alternativrechnungen eingearbeitet werden sollen. Die Finanzplanung ist immer zu einem Stichtag im September. Das, was sich danach bei der Neuordnung des Bund-Länder-Finanzausgleichs ergeben hat, soll jetzt hier entsprechend neu mit eingearbeitet werden. Dann kommt die November-Steuerschätzung, die soll auch wieder mit eingearbeitet werden. Dann kommt das Nächste und soll auch wieder eingearbeitet werden. So sind wir noch nie mit der Mittelfristigen Finanzplanung umgegangen – noch nie! –, sondern es gab hier immer einen Stichtag.

(Unruhe DIE LINKE)

Das sind die Fakten. Alles andere, was jetzt noch kommt, liegt auf dem Tisch. Wir wissen es doch. Die Fakten liegen auf dem Tisch. Wir haben sie auch in der nächsten Sitzung im Haushalts- und Finanzausschuss. Es liegt überhaupt keine Notwendigkeit vor, diesem Änderungsantrag zuzustimmen.

Wenn ich sehe, wie schwierig es ist, für vier Jahre im Voraus die Planung vorzunehmen, und wenn ich mal überlege, in den letzten 20 Jahren, was dann immer noch für Abweichungen kamen, im Folgejahr, im zweiten oder dritten Jahr, geschweige denn im vierten Jahr – jetzt wird eine Projektion bis 2030 verlangt! Leute – ich sage das der CDU –, bleibt auf dem Teppich!

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Mittelfristige Finanzplanung für 2018 und 2019 weist einen Konsolidierungsbedarf aus. Ich verstehe das Geschrei bei der CDU-Fraktion nicht, weil Herr Dr. Voß, der Vorgänger von Frau Taubert, das ganz genauso gemacht hat. Das ist auch üblich. Das sind die Summen, die bei der Haushaltsaufstellung ausgeglichen werden müssen. Hier sind jeweils etwa 200 Millionen Euro oder etwas über 200 Millionen Euro für beide Jahre vorgesehen. Das muss ausgeglichen werden. Wir erwarten auch, dass die Landesregierung uns im nächsten Jahr einen ausgeglichenen Doppelhaushalt für 2018 und 2019 vorlegt. Und wir erwarten

(Abg. Dr. Pidde)

auch, dass dort keine Globalen Minderausgaben drin sind. Das haben wir schon einmal besprochen.

Die Regierung muss handeln. Es ist richtig, wenn der Rechnungshof sagt und die Regierungskoalition mahnt, wir müssen maßhalten – das stimmt. Nicht alles, was wir uns wünschen, ist finanzierbar. Das stimmt. Die Koalition muss weiter an den angefangenen Reformen arbeiten, auch wenn die nicht kurzfristig, sondern nur mittelfristig zu Einsparungen führen. Insofern gibt es gar keinen Grund zur Entwarnung. Ich bin dem Rechnungshof auch dankbar für seine kritischen Anmerkungen und will noch einmal aus der Stellungnahme zitieren: „Konsolidierung bedeutet das Erarbeiten einer Haushaltsflexibilität, um Ausgabeprioritäten neu bestimmen und Vorsorge für Konjunkturschwankungen treffen zu können.“ Daran müssen wir uns halten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Koalition stellt sich dieser Aufgabe. Wir haben diese Probleme, zum Beispiel steigende Pensionsausgaben. 25 Jahre lang haben CDU-Finanzminister keine ernsthafte Vorsorge dafür vorgenommen. Jetzt liegt hier ein Nachhaltigkeitsmodell auf dem Tisch – und ich hoffe, dass wir das in Kürze auch beschließen werden –, wie wir wirklich eine Vorsorge zur Abminderung dieser Ausgaben treffen können. Das Personalentwicklungskonzept ist noch von der Vorgängerregierung übernommen worden und wird aber fortgeschrieben. Konsequenter Stellenabbau steht im Vordergrund. Dazu ist eine interministerielle Arbeitsgruppe gebildet worden. Es soll keine Scheinreduzierungen geben, nicht Stellen wegstreichen und über die Sachkosten das Gleiche oder noch mehr als bei den Personalausgaben wieder zu bezahlen. Trotzdem zeigt die Mittelfristige Finanzplanung, dass die Personalausgaben steigen, trotz des Stellenabbaus, weil wir einfach die Tarif- und Besoldungserhöhungen haben. Die sind der Hauptfaktor.

Was der Rechnungshof mit einem Demografie-Check anregt, das scheint nachdenkenswert. Wichtig ist aber auch der Hinweis, der getroffen wird, dass eine Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform unbedingt notwendig ist.

Die CDU-Fraktion hat noch an einer anderen Stelle vom Rechnungshof einen Korb bekommen. Sie kritisieren immer, das Haushaltsvolumen wäre überbordend, seit Rot-Rot-Grün das Ruder in der Hand hält. Der Rechnungshof hat geschrieben: Die Diskussion auf die Entwicklung des Haushaltsvolumens zuzuspitzen, halten wir nicht für zweckdienlich. – Das ist aber eine Ohrfeige hoch drei!

Meine Damen und Herren, einen Satz noch zur Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände. Diese Stellungnahme ließ leider die Gelegenheit ungenutzt, die Einnahmen und Ausgaben des Lan-

des zu bewerten. Dabei wäre es wirklich gut und wünschenswert gewesen, wenn sich die kommunale Familie einmal intensiv mit den Möglichkeiten und Herausforderungen des Landeshaushalts beschäftigt hätte. Stattdessen steht in der Stellungnahme wieder nur drin: Die Kommunen brauchen mehr Geld. – Das kennen wir nun seit zig Jahren.

Meine Damen und Herren, die Mittelfristige Finanzplanung ist die Grundlage für die Aufstellung des nächsten Doppelhaushalts. Sie zeigt, die Finanzpolitik in Thüringen ist nachhaltig. Sie zeigt, dass auch in Zukunft wichtige staatliche Leistungen genauso wie Investitionen finanziert werden. Die Regierungskoalition hat sich vorgenommen, das ohne neue Schulden, sondern sogar mit Schuldentilgung vorzunehmen. Darauf können wir stolz sein. Ich bitte um Zustimmung zur Kenntnisnahme der Mittelfristigen Finanzplanung. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Vielen Dank. Als Nächster hat Abgeordneter Höcke für die AfD-Fraktion das Wort.

Abgeordneter Höcke, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, sehr geehrte Besucher auf der Tribüne! Sehr geehrte Frau Finanzministerin, herzlichen Dank für die Mittelfristige Finanzplanung, die Sie und Ihre Regierung vorgelegt haben. Das zunächst vorab. Allerdings ist das darin Stehende für mich natürlich wenig erfreulich und die Planung scheint mir auch nicht wirklich lagebasiert zu sein. Ich komme im Laufe meiner Rede noch mal dazu.

Erfreuliches, sehr verehrte Kollegen Abgeordnete, liest sich wahrlich anders, denn schon auf der Seite 4 muss die Landesregierung leider konstatieren – ich zitiere aus Ihrem Bericht –: „Die BIP-Entwicklung in Thüringen blieb mit einer Wachstumsrate von 1,1 % im Jahr 2015, wie auch bereits im Vorjahr, hinter dem Bundestrend zurück. Damit lag Thüringen auf dem drittletzten Platz aller Länder und blieb hinter seinem langfristigen Durchschnitt zurück.“ Und auch für das nächste Jahr geht das bekannte ifo-Institut Dresden von einem durchschnittlichen Wachstum von leider nur 1,3 Prozent aus. Auch die prognostizierte sinkende Arbeitslosenquote kann hier leider nicht zu einer Aufheiterung beitragen.

Lassen Sie mich das bitte, sehr verehrte Kollegen Abgeordnete, an einem Beispiel erläutern, am Beispiel des Altenburger Landes. Im Jahr 2003 betrug die Arbeitslosenquote im Altenburger Land erschreckende 21,9 Prozent oder in absoluten Zahlen ausgedrückt waren es am 31.12.2003 12.502 Menschen. Im Jahr 2015 betrug die Arbeitslosenquote

(Abg. Höcke)

nur noch 10,4 Prozent oder in absoluten Zahlen 5.004 Personen. Das hört sich zunächst einmal relativ gut und erfreulich an. Jedoch: Im Jahre 2003 hatte das Altenburger Land am Stichtag 31. Dezember 2003 genau 110.200 Einwohner und davon waren 37.800 erwerbstätig. Im Jahre 2015 hatte das Altenburger Land jedoch nur noch 92.375 Einwohner und 36.500 Erwerbstätige. In der Summe heißt das, dass die Zahl der Erwerbstätigen sogar um 1.300 gesunken ist. Das Absinken der Arbeitslosenquote ist also kein Hoffnungsschimmer und kein Hoffnungszeichen für eine wirtschaftliche Belebung. Sie ist in unseren Augen einzig und allein ein Alarmzeichen dafür, dass der Freistaat Thüringen droht, demografisch, menschlich auszubluten.

(Beifall AfD)

Keiner – und jetzt muss ich Sie alle ansprechen, außer meine Kollegen aus meiner Fraktion – von Ihnen, sehr verehrte Kollegen Abgeordnete, keine Fraktion im Thüringer Landtag hat in den letzten 25 Jahren – jedenfalls die, die in Regierungsverantwortung gestanden haben – die Familien und die Kinder zur Chefsache erklärt. Das hätte aber angesichts der demografischen schlimmen Entwicklung im Freistaat Thüringen unbedingt erfolgen müssen. Für jeden Politiker, der nicht nur in Legislaturen denkt, sondern der in Generationen denkt, wäre das eine Selbstverständlichkeit gewesen. Wir sind der Meinung, dass dieser demografische Niedergang, von dem schon oft geredet worden ist, gegen den aber leider noch nichts adäquat getan worden ist, eben nicht naturgesetzlich ist, und wir von der AfD haben den Willen, diesen demografischen Niedergang aufzuhalten.

(Beifall AfD)

Werte Kollegen von der Union, auch Sie haben sich in der Zeit Ihrer Regierungsverantwortung nicht mit Ruhm bekleckert. Die CDU hat Thüringen fast zwei Jahrzehnte als Niedriglohnland verkauft und damit massiv zur Abwanderung einer top ausgebildeten jungen Generation beigetragen.

(Beifall AfD)

Bei so einer Finanzplanung und in gleichgearteten Berichten muss man natürlich eine gewisse Schönfärberei in Kauf nehmen, das gehört zur Politik wahrscheinlich dazu. Kaum hinnehmbar ist es allerdings für uns, dass die Regierung immer noch keine Konzepte für den Fall entwickelt hat, dass im Jahre 2019 sämtliche befristete Regelungen mit finanziellen Auswirkungen für Thüringen nicht verlängert werden. Sehr geehrte Frau Finanzministerin, das ist in unseren Augen tatsächlich nichts anderes als Arbeitsverweigerung.

(Beifall AfD)

Denn in anderen Ländern wird eine andere Finanzpolitik gemacht, eine Finanzpolitik, die man tatsäch-

lich mal mit dem Begriff „etwas nachhaltiger“ beschreiben könnte, zum Beispiel in Sachsen und in Rheinland-Pfalz. Dort hat man bereits begonnen, Rücklagen für diesen Fall zu bilden. Wir fragen uns natürlich – wir als AfD-Fraktion fragen uns das zumindest: Warum haben Sie damit nicht begonnen, Frau Finanzministerin Taubert?

Auch wenn Sie wissen, sehr verehrte Damen und Herren von der Regierung, dass Sie 2019 wieder auf der Oppositionsbank landen werden, ist das, was Sie hier tun, für uns nichts anderes als eine staatspolitische Verantwortungslosigkeit.

(Beifall AfD)

Auch Ihr Umgang mit Zahlen – eigentlich sollte man das als Finanzpolitiker beherrschen – stimmt uns zumindest nachdenklich. Ich möchte mich hier mal ganz diplomatisch ausdrücken. Hierzu ein ganz konkretes Beispiel: Sie planen für den Zeitraum bis 2019, dass sich die Steuermehreinnahmen in den nächsten drei Jahren um satte 10 Prozent erhöhen werden. Gleichzeitig gehen Sie aber davon aus, dass die Thüringer Wirtschaftskraft um lediglich 1,3 Prozent pro Jahr steigen wird. Also entweder können Sie nicht richtig rechnen oder Sie planen eventuell doch, an der Steuerschraube zu drehen.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Wo ist denn die Steuerkompetenz des Landes?)

Das Erstere wäre traurig und das Letztere wäre verantwortungslos. Ich bitte die Frau Finanzministerin, heute hier dazu deutlich Stellung zu beziehen.

(Beifall AfD)

Ein weiteres Beispiel: In Ihrem – neudeutsch – Worst-Case-Szenario, also in Ihrem Schlimmsten-Fall-Szenario, gehen Sie davon aus, dass der Freistaat Thüringen im Jahr 2020 noch rund 6,8 Milliarden Euro Steuereinnahmen selbst generieren wird. Gleichzeitig folgen Sie aber in Ihrem Bericht einem anderen Modell, nämlich dem Modell der MPK, also der Ministerpräsidentenkonferenz, in dem die Steuereinnahmen nur auf knapp 5,6 Milliarden Euro taxiert werden. Wir fragen uns natürlich: Was ist denn jetzt die Grundlage Ihrer Finanzplanung? Was ist denn nun Ihr Schlimmster-Fall-Szenario? Das meinte ich, als ich am Anfang ausführte, dass Ihre Planung augenscheinlich nicht lagebasiert ist.

(Beifall AfD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen Abgeordneten, neben einem Einnahmenproblem haben Sie als Landesregierung tatsächlich auch ein massives Ausgabenproblem. Auch hierzu möchte ich Ihnen zwei Beispiele geben. So heißt es auf Seite 35 Ihres Berichts – ich zitiere –: „Wurden im Haushaltsjahr 2015 noch Ist-Ausgaben in Höhe von 199 Mio. EUR geleistet, so sind im Haushalt 2016 bereits 538 Mio. EUR und für das Jahr 2017 672 Mio. EUR für den Gesamtbereich Asyl und die

(Abg. Höcke)

unbegleiteten Minderjährigen etatisiert.“ Den Besuchern auf der Tribüne sei kurz angemerkt, um diese Zahlen einordnen zu können, dass der Gesamthaushalt des Landes Thüringen etwa bei 10 Milliarden Euro liegt. Ich zitiere weiter: „Zudem ist anzunehmen, dass sich Verschiebungen in der Ausgabenstruktur weg von den Ausgaben für die Erstaufnahme und die Zahlungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz hin zu Ausgaben“ – und das ist hochinteressant – „im Rahmen der sozialen Sicherungssysteme und Maßnahmen der Integration ergeben werden.“

(Beifall AfD)

Diese Aussage ist in zweifacher Hinsicht besonders interessant. Erstens: Obwohl Ihnen die ungeheure – anders kann man diese Zahlen nicht bezeichnen – Ausgabenbelastung durch die unkontrollierte und illegale Einwanderung bekannt ist, versuchen sie hier in Thüringen nach wie vor nicht, aktiv gegenzusteuern und Schaden vom Thüringer Steuerzahler abzuwenden. Nach dem Winterabschiebestopp forcieren Sie jetzt auch noch – auch ein Thüringer Sonderweg, ein unsäglicher Thüringer Sonderweg, wie ich betonen will – die unnötige und überflüssige Familienzusammenführung und muten den Thüringer Steuerzahlern nach wie vor eine lächerlich niedrige Abschiebequote von unter 10 Prozent zu.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie sind derart menschenfeindlich! Vorhin haben Sie noch die Familien gepriesen. Sie sind so verlogen!)

(Zwischenruf Abg. Kalich, DIE LINKE: Das ist ein Menschenbild!)

Das Zweite, was besonders interessant ist an dem Zitat, das ich hier entsprechend angebracht habe: Sie haben hier zum ersten Mal eingestanden, sehr verehrte Damen und Herren von der Landesregierung – und ich knüpfe da auch direkt an die Diskussion an, die wir, Frau Rothe-Beinlich, heute Morgen hier im Kontext der Interpretation der Zahlen des Thüringen-Monitors geführt haben, schwarz auf weiß steht es geschrieben und jeder kann es lesen –, dass die von Ihnen gewünschte Zuwanderung, dass die von Ihnen gewünschte Multikulturalisierung dieses Freistaats eine Einwanderung in unsere sozialen Sicherungssysteme ist.

(Beifall AfD)

Da diese Politik unsozial ist, deswegen kritisierte ich die Linken, deswegen kritisierte ich die SPD und Grünen zu Recht als Parteien der sozialen Kälte,

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ihre Hetze können Sie sich sparen!)

da diese Politik unsozial gegenüber denen ist, die jahrzehntelang in unsere Sicherungssysteme eingezahlt haben und jetzt leer ausgehen. Ich glaube, das versteht jeder von selbst.

(Beifall AfD)

Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, abschließend sei auf ein gigantisches Ausgabenproblem hingewiesen, das auch nicht aus dem Nichts entstanden ist. Ich meine die Versorgung der Ruhestandsbeamten. Der eine oder andere Vorredner hat dieses massive, dieses große Problem, das auf uns zukommt, auch schon angesprochen, aber ich weiß nicht, ob das in der notwendigen Deutlichkeit erfolgt ist.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Das ist im Ansatz schon Rassismus – Sozialrassismus!)

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bereits im Jahr 2020 wird sich dieser Betrag auf geschätzte 210 Millionen Euro erhöht haben. Wir haben also in den nächsten fünf Jahren in diesem Bereich einen Anstieg von über 60 Prozent. Frau Finanzministerin Taubert, haben Sie dafür Vorsorge getroffen?

Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, sehr geehrte Besucher auf der Tribüne, nach der Lektüre des Berichts ist klar, dass unser Freistaat nicht nur auf eine demografische, sondern leider auch auf eine finanzielle Katastrophe zusteuert. Der Bericht gibt keine Hinweise darauf, wie seitens der Landesregierung adäquat – und ich meine jetzt hier keine Schaufensterpolitik oder Schlafsandpolitik oder Sandmannpolitik – auf diese gewaltigen, gigantischen Herausforderungen reagiert wird. Wir als AfD-Fraktion fordern, dass die Landesregierung endlich geeignete Maßnahmen ergreift, um diesen finanziellen Supergau im Jahr 2019 abzuwenden. Sehr verehrte Frau Finanzministerin, das ist Ihre Schuldigkeit und das ist Ihre Amtspflicht. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Präsident Carius:

Vielen Dank. Als Nächster erhält Abgeordneter Müller für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Abgeordneter Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucherinnen und Besucher auf den Tribünen, die Mittelfristige Finanzplanung wurde uns im Finanzausschuss durch das Finanzministerium zur Beratung vorgelegt. Ich möchte jetzt erst mal, nachdem wir von dem finanzpolitischen Spre-

(Abg. Müller)

cher in spe der AfD – ich habe den noch nie im Finanzausschuss gesehen, aber vielleicht muss man das auch nicht – einiges Krudes gehört haben, einige Erklärungen zur Mittelfristigen Finanzplanung geben.

In der Mittelfristigen Finanzplanung ist ein Zeitraum, ausgehend vom Jahr 2016 – das beinhaltet auch den aktuellen Doppelhaushalt, daher sind dort auch Zahlen enthalten, die mittlerweile schon einer Änderung unterworfen sind, wie beispielsweise die Kosten im Justiz- und Migrationsministerium –, von fünf Jahren zu betrachten. Einerseits werden die voraussichtlichen Einnahmen – dazu haben wir schon einiges gehört – und andererseits auch die Ausgaben, wie sie voraussichtlich in den einzelnen folgenden Jahren auftreten können, dargestellt. Beide großen Positionen basieren auf Annahmen und Prognosen. Auch dazu haben wir schon etwas gehört. Die Steuereinnahmen unterliegen selbstverständlich konjunkturellen Entwicklungen, aber auch die Zuwendungen vonseiten des Bundes und der Europäischen Union. Das heißt, wir haben mehrere verschiedene Einnahmesäulen, auf die wir nur einen mittelbaren Einfluss haben. Ausgaben – das macht tatsächlich den größten Anteil des Landeshaushalts aus – sind an die durch das Land Beschäftigten gebunden. Hier haben wir die zukünftigen Lohnentwicklungen und die damit verbundenen Tarifabschlüsse zu berücksichtigen, die von uns nicht zu beeinflussen sind, die man dementsprechend vorsichtig angehen muss.

Der Mittelfristige Finanzplan stellt damit einen Rahmen oder eine Orientierung für die zukünftige Haushaltsführung dar und für uns Mitglieder im Haushaltsausschuss die Grundlage, die zukünftige Finanzplanung kritisch zu begleiten.

Der Mittelfristige Finanzplan wird mit jedem Haushalt neu überarbeitet und angepasst. Auch das haben wir schon gehört. Somit fließen auch neuere Erkenntnisse ein, aber eben nicht zu jeder Zeit und zu jeder Woche, denn dafür brauchte man dann keine Mittelfristige Finanzplanung mehr, die wäre damit obsolet und würde auch keinen Rahmen mehr hergeben. Bedingt durch eine anhaltend gute Binnenkonjunktur wird auch für die kommenden Jahre von steigenden Steuereinnahmen ausgegangen. Mit einem Wachstum von 1,5 Prozent im Durchschnitt liegen diesem Plan vorsichtige Steigerungen zugrunde, allerdings unterliegen auch diese Steigerungen Risiken: Wie entwickelt sich das wirtschaftliche Umfeld im Ausland? Keine Aussagen können wir beispielsweise über mögliche Auswirkungen – ich erinnere einfach nur an den Ausgang der Präsidentschaftswahlen in den USA – machen, denn hier wissen wir nicht, wie sich das Gebaren einer neuen US-Regierung hinsichtlich unserer wirtschaftlichen Aktivitäten auf dem US-amerikanischen Markt oder auch in anderen Märkten, in die

die USA wiederum regulatorisch eingreifen kann, verändert.

Positiv ist sicherlich die Entwicklung der Beschäftigungsverhältnisse zu bewerten. Eine steigende Beschäftigungszahl führt zu steigenden Steuereinnahmen und sinkenden Sozialausgaben. Gerade diese Position darf man auch nicht vergessen. Zwischen 2005 und 2016 ist die Arbeitslosigkeit in Thüringen von rund 17 Prozent auf nunmehr knapp 6,5 Prozent gesunken.

Doch trotz der positiven Tendenz bleibt die Lage insgesamt angespannt. Wir werden die Entwicklung aus diesem Grund aufmerksam begleiten. Insgesamt sehen wir über die vorausschauend dargestellten Jahre eine Gesamteinnahmenprognose pro Jahr in der Größenordnung von rund 10 Milliarden Euro. Diesen Einnahmen stehen Gesamtausgaben gegenüber, die durch die Einnahmen nicht vollständig gedeckt werden können. Auch das haben wir gehört. Es entwickelt sich möglicherweise ein Konsolidierungsbedarf. Der gestaltet sich in einem Rahmen von beginnend mit rund 200 Millionen Euro bis zu 397 Millionen in der Spitze im Jahr 2020. Unter anderem dieser Konsolidierungsbedarf – dazu hatte mein Kollege Herr Dittes schon ausgeführt – bedarf weiterer Anstrengung in der Haushaltskonsolidierung, auch wenn die Neugestaltung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen die Einnahmesituation über das prognostizierte Maß hinaus offensichtlich verbessern kann.

Die Finanzministerin hat über ihr vorgelegtes Nachhaltigkeitssmodell die weitere Schuldentilgung aufgezeigt. Wir begrüßen den vorgeschlagenen Weg hin zu sinkender Verschuldung und hin zu mehr Gestaltungsspielraum. Als Bericht der Landesregierung und beschlossen von dieser nehmen wir ihn als Landtag zur Kenntnis. Wir, Bündnis 90/Die Grünen, werden diesem zustimmen.

Sehr geehrte Damen und Herren, den uns vorliegenden Änderungsantrag der CDU – auch dazu ist bereits ausgeführt worden – werden wir ablehnen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Danke schön. Als Nächster erhält Abgeordneter Huster für die Fraktion Die Linke das Wort.

Abgeordneter Huster, DIE LINKE:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, das, was Höcke und Kollegen hier vortragen, war, denke ich, sehr exemplarisch. Es wird jedes Thema benutzt, um Katastrophenszenarien zu beschreiben, den Untergang des Landes

(Abg. Huster)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

oder der Währung herbeizureden, und dann durften natürlich die Rhetorik gegen die Flüchtlinge, das Verbreiten von Hass nicht fehlen. Ich hoffe, dass viele Menschen das hören und darüber nachdenken, wie einfach gestrickt eigentlich dieses Schema ist, das wir bei jedem Tagesordnungspunkt immer wieder hören.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu passt, dass das mit den unterlegten Fakten dann in den Sachdebatten doch nicht so genau genommen wird, sondern man sich irgendwas aus Einzelworten und Einzelbruchstücken zusammenreimt. Es reicht offenbar auch, was parlamentarischen Anstand betrifft, nur seine Meinung hier vorzutragen und dann den Saal zu verlassen und gar nicht mehr zu hören, ob wir hier im Austausch von Argumenten vielleicht das Gesagte auch infrage stellen oder widerlegen können.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sind Zustände hier, also da wundert man sich manchmal. Das geht ganz klar als Kritik an die AfD, meine Damen und Herren.

Werte Kollegen, zur Mittelfristigen Finanzplanung vielleicht folgender Einstieg: Wir alle wissen, dass die deutsche Einheit im Jahr 2020 dann 30 Jahre her sein wird, und es gab verschiedene größere Perioden, wie die neuen Bundesländer insgesamt in diesen Zeiten finanziert wurden. Idealtypisch kann man drei Phasen unterscheiden. Es gab nach 1990, nach der deutschen Einheit, vielleicht die erste Phase, die ging dann über die Etappe 1995, als die neuen Länder in den Länderfinanzausgleich einbezogen wurden. Die zweite Phase begann dann 2005 mit dem Solidarpakt II und damit war klar – ab 2005 wussten wir das alle –, dass umfangreiche Hilfen, die wir seitdem erhalten haben, im Jahr 2020 auslaufen werden.

Da zeitgleich der Länderfinanzausgleich von finanzstarken Bundesländern wie Bayern, Hessen und Baden-Württemberg beklagt wurde, weil man insgesamt weniger Geld in das Ausgleichssystem für ärmere Bundesländer geben wollte, war ebenfalls klar, dass das Jahr 2020 auch in dieser Hinsicht noch einmal ein wichtiges Schlüsseljahr sein wird. Jetzt stehen wir kurz davor, demnächst einen Doppelhaushalt für die Jahre 2018 und 2019 aufzustellen, die direkt in das Jahr 2020 münden werden. Da der Bundestag in der Zwischenzeit im Grundgesetz die Schuldenbremse beschlossen hat, wird diese im Jahr 2020 auch für alle Bundesländer gelten und demnach werden Kredite in konjunkturellen Normalzeiten nicht mehr möglich sein.

Das heißt ganz klar: Ab 2020 müssen auch die Länder viel stärker, als das bisher der Fall war, eine Haushalts- und Finanzwirtschaft vorweisen, die auf Deutsch gesagt mit dem vorhandenen Geld auskommen soll. In diesem Rahmen finde ich es überhaupt nicht ungewöhnlich, dass die jetzige Landesregierung und Ministerin Frau Taubert genau das machen, was ihre Vorgänger ebenfalls gemacht haben, nämlich vor der Beratung eines Haushalts einen Konsolidierungsbedarf aufweisen, der allen signalisiert: Wir müssen noch eine ganze Menge Gespräche führen mit den Ministerien und den Fachbereichen, um die Haushalte auszugleichen. Da ist ein Katastrophenszenario, sehr geehrte Kollegen der Opposition, überhaupt nicht angebracht.

Schaut man sich die Zahlen an, dann sieht man, dass es für die Jahre 2018 und 2019 bei ungefähr 10 Milliarden Euro Haushaltsvolumen um eine Größenordnung von circa 200 Millionen Euro geht, das heißt, es geht pro Jahr um circa 2 Prozent des Haushalts, die jetzt noch nicht untersetzt sind. Aber wir sind mit der Mittelfristigen Finanzplanung in einem Planungsinstrument, das wir üblicherweise zur Kenntnis nehmen. Wir sind jetzt noch gar nicht in den Haushaltsberatungen für den Haushalt 2018 und 2019.

Insofern darf ich an Herrn Dr. Dette und sein Sondergutachten aus dem Jahr 2010, glaube ich, erinnern – da waren wir kurz aus der weltweiten Finanzkrise heraus, die dann zur Wirtschaftskrise wurde –, und im Jahr 2010 hat der Rechnungshof in dem Sondergutachten prognostiziert und gesagt: Wenn sich nichts ändert, dann müssen wir im Jahr 2020 mit circa anderthalb Milliarden weniger Einnahmen einen Haushalt gestalten. Von damals 9 Milliarden Haushaltsvolumen standen 1,5 bis 2 Milliarden Euro an Einnahmen infrage. Wir haben im Prinzip jahrelang Haushalte unter der Maßgabe diskutiert: Wo kann man kürzen, um am Ende auf dieses Ausgabeniveau von 7,5 Milliarden zu kommen. Nun ist da erfreulicherweise eine Entwicklung eingetreten, lange Zeit stabile Steuereinnahmen, von der insbesondere wir auch hier profitiert haben, sodass das Ziel ausgeglichener Haushalte auch nach dem Jahr 2020 ohne massive Kürzungen in Leistungsgesetzen, beispielsweise Zerstörung von kultureller Vielfalt in Thüringen und von sozialen Einrichtungen, im Kern nicht nötig sein wird, weil wir eine stabile Steuerentwicklung haben.

Auch das an die Adresse der AfD-Kollegen, die heute Morgen gegen den Euro gesprochen haben aufgrund der Zinspolitik der EZB: Sie kommen zu einem politischen Ergebnis, das ich so überhaupt nicht teile. Ich will Ihnen zumindest ...

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Sie haben ja auch eine hohe Diät und bekommen einmal eine hohe Rente!)

(Abg. Huster)

Ja, Sie sind doch jetzt seit 1 Minute hier. Was stören Sie denn meinen Vortrag?

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Ist das Ihr Sachargument?)

Nein, ich will mein Sachargument sagen; ich komme ja nicht dazu, weil Sie hier von draußen reinkommen und mich hier anmachen.

Präsident Carius:

Entschuldigung, „anmachen“ ist das sicher nicht. Wenn ein Zwischenruf erfolgt und Sie sich mit den Fraktionen auseinandersetzen, gehört das zur Debatte.

Abgeordneter Huster, DIE LINKE:

Ich wollte ein Argument mit den Zinsen nennen. Die Kehrseite der niedrigen Zinsen ist nämlich, dass auf diese Art und Weise auch der Thüringer Landeshaushalt in den letzten Jahren erhebliche Ausgaben einsparen konnte. Wir waren mal bei circa 750 Millionen Euro und sind jetzt bei circa 450 Millionen Euro. Das heißt, auch diese 300 Millionen Euro pro Jahr sind dauerhafte Minderausgaben, die natürlich dann auch an anderer Stelle, an anderer Stelle nicht gestrichen werden müssen. Es ist überhaupt nicht so einfach. Deswegen aus dieser Politik der EZB zu folgern, dass der Euro falsch wäre, ist aus meiner Sicht ein völlig falscher Schluss. Es handelt sich hierbei eher um das Korrigieren oder um das Behandeln der nach wie vor vorhandenen Finanzkrise im europäischen Maßstab.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Erklären Sie das mal den Leuten, die Altersarmut haben!)

Ja, ist gut jetzt.

Dann will ich noch was zur Frage sagen, wie hoch man tilgen sollte, weil das Herr Kowalleck, glaube ich, kritisiert hat auch nach den üblichen Ritualen, wir würden zu wenig nachhaltig wirtschaften. Denken Sie an das Jahr 2015. Im Haushaltsplan waren vergleichsweise geringe Beiträge zur Tilgung alter Schulden veranlagt. Ich halte es auch für wichtig, aber ich glaube, das hat auch der Vorgänger von Frau Taubert begonnen, gerade in diesen konjunkturell unsicheren Zeiten nach der Finanzkrise nicht im Haushaltsplan sehr aggressiv Tilgung zu planen, sondern Rücklagen im Haushalt zu bilden – sagen wir mal 2 Prozent des Haushaltsvolumens, da wären wir so bei 200 Millionen Euro –, um konjunkturelle Schwankungen, Extremausschläge abzufedern, ohne dass sofort über Nachtragshaushalt mit Sparprogramm etc. geredet werden muss, und wenn die Schwierigkeiten nicht eintreten – sprich: wenn das Haushaltsjahr besser gelaufen ist als geplant –, zu sagen, jetzt tilgen wir signifikant alte Schulden. Das Paradebeispiel dafür ist das Jahr 2015. Die Finanzministerin hatte in etwa 25 Millio-

nen Schuldentilgung geplant, das Haushaltsjahr wurde erfolgreich abgeschlossen und es wurden zusätzlich knapp 75 Millionen Euro getilgt, sodass insgesamt 100 Millionen weniger Schulden da waren. Das war nämlich genau die Höhe, Herr Kowalleck, die zusätzlich in den Sondervermögen aufgelaufen ist, die wir vor allen Dingen aus der CDU-Zeit von CDU-Finanzministern geerbt haben, meine Damen und Herren. Deshalb meine ich, wir sollten die Kirche im Dorf lassen. Wir haben zum ersten Mal die Aussicht, auch über das Jahr 2020 hinaus eine gute Planbarkeit zu haben. Mit der Einigung der Ministerpräsidenten mit dem Bundesfinanzminister besteht die Aussicht, dass nach 2020 auch ein Thüringer Haushalt gestaltbar ist. Da muss ich ganz ehrlich sagen, Herr Dr. Dette, das hätte sicherlich auch 2010 so keiner erwarten können.

Ich plädiere nachhaltig dafür, dass man schaut, Rücklagen zu bilden und damit auch einen gesunden Mix zwischen der Tilgung alter Verbindlichkeiten und der entsprechenden Vorsorge im Haushalt zu machen. Dass wir auf der Ausgabenseite etwas machen müssen, dass Strukturen verändert werden müssen, das dürfte ja nun hier in den letzten Tagen hinreichend diskutiert worden sein. Strukturreformen sind natürlich notwendig, damit auch in den nächsten Jahren die Mittel des Landes sachgerecht und effektiv eingesetzt werden können.

Zum Antrag der CDU möchte ich noch so viel sagen – Dr. Pidde und Herr Müller haben dazu ja schon Stellung genommen –: Ein wichtiges Argument, Herr Kowalleck, das, was jetzt in Berlin vereinbart worden ist, ist noch kein Gesetz. Es ist unüblich in der Finanzplanung, obwohl es sich um eine große strukturelle Frage handelt, aber es wird nicht jede Wasserstandsmeldung zu einer neuen Finanzplanung aufgebaut, sondern die Dinge, wie zum Beispiel auch die Steuerschätzungen, werden einfach mit aufgenommen. Insofern ist es sachgerecht, dass wir die jetzige Finanzplanung mit dem Stichtag September dieses Jahres zur Kenntnis nehmen und dann die neuen Fakten, so sie denn Fakten sind, mit in die neu zu erarbeitende mittelfristige Finanzplanung einarbeiten.

Dann möchte ich letztlich noch sagen, Herr Kowalleck, Sie hatten ja in den letzten Monaten immer das Argument aufgebaut, Rot-Rot-Grün fährt den Haushalt gegen die Wand, und haben als Beispiel genommen, dass das Haushaltsvolumen signifikant steigt. Ich meine, dass die Anhörung gezeigt hat, dass Sie mit diesem Argument überhaupt keinen Blumentopf gewinnen können. Ich möchte Ihnen zumindest mal ein paar Bundesländer nennen, die ebenfalls eine Entwicklung des Haushaltsvolumens in den letzten Jahren haben, und dann bewerten Sie mal Ihr vorgetragenes Argument, ob das wirklich gegen uns spricht oder ob es sich nicht vielmehr um ein Spiegelbild einer positiven konjunkturellen Entwicklung in ganz Deutschland handelt,

(Abg. Huster)

das sich dann natürlich in den öffentlichen Haushalten, vorzugsweise in den Landeshaushalten, niederschlägt. In Baden-Württemberg war im Jahr 2014 das Haushaltsvolumen bei 41 Milliarden Euro und im Jahr 2016 bei 46 Milliarden Euro. In Bayern stieg das Haushaltsvolumen im selben Zeitraum von 50 auf 55 Milliarden Euro, in Brandenburg als einem neuem Bundesland von 10,2 auf 11,4 Milliarden Euro und in Sachsen von 17 auf 18,4 Milliarden Euro. Die Sachsen gehen sogar noch weiter. Wenn Ihre These stimmt, dann müssten die Sachsen eine ganz schreckliche Politik machen und das Land gnadenlos gegen die Wand fahren. Die beschließen jetzt einen Haushalt für 2018 und der sieht ein weiteres Wachstum der Ausgaben auf 18,7 Milliarden Euro vor. Also ich glaube, Herr Kowalleck, Sie sehen, dass Sie mit dem Argument wirklich nicht weit kommen. Ganz im Gegenteil, wir freuen uns, dass sich die Einnahmen insgesamt positiv entwickelt haben und dass damit eine Gestaltung, auch eine sozialverträgliche Gestaltung, von Landespolitik und auch ein Fokus auf bessere Investitionen als in der Vergangenheit wieder möglich ist, und das alles mit dem Ziel, Haushalte ohne neue Schulden aufzustellen. Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Herr Abgeordneter Kuschel, bitte.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Danke, Herr Präsident. Danke, Frau Finanzministerin. Meine Damen und Herren, es müssen noch Dinge klargestellt werden, die hier insbesondere vonseiten der CDU verkündet wurden. Über die sozialen Netzwerke versucht die CDU wieder den Nachweis zu erbringen, dass Rot-Rot-Grün angeblich die kommunalen Mittel gekürzt hat, und ist sich damit nicht zu schade, erneut den Beweis zu bringen, dass Sie vielleicht vieles können, aber rechnen nicht, oder Sie belügen die Öffentlichkeit bewusst. Beides wäre nicht in Ordnung, auch nicht für eine Oppositionspartei. Aus der besagten Anfrage, die der Kollege Kowalleck an die Landesregierung zum Vergleich der Kommunalfinanzen 2014, als die CDU regiert hat, und 2016, jetzt Rot-Rot-Grün, gestellt hat, geht hervor, dass die Finanzausgleichsmasse zunächst um 108 Millionen Euro gesunken ist – da ist aber schon das einmalige Hilfsprogramm von 135 Millionen Euro berücksichtigt –, aber dass im gleichen Zeitraum die Steuereinnahmen der Gemeinden um 132 Millionen Euro gestiegen sind und die Zahlungen außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs an die Kommunen von 758 Millionen Euro auf 1,108 Milliarden Euro, also um rund 350 Millionen Euro. Wenn ich das addiere,

dann bin ich bei einem Saldo von 374 Millionen Euro.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt frage ich Sie, wie Sie zu dieser Aussage kommen, Rot-Rot-Grün wird angeblich die kommunalen Gelder kürzen. Da sind bestimmte Fragen, was Änderungen der Aufgaben betrifft, überhaupt nicht enthalten. Also eine Opposition muss sich hier in der Debatte schon besser vorbereiten. Ich will Ihnen nicht unterstellen, dass Sie die Öffentlichkeit bewusst täuschen.

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Kowalleck, CDU: Sie beleidigen die kommunalen Spitzenverbände! So gehen Sie mit denen um!)

Meine Damen und Herren, es ist also vom Vertreter der CDU hier außer einer Kritik an Rot-Rot-Grün nichts gekommen, wieder kein eigenes Konzept. Aber das hat Tradition bei der CDU seit 2014: kein eigenes Konzept, nicht mal ansatzweise. Aber zumindest machen Sie es nicht so plump wie die andere Oppositionspartei, die nur Ängste verbreitet und dabei den Nachweis erbringt, dass sie finanzpolitisch nicht mal Grundschulniveau sichern kann. Da behauptet der Fraktionsvorsitzende, das Land dreht an der Steuerschraube. Wo liegt denn die Kompetenz für das Steuerrecht im föderalen Staatsaufbau? Wo liegt sie denn? Beim Bund.

(Unruhe AfD)

Das Land hat eine Steuer, die es gestalten kann, und das ist die Grunderwerbsteuer. Die macht nicht mal 1 Prozent des Landeshaushalts aus – nicht mal 1 Prozent.

(Unruhe CDU)

Das ist Ihre Kompetenz. Oder dieser Fraktionsvorsitzende verbreitet Ängste, indem er hier die These aufstellt, möglicherweise könnte das Land die Pension für die Beamten nicht bezahlen und es gibt eine Flucht in die Sozialsysteme. Ich sage es deutlich: Wer solche Ängste schürt und insbesondere Sozialleistungen einzelnen

(Unruhe AfD)

Menschen vorenthalten will, der macht eins: Sozialrassismus, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist ungehörig.

(Beifall DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, natürlich spielen die Kommunen auch bei der Mittelfristigen Finanzplanung eine wichtige Rolle. Ein Drittel des Landeshaushalts fließt in die Kommunen – mehr als 3 Milliarden Euro. Und die Kommunen haben natürlich Probleme, auch deswegen debattieren wir Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform. Ich will noch mal die Fakten benennen: Die Kommunen geben

(Abg. Kuschel)

gegenwärtig 1,5 Milliarden Euro für Personal aus, aber nur noch 500 Millionen Euro für Investitionen. Dieses Verhältnis geht auf Dauer nicht, weil ein Investitionsstau entsteht. Jetzt geht es nicht um den Personalabbau, sondern um Strukturveränderungen, sodass mehr Mittel für Investitionen zur Verfügung stehen, um dieses Verhältnis zugunsten der Investitionen zu verbessern. Die Kommunen schöpfen auch nicht alle Einnahmemöglichkeiten aus. Sie lassen de facto 120 Millionen Euro im Jahr auf der Straße liegen, weil aufgrund der Kleingliedrigkeit insbesondere fast 600 Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften gar nicht in der Lage sind, diese Einnahmepotenziale auszuschöpfen. Sie tun damit den Steuerpflichtigen nicht mal einen Gefallen, weil es nicht zur Entlastung führt. Beispiel: Rund 700 Gemeinden haben einen Hebesatz bei der Gewerbesteuer unter 400 Hebesatzpunkten. Bis zum Hebesatz von 400 kann aber der Einzelunternehmer seine Gewerbesteuer als Zahlung mit der Einkommensteuer verrechnen. Das heißt, die Einzelunternehmer sparen in den Gemeinden überhaupt nicht. Sie zahlen eben mehr Einkommensteuer anstatt der Gewerbesteuer. Wer so verantwortungslos Geld liegen lässt, muss das Einschreiten des Gesetzgebers nicht beklagen, denn das können wir uns nicht mehr leisten. Oder die ungelösten Probleme im Zusammenhang mit der Zerlegung der Gewerbesteuer bei mehreren Betriebsstätten, bei temporären Betriebsstätten: Alles Dinge, die ungelöst sind, weil in kleinen Verwaltungen mit weniger als 20 Beschäftigten überhaupt nicht die Fachleute da sind, die sich mit solchen Fragen beschäftigen können. Ebenso die Probleme bei der Festsetzung der Grundsteuer: Nach wie vor wird ein Großteil ...

Präsident Carius:

Herr Abgeordneter Kuschel, es gibt zwei Anfragen von Kollegen.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Von dieser rechten Seite da, da ist mir meine Zeit zu schade.

Präsident Carius:

Und von der Abgeordneten Tasch, lassen Sie die Anfrage zu?

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Nein.

Präsident Carius:

Auch nicht, okay.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Eine Vielzahl von Grundstücken werden bei der Grundsteuer B immer noch nach dem Einheitswert von 1935 bewertet. Das sind also ungelöste Probleme, die müssen wir in den Griff bekommen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das hat dann auch Auswirkungen auf die Mittelfristige Finanzplanung. Ich will noch mal sagen: Wir haben 2016 einen Finanzausgleich auf den Weg gebracht, der besser die Bedarfe abbildet als vorher. Wir sind noch nicht am Ende; mit dem Finanzausgleich 2018/2019 werden wir da nachbessern müssen. Das große Problem ist noch die differenzierte Entwicklung bei den Kommunen – das will ich noch abschließend sagen, jetzt ist meine Redezeit vorbei –, diese unterschiedliche Entwicklung, dass also die Leistungskraft der Gemeinden auseinandergeht. Auch da können wir als Land nicht einfach zusehen und müssen handeln. AfD und CDU haben dafür aber nicht mal ansatzweise ein Konzept. Wir werden das mit dem Finanzausgleich 2018 und mit der Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform auf die Reihe bekommen. Danke.

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Carius:

Danke schön für diesen Beitrag zum „Finanzrassismus“. Nein, das war jetzt etwas anderes – gut.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Sozialrassismus!)

Ich habe Ihren Beitrag – aber wie auch immer. Die Finanzministerin hat das Wort, bitte schön.

Taubert, Finanzministerin:

Sehr geehrte Damen und Herren, werte Besucherinnen und Besucher, die Mittelfristige Finanzplanung, die wir dieses Jahr vorlegen, ohne einen Haushalt hinzuzufügen, basiert auf § 31 Abs. 1 der Thüringer Landeshaushaltsordnung in Verbindung mit § 9 und § 14 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft und § 50 Haushaltsgrundsätzegesetz. Das heißt, wir müssen jedes Jahr die Finanzplanung aktualisieren, auch wenn wir den Haushalt nicht vorlegen. Es ist schon einiges dazu gesagt worden.

Jetzt wende ich mich mal an Sie, die das mal nachschauen wollen: Auf der Internetseite des Finanzministeriums können Sie das runterladen, damit Sie im Nachgang zumindest noch wissen, worüber wir uns hier unterhalten haben.

Dankenswerterweise hat auch der Landesrechnungshofpräsident seine Stellungnahme ins Internet gestellt. Alles unter thueringen.de speziell zu finden, um nachlesen zu können, was mit der Bewertung des Landrechnungshofs zu dieser Finanzplanung gemeint ist.

(Ministerin Taubert)

Es ist völlig klar, dass unterschiedliche Blickwinkel natürlich auch unterschiedliche Ergebnisse ergeben. Aber eines möchte ich sowohl Herrn Kowalleck als auch Herrn Höcke sagen: Lesen bildet unheimlich und vollständiges Lesen klärt sogar auf.

(Heiterkeit und Beifall DIE LINKE, SPD)

Das hat aber das Risiko, dass man hinterher als Opposition nicht so sehr viel Kritik üben kann. Deswegen sind Sie dem Risiko wahrscheinlich aus dem Weg gegangen und haben durch mangelhaftes Lesen nicht alles mitbekommen, was in der Mittelfristigen Finanzplanung steht. Denn nicht ohne Grund hat der Rechnungshof gesagt, dass die Mittelfristige Finanzplanung, so wie sie jetzt auch dargestellt wurde – dafür danke ich meinen Kolleginnen und Kollegen von der Haushaltsabteilung sehr –, doch sehr nachvollziehbar ist.

Ich möchte mit den Wirtschaftsprognosen anfangen. Natürlich konnte bei grobem, überflüchtigem Lesen – vielleicht auch nur beim Lesen durch den Referenten – nicht auffallen, Herrn Höcke nicht auffallen, dass wir natürlich etwas genauer gearbeitet haben, als man es offensichtlich der Finanzverwaltung unterstellt. Wir haben natürlich zum einen die Wirtschaftsprognosen, die uns der Bund über die Wirtschaftsweisen bringt, zum anderen haben wir verschiedene Beschlüsse im laufenden Haushaltsjahr mit dem Bund, oder der Bund hat Entscheidungen getroffen, auch zum Teil gemeinsam mit den Ministerpräsidenten. Die stehen natürlich alle schon in dieser Mittelfristigen Finanzplanung eingepreist mit drin. Das führt dazu, dass zwar das BIP in der Prognose leicht sinkt. Das ist zumeist so, weil man nicht so weit in die Zukunft schauen kann. Aber die Entscheidungen, die auf Bundesebene auch für die Bundesländer und für die Kommunen – das will ich ergänzen – getroffen wurden, die zeigen bei den Umsatzsteuern für die Bundesländer nach oben. Das heißt, wir bekommen vom Bund Anteile an den Umsatzsteuern, haben damit Steuermehreinnahmen. Das hängt einmal mit der Flüchtlingsvereinbarung mit dem Bund zusammen, das hängt zusammen mit der Eingliederungshilfe, die vom Bund sowohl an die Kommunen als auch zum kleinen Teil an die Bundesländer fließen. Deswegen steigen die Steuereinnahmen trotz dieses sinkenden BIP. Das heißt, es gibt eine veränderte Verteilung zwischen Bund und den Ländern. So einfach ist das.

Zum Zweiten haben wir – ich will auch die Seite benennen, Seite 23, damit das Nachschlagen und das Nachlesen einfacher werden – unterschiedliche Szenarien aus den letzten Vereinbarungen zwischen den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und dem Bund, der Bundeskanzlerin, auch mit eingearbeitet. Dieser Kompromiss oder dieser Vorschlag von den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten zu dem Länderfinanzausgleich

liegt seit Dezember 2015 auf dem Tisch. In diesen Verhandlungen, die in den vergangenen Jahren sehr zäh gewesen sind, war klar: Der Bund hat auch eine Vorstellung davon. Die Vorstellungen sind im Laufe der Verhandlungen ein Stück weit aneinandergekommen. Es gab dann nur noch einen Dissens, was die Höhe betroffen hat, aber viele Faktoren waren schon festgelegt. Deswegen haben wir gesagt, wir machen für 2020 den schlimmsten Fall, den Worst Case. Wir machen eine Finanzplanung, die mittendrin liegt, nämlich zwischen dem Worst Case und diesem Modell, was die Ministerpräsidentenkonferenz vorgestellt hat. Da kann ich auch gleich aufklären, das erspart uns den Änderungsantrag der CDU-Fraktion. Es geht um die Frage: Wie wirkt sich denn jetzt dieser Bund-Länder-Finanzkompromiss aus? Das ist ganz einfach. Wenn Sie auf Seite 23 schauen, dann haben wir gesagt, wir nehmen die Finanzplanung – das ist unsere Finanzplanung 2020. Da sind unterschiedliche Fachtermini. Es geht darum, ob verschiedene Sonderbedarfsergänzungszuweisungen und die Entflechtungsmittel weiterlaufen. Die Entflechtungsmittel fallen nach dem Kompromiss raus. Dafür gibt es sogenannte Gemeinde-SoBEZ. Ich will das kurz erklären: Unsere Gemeinden – das ist auch schon oft angesprochen worden – haben leider keine so hohen eigenen Steuereinnahmen aus Grundsteuer, Gewerbesteuer, Anteilen aus der Einkommensteuer und weiteren Steuerzuweisungen. Sie liegen also weit unter dem, was zum Beispiel bayerische Kommunen oder auch hessische Kommunen einnehmen. Um diese Differenz auszugleichen, hat der Bund eine besondere Ergänzungszuweisung für die zukünftige Finanzierung der Bundesländer geschaffen, weil wir als Bundesland auch ein Stück weit diese Steuerschwäche der Gemeinden ausgleichen müssen. Die beträgt 305 Millionen Euro – alles rein rechnerisch. Dazu kommen noch Forschungsmittel in Höhe von 16 Milliarden Euro, sodass wir für 2020 sagen können: Die Mittelfristige Finanzplanung, die bisher diesen Kompromiss so eingeplant hat, wird ungefähr auf null gestellt. Das heißt, das Defizit, was 2020 dort drinsteht, ist ungefähr null. Ganz genaue Zahlen wird man dann tatsächlich erst wissen können, wenn das Jahr 2019 heran ist.

Dass Herr Höcke hier vom Pult aus erzählt hat, dass wir keine Rücklagen bilden, das verwundert. Mittlerweile sitzt er auch zwei Jahre hier mit in diesem Rund.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Mehr oder weniger!)

Offensichtlich interessiert er sich recht wenig dafür, was das Parlament so tut und auch die Landesregierung. Hauptsache, man kann Bashing betreiben!

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Ministerin Taubert)

Wir haben seit 2014 Rücklagen gebildet. Auch da muss ich Sie bitte bemühen, vielleicht hilft Ihnen Herr Kießling von Ihrer Fraktion und liest noch mal den Haushaltsplan und auch die Jahresabrechnung 2015. Ich denke, Sie beherrschen das. Dann klären Sie mal Ihren Fraktionsvorsitzenden auf, dass wir natürlich Rücklagen haben – Konjunkturausgleichsrücklage heißt das sogar. Es wäre schön, wenn man nicht mit Unwahrheiten oder Unwissen den anderen Vorwürfe machen würde, sie würden nichts tun.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Erst wird etwas rausgenommen, dann wird es wieder reingelegt!)

Es wäre schön, Herr Möller, wenn es mal qualifiziert wäre.

Ich möchte auch etwas zu den Risiken sagen, weil auch da gesagt wird – die CDU möchte das in ihrem Antrag gern aufgreifen –, dass wir bis 2030 planen. Aber, Herr Kowalleck, mal ganz allen Ernstes: Wollen Sie, dass wir in die Glaskugel schauen und Orakel sind, oder wollen wir seriöse Finanzpolitik machen?

(Zwischenruf Abg. Kowalleck, CDU: Ach ja, Sie waren nicht im Haushalts- und Finanzausschuss! Da haben wir das mit dem Präsidenten diskutiert!)

Ja, Sie können das lang diskutieren. Das mag sein. Aber Sie können diese Planung nicht vorlegen. Selbst wenn Sie nicht nur wollten, sondern wenn Sie in meiner Funktion wären, könnten Sie es nicht tun.

(Zwischenruf Abg. Kowalleck, CDU)

Was haben Sie von dieser Planung bis 2030? Es kann sein, dass Herr Schröder das gern macht, ich weiß auch nicht, warum. Sie wollen über 13 oder 14 Jahre eine Prognose: Wie ist die wirtschaftliche Entwicklung? Welche Risiken können Sie wie einkreisen? Sie wären schlauer, Herr Kowalleck, als die Wirtschaftsweisen, die am Ende die BIP-Prognose machen. Ich will mir das natürlich nicht anmaßen – ich kann das auch nicht, das muss ich jetzt so sagen, ich bin nur Finanzministerin des Freistaats Thüringen. Deswegen muss ich das natürlich ablehnen. Man kann nicht so weit schauen. Ich will Ihnen auch einen Beweis geben: Der Haushalt 2014 – die Kollegen, die mit im Kabinett gesessen haben, wissen das – ist 2012 geplant worden. Nun gucke ich Herrn Geibert an, weil er damals für das Innenministerium zuständig war und für die Flüchtlingsunterbringung.

(Zwischenruf Abg. Dr. Voigt, CDU: Sie planen die Gebietsreform bis 2035 und jetzt er-

zählen Sie, dass Sie nicht mal finanziell bis 2030 planen können?)

Nein, ich soll eine Finanzprognose, eine Einnahmenprognose des Freistaats Thüringen machen

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Eine Ausgabenprognose!)

und eine Ausgabenprognose dazu. Das kann ich nur, wenn ich die Einnahmen kenne. Aber lassen Sie, Herr Voigt!

Ich wollte sagen: 2012 konnte keiner voraussehen, welche Flüchtlingsausgaben 2014 gekommen sind. Jetzt wollen Sie aber, dass wir bis 2030 in die Glaskugel schauen. Ich denke, das ist eine Frage der Unmöglichkeit. Das kann man nur fordern, wenn man nicht in Regierungsverantwortung ist.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Meine Damen und Herren, es ist schon viel gesagt worden. Ich will noch auf das Thema „Kommunen“ kommen, Herr Kowalleck. Dass ich mich zu der Resolution geäußert habe, liegt zum einen daran, dass sie mir vom Landkreistag zugesandt worden ist, und zum Zweiten, dass die einzelnen Thesenanstriehe natürlich auch für selektives Lesen beim Landkreistag stehen. Der Ministerpräsident hat gesagt: in Bezug auf die auslaufenden Regelungen. Das hat im Übrigen der Landkreistag dann auch noch mal wiederholt, er leitet aber daraus ab, so quasi 472 Millionen sind denn doch da, davon wollen wir was abhaben.

Darüber hinaus werde ich auch zitiert zur Frage: Was ist Jahresmitte an Einnahmenüberschuss gegenüber den Ausgaben da? Das heißt nicht Mehreinnahmen. Dann wird noch mal gesagt: Im Übrigen gibt es auch noch Steuereinnahmen, 200 Millionen mehr in 2016 und 200 Millionen mehr in 2017. Daraus schließt man, dass der Freistaat per se mehr Geld hat. Diese Ableitung ist natürlich falsch.

Genauso finde ich es einfach nicht richtig – ich will das so freundlich beschreiben –, wenn der Landkreistag uns ganz empört schreibt: Die Hessen machen was, die Sachsen-Anhalter machen was und ihr macht nichts. Es wird völlig verschwiegen, dass wir, gerade um den Gemeinden in so einer schwierigen Situation zu helfen, für 2016 und 2017 jeweils 25 Millionen, in Summe 50 Millionen, in ein Sonderpaket geschnürt haben, um bestimmte Ausgabenpositionen und bestimmte Leistungen, Sozialleistungen in aller Richtung überhaupt finanzieren zu können. Dazu sagt der Landkreistag kein Wort. Er schimpft nur und sagt: Ihr macht ja nichts. Ich finde das unredlich, wenn man sich auf dieser Basis dann noch hinstellt und sagt: Jetzt müsst ihr mit uns in Verhandlungen treten, damit es mehr Geld gibt.

Ich denke schon, dass es darum geht, die Kommunen sachgerecht auszustatten. Da bitte ich mal

(Ministerin Taubert)

einen Blick auf Seite 40 zu werfen, auch das will ich Herrn Kowalleck jetzt nicht ersparen. Wenn Sie sich das Schema mal angucken, da steht – ich nehme nur die oberen Begriffe –: 3,392 Milliarden in 2016, 3,494 in 2017, 3,639 in 2018, 3,682 in 2019, 3,720 Milliarden Euro in 2020. Das sind die Einnahmen, nämlich FAG-Masse und Steuerprognose für die Kommunen. Wenn Sie es sich anschauen, wenn Sie mitgerechnet haben, merken Sie, es geht immer bergauf. Das heißt, es gibt mehr Steuereinnahmen und zumindest einen leicht ansteigenden kommunalen Finanzausgleich, nämlich von 1,9 Milliarden Euro auf 1,95 Milliarden Euro zwischen den Jahren 2017 und 2018, was sich 2019 fortsetzt. Also es kann nicht die Rede davon sein, dass wir schon in unserem Partnerschaftsmodell, das wir gemeinsam mit den Kommunen geschlossen haben, die Mehreinnahmen einstecken und die Kommunen nichts abbekommen. So einfach ist die Welt nicht. Deswegen ist es, denke ich, sachgerecht, dass wir uns auf einem vernünftigen Niveau, nämlich ehrlich, in die Augen schauen: Wer hat welche Mehreinnahmen und wo muss noch geholfen werden? Dafür steht die Landesregierung jederzeit den Kommunen gesprächsbereit zur Verfügung. Ich danke Ihnen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, jedenfalls nicht von Fraktionen, die noch Redezeit haben, sodass ich damit die Aussprache schließe.

Wir kommen damit zur Abstimmung, zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 6/3000, der eine Neufassung der Beschlussempfehlung beinhaltet. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen der CDU-Fraktion. Gegenstimmen? Aus den Koalitionsfraktionen. Enthaltungen? Aus der AfD-Fraktion. Damit mit Mehrheit abgelehnt.

Damit kommen wir jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses in der Drucksache 6/2972. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen der Koalitionsfraktionen. Danke schön. Gegenstimmen? Aus der CDU- und AfD-Fraktion. Enthaltungen? Keine. Daher mit Mehrheit angenommen.

Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15**

Geänderte Sicherheitslage im Freistaat endlich ernst nehmen – Bürger wirksam vor terroristischen Anschlägen schützen

Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 6/2687 - Neufassung -
dazu: Alternativantrag der Fraktion der AfD
- Drucksache 6/2740 -

Die Fraktion der CDU wünscht das Wort zur Begründung, soweit ich verstanden habe. Herr Abgeordneter Fiedler hat das Wort.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! „Geänderte Sicherheitslage im Freistaat Thüringen endlich ernst nehmen – Bürger wirksam vor terroristischen Anschlägen schützen“ – gestatten Sie mir, mit einem aktuellen Zitat zu beginnen: Wir sind in Deutschland auf der höchsten Ebene von Bedrohungsszenarien, eine Steigerung ist für mich kaum noch vorstellbar.

(Beifall AfD)

Diesen Satz hat Bernd Palenda, der Leiter des Berliner Verfassungsschutzes, am 3. November 2016 nach der Verhaftung eines mutmaßlichen IS-Terroristen gegenüber dem ZDF gesagt. Ich will die wenigen Minuten zur Begründung unseres Antrags jetzt nicht dazu nutzen, die inzwischen sehr lange und vor allem traurige Liste aller Terrorakte in Europa und Deutschland seit 2015 aufzuzählen, um den Ernst der Lage zu verdeutlichen. Aber ich will schon im Gedenken an die vielen unschuldigen Opfer und zur Verdeutlichung der Nähe der Bedrohungslage auf ein paar Anschläge und Vorfälle in Deutschland hinweisen: Am 18. Juli 2016 bei einem Anschlag in einer Regionalbahn bei Würzburg verletzt ein Flüchtling aus Afghanistan fünf Menschen mit einem Beil, vier davon schwer. Bei einem Sprengstoffanschlag am 24. Juli 2016 in Ansbach verletzt ein syrischer Flüchtling 15 Personen, viele davon ebenfalls schwer. 6. Oktober 2016 Messerangriff in Hamburg auf einen 16-Jährigen, der seinen Verletzungen erliegt – der IS bekennt sich zu der Tat. Aber auch die zwei Sprengstoffanschläge in Dresden am 27.09.2016 und den Amoklauf in München im Juli will ich hier nennen. Tatsache ist, dass Deutschland Ziel terroristischer Aktivitäten und Anschläge geworden ist. Dem müssen wir uns schnell und vor allem mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entgegenstellen und wir müssen natürlich auch Geld in die Hand nehmen, allerdings nicht nur für neue Taschenlampen und Handschuhe für unsere Polizisten

(Beifall AfD)

und ein Versprechen, neue Schutzhelme und Westen zeitnah anzuschaffen – hierzu bedarf es viel mehr. Insbesondere aus den Reihen der Gewerkschaften hört man zu diesem Thema Erschreckendes, etwa wenn es um die Frage geht, ob unsere

(Abg. Fiedler)

Polizei zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf einen Anschlag zum Beispiel nach dem Muster von Paris im November 2015 vorbereitet und trainiert sei, also auf eine Situation, bei der bewaffnete Attentäter an zwei oder drei Orten gleichzeitig angreifen, oder auch bei der Frage, ob die vorhandene Sicherheitsausrüstung, insbesondere Waffen oder gepanzerte Fahrzeuge, für ein derartiges Szenarium vorhanden ist – Fehlanzeige. Auch mangelt es an einem mit allen Sicherheitsbehörden des Landes und Rettungskräften abgestimmten Sicherheitskonzept usw. usf. Hier muss der Freistaat endlich den Ernst der Lage erkennen, entsprechende Maßnahmen ergreifen und nicht, wie bei der Mafia geschehen, die Feinde unserer Demokratie regelrecht zum Verweilen – gegebenenfalls – einladen.

(Beifall AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will an dieser Stelle ausdrücklich festhalten: Unser Antrag ist keine Panik- oder Angstmake, wie es sicher gleich aus den Reihen der Koalition zu hören sein wird, auch keine Wiederholung unseres Sicherheitsantrags vom März 2015. Die Sicherheitslage ist ernst, und zwar sehr ernst. Aber im Gegensatz zur Landesregierung, die auf diesem Gebiet seit 2015 weitgehend untätig geblieben ist, verschließen wir nicht die Augen vor dieser Situation. Danke.

(Beifall CDU, AfD)

Präsident Carius:

Vielen Dank. Wünscht die AfD-Fraktion das Wort zur Begründung? Das ist nicht der Fall. Dann hat die Landesregierung einen Sofortbericht zu Nummer 1 des AfD-Antrags angekündigt. Herr Staatssekretär Götze, Sie haben das Wort.

Götze, Staatssekretär:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ich bin der CDU-Fraktion erst mal dankbar, dass sie dieses wichtige Thema hier aufgerufen hat. Ich glaube, die von Ihnen aufgezählten Ereignisse, Herr Fiedler, haben uns alle sehr schockiert. Die haben uns die Bedrohungslage, die in Europa herrscht, die in Deutschland herrscht, die in Thüringen herrscht, noch mal sehr verdeutlicht und in Erinnerung gerufen. Es ist aber nicht so, dass wir hierauf in den letzten Jahren nicht reagiert hätten. Ich möchte Ihnen das auch im Einzelnen darlegen.

Zur Bewältigung von Lageszenarien im Sinne der Fragestellung verfügen die Polizeien von Bund und Ländern – auch die Thüringer Polizei – über ein breites Spektrum an Handlungsoptionen. Mit Blick auf die Komplexität solcher Lagen stehen Vorschriften und Handlungsanleitungen zur Verfügung, die dem zwingenden Erfordernis länderübergreifender

Kompatibilität Rechnung tragen. Für die Thüringer Polizei existieren Konzeptionen zur Bewältigung tradierter polizeilicher Lagen. Im Wesentlichen orientieren sich diese am System der Polizeidienstvorschriften und greifen beispielsweise bei Bedrohungs-, Amok-, Geisel- respektive Anschlagslagen. Die von Ihnen bereits erwähnten aktuellen Ereignisse in Europa und Deutschland haben jedoch gezeigt, dass es den Einsatzkräften insbesondere zu Beginn von Einsatzsituationen oftmals schwer möglich ist, eine treffsichere Lageeinschätzung hinsichtlich des Einsatzanlasses vorzunehmen. Vor diesem Hintergrund sowie auf Basis länderübergreifender Abstimmungen wurde im Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales für die Thüringer Polizei der Rahmenerlass zu lebensbedrohlichen Einsatzlagen der Thüringer Polizei erarbeitet, damit im Rahmen einer Lagebeurteilung eine frühzeitige Differenzierung vorgenommen und sodann die geeignetsten taktischen Maßnahmen zur Lagebewältigung ergriffen werden können. Dieser Erlass steht den polizeilichen Behörden und Einrichtungen seit dem 01.09.2016 zur Verfügung.

Entsprechend eines systematischen Ansatzes finalisiert darauf aufbauend die Landespolizeidirektion die Handlungskonzepte in Form eines Rahmenbefehls zur Bewältigung von lebensbedrohlichen Einsatzlagen. Neben taktischen Handlungsprotokollen sind organisatorische und personelle Festlegungen vorgesehen, die der Thüringer Polizei einen schnellen Übergang aus der Allgemeinen Aufbauorganisation hin zu einer anlassbezogenen Besonderen Aufbauorganisation ermöglichen. Diese konzeptionellen Vorbereitungen versetzen die Thüringer Polizei in die Lage, unabhängig vom Zeitpunkt und der Örtlichkeit eine lebensbedrohliche Einsatzlage und somit auch eine terroristische Bedrohungslage erfolgreich zu bewältigen. In diesem Zusammenhang ist von besonderer Bedeutung, dass unsere Polizistinnen und Polizisten hinsichtlich des taktischen Umgangs mit Terror- oder Anschlagsszenarien bereits einen hohen Ausbildungsstand vorweisen können. Dies begründet sich darin, dass aufgrund der Ähnlichkeit zu Bedrohungs- oder Amoktaten solide und stabile Ausbildungsstände durch die Grundlagen- und Aufbau Seminare des Polizeilichen Einsatztrainings, kurz PET, in der Thüringer Polizei bestehen. Das Konzept PET wird gegenwärtig im Rahmen einer länderübergreifenden Zusammenarbeit mit spezieller Ausrichtung auf terroristische Einsatzszenarien fortgeschrieben, um die Handlungskompetenz weiter zu erhöhen.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, für die Rettungskräfte, die Angehörige des Brand- und Katastrophenschutzes sowie des Rettungsdienstes sind, stellt sich eine Terrorlage zunächst als eine große Schadenslage mit einem zu vermutenden Massenansturm von Verletzten dar. Aufgrund einer hohen Eigengefährdung der eingesetzten Rettungs-

(Staatssekretär Götze)

kräfte ist man auf den besonderen Schutz seitens der Polizei angewiesen, was auch in den Einsatzenkonzeptionen der Polizei besondere Berücksichtigung findet. Für die originären Aufgaben der Rettungskräfte sind technisch-organisatorische Maßnahmen getroffen worden, die der Bewältigung von Großschadensereignissen dienen. So wurde beispielsweise am 25. Juli 2016 die „Richtlinie zur überörtlichen Hilfe bei Großschadensereignissen mit einem Massenansturm von Verletzten“ im Thüringer Staatsanzeiger veröffentlicht. Zielstellung ist, eine koordinierte Hilfestellung zur Bewältigung der Lage für eine betroffene Gebietskörperschaft mit Kräften der angrenzenden Gebietskörperschaften zu geben. Hierin wird unter anderem die Heranziehung weiterer Kräfte und Mittel, die sich vorwiegend aus den vorzuhaltenden Katastrophenschutzseinheiten speisen, ausführlich dargestellt. Somit können im Schadensfall die Einheiten des Rettungsdienstes durch diese Einheiten unterstützt bzw. entlastet werden. Diese Richtlinie ergänzt bestehende Regelungen wie das Thüringer Rettungsdienstgesetz, den Landesrettungsdienstplan und die Richtlinie zur medizinischen Einsatzabschnittsleitung, die eine Einsatzfähigkeit der Rettungskräfte im Schadensfall sicherstellen.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ein besonderes Augenmerk liegt auf dem gemeinsamen Wirken von Polizei und Rettungskräften, welches auf einer langjährigen, gewachsenen Zusammenarbeit im Rahmen von lokalen und überregionalen Sicherheitsnetzwerken sowie auf Erfahrungen, die im täglichen gemeinsamen Handeln fortgeschrieben und verfestigt werden, basiert. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit von Polizei und Rettungskräften hat sich auch in besonderen Einsatzlagen bewährt. Neben der gemeinsamen Einsatzbewältigung vor Ort werden planmäßig gegenseitig Verbindungskräfte in den Führungsorganisationen ausgetauscht, die ein abgestimmtes Handeln sicherstellen. Diese Verzahnung zwischen Rettungskräften und Polizei wird regelmäßig in gemeinsamen Übungen trainiert und intensiviert. Hierbei werden auch Katastrophenszenarien sowie größere Schadens- und Gefahrenlagen trainiert. Zudem erfolgen engmaschige Zusammenarbeiten in den örtlichen und landesweiten Krisenstrukturen. An dieser Stelle möchte ich meinen ausdrücklichen Dank an alle hauptamtlichen und insbesondere auch an die vielen ehrenamtlichen Rettungskräfte richten, die Thüringen mit ihrem engagierten Handeln jeden Tag ein Stück sicherer machen.

(Beifall im Hause)

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, die aktuellen Entwicklungen zeigen, dass zum Schutz der Freiheit und zum Erhalt der Sicherheit in unserem Land die personelle und materielle Ausstattung der Sicherheitskräfte ganz besonders im Auge behalten werden muss. Ich kann Ihnen versichern:

Wir haben dies auch im Blick. Die Thüringer Polizei verfügt zunächst über eine gute Ausstattung. So wurden unter anderem in den zurückliegenden Jahren Haushaltsmittel in zweistelliger Millionenhöhe in die Erneuerung des Fuhrparks investiert. Zudem verfügt die Thüringer Polizei über moderne, bedarfsgerechte und an neuesten Standards ausgerüstete Dienstfahrzeuge. Beispielhaft sei an dieser Stelle auf die Transportfahrzeuge für die Angehörigen geschlossener Einheiten verwiesen. Im Zuge weiterer polizeilicher Herausforderungen, die Sie bereits genannt hatten, ist die Ausstattung der Thüringer Polizei jedoch stets fortzuschreiben und zu ergänzen. Dies findet auf der Basis abgestimmter Konzepte statt. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass Führungs- und Einsatzmittel wie Bewaffnung und passive Schutzausrüstung, zum Beispiel ballistische Schutzhelme, Westen etc., den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten entsprechend ihrer Verwendung zentral zur Verfügung gestellt werden. Im Gegensatz hierzu ist die Funktion eines Dienstkleidungskontos eine ganz andere. Uniformierte Polizeivollzugsbeamte können mit diesem Konto ihre eigene Uniform ergänzen bzw. erneuern. Die in diesem Zusammenhang verfügbaren Uniformteile beachten besondere Vorschriften des Arbeitsschutzes, beinhalten aber keine Ausrüstungsgegenstände mit besonderer Schutzwirkung, da sie, wie oben bereits gesagt, zentral und bedarfsgerecht zur Verfügung gestellt werden.

Mit Wirkung vom 5. September 2016 wurde nach intensiver fachlicher Beratung die Rahmenkonzeption über die Schutzausrüstung der Thüringer Polizei in Kraft gesetzt. In Umsetzung der in Rede stehenden Konzeption gilt es, die Thüringer Polizei schrittweise mit einer qualitativ verbesserten Schutzausstattung – das wäre die passive Komponente – und Dienstfahrzeugen auszustatten. So werden wir die Beamten des Einsatz- und Streifendienstes sowie der geschlossenen Einsatzeinheiten der Thüringer Polizei mit ballistischen Schutzhelmen ausstatten.

Nach einem erfolgreichen europaweiten Vergabeverfahren konnte ein entsprechender Liefervertrag unterzeichnet werden, sodass eine erste Teillieferung von ballistischen Helmen noch in diesem Jahr erwartet werden kann. Das Thüringer Finanzministerium willigte auf Einsatz des Innenministeriums hin diesbezüglich in den Antrag des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales auf überplanmäßige Ausgaben im Haushaltsjahr 2016 in Höhe von 3.845.000 Euro ein. Jede Polizeivollzugsbeamtin und jeder Polizeivollzugsbeamte der Thüringer Polizei wird bis Ende kommenden Jahres zudem über eine neue ballistische Schutzweste mit integriertem Stichschutz verfügen. Gegenüber der herkömmlichen personenbezogenen ballistischen Schutzweste geht mit dieser Ersatzbeschaffung ei-

(Staatssekretär Götze)

ne weitere Steigerung des persönlichen Schutzes einher.

Darüber hinaus ist beabsichtigt, einzelne Organisationsbereiche der Thüringer Polizei in den nächsten Jahren mit ballistischen Schutzkomponenten wie beispielsweise ballistischen Schutzschilden und ballistischen Plattenträgersystemen auszustatten, welche Schutz gegen eine erhöhte Geschoss- und Durchschlagsenergie von Geschossen aus Waffen bieten. Ergänzend finden die Maßnahmen zur qualitativen Verbesserung der Schutzausstattung durch Aspekte einer bedarfsgerechten Waffen- und Fahrzeugausstattung der Spezialeinheiten der Thüringer Polizei statt.

In Fragen einer bedarfsgerechten, zukunftsweisen den Ausrüstung, die auch den hohen Anforderungen von terroristischen Einsatzlagen entspricht, orientiert sich die Thüringer Polizei an bundesweiten Standards und steht diesbezüglich mit dem Bund und den Ländern im engen Erfahrungsaustausch. Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass die geänderte Sicherheitslage bereits zum Anlass genommen wurde, um die Ausrüstung der Thüringer Polizei bedarfsgerecht fortzuentwickeln.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, neben einer der Sicherheitslage angepassten Ausstattung ist ein weiterer wesentlicher Sicherheitsaspekt der Personalbestand der Sicherheitsbehörden und insbesondere unserer Polizei. So erfolgte eine personelle Stärkung der für den polizeilichen Staatsschutz zuständigen Abteilung des Landeskriminalamts um 15 Bedienstete. Von Bedeutung ist im vorliegenden Zusammenhang auch die weitere Stärkung des Dezernats Cybercrime im Landeskriminalamt. Zu den Aufgaben dieses Dezernats gehören unter anderem Ermittlungen im sogenannten Darknet. Der Fall des Amokläufers von München, der seine Waffe im Darknet erworben hatte, zeigt, wie wichtig es ist, die Fähigkeiten und den Kräfteinsatz der Thüringer Polizei auf diesem Gebiet zu erhöhen.

Von besonderer Bedeutung ist auch weiterhin die Stärkung der Spezialeinheiten. Beim Einsatz gegen terroristische Straftäter kommt insbesondere dem Spezialeinsatzkommando eine entscheidende Funktion zu. Das SEK muss in taktischer und technischer Hinsicht, aber gerade auch in personeller Hinsicht auf die neuen Herausforderungen ausgerichtet werden. Und wir werden dem SEK zeitnah weitere Beamte zur Verfügung stellen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, hinsichtlich des Gesamtpersonalbestands der Thüringer Polizei kann ich darauf verweisen, dass uns erste Schritte in die richtige Richtung bereits gelungen sind. Nach Jahren des Stellenabbaus wurden die Ausbildungskapazitäten an den Bildungseinrich-

tungen der Thüringer Polizei durch eine Erhöhung der Ausbildungszahlen in Meiningen nun effektiv genutzt. Daher können wie schon 2015 auch 2016 wieder zusätzlich 30 Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter eingestellt werden. Das ergibt eine Gesamtzahl von 155 Polizeianwärtern. Dieselbe Zahl soll 2017 mindestens erreicht werden. Ziel muss es sein, keine weiteren Polizisten zu verlieren und die Ausbildungskapazitäten voll auszuschöpfen.

Entgegen der Begründung des Antrags der Fraktion der CDU findet die polizeiliche Ausbildung ausschließlich am Standort Meiningen statt. Eine Teilauslagerung an den Standort Gotha, der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, ist derzeit

(Beifall Abg. Hey, SPD)

nicht notwendig und entspricht nach fachlicher Meinung auch nicht den Erfordernissen. Das ist schon einen Beifall wert, Gotha.

Wir müssen diese Problematik aber im Auge behalten, das ist der gegenwärtige Stand. Wir werden hier zunächst bei einer Ausbildung in Meiningen bleiben, so sehr es auch einzelnen Abgeordneten gefallen würde, wenn wir unsere Ausbildung sofort komplett nach Gotha verlagern würden. Das ist aber schwierig, denn wir müssen auch die qualitätssichernden Elemente der Polizeiausbildung im Auge behalten. Wir können in diesem Zusammenhang feststellen, dass sich die gegenwärtige modulare Ausbildung auch bewährt hat. Gerade die modularen Ausbildungsinhalte in den Vorbereitungslehrgängen zum mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienst stellen besondere Anforderungen an personelle und materielle Ressourcen.

Eine Abkehr von den Vorbereitungsdiensten in der aktuellen Form wäre ein qualitativer Rückschritt in der Polizeiausbildung entsprechend der Ausbildung in den 90er-Jahren in Thüringen und erscheint nicht angezeigt.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, wir wollen bei der Polizeiausbildung nicht zurückschauen. Vielmehr wollen wir den Blick und unser Handeln in die Zukunft richten. Ich möchte betonen, dass die gegenwärtige Ausbildung ein Garant für den Erhalt von qualifizierten und rechtlich sicheren Polizeivollzugsbeamten für den Freistaat Thüringen ist. Eine Minimierung der Anforderungen hinsichtlich der Qualität in der Ausbildung erscheint kein geeigneter Weg zur Erhöhung des Personalbestands und der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Freistaat Thüringen zu sein.

In der aktuellen Debatte zur Sicherheitslage wird weiterhin auch der Einsatz der Bundeswehr im Inneren zur Terrorbekämpfung thematisiert. Hier ist insbesondere auf die aktuell in den Gremien der Innenministerkonferenz begonnenen Überlegungen, welche Fähigkeiten in der Bundeswehr zur Bewältigung bestimmter Szenarien vorhanden sind und

(Staatssekretär Götze)

wie diese im konkreten Fall und unter welchen Voraussetzungen genutzt werden können, zu verweisen. Im I. Quartal 2017 soll eine Übung der Bundeswehr unter Beteiligung von sechs Bundesländern stattfinden, die eine mögliche Zusammenarbeit der Bundeswehr mit den Landespolizeien im Rahmen einer Terrorbewältigung zum Gegenstand hat. Bei einem ganzheitlichen Ansatz in der Sicherheitspolitik darf die nachrichtendienstliche Tätigkeit selbstverständlich nicht ausgespart werden.

Lassen Sie mich an dieser Stelle zunächst festhalten: Das Amt für Verfassungsschutz ist gut aufgestellt und leistet auch im Verbund der Ämter eine gute Arbeit. Es gibt viele Beispiele, in denen der Verfassungsschutz entsprechend seines gesetzlichen Auftrags wichtige Erkenntnisse an die zuständigen Stellen, insbesondere die Polizei, weiterleitet. Es sei an dieser Stelle auf die jüngsten bundesweiten Durchsuchungen im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens wegen Terrorismusfinanzierung und der versuchten Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat gegen eine Gruppierung russischer Staatsbürger tschetschenischer Volkszugehörigkeit hingewiesen. Der Verfassungsschutz trägt mit zu einer Aufklärung oder Verhinderung von Straftaten bei, wenn dies auch nicht immer in unser Bewusstsein vordringt. Die Gründe hierfür liegen im Wesen des Nachrichtendienstes, da seine Arbeitsweise und auch seine Erfolge doch recht oft im Verborgenen stattfinden.

Mit dem Inkrafttreten des novellierten Thüringer Verfassungsschutzgesetzes vom 1. Januar 2015 wurde das Amt für Verfassungsschutz bereits strukturell umorganisiert. Diese Veränderungen stellen lediglich einen Teil eines sich stets weiterentwickelnden Prozesses dar. Gegenwärtig ist ein möglicher zukunftsicherer struktureller oder personeller Veränderungsbedarf noch nicht abschließend verifizierbar, gleichwohl davon ausgegangen werden kann, dass die Veränderungsprozesse noch nicht abgeschlossen sind. So werden wir zunächst die Evaluation des Thüringer Verfassungsschutzberichts auswerten, um auf einer validen Entscheidungsbasis aufbauen zu können. Ungeachtet der bisherigen und künftigen strukturellen Reformen ist der Nachrichtendienst insbesondere auch technisch so auszustatten, dass die Ermittlungsmethoden dem Stand der Technik entsprechen.

(Beifall Abg. Fiedler, CDU)

Extremistische und insbesondere im Untergrund stattfindende terroristische Aktivitäten können oftmals nur unter Einsatz verdeckter technischer Mittel aufgeheilt werden. Um den gegenwärtigen Herausforderungen wirksam begegnen zu können, bedarf es einer leistungsfähigen und zeitgemäßen technischen Ausstattung. Mir ist bewusst, dass die technische Ausstattung nur ein Baustein in der Sicherheitsarchitektur des Amtes für Verfassungsschutz

sein kann. Eingebettet in die Sicherheitskooperation und den Verbund der Ämter ist es unabdingbar, dass auch im Freistaat der Personalbestand des Amtes auf den Prüfstand zu stellen ist. Dies bedeutet aber auch, dass es in dieser Frage einer tieferen und längerfristigen Betrachtung bedarf, um konkrete Entscheidungen treffen zu können.

Sie werden mir zustimmen, dass diese Diskussion insbesondere in Bezug auf das Amt für Verfassungsschutz aufgrund der nachrichtendienstlichen Arbeitsweise nur zum Teil öffentlich geführt werden kann. Unstreitig ist aber mit Sicherheit und nach den Vorkommnissen in Würzburg, Ansbach und München sowie den Festnahmen von Chemnitz, Leipzig und Berlin liegt es auf der Hand, dass es im Interesse aller, der Politik und der Bürgerinnen und Bürger, sein muss, unsere Sicherheitsbehörden einschließlich des Amtes für Verfassungsschutz bestmöglich aufzustellen,

(Beifall SPD)

um derartige weitere Ereignisse verhindern zu können, auch wenn es eine hundertprozentige Sicherheit niemals geben kann.

(Beifall Abg. Walk, CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, meinen Ausführungen entsprechend sind die vorliegenden Anträge der Fraktion der CDU und der AfD aus Sicht der Landesregierung abzulehnen, da sich ihre Forderungen im Wesentlichen erledigt haben bzw. bereits in Bearbeitung befinden. Wir haben die Sicherheitslage des Freistaats im Blick und passen unsere Vorbereitungen kontinuierlich an die jeweilige Lageveränderung an, um den bestmöglichen Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Den Beamtinnen und Beamten der Thüringer Sicherheitsbehörden, die mit ihrem täglichen Einsatz dafür Sorge tragen, dass Thüringen ein sicheres Land ist, in dem seine Bürgerinnen und Bürger in Freiheit leben können, möchte ich an dieser Stelle noch mal ausdrücklich in den Fokus heben und ihnen auch meinen ausdrücklichen Dank aussprechen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Herr Staatssekretär, für diesen wirklich erschöpfenden Sofortbericht. Ich frage: Wer wünscht die Beratung zum Sofortbericht zu Nummer 1 des Alternativantrags der Fraktion der AfD? Das sind Wünsche aus allen Fraktionen, sodass ich damit die Aussprache eröffne. Als Erster erhält Abgeordneter Dittes für die Fraktion Die Linke das Wort.

Abgeordneter Dittes, DIE LINKE:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, in der heute Morgen stattgefundenen Beratung hat der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion ausgeführt: Es ist Aufgabe der politisch Verantwortlichen, Vertrauen in die Polizei zu stärken. – Und, Herr Fiedler, man kann bestimmten Vorwürfen nicht dadurch entgegengehen, dass man, bevor sie geäußert worden sind, einfach darauf verweist und einfach in den Raum stellt, sie würden nicht stimmen. Ich will Ihnen mal deutlich sagen, dass Ihr Antrag genau kein Beitrag ist, Vertrauen in die Thüringer Polizei zu schaffen oder zu stärken. Das wird bereits im Titel Ihres Antrags deutlich. Dort schreiben Sie: „Geänderte Sicherheitslage im Freistaat endlich ernst nehmen“. Was Sie damit öffentlich zum Ausdruck bringen, ist, dass Sie es sind, die die Sicherheitslage hier in Thüringen ernst nehmen, und alle anderen, die möglicherweise dazu politische oder fachliche Verantwortung haben, dies gerade nicht tun. Ich glaube, dass Sie nicht nur dem Bericht des Staatssekretärs gerade entnehmen konnten, dass diese Landesregierung sich tatsächlich sehr wohl auf die veränderte Sicherheitslage – darauf komme ich gleich zu sprechen – konzentriert und überlegt, wie man darauf reagieren kann, sondern Sie hätten es tatsächlich auch den zahlreichen Beratungen im Innenausschuss entnehmen können, dass diese Reaktion längst stattfindet, und zwar seit Januar 2015, seitdem wir mehrfach hier im Landtag, mehrfach im Innenausschuss und mehrfach auch in außerplanmäßigen Informationsveranstaltungen des Innenministeriums als Parlamentarier über Maßnahmen und veränderte Bedingungen in Thüringen informiert worden sind und die Möglichkeit hatten, das zu hinterfragen.

Das heißt, das, was Sie hier in der Überschrift dieses Antrags suggerieren, ist wider besseres Wissen. Es ist einfach falsch, denn es suggeriert etwas, nämlich dass die Menschen sich Sorgen machen müssen, ob die Sicherheit bei dieser Landesregierung in den richtigen Händen ist.

Ich will Ihnen ein zweites Beispiel nennen, weil ich das auch für unverfroren gehalten habe, als ich davon gehört habe, nämlich ein zweites Beispiel dafür, wie Sie tatsächlich auch mit Ihrer oppositionellen Verantwortungsrolle im Zusammenhang mit Fragen der Sicherheit leichtfertig umgehen. Nach den von Ihnen angesprochenen Anschlägen in Würzburg und Ansbach hat die Thüringer Landesregierung in Person des Staatssekretärs die Parlamentarier in einem außerplanmäßig einberufenen Treffen informiert. Über die veränderte Sicherheitslage führt die Thüringer Landesregierung dazu nun aus – ich glaube, Ihrerseits war der Abgeordnete Walk anwesend –, in dieser Runde informierte Staatssekretär Götze bzw. er fragte die anwesenden Parlamentarier: Gibt es denn noch weitere Fragen? Es gab keine weiteren Fragen, auch nicht Ih-

rer Fraktion, Sie fühlten sich also ausreichend informiert. Aber nur wenige Minuten später veröffentlichte Ihre Fraktion eine Pressemitteilung, in der sie der Öffentlichkeit kundtat: Es gab zwar die Information der Landesregierung, aber viele Fragen blieben offen. Da sage ich Ihnen hier noch mal: Das kann ja sein, bloß dann muss man diese Fragen an die Landesregierung auch stellen, dazu wurden Sie aufgefordert. Das haben Sie nicht getan und dann suggerieren Sie in der Öffentlichkeit, dass Sie über etwas im Dunkeln gehalten werden. Und dort, wo Nichtwissen existiert, entsteht eben auch Unsicherheit und mitunter auch Angst. Ich werfe Ihnen vor, dass Sie keinen aktiven Beitrag dazu leisten, diese abzubauen, sondern im Gegenteil durch genau derartige Wortwahl auch noch zur Unsicherheit beitragen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass in Ihrem Antrag auch noch ein logischer Schluss enthalten ist, wenn Sie in der Überschrift sagen „Geänderte Sicherheitslage endlich ernst nehmen“ und im ersten Satz dann feststellen, dass sich eigentlich nichts verändert hat, das mag Ihr Problem sein. Das kann jeder nachlesen, der Ihren Antrag zur Hand nimmt, aber ich will zumindest darauf hinweisen. Und wenn Sie sagen, dass der Antrag nicht die Wiederholung von März 2015 ist: Auch da will ich Sie korrigieren. Es ist nämlich in Punkt 2 wortgleich die Wiederholung des Antrags aus dem März 2015. Wenn Sie auch hier wieder in der Öffentlichkeit kundtun und im Prinzip den Landtag zwingen, auch noch per Beschluss festzustellen, dass die Thüringer Sicherheitsbehörden nicht hinreichend auf potenzielle Gefahren vorbereitet sind und dass sich seit März 2015 bis November 2016 in Kenntnis dessen, was Staatssekretär Götze hier eben vorgetragen hat, bei Ihnen an dieser Behauptung nichts verändert, also gar kein Erkenntnisgewinn vorliegt oder einer, den Sie im Prinzip nicht zur Kenntnis nehmen wollen, dann sage ich Ihnen auch, dann spielen Sie tatsächlich zu politischen Zwecken mit dem Unsicherheitsgefühl der Menschen. Sie diskreditieren aber auch – das habe ich Ihnen gestern schon gesagt – die Arbeit der Thüringer Polizei, insbesondere auch des Landeskriminalamts.

Meine Damen und Herren, wir werden es gleich wieder hören. Weil ich gestern in der Aktuellen Stunde zu wenig Zeit hatte, will ich doch noch auf etwas eingehen, bevor ich zu einzelnen Punkten Ihres Änderungsantrags komme. Herr Fiedler, der innenpolitische Sprecher der größten Oppositionsfraktion dieses Landtags, lässt sich gestern hinreißen – ich habe es gestern schon mal zitiert –, gegenüber dem MDR zu äußern: „Es ist [...] eine bodenlose [...] Sauerei, dass hier in Thüringen die innere Sicherheit so weit unten gehalten wird“. Herr Fiedler, ich möchte gar nicht, dass Sie sich voller

(Abg. Dittes)

Demut in den Dreck werfen, wenn Sie über innere Sicherheit in diesem Land diskutieren. Sie müssen auch nicht jedes Mal sagen: Die große Herausforderung für diese Landesregierung liegt darin, die Versäumnisse Ihrer Politik jetzt aufzuarbeiten und Lösungen anzubieten. Aber was ich möchte, ist, wenn Sie schon als Oppositionsfraktion den Finger in die Wunde legen, dass Sie sich durchaus sachgerecht informieren und in Kenntnis eigener Verantwortlichkeiten auch etwas konstruktiv in die Debatte einbringen und nicht so eine ungeheure Ungeheuerlichkeit in die öffentliche Debatte einbringen.

(Unruhe CDU)

Und weil Ihr Fraktionsvorsitzender den Faktencheck doch so liebt, führen wir tatsächlich mal den Faktencheck durch, den Sie in diesem Bereich möglicherweise dann auch korrigieren oder konkretisieren, möglicherweise auch erweitern können. Wir haben im Innenausschuss in der vergangenen Legislaturperiode ein Personalentwicklungskonzept der Thüringer Polizei diskutiert. Dort waren jahresgenau bis zum Jahr 2020 die altersbedingten Abgänge in der Polizei aufgezeigt. Nicht aufgezeigt waren die Einstellungszahlen ab dem Jahr 2015. Bereits damals, als wir das im Innenausschuss diskutiert haben, war klar, dass Sie in Ihrer Verantwortung für die Innenpolitik in diesem Land der demografischen Entwicklung innerhalb der Polizeistruktur nicht gegensteuern, sondern das im Prinzip haben errechnen können, erwarten können, was wir heute vorfinden können.

Meine Damen und Herren, es mag ja sein, dass mit der Regierungsübernahme von Rot-Rot-Grün manche Menschen in diesem Land graue Haare bekommen haben. Aber es ist doch keine Überraschung, dass auch Polizeibeamte Jahr für Jahr älter werden, und zwar jeweils um ein Jahr. Deswegen war doch die Situation lange bekannt. Gleichzeitig, indem Sie diese Entwicklung einfach ignoriert haben und nichts gemacht haben, haben Sie eine Polizeistrukturreform durchgeführt. Zu dieser Polizeistrukturreform sagte beispielsweise Staatssekretär Rieder am 27. Februar 2014: „Ein Ziel der Polizeistrukturreform ist die personelle Stärkung der Basisdienststellen zur Erhöhung der Polizeipräsenz [...]. Unterstützungskräfte sind dann schneller verfügbar, wodurch sich die Wirksamkeit des Außendienstes erhöht und die Interventionszeiten weiter verringern. Infolge der Polizeistrukturreform konnten die Basisdienststellen seit Januar 2012 bereits um Polizeibezugsbeamte in einer Größenordnung von 250 bis 300 verstärkt werden. Dies entspricht im Landesdurchschnitt in etwa einem zusätzlichen Streifenwagen pro Basisdienststelle rund um die Uhr.“

Herr Fiedler, in Kenntnis dieser Aussage Ihrer Landesregierung hätte ich gestern nicht in Richtung Rot-Rot-Grün von einer „bodenlosen Sauerei“ ge-

sprochen, sondern ich hätte mich hingestellt und hätte gesagt: Wir haben verstanden, wir haben eine Entwicklung möglicherweise falsch prognostiziert. Das, was wir mit der Polizeistrukturreform erhofft haben, ist nicht eingetreten. Wir müssen uns korrigieren und wir sind bereit, hier Vorschläge einzubringen. – Aber es ist ja nicht so, dass Sie sich geirrt haben, sondern Ihre Landesregierung – zur damaligen Zeit Herr Innenminister Geibert – antwortet noch auf eine Kleine Anfrage, bezogen auf die Auswirkungen der altersbedingten Abgänge bei der Polizei: „Die [...] aufgeführten Personalabgänge haben keine Auswirkungen auf die Umsetzung der Polizeistrukturreform.“ Das heißt, Sie haben 2014 öffentlich dargestellt, dass die altersbedingten Abgänge bei der Polizei nicht das Ziel der Polizeistrukturreform „Mehr Blau auf die Straße“ infrage stellen. Das haben Sie der Öffentlichkeit erklärt. Was Sie aber gleichzeitig gemacht haben, ist, ein Stellenabbaukonzept für das Thüringer Innenministerium beschlossen und mitgetragen und bis zuletzt verteidigt. Das fordern Sie bis heute auch ein, dass wir das einhalten. Da komme ich mal zum Faktencheck und dann bin ich damit am Ende. Ich hoffe, dass Sie vielleicht derartige Aussagen, die Sie gestern getätigt haben, in Zukunft nicht mehr tun.

2012 hat Ihre Landesregierung – Herr Mohring, da können Sie ruhig zuhören – beschlossen,

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Ich höre Ihnen zu!)

für den Bereich des Thüringer Ministeriums des Innern 2.020 Stellen abzubauen. Das Innenministerium hatte zum damaligen Zeitpunkt insgesamt 9.537 Stellen. Jetzt will ich Ihnen mal vorrechnen: Wenn Sie dieses Ziel des Stellenabbaupfades einhalten wollten, hätten Sie das Thüringer Ministerium des Innern komplett abschaffen müssen, das Landesamt für Statistik komplett abschaffen müssen, das Landesverwaltungsamt komplett abschaffen müssen, die Brand- und Katastrophenschutzschule komplett abschaffen müssen, das von Ihnen so heiß geliebte Amt für Verfassungsschutz komplett abschaffen müssen und Sie hätten dann noch 100 Polizeibeamte in bestimmten Dienststellen reduzieren müssen, um diesen Stellenabbaupfad zu realisieren. Das ist Ihr Konzept der inneren Sicherheit in den letzten Jahren gewesen. Das können Sie nachrechnen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Unruhe CDU)

Herr Kellner, deswegen ärgert es mich auch, dass Sie sich immer hinstellen und sagen, das nimmt keiner ernst. Ich bin doch bereit, mit Ihnen darüber zu diskutieren, auch diese Landesregierung. Wir sind auch bereit, uns politisch über unterschiedliche Wege und Konzepte auseinanderzusetzen. Ich bin

(Abg. Dittes)

auch bereit zu akzeptieren, dass eine Opposition den Finger in die Wunde legen muss, aber in der Form, wie Sie es tun, ist es einfach unverantwortlich und vor allen Dingen auch Vergessen der eigenen Verantwortung, da Sie eine Situation auch durch Ihr eigenes Handeln erst hervorgerufen haben. Das werfe ich Ihnen vor. Ich bitte Herrn Fiedler oder auch die CDU-Fraktion in Gänze, da doch etwas mehr Zurückhaltung zu äußern und sich konstruktiv in diese Debatte einzubringen.

Im Einzelnen will ich aber auch noch mal auf Ihren Antrag eingehen. Ich denke, zur Vorbereitung auf potenzielle Gefahren hat Herr Staatssekretär Götze einiges ausgeführt. Ich will vielleicht noch mal ergänzend zusammenfassen, weil Sie sagen: den Innenausschuss des Landes bis zum 30. November über ein abgestimmtes Sicherheitskonzept zu unterrichten. Auch hier, glaube ich, ist eine fachliche Schwäche in Ihrer Antragstellung enthalten. Erstens wurden wir bereits im März 2015 das erste Mal im Innenausschuss informiert, dass genau diese Konzeptionen vorliegen und eben einer permanenten Änderung und Fortentwicklung unterliegen, die bestimmte Aspekte wie lebensbedrohliche Einsatzlagen inklusive auch den von Ihnen angesprochenen Terrorismus mit berücksichtigen. Über den Rahmenbefehl und über den Erlass vom September dieses Jahres zur Bewältigung lebensbedrohlicher Lagen hat der Staatssekretär Sie unterrichtet. Er hat Sie auch über die Richtlinie zum Einsatz bei Großschadenslagen unterrichtet.

Ich will aber auch noch mal zu dem Punkt 2 eine Ausführung machen, gar nicht so sehr noch mal darauf hinweisen, was gerade jetzt überhaupt in der Beschaffung ist, sondern auf den Anspruch, den Sie in diesem Zusammenhang äußern. Ich finde es zunächst erst einmal richtig, dass wir uns über die Schutzausrüstung von Polizeibeamten Gedanken machen. Das, was notwendig ist, muss beschafft werden. Da sind mir manche Zeiträume – ich denke beispielsweise auch an die Anschaffung von Taschenlampen – durchaus nicht nachvollziehbar, aber es ist ja jetzt realisiert worden. Ich finde die Frage von Schutzwesten, die Stichschutz haben, auch die wesentlich entscheidendere Frage. Aber davon abgesehen müssen wir doch auch mal – es ist oft heute als Redewendung gebraucht worden – die Kirche im Dorf lassen. Wir werden doch auch die Thüringer Polizei nicht so strukturieren, dass wir nachts in Königsee denselben Polizeieinsatz haben wie in Erfurt. Das dürfte doch jedem klar sein. Die Stadt Königsee hat 40-mal weniger Einwohner als die Stadt Erfurt. Das dürfte doch auch jedem klar sein, dass Thüringen oder die Stadt Erfurt polizeilich so nicht ausgestattet sein müssen wie die Stadt Paris. Ich glaube, dass wir aus der Diskussion um polizeiliche Ausrüstung, Schutzausrüstung, aber auch Einsatzwaffen und Einsatzgegenstände doch wirklich mal ableiten sollten, dass wir ein Lagebild

haben, das auf der einen Seite die tatsächliche Sicherheitslage darstellt und auf der anderen Seite natürlich auch Thüringer Einsatzkräfte im Verbund mit anderen Polizeieinheiten anderer Bundesländer sieht und daraus eine in der Abwägung wirklich vernünftige Ausrüstung der Thüringer Polizei vornimmt. Wir können doch nicht jetzt anfangen, die Thüringer Polizei im Prinzip so auszustatten, dass sie für den Kriegseinsatz tauglich wird. Da sind die Beamten überhaupt nicht ausgebildet, das ist auch nicht Sinn und Zweck der Polizei. Es ist notwendig, was in Thüringen aufgrund der Sicherheitslage notwendig ist, und das wird gemacht. Darüber hinaus zu suggerieren, es gäbe Fehlbedarfe, ist durchaus auch wieder ein Blick, der den Blick auf die Realitäten verstellt. Das heißt nicht, dass wir uns im Einzelfall darüber nicht auseinandersetzen können, ob vielleicht das eine oder andere noch notwendig ist, aber tatsächlich sollten wir hier wirklich in der Abwägung entscheiden und ein reales Sicherheitslagebild zur Grundlage nehmen.

(Beifall DIE LINKE)

Ich glaube, es ist auch keine gute Idee, Auszubildende jetzt in den polizeilichen Einsatz zu schicken. Nicht nur Polizeibeamte, auch insbesondere Polizeianwärter haben es verdient, mit der entsprechenden Kompetenz und Fähigkeit in den Einsatz geschickt zu werden, weil das Garant für ihre Sicherheit ist. Es ist auch Garant für einen rechtskonformen Einsatz, den Bürgerinnen und Bürger erwarten, nämlich dass die Polizeibeamten ihnen entsprechend gut ausgebildet gegenübertreten, denn Sie sind Träger des staatlichen Gewaltmonopols. Deswegen halte ich Ihre Idee auch nicht für unterstützbar.

Ich will gar nicht so lange auf die durchaus ideologisch minenbehafteten Punkte 4 und 5 eingehen. Aber ich will zumindest eines noch mal deutlich machen: Der Einsatzzweck der Bundeswehr ist in Artikel 87 des Grundgesetzes eindeutig beschrieben. Das heißt, die Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland sind für den Verteidigungsfall hier aufzustellen und ausschließlich für diesen einzusetzen. Darüber hinaus – und das ist Artikel 87a Abs. 2 des Grundgesetzes – darf die Bundeswehr nur dann eingesetzt werden, wenn das Grundgesetz es ausdrücklich erlaubt. Ich glaube, eine Diskussion dazu zu führen, dass wir in einem Zustand sind, dass die Bundeswehr den Bestand der Bundesrepublik im Innern verteidigen muss, ist wiederum eine Diskussion, die an der eigentlichen Realität vorbeigeht. Unsere Aufgabe ist es, die Behörden so auszustatten, personell und auch sachlich, die für den Schutz von öffentlicher Sicherheit im Inneren tatsächlich die Verantwortung tragen. Herr Staatssekretär, ich habe es gestern schon mal gesagt, da müssen wir natürlich auch ernsthaft – auch vor dem Hintergrund, was ich vorhin zur Entwicklung der Stellensituation und zu Stellenabbaukon-

(Abg. Dittes)

zepten in der Vergangenheit gesagt habe – solche Schreiben aus der GdP prüfen und darüber entscheiden, wie wirklich personell, aber auch strukturell – denn nur beides kann gemeinsam gedacht werden – die Polizei in Zukunft entwickelt werden muss. Für mich – das habe ich gestern auch dem MDR gesagt – ist es notwendig, möglicherweise den Brief zum Anlass zu nehmen, als subjektive Äußerungen in unsere Debatte einzubringen und vielleicht auch darüber nachzudenken, ob Betrachtung und Bewertung, die allein nach Statistiken zu treffen sind, wirklich ausreichend sind, sondern dass wir uns auch als Politiker damit auseinandersetzen, was Bedienstete und Beschäftigte in der Polizei empfinden, wahrnehmen und welchen Blick sie auf die Situation haben. Wir müssen beides tun, wir müssen das in den Blick nehmen. Für mich persönlich ist dieser Brief auch Anlass, diese Diskussion intensiver zu führen und möglicherweise auf der Grundlage des Berichts der Expertenkommission auch schneller zu Entscheidungen zu kommen. Da wünsche ich mir, dass wir natürlich auch den Bericht der Expertenkommission schneller zum Lesen und zum Bewerten von der Landesregierung bekommen.

Ich will an dieser Stelle auch sagen, wenn wir über Ausbildung reden – und ich bin sehr dafür, sich auf der einen Seite die altersbedingten Abgänge anzuschauen, sich auf der anderen Seite die Strukturentwicklung anzuschauen –, dann auch sehr intensiv über die notwendigen Ausbildungszahlen in den kommenden Jahren zu diskutieren und langfristig hier Sicherheit für Polizeistrukturen festzulegen, womit wir dann gleichzeitig auch mit dem nächsten Doppelhaushalt über notwendige Investitionen in Meiningen diskutieren müssen. Denn wenn wir mehr junge Menschen in die Ausbildung bei der Polizei bringen wollen, dann heißt das auch, ordnungsgemäße und ordentliche Ausbildungsbedingungen in Meiningen anzubieten. Das heißt möglicherweise, dort investiv tätig zu sein, insbesondere in Fragen der Übernachtungsmöglichkeiten für die Polizeianwärter.

(Beifall Abg. Marx, SPD)

Ich will zum Punkt 5 abschließend noch einiges ausführen. Es wird Sie nicht verwundern, Herr Fiedler, aber auch Herr Götze, wenn ich darauf verweise, was wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben. Dort stehen eine ganze Menge Reformvorhaben für das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz drin, auf die wir uns nach einem langen Diskussionsprozess zwischen den Parteien Linke, Grüne, SPD verständigt haben. Aber dort steht auch ein ganz bemerkenswerter Satz drin. Zu Beginn dieses Abschnitts – Kollege Hey, hören Sie aufmerksam zu – steht drin: Die Koalitionspartner verabreden im Bewusstsein unterschiedlicher Auffassungen über die Notwendigkeit des Bestands des Landesamts für Verfassungsschutz, das Landesamt für Verfas-

sungsschutz grundlegend zu reformieren. – „Im Bewusstsein unterschiedlicher Auffassungen“ heißt – das wird ja auch in einer Forderung des Koalitionsvertrags deutlich –, dass dieser Diskussionsprozess nicht beendet ist. Deswegen verstehe ich nicht jede Aufregung, die in diesem Haus entsteht, wenn die Linke mit ihrer Position einen Debattenbeitrag genau in diesem Sinne leistet. Denn „im Bewusstsein“ heißt auch, nicht nur im Wissen um diese Positionen, sondern die Unterschiedlichkeit in den Positionen anzuerkennen und diesen Diskurs auch weiterzuführen. Ich glaube, das ist nämlich notwendig. Es nützt uns nichts, Herr Staatssekretär Götze, wenn man sich immer hinstellt und sagt, dass der Verfassungsschutz als Geheimdienst mit seinen tief greifenden Eingriffsbefugnissen in Grundrechte, die eigentlich als Abwehrrechte gegenüber dem Staat ausgeprägt sind, notwendig ist, wir es aber nicht begründen können, weil das dem Geheimdienst in seiner Struktur innewohnt, dass wir das hier nicht weiter ausführen können.

Wenn aber schon die Parlamentarier keinen Beleg für die Notwendigkeit haben, wie soll dann erst gegenüber der Öffentlichkeit begründet werden, warum eine solche Institution, die eine so katastrophale Verantwortungslosigkeit bei der Verfolgung von Rechtsextremisten in diesem Land zur Schau gestellt hat, notwendig ist, und wie sollen Menschen Vertrauen in eine Institution haben, die so weitgehende Eingriffsmöglichkeiten in Grundrechte hat? Mir persönlich und uns in der Fraktion fehlt dieses Vertrauen. Ich will auch, weil Sie das Beispiel genannt haben, kurz darauf eingehen, weil das auch immer wieder in dieser Diskussion genannt wird: die Durchsuchung bei Tschetschenen, die von Thüringen aus initiiert worden ist. Ich bin sehr gespannt, wann die Öffentlichkeit, auch der Innenausschuss und das Parlament über die tatsächlichen Ermittlungsergebnisse informiert werden. Denn bis jetzt wissen wir eines: dass der Verdacht bestand, dort wären schwere staatsgefährdende Straftaten vorbereitet worden. So haben Sie es heute auch wiederholt. Ich bin jetzt kein Volljurist wie vielleicht andere in diesem Raum, aber zwei Sachen kriege ich nicht zusammen: Verdacht der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat und kein Haftbefehl. Das sind zwei Sachen, die kriege ich zusammen juristisch nicht erklärt. Aber wenn man sich in die Pressemitteilung des Landeskriminalamts reinliest, weiß man auch, darum ging es am Ende gar nicht, sondern es ging darum, dass man mal einen Blick in mögliche Finanzierungsströme nehmen wollte, die geeignet sein könnten – so Originalzitat des Landeskriminalamts –, Terrorismus zu finanzieren. Ich glaube, wenn wir wirklich auch wollen, dass wir ernsthaft über Gefahren reden, dann müssen wir die Gefahren tatsächlich benennen, wo sie bestehen, und wir müssen dort, wo keine Gefahren bestehen, die terroristischer Natur sind, und wo Straftaten begangen

(Abg. Dittes)

werden, das auch als Straftaten kennzeichnen, weil wir der Debatte um öffentliche Sicherheit auch einen Bärendienst erweisen, wenn wir alle Aktivitäten im strafrechtlichen Bereich dramatisieren und überbewerten. Deswegen sage ich noch mal: Wir brauchen keine einseitige Diskussion um „Der Verfassungsschutz ist zwingend notwendig“, sondern wir müssen auch als Erstes dafür sorgen, dass Polizei und Staatsanwaltschaft mit ihren Kompetenzen, mit ihren Befugnissen, aber auch mit ihrer richterlichen Kontrolle und mit dem Erfordernis des Bestehens eines konkreten Anfangsverdachts für eine Straftat die geeigneten Mittel haben, um diese Straftaten zu verfolgen und auch dort, wo Anhaltspunkte für Gefahren bestehen, dem präventiv entgegenzutreten. Denn das ist zuvorderst die Aufgabe der Polizei, auch in Zusammenarbeit mit den Staatsanwaltschaften, wenn der konkrete Straftatverdacht vorliegt. Da sehen wir auch einen Beitrag zur Stärkung der öffentlichen Sicherheit. Weder der Antrag der CDU und noch weniger der Antrag der AfD wäre ein solcher. Deswegen lehnen wir diesen ab. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion der AfD hat Abgeordneter Henke das Wort.

Abgeordneter Henke, AfD:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Werte Abgeordnete, werte Gäste, wir reden heute über Polizei. Ich möchte zuerst einmal darauf hinweisen, dass unseren Polizeibeamten für ihre Arbeit in diesem Staat überhaupt kein Respekt mehr entgegengebracht wird. Diese Polizisten gehen tagtäglich raus, um ihre Arbeit zu machen. Wir erleben einen beispiellosen Verfall an Sitte und Moral. So etwas hat es früher nicht gegeben.

(Heiterkeit DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE: Und das von Ihnen!)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Warum wohl? Es fehlt wohl der Führer?!)

Ich kann mich noch an eine Zeit erinnern, wenn mir ein Amtmann entgegenkam, habe ich die Arschbacken zusammengekniffen, dass ein Fünf-Mark-Stück die Prägung verloren hat. Das würde Ihnen gut zu Gesicht stehen!

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie von den Linken haben einen ganz großen Anteil daran, dass das genau so gekommen ist. Aber das nur zur Einführung.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Es reicht schon!)

Im Mai 2016 sahen die Organisations- und Dienstpostenpläne des nachgeordneten Polizeibereichs 6.440 Dienstposten im Polizeivollzugsdienst und insgesamt 1.311 Dienstposten im Bereich des Verwaltungsdienstes einschließlich Tarifbeschäftigte vor. Davon waren im Bereich des Polizeivollzugsdienstes 587 Dienstposten und im Bereich des Verwaltungsdienstes einschließlich Tarifbeschäftigte 179 Dienstposten nicht besetzt – so weit, so traurig. Anders gesagt waren im Vollzugsdienst, auf der Straße bei den Demonstranten, bei Bürgerkontakten, bei Verkehrsunfällen und – wir wollen es nicht hoffen – bei Terroranschlägen gut 9 Prozent aller Dienstposten unterbesetzt, im Verwaltungsdienst gar 13,6 Prozent. Bei der Bereitschaftspolizei sieht es noch düsterer aus. Es ist schon beschämend, dass ein Land wie Thüringen nur über drei Hundertschaften bei der Bereitschaftspolizei verfügt. Aber es geht noch schlechter: Die Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit innerhalb der Bereitschaftspolizei, welche andere Polizeikräfte im Rahmen von Einsätzen gegen gewalttätige Störer unterstützt und beweisichernde Festnahmen durchführt, hat derzeit meinen Informationen zufolge weniger als 60 einsatzbereite Beamte. Die Krankenquote liegt bei der Thüringer Landespolizei bei über 9 Prozent. Anders gesagt fehlen täglich durchschnittlich 1.114 Polizeibeamte, wenn man die Zahl der unbesetzten Dienstposten mit der der kranken Polizisten addiert; dazu kommen bei den besetzten Dienstposten zahlreiche Abordnungen. Diejenigen, die noch da sind, müssen zusätzliche Lasten tragen, häufen Überstunden an, und das bei einem steigenden Durchschnittsalter der Thüringer Polizei.

Nach letztverfügbaren Daten, die die obigen Angaben einzig und allein durch Recherchen und Anfragen der AfD zutage gefördert haben, steht die LPI Erfurt mit einem Anteil von 31,5 Prozent bei Bediensteten über 50 Jahren noch gut da. In der LPI Saalfeld sind es gar 44 Prozent, die über 50 sind. Daraus folgen zwei Erkenntnisse: Erstens sind in den nächsten Jahren massive Altersabgänge bei der Thüringer Polizei zu erwarten. Zweitens trägt ausgerechnet eine Polizei mit so einem hohen Durchschnittsalter eine Belastung, die auch für Jüngere physisch zu viel wäre. 30 zusätzliche Polizeianwärter einzustellen reicht da nicht aus. 155 Polizeianwärter in diesem und im nächsten Jahr sind nichts anderes als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Die GdP hat ausgerechnet, dass bei einer Gegenüberstellung von einzustellenden Polizeianwärtern und den voraussichtlichen Altersabgängen von 2015 bis 2018 ein Defizit von mindestens 162 Polizeibeamten entsteht.

(Zwischenruf Abg. König, DIE LINKE: Freie Rede! Freie Rede!)

(Abg. Henke)

Andere Länder, deren Einwohnerzahl und Straftatenaufkommen umgerechnet auf die Einwohner mit Thüringen vergleichbar sind, wie Sachsen-Anhalt oder Brandenburg, tun wirklich was, um der erhöhten Gefährdung durch terroristische Anschläge und der Kriminalität im Bereich Asyl Herr zu werden. So gab der damalige Minister für Inneres und Sport von Sachsen-Anhalt, Holger Stahlknecht, Anfang dieses Jahres bekannt – und ich zitiere –: „Wir sind uns darin einig, dass wir [...] aufgrund der zusätzlichen Aufgaben und aufgrund der Altersstruktur in unserer Polizei, bei der ab einem gewissen Alter eine gewisse Belastbarkeit für die Bediensteten schwierig ist, eine weitere Erhöhung dieses Einstellungskorridors auf 300 oder möglicherweise 350 Stellen brauchen. Es gibt verlässliche Berechnungen aus meinem Haus, die besagen, dass man für die Wahrnehmung der gesamten Aufgaben bei der Polizei 7 046 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte braucht.“

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie können wohl rechnen?!)

Ja, das hört man nicht so gern.

„Man wird mit diesem Ergebnis sicherlich in die Verhandlungen gehen. Dann wird man sehen, ob es 6 600 oder 6 700 sein werden. Das Ergebnis mag ich nicht vorwegnehmen.“ Weiter führt der Minister aus, dass zusätzlich 50 Stellen mit ehemaligen Feldjägern der Bundeswehr besetzt werden. In Brandenburg wurde in dem rot-roten Koalitionsvertrag die Zielzahl von 7.800 Polizeibeamten für das Jahr 2019 festgeschrieben. Inzwischen soll diese Zahl auf 8.100 oder 8.200 erhöht werden. In Nordrhein-Westfalen erklärte Innenminister Jäger: „Deutschland und damit auch NRW sind seit Längerem im Fadenkreuz des internationalen Terrorismus. Anschläge können uns überall und jederzeit treffen. Wer täglich für die Sicherheit der Menschen in NRW seinen Kopf hinhält, bekommt die beste Ausrüstung.“ Recht hat er! Immerhin gibt es auch in Thüringen Fortschritte bei der Ausrüstung. Die 1.500 gegen ballistische Waffen schützenden Diensthelme sollen schon in diesem Jahr beschafft werden. 2017 werden weitere 1.160 folgen. Die 6.000 stichfesten Schusswesten werden in 2016 und 2017 ausgeliefert. Das sind begrüßenswerte Fortschritte, aber reichlich zu spät und zu wenig.

Die AfD-Fraktion hat die Forderungen, die im Antrag der CDU aufgelistet werden, längst erhoben. Die Polizei muss mit Waffen, Schutzausstattung und Fahrzeugen ausgestattet werden, die auch im Fall eines Terroranschlags Sicherheit für die eingesetzten Polizeibeamten und die bedrohten Bürger gewährleisten.

Den Vorschlag, bei der Bereitschaftspolizei eine Ausbildungshundertschaft einzurichten, begrüßen wir. Dies würde eine Erhöhung der bestehenden

Ausbildungskapazität bei der Polizei ermöglichen und die Polizeieinrichtungen in Gotha und Meiningen entlasten. Die AfD hat eine Erhöhung der Ausbildungszahlen der Polizeianwärter schon seit Langem gefordert. Schon bei den Haushaltsverhandlungen haben wir uns für 200 neue Polizeianwärter jährlich eingesetzt und sehen es als positiv an, dass sich nun auch die CDU darüber Gedanken macht. Andere Modelle, wie eine Verlagerung der Ausbildung für den gehobenen Dienst an die Thüringer Verwaltungsfachhochschule in Gotha, wurden von der GdP gefordert und von uns aufgegriffen und sind sicherlich auch mehr als bedenkenswert. Denn für uns ist eines klar: Selbst die beste Ausrüstung, so notwendig sie ist, nützt nichts, wenn die Polizisten nicht da sind.

(Beifall AfD)

Selbst die besten Videoüberwachungssysteme ersetzen keinen Polizisten aus Fleisch und Blut. Im Übrigen sind Systeme wie intelligente Überwachungssoftware datenschutzrechtlich bedenklich. Wir brauchen mehr Polizei und mehr bessere Ausrüstung, und zwar in dieser Reihenfolge und sofort. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Als nächster Redner hat sich Abgeordneter Adams, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Kollegen, sehr verehrte Gäste hier im Thüringer Landtag! „Geänderte Sicherheitslage im Freistaat endlich ernst nehmen“ – so der erste Teil der Überschrift dieses Antrags. Wolfgang Fiedler hat in seiner Einbringung hier schon gesagt: Nun werden gleich alle sagen, dass wir damit Panik machen wollen. – Dieser Satz oder diese vorhergedachte Unterstellung steckt aber auch schon in dem Antrag. Ich möchte ganz deutlich sagen, wir sehen überhaupt nicht den Anlass, dass man dies als Panik- oder Angstmake bezeichnen muss. Allein der CDU obliegt es hier, nachher noch mal klarzustellen, wie denn der Widerspruch entsteht, wenn man sagt „endlich etwas ernst nehmen“, und im Punkt 2 des Antrags sogar sagt „Die Thüringer Sicherheitsbehörden sind gegenwärtig nicht hinreichend auf potenzielle Terror- und Anschlagsszenarien vorbereitet“ usw. usf. Für eine Erklärung, wie man das mit Nicht-Angstmachen zusammenbringt, würde ich sehr dankbar sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesem Antragstext heißt es auch, dass wir, wie schon lange, eine abstrakt hohe Gefährdungslage haben. Herr Kollege Fiedler, ich glaube, seitdem wir uns

(Abg. Adams)

gemeinsam im Innenausschuss treffen – ich glaube, das ist seit dem Jahr 2009 –, gab es noch nie eine Absenkung der Sicherheitslage, also dieses Levels „abstrakt hohe Gefährdungslage“. Das darf uns nicht beruhigen. Das ist die fast höchste Gefährdungslage, die wir haben können. Danach kommt nur noch die konkret hohe Gefährdungslage, aber konkret hohe Gefährdungslage heißt auch immer, dass man konkret von einem bevorstehenden Anschlag oder der Anschlagsmöglichkeit weiß. Immer wenn wir so eine Lage haben wie zum Beispiel über Silvester in München oder damals beim Länderspiel, ich glaube, in Hannover war es gewesen, beim Fußballspiel in Hannover, dann nehmen die Sicherheitsbehörden aller Länder – und das würde in Thüringen auch nicht anders sein – das sehr ernst. Niemand nimmt es nicht ernst, wie der Titel des CDU-Antrags hier suggerieren würde. Ich darf dabei auch auf das verweisen, was Kollege Dittes schon ausgeführt hat, und die Sache im Wesentlichen mit Blick auf die Uhr abkürzen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Die abstrakt hohe Gefährdungslage begleitet uns also seit einer sehr langen Zeit. Wir haben es selbst nicht in der Hand, diese abstrakt hohe Gefährdungslage zurückzudrängen, sondern wir haben nur in der Hand, unsere Beamten darauf gut vorzubereiten. Auch dazu ist vom Staatssekretär schon viel – und selbst von der AfD eben – Richtiges gesagt worden, nämlich dass die Ausrüstungsgegenstände neu oder anders beschafft worden sind, so wie wir das nach der Analyse des Anschlags in Paris erkannt haben. Vieles dabei ist wünschenswert. Ich glaube, es ist im Antrag der CDU gefordert, ein zusätzliches gepanzertes Fahrzeug zu beschaffen. Es ist vollkommen richtig, dass man über solche Fragen debattiert – debattiert nicht im Sinne davon, lange darüber zu reden, sondern sich genau anzuschauen, was wir da brauchen, was die Einsatzfälle wären und welches Instrument wir dazu einsetzen wollen. Das ist nichts, was man im Laden um die Ecke oder bei irgendeinem Fahrzeughersteller einfach so kauft, sondern das will mit Verstand und Bedacht angeschafft werden. Sie wissen, dass das Innenministerium daran auch arbeitet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die abstrakt hohe Sicherheitslage hat aber auch dazu geführt, dass – und das ist gut so – die Bevölkerung diese Situation ernst nimmt. Wir alle erleben es immer wieder: Stehen irgendwo Gepäckstücke herum, meldet die Bevölkerung das der Polizei und die Polizei kann tätig werden. Sie sperrt ab, sie überprüft und nimmt das wahr. Niemand sollte dabei darüber schimpfen, sondern die Bürgerinnen und Bürger ermuntern, diese Gefährdungslage ernst zu nehmen und insbesondere an Bahnhöfen oder neuralgischen Punkten, aber auch sonst verdächtig erscheinende Gegenstände, die abgestellt wurden, der Polizei zu melden. Nur so kann sie in dieser ab-

strakt hohen Gefährdungslage auch die richtigen Maßnahmen ergreifen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Schutzwesten, Helme, all das ist schon angesprochen worden. Ich möchte zu dem Punkt „Einsatz der Bundeswehr“ kommen. Herr Fiedler, liebe CDU, Sie wissen, dass der Einsatz der Bundeswehr in der Verfassung eng geregelt ist. Nur ganz spezielle Bereiche sind durch bundesgesetzliche Spezialgesetze hiervon ausgenommen, zum Beispiel der Katastrophenschutz. Ich denke, das ist auch gut so. Sollten wir in der Analyse auf der Bundesebene, die Kollegen im Bundestag, zu der Meinung kommen, dass man hier nachsteuern muss, müssen die das tun. Eine Beschlussfassung im Thüringer Landtag zu dieser Frage wäre aber einfach nur absurd, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Abschließend glaube ich sagen zu können, dass diese Landesregierung nicht nur in den Beratungen des Innenausschusses, sondern auch heute hier in der Beratung sehr deutlich gemacht hat, dass niemand hier etwas nicht ernst nimmt, sondern dass wir die Situation sehr ernst nehmen, insbesondere nehmen wir die langjährige unterdurchschnittliche oder unterschrittene Ausbildungskapazität sehr ernst, die aber von der CDU zu verantworten ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb hat – das will ich hier sehr deutlich sagen – diese Koalition in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben, dass wir den vollkommen falsch gelaufenen Stellenabbau bei der Polizei aussetzen, bis wir ein Konzept haben, wie wir das besser machen können.

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU)

Genau, Herr Grob. Daran arbeiten wir.

Sie werden sicherlich bemerkt haben, dass der Innenminister eine Kommission eingesetzt hat, die vor Kurzem ihre Ergebnisse präsentiert hat. Die hat ein Jahr gearbeitet und das möchte auch eine wissenschaftliche Kommission. Diese 64 Thesen – sind es, glaube ich – haben wir zur Kenntnis nehmen können. Wir werden die jetzt diskutieren und dann werden wir die richtigen Schritte machen. Ich darf für meine Fraktion – ich glaube, auch für weite Teile der Koalition – sagen: Wir werden sehr kritisch prüfen, ob wir nicht noch die Möglichkeit schaffen, im nächsten Haushalt noch mehr Polizeibeamte pro Jahr einzustellen.

Damit bin ich noch mal bei Herrn Henke, der gerade gesagt hat, was vielleicht viele Menschen fühlen: Wir brauchen mehr Polizei und bessere Ausrüstung, und zwar sofort. Wenn Sie sich heute entschließen und die Finanzministerin in der Lage wäre, sofort alles Geld zur Verfügung zu stellen, das man dafür braucht, werden Sie drei Jahre zusehen müssen, dass diese jungen Anwärtler, die es erst

(Abg. Adams)

einmal sind, in Meiningen ausgebildet werden – und diese Zeit braucht man auch für eine Ausbildung, weil eine Schnellbesetzung in diesem besonderen Bereich überhaupt keinen Sinn macht und von allen Fachverbänden auch abgelehnt wird.

(Zwischenruf Abg. Henke, AfD: Das ist doch okay! Aber man muss doch mal mit mehr anfangen!)

Deshalb heißt das: Wer heute fordert, wir brauchen sofort mehr Polizei, redet an der Realität vorbei, weil Sie diese Leute nicht auf dem Arbeitsamt finden. Es ist der lange Weg der Polizeiausbildung. Das war auch immer das Credo der Anträge der Grünen zum Thema Polizei: Stellenabbau aussetzen. Wolfgang Fiedler, Sie haben oft darüber geredet, aber Sie haben sich in Ihrer Fraktion nicht durchsetzen können. Ich bin sehr froh, dass wir das in dieser Koalition jetzt klar haben, dass der Stellenabbau da an der Stelle ausgesetzt wird und dass wir auch mehr Anwärterinnen und Anwärter einstellen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Als nächster Redner hat Abgeordneter Fiedler das Wort.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

(Zwischenruf Abg. Kräuter, DIE LINKE: Bleib sachlich, Wolfgang!)

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Reg dich nicht wieder so auf, Wolfgang!)

Ich gebe mir große Mühe, mich nicht aufzuregen, denn alles das, was ich jetzt gehört habe, außer vom Staatssekretär, zeugt von Unwissenheit, Unkenntnis sondergleichen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Zwischenruf Abg. Kalich, DIE LINKE: Das war aber jetzt rohe Wirklichkeit!)

(Beifall CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben ja das Thema nicht aus Lust und Tollerei auf die Tagesordnung gesetzt, sondern weil wir der festen Überzeugung sind, dass es Nachholbedarf im Freistaat Thüringen gibt.

(Beifall SPD)

Ich wollte eigentlich damit anfangen: Wenn der Ministerpräsident da ist, ist der Innenminister nicht da. Aber ich lasse es.

(Zwischenruf Ramelow, Ministerpräsident: Soll ich gehen? Ich höre immer aufmerksam zu!)

Nein, ist doch schön. Wenn du zuhörst, freue ich mich darüber.

Ich will zu dem Ernst der Lage zurückkommen. Meine Damen und Herren, ich möchte als Erstes noch mal von dieser Stelle aus der vielen unschuldigen Opfer gedenken und uns allen ins Gedächtnis rufen, wie nah mittlerweile der Terrorismus an Deutschland und auch an Thüringen herangerückt ist.

(Beifall AfD)

Man kann immer von abstrakter Lage reden, das ist alles richtig.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber das ist der Fachbegriff!)

Ja, doch nur! Es geht doch gar nicht darum. Ich will doch hier gar nicht irgendetwas in die Welt stellen. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, leider ist es ganz anders im Land – leider! Ich habe es schon mal von der Stelle aus gesagt, dass auch wir in den zurückliegenden zehn Jahren Versäumnisse hatten. Ich habe überhaupt kein Problem, das zu sagen.

(Beifall Abg. Kräuter, DIE LINKE)

Dazu gibt es überhaupt keinen Grund. Bloß vergessen viele, dass wir seit mehreren Jahren, in den letzten Jahren insbesondere, eine vollkommen veränderte Sicherheitslage in Deutschland und im Freistaat Thüringen haben. So etwas hatten wir noch nicht. Darauf muss ich doch reagieren. Ich kann mich doch nicht zurücklehnen und sagen: Ja, das ist zwar alles so, alle Länder tun was, aber Thüringen, die ziehen sich mal in ihr Schneckenhaus zurück und machen nichts.

(Beifall CDU)

Das ist der Grund, warum wir darüber reden. Die Bundesrepublik Deutschland und wir mit, wir haben es versäumt. Wir hätten die Polizei hochfahren müssen und nicht runterfahren. Wir haben uns auch öfter durchgesetzt, dass die entsprechend ausgebildet wurden.

(Beifall Abg. Henke, AfD)

Ich habe es schon mal von der Stelle aus gesagt, aber es haben sich hier die Financer durchgesetzt, die dann gesagt haben, wir müssen aber sparen. Es gab beides immer wieder. Ich gehe davon aus, dass es in der neuen Koalition nicht viel anders ist. Aber man muss doch zur Kenntnis nehmen, dass sich die Lage wirklich total verändert hat.

(Beifall Abg. Pelke, SPD)

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, will ich gar nicht zu sehr auf Herrn Dittes eingehen. Der redet hier immer, als ob er schon immer die innere Sicherheit gepachtet hätte. Meistens war

(Abg. Fiedler)

er auf der anderen Seite und die Polizisten kennen ihn sehr gut im Lande – sehr gut.

(Beifall CDU)

Nun ist er der Innenausschussvorsitzende. Schmerz früh, mittags und abends, aber es ist halt so!

(Heiterkeit DIE LINKE)

Auch dafür kriegen wir unsere Diäten, die sind auch manchmal Schmerzensgeld. Das ist halt so.

Wenn Sie sich hierhinstellen, Herr Dittes – bevor ich auf die anderen Dinge komme –, und sagen, dass das doch alles überflüssig ist und wir das doch alles gar nicht brauchen, dann will ich Sie darauf verweisen – und ich finde das fair –, Herr Staatssekretär, dass Sie am Anfang mit gesagt haben: Danke für den Antrag, dass wir darüber reden können.

(Beifall CDU)

Das ist ein fairer Umgangston, weil es um die Sicherheitslage dieses Landes geht. Und dann geht Herr Dittes hier vor und behauptet genau das Gegenteil. Ich komme dann beim Verfassungsschutz noch darauf oder eigentlich muss ich es jetzt machen. Wenn ich mir vorstelle, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere der SPD, die sich heute hierhin gestellt haben, die den Verfassungsschutz abschaffen wollen, die heute in der SPD drei große Klatschen mitgegeben haben, die darauf verwiesen haben, dass der Verfassungsschutz nicht notwendig ist usw. Nun stelle ich mir vor – der Ministerpräsident bemüht sich ja und macht da in Berlin und alles und denkt, wir könnten doch Rot-Rot-Grün in Berlin wagen –, die erste These wird sein, wir schaffen den Verfassungsschutz in Deutschland ab. Meine Damen und Herren, wir schaffen den Verfassungsschutz in Deutschland ab, dann kommt Sahra Wagenknecht mit dem und dem und dem und da bleibt nichts mehr übrig, die NATO wird abgeschafft, Verfassungsschutz brauchen wir nicht mehr, das brauchen wir nicht und das brauchen wir nicht.

(Zwischenruf Ramelow, Ministerpräsident:
Dann kommt Frau Merkel und sagt: Wir schaffen das!)

Dann kommt Frau Merkel und sagt: „Wir schaffen das“, wo auch wir nicht in allen Punkten unserer Kanzlerin und Parteivorsitzenden zustimmen. Dann geht der Ministerpräsident heute her

(Zwischenruf Ramelow, Ministerpräsident:
Und ich sage auch: Wir schaffen das!)

und lädt sie alle ein: „Bleibt doch hier, wir brauchen euch alle, egal ob ihr den Status habt oder nicht.“

Wie viel Zeit habe ich überhaupt noch?

Vizepräsidentin Jung:

Genau 42 Minuten.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

42 Minuten. Ich weiß, dass Freitag alle nach Hause wollen, das kann ich nachvollziehen, aber das Thema ist zumindest ein kleines Stück wichtiger – meine Kollegin ist gerade nicht da – als vielleicht die Kormorane. Die Umweltministerin guckt gleich ganz düpiert, aber wenn Sie mich fragen, es müssen genügend abgeschossen werden.

Meine Damen und Herren, ich will einfach beim Ernst der Dinge bleiben. Herr Dittes, auch Sie haben wieder von Kriegseinsatz gesprochen. Mir wurde mal vorgeworfen, wenn ich hier vorn mal bestimmte kräftige Ausdrücke nehme, was da für eine Empörung kommt. Sie haben einfach nicht verstanden, was wir sagen wollen oder was ich sagen will. Das kommt noch. Ich will es Ihnen nur jetzt schon sagen: Sie haben sich hier vorn hingestellt, ist doch alles paletti, brauchen wir nicht, ist nicht, meine Damen und Herren.

Meine Damen und Herren, wenn ich das höre, was Herr Kollege Dittes hier losgelassen hat für die größte Fraktion in dieser Koalition, dann wird mir angst und bange. Die Worte höre ich wohl, aber mir fehlt der Glaube, was hier gesagt wurde. Wenn man sich hierhin stellt und feiert das alles so ab – ich bin wirklich lange nicht so deprimiert hier vorgegangen. Meine Kollegen, die in der Innenpolitik sind, haben alle nur noch mit dem Kopf geschüttelt. Anstatt sich Gedanken zu machen, was wir wirklich ändern müssen, meine Damen und Herren, ist das hier einfach so weggewischt worden – brauchen wir alles nicht, haben wir alles schon, ist schon immer so gewesen. Deswegen, ich wollte es eigentlich nicht machen, aber ich denke, der Einstieg ist notwendig: Sie kennen sicher den Brief, Hilferuf einer Polizeikollegin, offener Brief aus der Kreisgruppe der GdP Nordthüringen. Der Name ist bekannt. „Sehr geehrter Herr Innenminister Dr. Poppenhäger,“ – ich weiß, er will jetzt hinreisen, das finde ich gut; er soll hinreisen und soll sich mit den Leuten vor Ort austauschen – „wir wenden uns mit diesem Hilferuf in einem offenen Brief direkt an sie, weil wir am Ende unserer Kraft sind. Wir sind die Dienstgruppe der Polizeiinspektion Unstrut-Hainich in Mühlhausen und Bad Langensalza. Aber wir denken, dass wir stellvertretend für viele Dienstgruppen, für viele Kollegen im Freistaat stehen. Seit Jahren leiden wir unter dem Personalabbau bei der Thüringer Polizei. Wie atmeten wir auf, als im vergangenen Jahr seitens der Landesregierung angekündigt wurde, dass die Einstellungszahlen der Thüringer Polizei nicht weiter nach unten gehen sollen. Gerade an uns im Nordthüringer Raum scheinen seit Jahren die Neuzugänge aus Bereitschaftspolizei oder der Verwaltungsfachschule vor-

(Abg. Fiedler)

bei zu gehen. Die jungen Kolleginnen und Kollegen kommen überall hin, aber die wenigsten nach Mühlhausen, Sondershausen und Nordhausen. Das Durchschnittsalter in unserer Dienstgruppe beträgt mehr als 48 Jahre. Nicht selten sitzen über 110 Jahre Lebenserfahrung in einem Funkwagen. Dass dies Folgen hat, ist nur selbstverständlich. Wir fragen uns manchmal, welches Bild der Bürger von uns haben muss, wenn wir mit unserer Fastpensionärstruppe anrücken. Bestimmt nicht das, was in den Werbebroschüren – man kann das jetzt gleich für die Werbung für die Gebietsreform nehmen – „und im Internet von der Thüringer Polizei vermittelt wird. Wir ziehen unseren Hut vor jedem Kollegen, der bis zur Pensionierung auf der Straße steht. Sind wir doch froh, dass wir sie haben, denn Alternativen gibt es nicht. Aber ist es nicht ein Armutszeugnis für ein Bundesland, das keine andere Verwendungsmöglichkeit für lang gediente, ältere Kollegen hat als den Streifeneinzeldienst? Schämen sich die Verantwortlichen nicht ein wenig, wenn sie die Einstellungszahlen der benachbarten Bundesländer sehen, wie z. B. Niedersachsen 1 100, Hessen 890, Sachsen-Anhalt 240.“ Es ist ja gesprochen worden, was der Innenminister dort vorhat. „Und ganz zum Schluss kommt irgendwann Thüringen mit gigantischen 155“, wo sich die Koalition, Herr Dittes, dafür feiert.

Ich muss den Brief vorlesen, damit man überhaupt weiß, wo wir stehen: „Inzwischen sind wir weiter dezimiert. Es geschah das, was alle realistisch denkenden Kollegen in unserer Dienststelle seit langem befürchtet hatten. Was passiert, wenn unsere fünf Kollegen einfach nicht reichen, um die polizeilichen Maßnahmen durchzusetzen? Was passiert, wenn es in erster Linie nicht mehr um Strafverfolgung gehen kann, sondern nur noch darum, mit einigermaßen heiler Haut aus einem Einsatz zurückzukommen? Was passiert, wenn die Verstärkung, die sofort gebraucht wird, aus Gotha oder Erfurt kommen muss? Was passiert, wenn sich die Polizeibeamten komplett hilflos einer Übermacht ausgesetzt sehen, derer sie nicht Herr werden? Was passiert, wenn Sie dieses Gefühl der Hilflosigkeit, der nackten Angst, einfach nicht mehr los werden? Immer mehr Kollegen werden durch Widerstandshandlungen verletzt. Die Täter sind oft durch Drogen und/oder Alkohol so schmerzunempfindlich, dabei aber immens leistungsfähig und unberechenbar, dass oft mehr als eine Besatzung notwendig ist, um die polizeilichen Maßnahmen durchzuführen. Oft steht aber nur ein Funkwagen zur Verfügung. Was dann? Das ist heute leider unser Alltag. Es ist richtig, dass wir alle gut ausgebildet sind, aber das allein reicht nicht aus. Gut ausgebildete Polizeibeamte konnten auch den zahlreichen Opfern am Kölner Dom in der Silvesternacht nicht helfen, weil es einfach zu wenig waren. Die meisten Kollegen in unserer Dienststelle haben noch Dienststärken von zwanzig Beamten pro Dienst-

schicht erlebt. Zwanzig, die tatsächlich zur gleichen Zeit allein in Mühlhausen im Dienst waren und nicht nur auf dem Papier standen. Unsere Mindeststärke liegt inzwischen von unter zehn für Bad Langensalza und Mühlhausen zusammen. Vor fünf Jahren mussten wir noch zwölf Beamte auf die Straße bringen. Schon diese Zahl ist heute utopisch. Uns wundert es nicht, dass sich die Kolleginnen und Kollegen der Landeseinsatzzentrale zum Teil weigern, die Zuständigkeit für den nördlichen Bereich von Thüringen zu übernehmen [...]. Und nun fragen wir Sie: Haben Sie selbst auch dieses Bild von Ihrer Polizei? Ist das die Polizei, die Sie sich für Ihren Freistaat Thüringen vorstellen? Ist das die Polizei, die den Aufgaben der Zukunft gewachsen ist? Wir jedenfalls sind froh, wenn wir gesund nach jeder Schicht nach Hause kommen. Und für die Zukunft der Thüringer Polizei sehen wir nur schwarz, wenn nicht endlich mehr als 155 Anwarter im Jahr eingestellt werden.“

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass der Brief Sie aufrüttelt.

(Beifall Abg. Henke, AfD)

Deswegen habe ich ihn vorgelesen. Es geht einfach darum, unsere Polizei ist am Ende, unsere Polizei fühlt sich von der Politik verlassen und unsere Polizei wird nicht unterstützt. Ich will an der Stelle – mein Fraktionsvorsitzender hat es gestern genannt – sagen, dass Gott sei Dank noch zwei Fraktionsvorsitzende dieses „Alle Polizisten sind Bastarde“ zurückgenommen haben. Das führt nicht dazu, dass die Polizei sich von der Politik unterstützt fühlt.

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Ich habe es nicht zurückgenommen! Ich habe gesagt, dass es mit uns nichts zu tun hat!)

Du hast es zurückgenommen? Zwei? Also du tust doch jetzt nicht etwa das, was ich positiv sage, dass ihr es nicht gemerkt habt, dass sie euch verladen haben, und dann habt ihr es zurückgezogen. Ich meine es doch positiv. Du kannst es natürlich wieder ins Negative drehen, es war nicht meine Absicht. Es waren zwei und der andere von den Grünen sitzt daneben. Also, meine Damen und Herren, ich will einfach nur darauf hinweisen: Wenn für die Polizei so eine Achtung da ist in unserem Lande, wie das hier geschildert wird,

(Beifall Abg. Henke, AfD)

dann kann ich nur noch sagen: Mir wird angst und bange. Und das mache ich nicht, auch wenn Herr Dittes und andere unterstellen: Ach, der Fiedler hat doch keine Ahnung – das können Sie doch alles machen, das ist doch Ihr gutes Recht. Aber Sie können mir eines glauben: Ich habe von der Pike auf seit mittlerweile 26 Jahren die Polizei – ich habe sie nicht aufgebaut, ich habe den zehnten Innenminister, aber ich war fast die ganze Zeit lang innenpolitischer Sprecher und ich habe sehr, sehr viele

(Abg. Fiedler)

Gespräche geführt. Wir hatten fast 20 Jahre einen Arbeitskreis Polizei, der von sehr vielen Polizistinnen und Polizisten sehr gut besucht war. Wir haben uns schon immer ausgetauscht und wir wissen auch heute noch um die Nöte, die es dort gibt. Ich will an dieser Stelle – das haben andere auch schon gemacht – noch mal all unseren Sicherheitskräften, insbesondere auch der Polizei, ein herzliches Dankeschön sagen. Wir werden sie unterstützen,

(Beifall CDU, AfD; Abg. Mitteldorf, DIE LINKE)

damit es im Freistaat Thüringen besser wird. Ich habe kein Problem, das auch von hier vorn noch mal zu sagen: Wir wissen seit Jahren, dass drei Hundertschaften nicht reichen. Wir wissen es seit Jahren. Und seit Jahren ist es aus finanziellen Gründen usw. weggeschoben worden.

Meine Damen und Herren, weil von Herrn Dittes vorhin auch die Ausbildungshundertschaft genannt wurde, ich sage danach noch etwas dazu: Das ist eine hoch qualifizierte Einheit, die das in vielen Einsätzen, wie auch in Bayern bei dem großen G7-Gipfel, bewiesen hat, die wirklich auch in anderen Ländern anerkannt ist. Deswegen muss man davor wirklich den Hut ziehen.

Bei dem, was wir heute hier zum Tagesordnungspunkt gemacht haben, da geht es nicht darum – ich habe das bewusst auch schon in der Einbringung gesagt –, irgendjemandem irgendwas anzuheften. Man fängt in der Regel bei der Selbstkritik an und das habe ich gemacht. Aber nun regieren seit zwei Jahren andere. Die haben gesagt, sie wollen nicht alles anders machen, aber sie wollen es besser machen. Ja, da müssen sie es besser machen!

Aber, meine Damen und Herren, dann rühmt sich Herr Dittes – war es Herr Dittes oder der Staatssekretär; das ist egal –, Cybercrime und Staatsschutz sind gestärkt worden. Richtig und gut, aber wo haben wir die Leute hergenommen? Wir haben sie aus der Fläche geholt. Die fehlen uns in der Fläche. Es war richtig und gut. Wir waren im Landeskriminalamt, wir haben uns dort berichten lassen, da ist uns das gesagt worden, wir haben das an entsprechender Stelle, Innenausschuss usw., auch kommuniziert. Wir, mein Arbeitskreis, fünf Mann waren bei der Bereitschaftspolizei und haben mit den Leuten gesprochen.

Was denken Sie, warum wir auf die Idee mit der Ausbildungshundertschaft gekommen sind? Wir sind auf diese Idee gekommen, weil uns die Leute dort gesagt haben – und die haben Ahnung und müssten es wissen –, dass es schon solche Ausbildungshundertschaften gegeben hat. Da will ich noch mal klar und deutlich sagen: Was mancher, der vor mir gesprochen hat, hier vorn losgelassen hat – hier geht es doch nicht um eine Billigpolizei.

Hier geht es darum, dass wir eine Lösung suchen, weil wir wissen, dass Meiningen zu ist, damit hier richtige Polizei ausgebildet wird. Das war gang und gäbe. Da sind richtige Polizisten ausgebildet worden und nicht irgendwas Halbes. Das ist jahrelang in der Bundesrepublik und auch hier in Thüringen gemacht worden. Hier wird suggeriert, wir wollen hier irgendeine Billigpolizei. Ja, Sie werden um die Billigpolizei nicht herumkommen.

(Zwischenruf Abg. Kräuter, DIE LINKE: Das macht kein Mensch!)

Gehe hier vor und erzähle etwas, wie du es verändern willst, als ehemaliger Polizist. Das kannst du machen.

(Zwischenruf Abg. Kalich, DIE LINKE: Er ist noch einer!)

Als Fraktion haben wir diese Hilfspolizisten seit allen Jahren bis dato abgelehnt.

(Beifall CDU)

Wir haben gesagt, wir wollen sie nicht. Aber wenn wir es nicht schaffen, Polizei auszubilden und Polizei überhaupt erst mal nach drei Jahren auf die Straße zu bringen ...

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Zwei oder drei Jahre!)

Nach zwei oder drei Jahren, je nachdem, was sie für eine Laufbahn haben. Herr Dittes, Sie müssten das eigentlich auch mittlerweile wissen.

Damit wir uns das einfach nur gesagt haben. Da haben die uns dort vor Ort gesagt: Ja, es wäre möglich. Man muss natürlich dann Voraussetzungen schaffen. Natürlich müssten dann auch noch entsprechende Fachleute mit hinzugezogen werden usw. Wir wissen aber auch, dass das in Meiningen in absehbarer Zeit einfach nicht geht. Sie wissen es, Herr Staatssekretär, wir wissen es. Man kann sich natürlich hinstellen und sagen: Hätten wir doch damals größer gebaut. Ich erinnere mich daran, wie viel Geld wir in Meiningen reingesteckt haben. Das ist eine sehr gute Ausbildungsstätte, da wird wirklich – wir waren mehrfach dort – nahe an der Wirklichkeit geübt usw. Aber da sind eben mittlerweile die Ausbildungskapazitäten weg oder voll, sie können nicht mehr. Auch das, wenn wir vor Ort waren und das hier gesagt haben, wurde alles runtergespielt. Sie haben recht – ich weiß nicht, wer das gesagt hat –, es fehlen jetzt noch die Unterkünfte, aber die Unterkünfte sind in Planung und die Unterkünfte werden gebaut. Wir waren alle Mann vor Ort und wissen, was dort los ist. Aber wir können nur mittelfristig – wenn der Wille da ist, Geld in die Hand zu nehmen, Bauunterlagen zu erstellen etc. pp. Wenn wir Meiningen – jetzt sage ich wieder das Wort – „aufrüsten“ wollen und müssen, dann müssen wir Geld in die Hand nehmen. Wir wissen, wie schnell unsere Behörden laufen, wenn es darum

(Abg. Fiedler)

geht. Da muss der Plan erstellt werden, dann geht das zum Bauministerium, dann geht das ans Finanzministerium, dann kommen noch sämtliche Beamte und was da so alles ist. Ich sage Ihnen: Das dauert Jahre, bevor da überhaupt der erste Angriff oder irgendwas passiert. Deswegen: Wenn wir das zur Kenntnis nehmen und wissen es einfach, dann müssen wir doch handeln und nicht immer nur sagen: Ach, die da, die haben doch das usw. Die Bedrohungslage hat sich im Freistaat und in der ganzen Bundesrepublik und auch in der Welt vollständig verändert. Wenn man das weiß, muss man hier auch entsprechend reagieren und muss etwas tun. Wer das so einfach wegwischt mit der Ausbildungshundertschaft, da fällt mir nichts mehr ein. Da bleibt nur noch eins übrig: Es wird irgendwann die Billigpolizei kommen. Sie wird kommen, weil sonst niemand mehr da ist, der dann irgendwo noch was macht. Es ist die 155 in Meiningen genannt worden. Kaum war die erste Feier vorbei, sind zwei ausgeschieden. Ich hoffe, dass die zwei wieder eingestellt wurden. Der Staatssekretär nickt, die zwei sind schon wieder eingestellt, also nachgerückt.

(Beifall CDU)

Wir wissen, dass auch nicht alle die Prüfung bestehen. Wir wissen das. Ich will die Prozentzahl gar nicht sagen, sonst freuen sich noch welche darüber, die sich nicht freuen sollten, was am Ende dort wirklich rauskommt. Deshalb, meine Damen und Herren, müssen wir über diese Dinge reden. Das kann man nicht so einfach wegwischen, als ob das nichts wäre. Meine Damen und Herren, ich denke mal, ich habe auch in der Antragsbegründung schon einige Dinge genannt, damit auch das klar ist. Das ist, meine Damen und Herren, nicht nur unsere Meinung oder meine Meinung, sondern wir haben das natürlich mit vielen Sicherheitsexperten, mit zwei Gewerkschaften intensiv besprochen. Wir haben uns auseinandergesetzt, was passiert eigentlich oder was kann passieren. Ich habe es weiter hinten noch mal, aber wenn ich mich wiederhole, ist es mir auch egal. Es geht einfach darum – und da muss ich Sie noch mal, Herr Dittes, ansprechen; Sie sind ja immer so genau, weil Sie alles bei anderen finden, nur bei sich nicht –, Sie haben vom Anschlag in Ansbach und Würzburg gesprochen. Es war der Amoklauf von München, wo der Staatssekretär eingeladen hat und wo die entsprechenden Leute dort vor Ort waren. Auch so viel sollten Sie noch wissen, von was Sie eigentlich reden.

Meine Damen und Herren, deswegen erlaube ich mir hier stellvertretend den obersten Verfassungsschützer unseres Landes zu zitieren, denn es ist ja geänderte Sicherheitslage im Freistaat und bürgerwirksam vor terroristischen Anschlägen schützen. Manche sind darauf eingegangen, Kollege Henke. Manche haben das vollkommen beiseite gewischt, es ist doch alles paletti, es ist alles gut, wir brauchen nicht darüber zu reden. Ich zitiere unseren

Verfassungsschützer, der vor gar nicht allzu langer Zeit in einem Interview ausgeführt hat, dass der islamistische Terrorismus, vor allem der IS, weiterhin die größte Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik darstellt. Ein Blick in den aktuellen Verfassungsschutzbericht verdeutlicht zudem, dass die bestehenden Anschlagrisiken von verschiedenen Gruppen ausgehen. So stieg die Zahl der Salafisten – also derjenigen, die einer fundamentalistischen, islamistischen Ideologie anhängen – von 8.350 im Jahr 2015 auf mittlerweile mehr als 8.900 Salafisten an, Stand Juni 2016. Gleichzeitig ist die Zahl der islamistischen Gefährder auf mehr als 500 gestiegen, also jener Personen, denen die Behörden jederzeit einen Anschlag zutrauen. 500, Frau Rothe-Beinlich, wenn Sie es interessiert! Nun kann man sagen, in Thüringen hält sich allenfalls eine Handvoll von diesen Gefährdern auf, oder man kann sagen, das alles sei ja nur halb so wild. Aber diese Auffassung teilen wir gerade nicht, meine Damen und Herren. Jeder von denen ist eine Gefahr zu viel.

(Beifall CDU)

Denn man handelt zumindest grob fahrlässig, und zwar zum Nachteil der eigenen inneren Sicherheit und letztlich auch vor allem zum Nachteil der Bevölkerung. Auch Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von Rot-Rot-Grün, können nicht leugnen, dass die Sorgen der Menschen vor terroristischen Anschlägen in diesem Land in den letzten Monaten nicht weniger geworden sind. Wer also diese Gefahr in der Bedrohungslage zum gegenwärtigen Zeitpunkt leichtfertig bestreitet, verharmlost oder darin eine pauschale Vorverurteilung von Asylsuchenden und Flüchtlingen sieht, der hat den Blick für die Realität vollständig verloren.

(Beifall CDU)

Es gehört zur Wahrheit dazu, dass der IS mit dem Flüchtlingsstrom nach Europa auch Terroristen einschleuste. Das wurde lange bestritten, bis die Ersten erkannt wurden; und auch in Thüringen waren schon welche unterwegs, die Anschläge unternommen haben.

Meine Damen und Herren, Hoffnung allein stellt leider keine Garantie dafür dar, dass es so bleibt. Auch führt Hoffnung mitnichten dazu, dass unsere Sicherheitsbehörden im Ernstfall auf derartige Szenarien vorbereitet sind. Genau hieran mangelt es gegenwärtig ganz gewaltig im Freistaat.

(Zwischenruf Abg. Kräuter und Abg. Kalich, DIE LINKE: Das stimmt nicht!)

Uns haben eindringliche Hilferufe aus der Polizei und den Gewerkschaften erreicht, wonach unsere Beamten derzeit nicht den Aufgaben und Anforderungen im Zusammenhang mit der neuen Sicherheitslage gewachsen sind. Beklagt wird immer wieder und insbesondere fehlende technische Ausstat-

(Abg. Fiedler)

tung bei Waffenmaterial und Fahrzeugen. Zudem leidet die Polizei unter der dauerhaften Überbelastung durch Mehrarbeit und Überstunden wegen unbesetzter und fehlender Stellen. Hier reiht sich auch der gestern kurz angesprochene offene Brief, den ich verlesen habe, mit ein. Hierdurch leidet nicht nur das Arbeitsklima, auch die Kündigungen haben nach unserem Kenntnisstand in jüngster Zeit bei der Polizei drastisch zugenommen. Das ist nicht von uns, das haben uns die Gewerkschaften gesagt. Hinzu kommt, wie es vorhin schon genannt wurde, der hohe Krankenstand, weil die Kolleginnen und Kollegen der Polizei einfach überlastet sind. Diesem Zustand muss dringend begegnet werden, um einen Rückgang der inneren Sicherheit nicht noch zu befördern. Daher fordern wir eine Reihe von Maßnahmen, die nach unserer Auffassung erstens zu einer spürbaren Entlastung unserer Beamten führen sollen und zweitens eine adäquate Antwort auf die geänderte Sicherheitslage im Landtag geben. Ich verweise auf unseren Antrag, dem, ich glaube, das ganze Haus zugestimmt hat, polizeifremde Aufgaben weiter zu verringern. Wenn das natürlich alles Monate dauert, dann kommen wir nie einen Schritt vorwärts. Ich kann dem Innenminister und den anderen Ministern nur dazu sagen: Werden Sie bessere als unsere damals. Wir haben es versucht, wir sind gescheitert. Vielleicht werden Sie besser und schneller und es kommt endlich mal. Ja, man muss auch die eigenen mal kritisieren. Ich erinnere mich, als wir da zusammensaßen und wie nur Ausreden kamen: Das geht nicht, das geht nicht, das geht nicht.

Meine Damen und Herren, bisher wurden nur Taschenlampen und Handschuhe angeschafft. Ich weiß, das will mancher gar nicht hören. Die seit Monaten angekündigten Helme und Schutzwesten fehlen noch immer oder stehen nur teilweise zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, auch das müssten die Innenpolitiker wissen, die sind in Auftrag gegeben und es ist vieles, was auch anrollen soll. Wenn man aber erst ganz spät reagiert, und wir haben das schon vor vielen Monaten eingebracht – ja, ich weiß, meine Kollegen und andere wollen heim, ich kann es doch aber nicht ändern, es muss sein. Wenn es euch nicht interessiert, müsst ihr es mir sagen. Da höre ich auf, klappe ich zu und höre auf.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Ja!)

(Unruhe CDU, DIE LINKE)

Es fällt mir aber gar nicht ein, dass vielleicht noch Herr Harzer recht kriegt, nur weil er heim will – fällt aus.

Meine Damen und Herren, ja, bleiben wir doch noch ernst, auch wenn es Freitag ist. Ich weiß, es schmerzt.

Sie sind in Bewegung gesetzt worden, aber viel zu spät. Ich erinnere daran, ja, der Staatssekretär muss immer nicken.

(Zwischenruf Götze, Staatssekretär: Das ist eine Beschaffungsfrage!)

Wir haben damals darauf hingewiesen – und was wurde gemacht? Erinnern Sie sich daran, es ging um die Schutzwesten der Schutzklasse 4. Das sind die, die Schüsse von Schnellfeuerwaffen oder Ähnlichem – Kalaschnikow – abhalten sollen. Da ist von manchen gesagt worden, jeder soll eine kriegen. Das ist überhaupt nicht wahr. Wir haben gesagt, nur bestimmte Einheiten und nur bestimmte müssen zur Verfügung gestellt werden. Wenn natürlich sämtliche Länder anfangen und ihre Bestände auffüllen, weil sie es erkannt haben, und wir bestellen dann irgendwann, brauchen wir uns nicht zu wundern, dass es zu spät kommt. Ob das die Helme sind, ob das die Schutzwesten sind, das ist einfach so. Deswegen muss man sich schon darüber Gedanken machen. Das heißt, die Polizei muss dringend mit Waffen, persönlicher Schutzausrüstung und Fahrzeugen ausgestattet werden, die geeignet sind – hier geht es nicht um Zivilfahnder oder irgendwas –, auf Anschläge oder Terrorszenarien nach dem Muster von Paris zu reagieren. Es gibt keine gepanzerten Fahrzeuge, die solchen Dingen standhalten. Die haben wir in Thüringen nicht. Deswegen muss dort dringend nachgearbeitet werden. Das muss in Zusammenarbeit mit dem Bund passieren, weil das Bereitschaftspolizei und so weiter ist, aber es muss passieren. Unsere Sicherheitsbehörden und Rettungskräfte sind gegenwärtig nicht hinreichend darauf vorbereitet, sollte es zu einem Anschlag in der Größenordnung vom 13. November 2015 in Paris kommen oder an mehreren Orten gleichzeitig etwas passieren. Existieren hierzu Sicherheitskonzepte, die mit allen Sicherheits- und Rettungskräften abgestimmt sind? Nach meinem Kenntnisstand und meinen Informationen leider nicht.

Zudem, meine Damen und Herren, brauchen wir mehr Personal. Ich habe es Ihnen vorhin gesagt: Man kann auch mehr Personal beschaffen, aber nicht – wenn das hier Herr Dittes aufzählt –, dass am Ende das Innenministerium nicht mehr da ist. Man muss seine Ressourcen, die man hat, so umschichten, dass man die innere Sicherheit auch entsprechend gewährleisten kann. Da muss man die Prioritäten setzen, nennt sich das Ganze.

Zum Stellenabbauplan: Warum führt denn die Nachfolgeregierung das eigentlich weiter? Weil sie natürlich am Ende weiß, dass 2019/2020 die Klappe fällt und man hier entsprechend Vorsorge treffen muss. Dass eine Finanzministerin ihr Geld zusammenhält, das verstehe ich vollständig, aber da muss man auch eine Gesamtregierungsentscheidung fällen. Ich erinnere daran, was damals 2001 in

(Abg. Fiedler)

New York passiert ist, wo die Flugzeuge in die Hochhäuser reingeflogen sind. Was denken Sie, was wir da in dem Land hier gemacht haben? Wir haben ein Sicherheitspaket aufgelegt. Wir haben sofort gehandelt, haben ein Sicherheitspaket aufgelegt und haben hier entsprechende Maßnahmen durchgeführt. Ich hätte mir gewünscht, dass diese Landesregierung, die so schöne, dankenswerterweise sprudelnde Steuerquellen hat, da auch einmal 50 Millionen oder Zahl X, sage ich jetzt mal, nimmt und in Sicherheit investiert. Denn das sind wir auch unseren Bürgern schuldig, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass der Letzte kapiert hat, was eine Ausbildungshundertschaft ist, und dass man endlich mal ernsthaft darüber nachdenkt – ernsthaft darüber nachdenkt. Und ich rede von einer Ausbildungshundertschaft.

(Beifall Abg. Henke, AfD)

Gleichzeitig muss Meiningen aufgerüstet werden, also muss mehr gebaut werden und es müssen Vorbereitungen getroffen werden. Die Polizisten müssen nämlich ausgebildet werden. Die fallen nicht vom Himmel. Das dauert seine Zeit, zwei bis drei Jahre. Ich will nur daran erinnern.

Meine Damen und Herren, vorhin hat Herr Dittes die Polizeistrukturenreform zu unserer Zeit benannt. Da muss nicht alles richtig gewesen sein, Herr Dittes. Es war aber erst 2012, und jetzt schon wieder, nur weil eine neue Regierung dran ist? Da wird schon wieder alles überprüft, dass eine Evaluation von der Gruppe um Prof. Baldus hier stattfindet. Ich muss Ihnen in einem Punkt zustimmen: Es wäre schön, wenn wir das Ganze mal kriegen würden, aber wir kriegen es ja nicht, was da drinsteht. Wir haben Prof. Baldus mal eingeladen, wir wollen das Ganze mit ihm diskutieren. Ich denke, Sie können sich dort verteufeln und hier wird es gleichzeitig gemacht, in der größten Bedrohungslage aller Zeiten. Ich kann dem Innenminister nur – raten will ich nicht – vielleicht ans Herz legen: Lassen Sie sich hier nicht drängen, sondern gehen Sie langsam und behutsam ran. Denn die Polizei braucht in dieser Zeit nicht noch einmal Verunsicherung, dass aus sieben PIs vielleicht vier werden, alles wieder umstrukturiert wird. Das würde nicht funktionieren, meine Damen und Herren.

Deswegen will ich auch noch mal sagen – und jetzt kommt wieder so etwas, was falsch, wahrscheinlich bewusst falsch verstanden wird –: Überdies plädieren wir dafür, dass in Zusammenarbeit mit der Bundeswehr Vorbereitungen für den Einsatz von Bundeswehreinheiten bei Terroranschlägen zu treffen sind. Wo hat denn hier jemand gefordert, dass die Bundeswehr mit Waffen einrücken und die Polizei ersetzen soll? Kein Mensch hat das gefordert! Da

müssen Sie mal lesen! Ich will Ihnen gleich dazusagen: Dies hatte der Innenminister Dr. Poppenhäger nach meinem Kenntnisstand selbst schon gefordert, in einer Pressemitteilung begrüßt. Das ist ganz normal, dass man sich dort natürlich austauscht und dass man dann auch entsprechende Dinge unternimmt. Und dann wird das so hingestellt, jetzt wollen die die Bundeswehr im Inneren einsetzen. Also, meine Damen und Herren, wenn man das alles so oberflächlich betrachtet, ist es einfach verkehrt, und ich will versuchen, Sie aufzurütteln.

Jetzt kommen wir noch zu einem wichtigen Punkt: das Amt für Verfassungsschutz personell und materiell weiter aufzustocken. Herr Dittes und seine Fraktion, an der Spitze Frau Hennig-Wellsow, haben das nun mehr als deutlich gemacht – heute noch mal –, was sie davon halten. Sie wollen dieses Amt abschaffen und sie arbeiten daran, es abzuschaffen. Da muss der arme Innenminister und hoffentlich der Fachminister Dr. Poppenhäger – hoffentlich hält seine Fraktion zu ihm, dass man das abwendet.

Meine Damen und Herren, da wird auf dem Parteitag in Eisenberg einfach mal beschlossen: Das Amt muss weg. Gut, können Sie ja machen, das geht ja noch. Aber gleichzeitig dort beschließen, die Kommunistische Plattform, die beobachtet wird, weil sie extremistisch und gefährlich ist, möge nicht mehr beobachtet werden – das ist wie früher, oder? Die Partei gibt vor und das Schild und Schwert hat zu handeln. Das fällt aus in diesem Land.

(Beifall Abg. Hennig-Wellsow, DIE LINKE)

Das fällt in diesem Land aus und da setze ich auf den Ministerpräsidenten und die Vernünftigen in dieser Koalition,

(Heiterkeit DIE LINKE)

(Beifall CDU)

dass sie sich das nicht gefallen lassen und dass man uns hier blankmacht und wir nichts mehr wissen.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken. Ich weiß, ich habe Sie strapaziert, sehr strapaziert am Freitagabend, aber ich denke, das Thema ist zu wichtig, sodass man das heute hier noch mal so intensiv ansprechen muss. Und, meine Damen und Herren, auch die AfD – wenn sie auch schon immer alles vorher wusste: Wir lehnen den Antrag ab, weil er uns natürlich nicht weit genug geht. Aber zumindest viele Ansätze sind da, auch das will ich hier mal sagen, damit wir nicht immer nur die eine Truppe verteufeln. Sie haben zumindest einen Teil davon erkannt.

Sie wollen und haben nichts erkannt. Und ich setze auf den Innenminister und auf den Regierungschef,

(Abg. Fiedler)

damit die Sicherheit im Land gewährleistet wird und damit man endlich Geld in die Hand nimmt und etwas tut. Vielen Dank!

(Beifall CDU, AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Als nächste Rednerin hat Abgeordnete Marx das Wort. Frau Abgeordnete Marx, falls Sie es wissen wollen: Sie haben 28 Minuten und 40 Sekunden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abgeordnete Marx, SPD:

Es ist ja nicht so, dass eine lange Rede immer automatisch inhaltsvoll wird.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eben hatte ich so das Gefühl, dass ich den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sehe – oder den Urwald. Na, wie auch immer.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, der letzte Satz von Wolfgang Fiedler: Er vertraut darauf, dass der Ministerpräsident und der Innenminister die Sicherheit entsprechend fördern und dafür auch entsprechende Mittel bereitstellen. Das hätte man dann mit dem Satz eigentlich bewenden lassen können, denn

(Heiterkeit und Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

bei der einführenden, sehr detaillierten Darstellung unseres Staatssekretärs in seinem Reportbericht, für die ich mich noch mal ausdrücklich hier bedanken will, war schon ausführlich erklärt, was alles an Maßnahmen gemacht wird, und das ist auch sehr gut. Da danke ich auch der CDU, dass sie diesen Antrag gestellt hat, damit wir das auch mal hier öffentlich im Landtag für die geneigten Zuhörerinnen und Zuhörer in dieser Breite haben aufgelistet bekommen. Und nachdem wir dieses alles gehört haben, kann ich nicht sagen, dass Thüringen in Bezug auf den Terror nicht gewappnet ist.

(Beifall DIE LINKE)

Wir sind ein kleines Land und müssen trotzdem gegen große Gefahren gewappnet sein. Das ist eine Herausforderung, die nicht einfach zu bewältigen ist, aber Staatssekretär Götze hat sehr viele Kooperationen, sehr viele spezielle Ausbildungsdinge genannt. Ich nenne hier jetzt nur noch mal Grundlagen- und Aufbau-seminare in der polizeilichen Fortbildung, spezielle Schulungen und Vorbereitungen auf Großlagen und Großschadensereignisse. Dafür gibt es diverse Lagekonzepte, die er aufgezählt hat. Er hat uns hier gesagt, dass das SEK, das Sonder-einsatzkommando, aufgestockt werden wird. Er hat

gesagt, dass es wichtig ist, weil wir personelle Ressourcen in einem kleinen Land, selbst bei Aufstockungen von Kräften, nicht so bereitstellen können, wie das in großen Ländern oder in Paris der Fall ist, dass wir eine Zusammenarbeit mit Hilfs- und Rettungsdiensten üben. Wir haben von Ihnen und auch von anderen Rednern gehört – dem schließe ich mich ausdrücklich an –, dass wir uns wünschen, dass wir es gemeinsam im nächsten Haushalt möglich machen, dass wir eine weitere Erhöhung der Ausbildungskapazität erreichen und dann, wie gesagt, ist auch zu vielen einzelnen Punkten noch sehr viel ausgeführt worden. Es liegt jetzt schon so lange zurück, aber deswegen habe ich noch mal kurz daran erinnert. Natürlich gibt es Punkte, die immer schwierig und kritisch sind, und da kann man auch über den rechten Weg streiten. Kollege Dittes hat noch mal den Verfassungsschutz eingeführt. Es ist richtig, dass jede Partei hier ihre eigenen Ansichten hat. Im Koalitionsvertrag ist zwar eine grundsätzliche Reform vereinbart, aber eine grundsätzliche Reform ist niemals eine Abschaffung. Deswegen wird es den Verfassungsschutz geben, solange Sozialdemokraten hier mitregieren.

(Beifall CDU)

Der Grund ist nicht, dass wir, wie immer so gern behauptet wird, den sogenannten Inlandsgeheimdienst gut finden, sondern wir Sozialdemokraten hängen aus historischer Erfahrung an dem Trennungsgebot. Wir wollen generalpräventive Aufklärungsarbeit nicht bei der Polizei ansiedeln. Da würde sie sonst hinmüssen. Im Übrigen hat der Verfassungsschutz, so wie wir ihn jetzt reformiert haben und weiter reformieren wollen, den Vorteil, dass er einer strengen parlamentarischen Kontrolle unterliegt. Wir haben jetzt auch einen entsprechenden Controller im Amt, der eine sehr gute Arbeit macht, und einen neuen Chef, der eine sehr gute Arbeit macht. Diese parlamentarische Kontrolle wäre weg, wenn diese Aufgabe an die Polizei überginge.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Das war aber noch unsere Produktion!)

Das sind aus sozialdemokratischer Sicht gute Gründe, dass wir an einem selbstständigen Amt für Verfassungsschutz festhalten werden. Aber wir sehen das vollkommen unideologisch als zweckmäßig und wichtig an.

Es ist auch etwas zur Bundeswehr gesagt worden. Ich möchte sagen, dass es bei Großlagen selbstverständlich erforderlich sein kann und sein muss, auch mit der Bundeswehr zu kooperieren. Wir haben ja auch in schwierigen Situationen für unser Land, zum Beispiel im letzten Jahr bei der Bewältigung eines unerwartet hohen Zustroms an Flüchtlingen, gern auf die Hilfe der Bundeswehr im Inland zurückgegriffen und die Hilfe bei der Unterbringung gern angenommen.

(Abg. Marx)

Wir sind ein kleines Land und stehen trotzdem vor großen Herausforderungen. Hier ist Paris genannt. Wir werden hoffentlich niemals eine solche Lage wie in Paris bekommen. Natürlich kann man Anschläge nirgendwo in dieser Welt mehr ausschließen. Man kann auch nicht ausschließen, dass Anschläge immer wieder neue Muster erfinden und Grausamkeiten ausgedacht werden, an die man vorher nicht gedacht hat. Aber wir könnten wahrscheinlich nicht nach Pariser Muster reagieren. Ich bin auch in diesem Jahr wieder in Paris gewesen und ich kann Ihnen sagen: Es ist schon eine Rechtfertigung da. Man fühlt sich da auch durchaus aufgehoben, wenn man da bei Notre-Dame von Polizisten, die mit Maschinengewehren ausgestattet sind, eine Tasche kontrolliert bekommt. Aber ob das jetzt für den Erfurter Dom oder für den Weihnachtsmarkt erforderlich ist, daran würde ich mal ein Fragezeichen machen. Wir sind ein kleines Land, wir stehen vor großen Herausforderungen, aber wir müssen sie speziell für uns bewältigen. Das heißt sich auch mit einer Pressemitteilung der AfD, die vor Kurzem veröffentlicht wurde, worin stand, dass die Angst vor herrenlosen Koffern etwas ganz Furchtbares sei und dass die Kanzlerin daran schuld sei. Im Pariser Flughafen wird der ganze Bereich abgesperrt, wenn sich jemand zwei Schritte von seinem Koffer entfernt. Auch das habe ich erleben dürfen. Deswegen lassen wir die Kirche im Dorf und arbeiten konstruktiv gemeinsam, so wie es der Staatssekretär hier ausführlich dargelegt hat, weiter am Ernstnehmen terroristischer Gefahren und an den Strukturen, wie wir sie hier im Land beireithalten können. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Es liegen mir jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Kann ich davon ausgehen, dass das Berichtersuchen zu Nummer 1 des Alternativantrags der AfD erfüllt ist, oder ergibt sich Widerspruch? Das kann ich nicht erkennen. Dann kommen wir zur Abstimmung, weil keine Ausschussüberweisung beantragt ist, zu dem Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 6/2687 in der Neufassung. Wer ist für diesen Antrag, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Bei Stimmenthaltungen der Fraktion der AfD, den Ja-Stimmen der Fraktion der CDU und den Gegenstimmen der Koalitionsfraktionen ist der Antrag abgelehnt.

Wir stimmen jetzt ab über die Nummer 2 des Alternativantrags der Fraktion der AfD, weil der Antrag der CDU-Fraktion abgelehnt worden ist. Wer der Nummer 2 des Alternativantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktion der AfD. Gegenstimmen? Die Stimmen aus allen anderen Fraktionen und Abgeordneten

des Hauses. Damit ist der Alternativantrag abgelehnt und ich schließe jetzt den Tagesordnungspunkt.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Sie haben vergessen, nach Enthaltungen zu fragen!)

Herr Fiedler, ich hatte das auch 18.27 Uhr noch im Blick.

Enthaltungen? Der Abgeordnete Fiedler hat sich beim Alternativantrag der AfD der Stimme enthalten. Ich bitte, das im Protokoll noch zu berücksichtigen.

(Beifall AfD)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18**

Gefährdungssituation der Thüringer Fischfauna verhindern – Kormoranverordnung fortführen

Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 6/2929 -

Die CDU-Fraktion hat die Einbringung angekündigt. Abgeordneter Malsch hat das Wort.

(Beifall DIE LINKE)

Abgeordneter Malsch, CDU:

Werte Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Angler, werte Vertreter der Anglerverbände und der Fischereiwirtschaft, herzlich willkommen heute Abend hier im Plenarsaal!

(Beifall im Hause)

Uns liegt ein Entwurf zur Änderung der Kormoranverordnung vor, mit dem die Bejagung der Kormoranbestände stark eingeschränkt wird und den zur Bejagung berechtigten Personen sowie den zuständigen Behörden erhebliche Bürokratielasten aufgebürdet werden. Insbesondere die der Fischhege verpflichteten Naturschutzverbände befürchten dramatische Auswirkungen auf die heimische Fischfauna und die Gewässer, wenn die Einschränkung der derzeitigen Ausnahmeregelung Rechtskraft erlangen sollte.

Werte Kolleginnen und Kollegen, aufgrund der dramatischen Situation für die heimischen Fischarten in unseren Thüringer Gewässern ist die Fortführung der Kormoranverordnung dringend notwendig. Aktuell ist ein zu hoher Kormoranbestand in Europa, Deutschland und in Thüringen eine der Hauptursachen für den schlechten Zustand der Fischfauna in vielen Fließ- und Standgewässern. Das ist wissenschaftlich belegt und bedarf keines weiteren Beweises. Der Schutz unserer heimischen Fischarten setzt vor allem den Schutz der Lebensräume voraus. Diese werden in mehrfacher Weise vom Kormoran nachteilig verändert. Insgesamt befindet sich

(Abg. Malsch)

der Kormoran in Europa und in Deutschland in einem hervorragenden Erhaltungsstatus, welcher spezielle Schutzmaßnahmen in keinem Fall mehr rechtfertigt. Durch seine starke Vermehrung und Ausbreitung in Regionen, die er vorher nicht besiedelte – dazu gehört seit drei Jahren auch Thüringen –, ist er zu einer Tierart geworden, die nachhaltige Schäden in der Kulturlandschaft und insbesondere in den Fischpopulationen verursacht. Es ist unzumutbar, wie die für den Naturschutz zuständige Ministerin wissenschaftliche Fakten und Untersuchungen zum Thema „Kormorane in Thüringen“ ignoriert. Deshalb erwarten wir mit dem Berichtsersuchen unseres Antrags, dass uns die Landesregierung erstens darlegt, wie sie den Zustand der heimischen Fischfauna sowie die Situation des Kormorans im Verhältnis zum Fischartenschutz in Thüringen einschließlich der Bestandsentwicklung einschätzt, und dass sie uns zweitens die konkreten Maßnahmen erläutert, mit denen sie der Gefährdungssituation der heimischen Fischfauna durch zu hohe Kormoranbestände begegnen will.

Werte Kolleginnen und Kollegen, im Einklang mit den Forderungen der Thüringer Anglerverbände und der Fischereiwirtschaft fordern wir von der Landesregierung, die Befristung der Kormoranverordnung aufzuheben und die derzeitigen Regelungen vollumfänglich zu erhalten, zu prüfen, ob zur Abwehr erheblicher fischereiwirtschaftlicher Schäden sowie zum Schutz der heimischen Tierwelt eine ganzjährige Bejagung des Kormorans ermöglicht sowie Schlafbäume in die Bejagung einbezogen werden können, und zu prüfen, welche Regelungen zu treffen sind, um wirksame Maßnahmen gegen bestehende und entstehende Kormoranbrutkolonien ergreifen zu können. Nicht allein die Angler sollen und müssen ein Interesse an einer intakten Fischfauna Thüringens haben, wir erwarten das ebenso von einer für den Naturschutz zuständigen Ministerin. Vielen Dank.

(Beifall CDU, AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Die Landesregierung erstattet einen Sofortbericht zu Nummer I des Antrags. Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Siegesmund das Wort.

Siegesmund, Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, liebe Gäste der Anglerverbände und der Fischereiwirtschaft, die Landesregierung wird gebeten, zur anstehenden Novelle der sogenannten Kormoranverordnung zu berichten. Das will ich sehr gern tun, verbinde das auch noch mal mit dem Glückwunsch an die Abgeordnete Tasch, die heute Geburtstag hat und zu so später Stunde über Naturschutzthemen gleich mitdiskutieren darf.

Darauf freue ich mich, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der amtliche Titel der Verordnung lautet „Thüringer Verordnung über Ausnahmen von den Verboten des § 44 des Bundesnaturschutzgesetzes und zur Übertragung einer Ermächtigung“. Da geht vielleicht die Differenz schon los. Es geht eben um das Bundesnaturschutzgesetz und eine naturschutzfachliche Frage, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Die alte Verordnung läuft zum 31. Dezember aus. Thüringen besitzt seit 1998 eine Kormoranverordnung. Diese ist seitdem stetig in den Möglichkeiten des Abschusses des heimischen und besonders geschützten Kormorans erweitert worden. Und ja, wir nehmen unsere Verantwortung als Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz sehr ernst, und zwar in zweierlei Hinsicht: zum einen, wenn es im Hinblick auf naturschutzfachliche Aspekte um die Novelle der Verordnung geht, zum anderen mit Blick auf die Frage des Fischschutzes.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben zurzeit bundesweit die ausgedehntesten Regelungen zum erlaubten Abschuss des Kormorans. Er darf seit 2008 in allen Thüringer Schutzgebieten an Schlafplätzen, an allen Flüssen, Teichen, Seen und fischereiwirtschaftlichen Anlagen geschossen werden. Darüber hinaus dürfen pauschal Brutplätze zerstört werden. Das ist zwar innerhalb der letzten fünf Jahre offiziell kein einziges Mal passiert, aber das – damit Sie mal sehen, welchen Stand wir derzeit haben und welche Reichweite die derzeitige Verordnung hat – zeigt auch, warum die Debatte heute richtig ist.

2013 hat es genau hier in diesem Rund – Herr Primas war damals beteiligt – im Thüringer Landtag eine intensive und auch sehr emotionale Debatte gegeben. Herr Kummer, Frau Mühlbauer haben sich geäußert. Es gab an verschiedenen Stellen Diskussionen. Fakt ist, dass es seit 2007, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu keinem nennenswerten Ausmaß an Bruterfolgen des Kormorans mehr gekommen ist.

Jährlich werden aufgrund der durch die derzeitige Verordnung gewährten Ausnahmen die Hälfte bis 100 Prozent der durchschnittlichen jährlichen Thüringer Kormoranpopulation geschossen. Das hat keine nennenswerte Auswirkung auf diese Population. Was bedeutet das vor dem Hintergrund von höchstens minimalen Bruterfolgen in Thüringen? Das heißt, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass die Winterdurchzügler die Bestände hier regelmäßig auffüllen. Winterdurchzügler sind Kormorane, die von den norddeutschen und bis zum Teil nordeuropäischen Küsten, zum Teil aus den

(Ministerin Siegesmund)

Nachbundesländern im Vogelzug nach Süden in Thüringen vorbeikommen. Mit den Erkenntnissen aus 18 Jahren Thüringer Kormoranverordnung können wir nur intelligente Schadensbegrenzung an bestimmten Gewässern betreiben, um auch im vorgegebenen Rahmen zu bleiben. Deshalb wird pauschal der Abschuss an fischereiwirtschaftlichen Anlagen weiterhin erlaubt sein. Deshalb wird es in Abstimmung mit dem TMIL und unter Einbeziehung des in diesem Jahr fertiggestellten „Thüringer Landesprogramms Gewässerschutz 2016–2021“ für den Fischartenschutz auch andere Gewässer mit pauschalen Abschussgenehmigungen geben.

Da stimme ich Ihnen ausdrücklich nicht zu, Herr Malsch, wenn es um die Frage geht, was wir fischereiwirtschaftlich machen müssen. Da müssen wir bitte schön auch gewässerökologisch schauen, was da zu tun ist. Wenn Sie an der Stelle die gleiche Leidenschaft für das Landesprogramm entwickeln würden wie für diesen Aspekt, würde ich mich künftig freuen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Gewässer werden wir konkret benennen. Deshalb soll die neue Kormoranverordnung auch ab kommendem Jahr entfristet werden.

Ich komme jetzt zur Beantwortung der Fragen aus Teil I Ihres Antrags:

Die Antwort zu Frage 1 lautet: Das Artenspektrum der Thüringer Fließgewässer umfasst derzeit 39 Fischarten, 15 Arten sind in der Thüringer Roten Liste geführt. Besonderes Augenmerk verdienen in Thüringen die streng geschützten Fisch- und Rundmäulerarten des Anhangs II der FFH-Richtlinie. Das sind Groppe, Bachneunauge, Schlammpeitzger und Bitterling. Neben anderen Fischen haben Groppe, Bachneunauge und Bitterling einen unzureichenden und der Schlammpeitzger einen schlechten Erhaltungszustand. Der aktuelle Zustand der Fischfauna weist trotz leichter Verbesserung seit der letzten Erhebung für den überwiegenden Anteil der Gewässer eine unbefriedigende bis schlechte Bewertung der Fischfauna auf. Derzeit haben nur 10 Prozent der 124 Fließgewässer eine gute Fischfauna. Der fischfaunistische Zustand von circa einem Viertel der Thüringer Gewässer wurde mit „mäßig“, 41 Prozent mit „unbefriedigend“ und 20 Prozent mit „schlecht“ bewertet.

Jetzt zum Einfluss des Kormorans: Von den im Zeitraum 2010 bis 2015 gemäß EU-Wasserrahmenrichtlinie befischten 240 Messstrecken ist an 20 Prozent der Gewässerabschnitte von einem Einfluss des Kormorans auf die Fischzoonose auszugehen. Die Äsche zeigt uns die grundlegenden Probleme, mit denen die Fischfauna thüringenweit zu kämpfen hat – 2013 war das sozusagen die Leitart, die hier auch diskutiert wurde. Die Äsche ist ein typischer Fisch der Flussmittelläufe der nach ihr be-

nannten Äschenregion. Das geringe Vorkommen und sogar teilweise Fehlen der Äsche sind darauf zurückzuführen, dass das Wiederbesiedlungspotenzial durch Querbauwerke stark eingeschränkt wird. Querbauwerke, meine sehr geehrten Damen und Herren, das heißt, ein Landesprogramm für Gewässerökologie und für Gewässerschutz, zu dem ich auch gleich noch komme, ist die richtige Antwort auf die Frage: Was können wir für diese Population tun? Schon jetzt will ich darauf hinweisen: Monokausal argumentieren führt zu kurz. Außerdem sind die Fließgewässer arm an Strukturen. Weiterhin führen anthropogen bedingte hohe Nährstoffgehalte sowie Feinsedimenteinträge zu einer Verschlammung der Gewässersole und somit der kiesigen Laichplätze. Dadurch verliert nicht nur die Äsche ihre Kinderstuben; dazu kommt bei der winterlichen Bejagung durch den Kormoran das Fehlen der mittleren, das heißt fortpflanzungsfähigen Größenklassen. Somit haben wir den Zustand, der aktuell an einigen Thüringer Gewässern für die Äsche und andere Fischarten zu beobachten ist.

Der Kormoran weist in Deutschland einen guten, in Thüringen einen mittleren bis schlechten Erhaltungszustand auf. Die Rote Liste der Brutvögel Thüringens weist ihm aufgrund des Fehlens von Bruterfolgen den Status „extrem selten“ zu.

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Was?)

Extrem selten!

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Das ist Schwachsinn!)

(Unruhe CDU)

Das wollen Sie nicht hören, das ist mir schon klar. Aber Sie müssen sich schon auch auf Basis der Daten, die wir haben, an dieser Stelle mit dem Thema auseinandersetzen und nicht auf Basis von Weltbildern, die man sich zurechtzimmert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seit zehn Jahren stagnieren die Thüringer Bestände jährlich durchschnittlich um 1.000 bis 1.500 Tiere mit höheren Winter- und niedrigeren Sommerbeständen. Dieser Populationstrend deckt sich mit dem deutschlandweiten Kormoranmonitoring. Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es so wichtig, den Ausgleich zwischen den Positionen der Fischereiverbände, der Angelverbände und der Naturschutzverbände zu suchen. Wir tun das, indem wir den Landesnaturschutzbeirat gebeten haben, hier eine Kompromisslinie aufzuzeigen, der wir auch bei der Novelle der Verordnung folgen werden.

Zu Ihrer Frage 2 – welche Aktivitäten zur Umsetzung eines Kormoranmanagements auf Landes-, nationaler und europäischer Ebene es gibt: In Thüringen existiert seit 1998 eine Verordnung zum Management des Kormorans. Folgende Flächenländer

(Ministerin Siegesmund)

haben ebenfalls eine solche: Das sind Brandenburg, Baden-Württemberg, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein. Deutschland- und europaweit gibt es kein gezieltes Management. Dies hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit in der Antwort auf die schriftliche Frage 6/272 vom 30. Juni an den Deutschen Bundestag bekräftigt. Hier heißt es – ich zitiere –: „Die Europäische Kommission lehnt die Erarbeitung eines europäischen Kormoranmanagementplans ab. Sie hat interdisziplinäre Forschung zur Reduzierung des Kormoran/Fischerei-Konflikts finanziert und eine Plattform zum Austausch verschiedener Interessengruppen unterstützt.“ Es gibt daher seit vielen Jahren Forderungen nach einem Managementplan für Kormorane. Unter anderem hat sich das Europäische Parlament im Dezember 2008 für die Erhebung wissenschaftlicher Daten als Basis für die Erstellung eines solchen Plans ausgesprochen. Auch die Bundesregierung hat sich wiederholt für einen gesamteuropäischen Kormoranmanagementplan starkgemacht, zuletzt im Juni 2011 im EU-Umweltrat. Die EU lehnt jedoch bislang ein gemeinsames europäisches Vorgehen ab. Sie hat Leitlinien zur Anwendung von Artikel 9 der Vogelschutzrichtlinie veröffentlicht. Ihr Ziel soll es sein, den nationalen Behörden eine Hilfe für effiziente und korrekte Maßnahmen zum Schutz der Fischbestände und Fischereien vor dem Kormoran zu bieten.

In der Bundesrepublik liegt die Zuständigkeit für den Kormoran grundsätzlich bei den Ländern. Auf Beschluss der Agrarministerkonferenz vom Oktober 2011 hat das Bundeslandwirtschaftsministerium das Bundesumweltministerium kontaktiert, um eine gemeinsame Arbeitsgruppe für ein nationales deutsches Kormoranmanagement einzurichten. Diese arbeitet und auch Thüringen ist Mitglied der Arbeitsgruppe. Die Agrar- und Umweltressorts des Bundes und der Länder beschreiten damit den Weg hin zu einem europäischen Kormoranmanagement, wenn Sie so wollen, von unten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, über Jahrhunderte wurden und werden unsere Gewässer durch den Menschen verändert. Diese Eingriffe führten dazu, dass in über 90 Prozent der Fließgewässer in Thüringen keine natürlichen oder naturnahen Lebensgemeinschaften der Tiere und Pflanzen mehr vorhanden sind. Auch die natürlichen Funktionen der Gewässer, wie beispielsweise der Stoffabbau, sind gestört. Grundsätzlich ist der Schutz der heimischen Fischfauna langfristig und nachhaltig nur zu erreichen, wenn wir organische Belastungen vermindern, wie Abwassereinleitungen oder Einträge aus Landwirtschaft sie hervorrufen. Erinnern Sie sich an die erst diese Woche veröffentlichte Einleitung des EU-Vertragsverletzungsverfahrens gegen die Bundesrepublik wegen zu ho-

her Nitratbelastung in unseren Gewässern und was wir da tun müssen. Ich schaue mal in Ihre Fraktion, was die Bundesebene angeht: Stichwort „Düngemittelverordnung“ – kein Vor und kein Zurück.

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Die Landwirtschaft ...!)

Die Landwirtschaft gehört aber auch zum vollständigen Bild des ökologischen Gewässerzustandes in Thüringen dazu, Herr Primas. Das ist nun mal so.

(Beifall SPD)

Wenn wir über den Zustand der Gewässer in Thüringen sprechen, dann auch über die Frage von Stickstoffeinträgen und anderen Sachen, auch wenn das für Sie vielleicht unbequem ist.

Der zweite Punkt, der entscheidend ist, um den Schutz der heimischen Fischfauna langfristig und nachhaltig zu erreichen, ist die Verbesserung der Gewässerstruktur und der Durchgängigkeit der Gewässer – Stichwort „Querbauwerke“. Hier reagieren wir mit dem „Landesprogramm Gewässerschutz“, mit dem wir diese Defizite aktiv angehen. Wir haben insgesamt 1.300 Maßnahmen zur Wiederherstellung der Durchgängigkeit, circa 230 Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässerstruktur und knapp 500 Maßnahmen zum weiteren Ausbau der Abwasserbehandlung geplant und setzen diese jetzt auch um. Dadurch und mit der Reduzierung der Erosionseinträge in die Gewässer durch gesetzlich verankerte Gewässerrandstreifen – die Diskussion zum Wassergesetz läuft – werden wir den Lebensraum für unsere Fische deutlich verbessern können.

Zu Ihrer Frage 3 – mit welchen konkreten Maßnahmen die Landesregierung der Gefährdungssituation der heimischen Fischfauna durch zu hohe Kormoranbestände begegnen will: Über unser zukünftiges Engagement für durchgängige, strukturreiche, saubere Gewässer habe ich Ihnen eben berichtet, kann aber noch ergänzen: Ein Fischmonitoring für das Jahr 2016, das erstmals auch den Einfluss natürlicher Fressfeinde beispielsweise auf den Äschenbestand hat, führen wir durch. Die Daten liegen noch nicht vor, aber auf Basis von Daten können wir dann auch diskutieren, wenn Sie an der Stelle sagen, das ist Ihnen ein wichtiger Punkt.

Ergänzend wird die Landesregierung der Gefährdung der heimischen Fischfauna durch den Kormoran mit der Etablierung einer Flächenkulisse „Fischartenschutz“ begegnen. Diese wird erstmalig konkrete Gewässer identifizieren, in denen gefährdete Fischarten gute Lebens- und Reproduktionsbedingungen vorfinden. Das sind lokale Populationen, die durch den Kormoran bisher nachweislich geschädigt werden. Hier wird die Flächenkulisse „Fischartenschutz“ einen Schutz der Fischbestände durch pauschale Abschussgenehmigungen des Kormorans ermöglichen.

(Ministerin Siegesmund)

Zusammenfassend bleibt: Eine Novelle der Verordnung wird vor allen Dingen eines tun: Sie wird den Ausgleich zwischen naturschutzfachlichen auf der einen und fischereiwirtschaftlichen Fragen auf der anderen Seite suchen. Sie wird zum Zweiten die weitgehende Regelung an dieser Stelle modernisieren und dem anpassen, was tatsächlich den Kormoranbestand betrifft. Und zum Dritten gibt es seit heute auf der Seite des Umweltministeriums FAQ – Frequently Asked Questions. Ich lade Sie ein, sich dort alle nötigen sachbezogenen Informationen anzuschauen, durchzulesen und sich dann solide, sachlich, seriös an der Debatte zu beteiligen. Herzlichen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Abg. Schaft, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Jung:

Beratungen zu Berichten der Landesregierung werden grundsätzlich in doppelter Redezeit verhandelt. Ich frage: Wer wünscht die Beratung zum Sofortbericht? Alle Fraktionen wünschen die Beratung zum Sofortbericht. Ich eröffne die Beratung auf Verlangen der Fraktionen zum Sofortbericht zu Nummer I des Antrags. Gleichzeitig eröffne ich die Aussprache zu Nummer II des Antrags. Zu Wort hat sich Abgeordnete Tasch, Fraktion der CDU, gemeldet.

Abgeordnete Tasch, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, die CDU-Fraktion hat heute einen Antrag vorgelegt, der darauf abzielt, die bisher geltende Kormoranverordnung für Thüringen über den 31.12. dieses Jahres hinaus fortzuführen. Richtig ist, dass der Kormoran ein prominenter Vogel ist. Der NABU hat ihn zum „Vogel des Jahres 2010“ ausgerufen. Wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, dass sich die Bestände erholen haben. Wenn wir jetzt feststellen, dass eine Population aus dem Ruder läuft, muss man auch den Mut haben, Maßnahmen zu ergreifen und sich diesen Herausforderungen zu stellen.

(Beifall CDU; Abg. Rudy, AfD)

Genau das wurde vom damaligen CDU-geführten Umweltministerium mit dem Erlass der hier in Rede stehenden Kormoranverordnung im Jahr 2008 getan. Widersprüchliche Ergebnisse wissenschaftlicher Studien, eine teilweise uneinheitliche Rechtsprechung und unzählige unterschiedliche Meinungen und Bewertungen machen eine ausgleichende Betrachtung sehr schwierig. In diesem Fall ist gerade der Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen wichtig. Der Konflikt zwischen Fischerei und Kormoran hat sich dabei längst zu einem Wertekonflikt zwischen Fischerei- und Naturschutzverbänden entwickelt.

Man muss einerseits festhalten: Die enorme Flexibilität des Kormorans bezüglich fischführender Gewässer und seines Nahrungsspektrums lassen für die Zukunft keine natürliche Reduzierung der Kormoranbestände erwarten. Seine bereits eingetretenen negativen Wirkungen auf die Fischgewässer bleiben bestehen und würden sich nach der angestrebten Verschärfung der derzeit geltenden und bewährten Kormoranverordnung in Thüringen weiter verstärken. Eine zukünftige Erholung der betroffenen Fischbestände wäre dann nicht zu erwarten. Die Auswirkungen beständig steigender Kormoranbestände auf die Fischfauna und auf die Ökosysteme in Thüringen dürfen deshalb nicht verharmlost oder unbeachtet gelassen werden.

(Beifall CDU)

Wir als CDU-Fraktion wollen dem Rechnung tragen. Deshalb ist es uns wichtig, hier ein Kormoranmanagement auf den Weg zu bringen, das die Dinge insgesamt betrachtet und erfolgreich wirkt.

(Beifall CDU)

Der Kormoran selbst ist ein Fischfresser. Er ist schnell, hartnäckig und kann bis zu 40 Meter tief tauchen. In größeren Gewässern treibt er im Druck sogar Fischbestände zusammen – das beherrscht er hervorragend – und jagt so lange, bis nicht mehr viel davon übrig bleibt.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Interessant!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die zugegeben schwierige Aufgabe der Thüringer Umweltministerin muss es nun sein, in diesem Konflikt eine von allen Seiten, Frau Siegesmund, akzeptierte Lösung zu finden bzw. fortzuschreiben. In unseren kultivierten Gewässern kann bei Anwesenheit von geschickten Fischjägern ein naturnaher Fischbestand nur mit einem tragfähigen Kormoranmanagement erhalten werden.

(Beifall CDU)

Für die CDU-Fraktion – das möchte ich hier betonen – hat der Fischartenschutz den gleichen Stellenwert wie der Vogelschutz oder der Tierschutz allgemein. Die Erhaltung der Biodiversität muss umfassend behandelt werden und harmonisch erfolgen. Wir als CDU-Landtagsfraktion, aber auch besonders ich persönlich, wollen das Miteinander von Umweltinteressen und wirtschaftlicher Entwicklung. Bei dem Thema „Biodiversität und Artenschutz“ darf das Gleichgewicht nicht in Vergessenheit geraten.

(Beifall CDU)

Einem ausgewogenen Artenschutz kann nicht mit dem Schutz nur einer ausgewählten Art Genüge getan werden, sondern wir müssen alle verschiedenen Dinge und den Artenschutz aller FFH-Arten und vom Aussterben bedrohter Tiere im Blick ha-

(Abg. Tasch)

ben. Das ist schwierig, das wissen wir auch. Die rasante Bestandszunahme des Kormorans in den letzten 30 Jahren hat gravierende Auswirkungen auf unsere natürliche Fischfauna. Europaweit – Thüringen ist klein, der Vogel macht ja nicht an Landesgrenzen halt – sind mittlerweile etwa 800.000 Brutvögel vorhanden. Die Gesamtzahl wird auf über 2 Millionen Vögel geschätzt. Die Zahl der Brutpaare in Deutschland ist seit den 80er-Jahren von damals knapp 800 auf 23.500 im Jahr 2009 angestiegen. Mit 47.000 Brutvögeln und der Gesamtvogelzahl von 130.000 hat sich der Bestand der Kormorane zwischen 1990 und 2011 vervierfacht. Neben der eingängigen Thüringer Kormorankolonie an den Haselbacher Teichen im Altenburger Land, die aber durch das Einwirken eines weiteren Neozoon, dem Waschbären, im Bestand zurückgehen, sind es vor allem die durchziehenden Kormorane, die in den Thüringer Gewässern auf Jagd gehen. Ursache dafür ist der wachsende Kormoranbestand in unseren nordeuropäischen Nachbarländern. Die Zahl der durchziehenden oder überwinternden Vögel in Deutschland ist dadurch in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Neben der durch zahlreiche Schutzmaßnahmen in den letzten Jahren ständig gestiegenen Kormoranpopulation müssen wir leider feststellen, dass die bisherigen Erfolge der Artenschutzprogramme für die einheimische Fischfauna eher bescheiden ausgefallen sind. Arten wie Lachs, Äsche, Meeresforelle, Neunauge oder Aal gelten weiterhin als ernsthaft gefährdet. Trotz Verbesserung der Wasserqualität sind europaweit bereits 38 Prozent der Süßwasserfischarten in Gefahr. In Deutschland gelten nach Angaben des Bundesamts für Naturschutz sogar 74 Prozent einheimischer Rundmäuler und Fischarten als gefährdet oder ausgestorben. Dabei spiegelt ein gesunder Fischbestand die Qualität eines Gewässers wider.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kormoranmanagement mittels der geltenden Kormoranverordnung ist für uns ausgewogener Artenschutz. Wir können nicht nur auf eine Art setzen, sondern wir setzen auf das Gleichgewicht in der Natur und wir setzen auf die Artenvielfalt, das ist uns wichtig. Es gilt, die Artenvielfalt langfristig zu sichern und zu erhalten. Deshalb würden wir uns freuen, wenn Sie unserem Antrag zustimmen. Danke.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Abgeordneter Kobelt das Wort.

Abgeordneter Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst erst einmal: Frau Tasch, ich freue mich wirklich sehr, dass Sie heute ausge-

sprochen haben, sich als CDU-Fraktion für den Schutz von allen Tierarten einzusetzen.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Schon immer!)

Schon immer!

Ich würde mich natürlich auch freuen, wenn das Gleiche für 5.000 Schweine oder 20.000 Hühner gilt, die teils in engen Zuständen in einem Stall zusammengepfercht sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Worm, CDU: Thema verfehlt!)

Wir als Bündnis 90/Die Grünen stehen für Natur- und Artenschutz. Das gilt sowohl für schräge Vögel als auch für dicke Fische. Wir sind als Koalition von Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen dafür angetreten, dass Thüringen auch ökologisch vorangebracht wird. Daher ist es für uns als Grüne nicht akzeptabel, die bestehende Kormoranverordnung einfach weiterlaufen zu lassen.

(Unruhe CDU)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Windräder! Wald abholzen!)

Denn in keinem anderen Bundesland war es bis jetzt so einfach möglich, eine geschützte Art wie den Kormoran sogar in Naturschutzgebieten zu töten und damit auch noch andere geschützte Vogelarten zu gefährden.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Aber wenn sie von den Windrädern zerhackt werden, die anderen Vögel, das interessiert euch nicht!)

Wenn jetzt von Herrn Malsch zum Beispiel der gefühlte Untergang der Fischereiwirtschaft und des Anglerdaseins prophezeit wird, erlauben Sie mir auf drei Fakten zur Versachlichung hinzuweisen.

Trotz bisher unbegrenzter Abschussmöglichkeiten sind die Kormoranbestände nicht zurückgegangen. Ich bin ja selbst kein Jäger. Aber ich frage zum Beispiel Herrn Primas, warum Sie nicht mit Ihren Kollegen in den 16 Jahren Tag und Nacht losgezogen sind und die Kormoranbestände reduziert haben!

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Ich antwortete gleich!)

Es gibt eine einfache Antwort: Weil Sie es als Jäger nicht konnten. Die Kormoranbestände haben sich trotz Bejagung nicht verringert. Es hat sozusagen an den Ursachen nichts bewirkt, dass es ein vollkommen freies Abschussgebot gegeben hat.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Weil die schwer zu bejagen sind, weil Sie jeden Schuss selbst bezahlen müssen!)

(Abg. Kobelt)

Ich finde es gut, dass in der CDU-Fraktion schon nach Antworten gesucht wird, aber wir müssen feststellen, die bisherigen Maßnahmen haben nichts für die Fische bewirken können, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Das ist doch Unsinn, was Sie erzählen!)

Deswegen müssen wir über andere Maßnahmen nachdenken, über nachhaltigere Maßnahmen.

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Das steht in unserem Antrag drin!)

Ich bin froh, dass in dem vorliegenden Entwurf der neuen Kormoranverordnung auch weiterhin Ausnahmen möglich sind. Zum Beispiel soll sich für Fischereibetriebe und Gewässer außerhalb von Naturschutzgebieten nichts ändern und der Abschuss generell möglich sein. Sie können damit dieses Instrument als Fischereibetrieb weiter nutzen. Auch in Naturschutzgebieten soll auf Antrag und in begründeten Fällen eine Abschusserlaubnis möglich sein und erteilt werden

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Erkläre das mal den Leuten da oben!)

und diese soll möglichst auch für mehrere Jahre gelten. Somit wird deutlich, dass das Umweltministerium Anregungen der Anglerverbände und der Fischereibetriebe aufgenommen und meiner Meinung nach einen guten Kompromiss gefunden hat. Deutlich möchte ich auch sagen, dass diese Kompromisse auch möglich wurden durch die Anregungen meiner Kollegen Dagmar Becker und Tilo Kummer, die zu dem Punkt gleich auch noch sprechen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir als Bündnis 90/Die Grünen haben wie viele Angler und Naturschützer ein großes Interesse daran, gute Lebensbedingungen für die Fische zu gewährleisten. Daher habe ich auch eine Bitte an alle Fischer, Angler, Naturschützer und Fischliebhaber: Unterstützen Sie uns im Kampf um einen guten ökologischen Zustand unserer Gewässer!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Unruhe CDU)

Für einen hohen Fischbestand und übrigens auch für den Schutz vor Raubvögeln wie den Kormoran brauchen die Fische Rückzugsmöglichkeiten in möglichst naturnahen und natürlichen Gewässern. Unterstützen Sie uns als Bündnis 90/Die Grünen bei der Wiederherstellung natürlicher, mäandertartiger Flussverläufe!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unterstützen Sie uns dabei, den Flüssen wieder mehr Raum zu geben, ohne eingrenzende Bebauung und mit natürlichem Bewuchs! Unterstützen Sie

uns bei der Reduzierung von Einleitung von Dünger aus der Landwirtschaft und

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

unterstützen Sie uns bei der Klärung von Abwässern, ohne die Flüsse zu verschmutzen! Ich bitte auch gerade die Fischfreunde unter den Abgeordneten, auch aus der CDU-Fraktion: Sorgen Sie mit uns dafür, dass der Umbau der Gewässer in einen guten ökologischen Zustand durch ein umweltfreundliches Wassergesetz unterstützt wird!

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Wenn es doch endlich mal käme!)

Ein grünes Wassergesetz ist die beste nachhaltige Vorsorge für den Schutz unserer Fische.

(Unruhe CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem aktuellen Stand der Kormoranverordnung, die Ministerin Siegesmund gerade skizziert hat, wurden viele Anregungen der Angler und engagierten Fischer aufgenommen, aber gleichzeitig auch den Empfehlungen des Naturschutzes und des Naturschutzbeirats entsprochen. Es wird ein wirksamer Schutz von gefährdeten Arten gewährleistet, egal ob es sich um gefährdete Vögel oder Fische handelt. Ich beantrage hiermit, dass der aktuelle Stand der Kormoranverordnung im Umweltausschuss erläutert und vorgestellt wird. Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion der AfD hat Abgeordneter Rudy das Wort.

(Unruhe CDU)

Abgeordneter Rudy, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Zuschauer, um es vorwegzunehmen: Wir unterstützen das Anliegen der CDU-Fraktion, dass die Kormoranverordnung fortgesetzt werden soll.

(Beifall CDU, AfD)

Gerade die letzten Jahre haben gezeigt, dass es ohne diese Verordnung um ein Vielfaches schlechter um die Fische des Freistaats stehen würde. Untersuchungen der Weltnaturschutzunion belegen, dass schon heute Fische deutlich stärker gefährdet sind als Vögel oder Säugetiere. So sind nach Angaben der IUCN mehr als ein Drittel der Süßwasserfische in Europa vom Aussterben bedroht. Aufgrund der deutlich zu hohen Kormoranbestände hier im Freistaat trifft dies auch in besonderer Weise auf unsere heimische Fischfauna zu. Der starke Bejagungsdruck durch die Kormorane in den Thüringer

(Abg. Rudy)

Gewässern stellt jegliche Initiativen in den Fischartenschutz

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Unser Präsident!)

und mittlerweile auch das Erreichen des guten Zustands in unseren Gewässern infrage. Der Kormoran war schon im Jahre 2010 Vogel des Jahres. 1985 wurde er schon einmal in Deutschland fast ausgerottet. In Mecklenburg-Vorpommern wurde im Anklamer Moor 2005 versucht, alle Kormorane samt Brut und Eier zu vernichten; er hat in wenigen Jahren den Verlust wieder ausgeglichen.

Die Kormoranverordnung leistet einen wertvollen Beitrag, dass die Fischvielfalt in unseren Gewässern erhalten bleibt. Die hier vorgelegte Neufassung der Kormoranverordnung ist ein weiteres Beispiel für das langfristig angelegte Vorhaben der Grünen, an den Wünschen und Bedürfnissen der Bürger vorbei zu entscheiden.

(Beifall AfD)

Diese ideologisch determinierte Haltung wird jetzt auch auf die Thüringer Fische in stehenden und fließenden Gewässern ausgedehnt. Wird der Schutz der Kormorane 2017 in Thüringen verwirklicht, werden diese Vielfresser in kurzer Zeit Seen und Flüsse leer gefischt haben, Angelvereine werden sich auflösen,

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Das sind Flüchtlinge! Mit Migrationshintergrund! Muslime!)

Fischschutzanlagen werden keinen Absatz mehr haben, Berufsfischer werden ihre Arbeit verlieren, genauso wie Geschäfte weniger Angelzubehör verkaufen.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Achtung Sarkasmus: Die fressen deutsche Fische! Und die Vögel haben Migrationshintergrund!)

(Zwischenruf Abg. Henke, AfD: Mach einfach weiter!)

Diese Ursachen führen dazu, dass bei uns die Fischbestände vom Kormoran leer gefressen werden, und man sieht ja, welche Probleme da entstehen. Die Kormorane, die in Europa in mehrfacher Millionenzahl und allein in Deutschland 22.000-fach als Brutpaare vorkommen, haben hier in Thüringen dank überzogener Vorstellungen von Naturschutz zulasten der Fische als Beutetiere und ihrer menschlichen Nutzer, der Angler, ihr Fressparadies gefunden. Mittlerweile hat das massenhafte Vorkommen der Kormorane, eines übrigens schon seit dem 11. Jahrhundert als gefräßig und unerwünscht beschriebenen Vogels, dazu geführt, dass sich in den Großpopulationen derselben Krankheiten ausbreiten. Die Schlafbäume und Nistplätze dieser net-

ten Tierchen werden von stark ätzendem Vogelkot beschädigt, Badegewässer verunreinigt.

(Beifall AfD)

Der nachhaltige Hunger der Vögel auf täglich ein Pfund Frischfleisch hat in einigen Gewässern Fischarten

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Fisch, nicht Fleisch!)

mit so schönen Namen wie Hasel, Ukelei, Karauische und Elritze stark dezimiert. In den Gewässern um Erfurt hatten die Kormorane es durch ungebremste Fressorgien geschafft, die Äschen fast auszurotten.

(Beifall AfD)

Nur durch umfangreiche Bemühungen des Landesanglerverbands Thüringen ist es gelungen, diese Fischarten in Ilm und Gera wieder zu etablieren. Diese Bemühungen auch um Artenschutz und nicht nur zur Verbesserung der Fangquoten lassen sich die Angelvereine aus Beitragsmitteln jedes Jahr Tausende von Euro und ebenso Tausende von Arbeitsstunden kosten. Viele der Mitglieder sind bereits im Rentenalter und verfügen nur über begrenzte finanzielle Mittel. Bevor nun wieder im Sinne von „die paar Fische“ wie beim Ausbau der Windenergie der Fisch mit dem Bade ausgeschüttet werden soll,

(Heiterkeit DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

mögen sich die Verantwortlichen bei der Neufassung der Thüringer Kormoranverordnung bitte einmal überlegen, ob in den beratenden Gremien wirklich alle Interessen an diesem Thema in gleichem Maße und gleichberechtigt mit Sitz und Stimmen vertreten sind. Der Vertreter des LAVT wurde gegen ein stellvertretendes Mitglied ohne Stimmrecht ausgetauscht.

(Zwischenruf Abg. Henke, AfD: Pfui!)

Vertreter von NABU und BUND wurden mit Vollmitgliedschaften belohnt. Beide Vereinigungen betreiben den Schutz der Fischbestände nicht mit dem gleichen Maße und nicht mit so hohem persönlichen Einsatz.

Abgesehen vom Fischschutz gibt es auch reichlich Rezepte für die Zubereitung des Kormorans im Internet.

(Beifall AfD)

Der Fischereiverband Unterfranken hat ein Kormorankochbuch verfasst, mit dem Sie Ihrer Familie Kormoranspezialitäten kochen können, beispielsweise Carpaccio von der Kormoranbrust, schottischer Kormorantopf oder Kormoranbrust rosa gebraten.

(Abg. Rudy)

(Heiterkeit SPD)

(Beifall AfD)

Ich möchte gern einen Kollegen zitieren: Das Vieh schmeckt köstlich, meinte er.

(Heiterkeit AfD)

Ich habe es noch nicht probiert, aber ich glaube ihm das. Das sollten Sie Ihren Familien nicht vorenthalten. Daher möchte ich noch einmal eindrücklich für die Fortsetzung der im Moment gültigen Kormoranverordnung werben. Vielen Dank!

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion der SPD hat Abgeordnete Becker das Wort. Ich hoffe, Sie haben jetzt keinen Hunger bekommen.

Abgeordnete Becker, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Kolleginnen und Kollegen, liebe Anglerinnen und Angler! Herr Pleikies, ich begrüße Sie ganz herzlich und sage Ihnen: Wir nehmen Ihre Sorgen ernst.

(Beifall SPD)

Das ist so! Ich finde das auch sehr traurig, wie die Debatte zurzeit läuft. Das wird dem nicht gerecht.

(Beifall SPD)

Es ist nämlich ein sehr hartes und wichtiges Thema. Das ist für die Anglerinnen und Angler, die da oben sitzen, nicht so lustig wie für uns hier unten. Da geht es nämlich um ihre Existenz.

(Beifall CDU, SPD)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Jawohl, jawohl!)

Insbesondere bei Äsche und Bachforelle haben sie in den letzten Jahren – seit 2006 – in ihrer Freizeit 87.000 Äschensetzlinge eingesetzt. Sie haben sich für den Schutz der Fischfauna eingesetzt. Dafür möchte ich ihnen ganz herzlich danken.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde das wirklich nicht sehr glücklich, wenn wir uns hier gegeneinander ausspielen, weil uns das wirklich nicht weiterbringt. Dieser schwarze Vogel treibt uns schon jahrelang um. Wir haben immer wieder Lösungen gefunden, mit denen wir alle leben konnten. Ich weiß, 2008 war ich dabei, als die Verordnung erarbeitet wurde: Das war nicht einfach. Alle von Ihnen wissen, dass ich Mitglied des BUND bin. Es ist nicht einfach, da einen Konsens zu finden. Aber ich sage Ihnen, dass beides beachtet werden muss: einmal der Vogelschutz und einmal der Fisch

(Beifall SPD)

und die Anglerinnen und Angler. Es kann nicht sein, dass wir uns hier gegeneinander aufreiben und uns gegenseitig Vorwürfe machen. Es geht darum, eine gemeinsame Lösung zu finden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Kormoran ist ein Durchgangsvogel. Er hat in Thüringen keine Brutstätten, außer die eine, die da angelegt wurde. Also er zieht nur durch. Deshalb haben wir auch in der Verordnung gesagt: Wir brauchen keinen Schutz der Brutstätten, weil wir keine Brutstätten in Thüringen wollen, weil das nicht gegeben ist. Es ist ein natürlicher Durchzugsvogel. Das ist auch so in dieser Verordnung 2008 dann eingesetzt worden. Natürlich sprechen auch andere Länder – ich habe gerade die Verordnung von Niedersachsen gelesen, die ist auch noch einmal überarbeitet worden und da ist auch noch einmal darauf hingewiesen worden, dass es vielleicht Ausnahmen in Naturschutzgebieten geben muss. Darüber kann man reden, das muss man dann sehen, wie man die neue Verordnung anpasst. Aber ich glaube, insgesamt hat sich die alte Verordnung wirklich getragen,

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD)

das zeigen auch die Zahlen. Der Bestand des Kormorans hat sich doch in den letzten Jahren trotz dieser Verordnung nicht verändert. Da muss man doch mal darüber reden, warum, weshalb nicht. Ich glaube, wir brauchen noch etwas Zeit, um das alles aufzubereiten, um Lösungen zu finden; und Lösungen, die wirklich über alle hinweg tragen – wir können doch nicht die Naturschützer gegen die Fischerei- und Angelverbände ausspielen. Die sind alle ehrenamtlich tätig, die sind alle ehrenamtlich für unser Wohl unterwegs und wir brauchen sie alle.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD)

Wir brauchen sie alle an unserer Seite und können keinen in die eine oder andere Ecke stellen. Das ist ganz wichtig, deshalb sage ich: Es wäre im Sinne der SPD-Fraktion, wenn wir den Antrag der CDU an den Umweltausschuss überweisen, um da noch mal im Detail darüber zu sprechen und dann eine gemeinsame Lösung zu finden, um eine neue Verordnung oder eine andere Verordnung mit anderen Ansätzen, aber im Großen und Ganzen in dieser Art, wie sie jetzt vorhanden ist, auf den Weg zu bringen. Diese Verordnung übergangsmäßig noch mal für ein paar Monate in Kraft zu lassen, wäre auch ein Weg, um Zeit zu gewinnen, damit wir gemeinsam reden können. Ich glaube, dieses gemeinsame Reden ist ganz wichtig. Es ist nicht so, dass wir keine Fachleute unter uns haben – wenn ich da an Tilo Kummer denke, der nun wirklich ein ausgewiesener Fachmann ist.

(Abg. Becker)

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Vielleicht sollte man auf die Fachleute in diesem Haus auch ab und zu mal hören und ihre Meinung auch mal zulassen, was nicht immer ganz einfach ist. Aber das wäre schön, wenn das im Ganzen eingebracht werden kann und wenn wir uns dem stellen können.

(Beifall SPD)

Über den Kormoran ist schon viel gesagt worden. Wie gesagt, die Leute streiten sich wirklich, ob der Kormoran nun so ein hochgeschützter Vogel ist oder nicht. Ist es ein einheimischer Vogel? Auch darüber wird gestritten. Das ist alles nicht bewiesen. Die einen sagen so, die anderen sagen so. Der Aal ist doch ein geschütztes Lebewesen und der Aal ist wirklich bedroht durch den Kormoran. Das ist erwiesen. Dazu gibt es Unterlagen und Gutachten der EU, wonach der Aal nachweislich durch den Kormoran gefährdet ist. Also das müssen wir doch alles zur Kenntnis nehmen und können nicht einfach so tun, als ob es die einen oder anderen Probleme nicht gibt. Deshalb sage ich: Die SPD-Fraktion ist für alles offen. Wir reden gern mit allen und Ihnen und vor allen Dingen auch im Umweltausschuss. Dort könnten wir dazu vielleicht auch eine Anhörung machen, Tilo Kummer, um die Meinung der Verbände, den NABU genauso wie den Anglerverband, zu hören. Wir müssen da wirklich alle Bedenken aufnehmen und mit allen darüber reden. Wir haben in diesem Landtag zu diesem Problem immer eine Einigung erzielt, gestern bei der Milch, beim Naturschutz mit Frau Tasch. Jetzt ist sie los, weil sie Geburtstag hat. Das ist in Ordnung. Wir haben immer Lösungen gefunden und wir haben uns immer gut gestellt, dass wir den Verbänden auch gemeinsame überparteiliche Lösungen angeboten haben.

Ich glaube, wir brauchen noch ein bisschen Zeit, weil wir in den Parteien unterschiedliche Ausrichtungen und Ansichten haben, aber das ist auch unser gutes Recht. Wir sind keine Einheitsfront. Wir haben unsere eigenen Ansichten, wir haben unsere eigenen Einstellungen und wir haben unsere eigenen Parteiprogramme und können auch mal anderer Meinung sein als die Fraktionen insgesamt. Nichtsdestotrotz bin ich der Meinung, dass wir das in Bezug auf den schwarzen Vogel wirklich hinbekommen. Er ist einfach zu viel und er frisst einfach zu viel Fisch. Das muss man sagen. Wir müssen jetzt sehen, in Bezug auf die Qualität der Gewässer hat sich seit 2000 wirklich viel entwickelt, Frau Ministerin. Wir haben viel Geld investiert, damit die Abwässer und der Schutz der Flüsse und unserer Bäche besser werden. Aber trotzdem hat sich der Bestand der Fische nicht wirklich gebessert. Da müssen wir sehen, woran das liegt. Wir müssen alles aufarbeiten: Der Kormoran ist schuld, auch die Abwässer sind schuld. Wir müssen gemeinsam se-

hen, wie wir da rauskommen. Deshalb bitte ich den Antrag der CDU-Fraktion an den Umweltausschuss zu überweisen, um dann eine gemeinsame Diskussion zu führen und vielleicht auch so schnell wie möglich eine Lösung zu finden, weil die Verordnung Ende des Jahres ausläuft.

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Die Gewässer frieren bald zu. Dann haben wir den Salat!)

Die Gewässer frieren nicht ganz so oft zu. Es kann passieren, Herr Emde. Aber Sie wissen, wir haben den Klimawandel. Die Gewässer frieren nicht immer zu, aber trotzdem brauchen wir eine schnelle Lösung im Sinne der Anglerinnen und Angler und der Naturschützer. Ich bin guter Hoffnung, dass wir das hinbekommen. Danke.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Vizepräsidentin Jung:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Abgeordneter Primas.

Abgeordneter Primas, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Tasch hat Geburtstag, deshalb war sie so freundlich zu Ihnen, Frau Ministerin. Das werde ich wahrscheinlich nicht sein. Aber ich möchte mit Herrn Kobelt beginnen. Sie haben wieder die Ahnungslosigkeit dargestellt, die Sie ausstrahlen. Den Kormoran als einen Vogel zu bezeichnen, der geschützt werden muss, das ist ein schützenswerter Vogel, hat auch die Ministerin gesagt, es gibt so wenige davon – da lachen die Hühner.

(Heiterkeit und Beifall CDU)

Wer soll das noch glauben? Wenn wir mit den Anglern und den Fischern sprechen – Panik. Die Leute, die Fischerei machen, wollen aufhören. 80 Prozent, 90 Prozent der Fischbestände werden von Kormoranen vernichtet. Die ganze Arbeit eines Jahres ist einfach hin. Das tun wir einfach so ab: Ach, das ist ja alles nicht so schlimm, wir werden uns schon einigen, das kriegen wir schon in die Reihe.

(Beifall CDU, AfD)

Ich denke, das ist doch kein Umgang miteinander. Da sind Menschen, da sind Angler, die ihr ganzes Herzblut daran verwenden, die Fische auszusetzen, zu hegen und das alles zu machen. Nein, da gucken wir zu, wie der Kormoran das wegfrisst, und finden es dann noch gut. Denn das ist ja ein armer Vogel, der geschützt werden muss. Es ist jetzt schon so oft gesagt worden: Er ist in der Verbreitung überhaupt nicht mehr gefährdet. Generell ist die Frage: Ist es überhaupt noch gerechtfertigt, über Schutz bei dem Vogel zu reden? Ich denke, nein.

(Abg. Primas)

(Beifall CDU, AfD)

Deshalb haben wir auch im Antrag formuliert, ob wir die jetzige Kormoranverordnung nicht erweitern können, damit wir gezielter vorgehen können. Die Frage, Herr Kobelt, warum das denn nicht zurückgegangen ist, kann ich Ihnen beantworten. Wir haben es mit der Verordnung geschafft, dass die Bestände nicht steigen. Das ist schon ein Riesenerfolg der Verordnung gewesen. Wir haben gar nicht damit gerechnet.

(Beifall CDU)

Jetzt müssen wir schauen, was man noch besser machen kann.

Meine Damen und Herren, das ist schon eine seltsame Geschichte. Wir wollen nicht von Europa Anlastung für die Gewässer kriegen. Wir wollen einen guten Zustand, danach wird es gerechnet. Aber dazu zählen auch die Fische, und wenn die weggefressen sind, haben wir keinen guten Zustand mehr. Aber dann war es die Landwirtschaft, die ist dann allein schuld, warum wir die Anlastung kriegen – immer diese Schwarz-Weiß-Malerei. Das funktioniert doch nicht.

(Zwischenruf Siegesmund, Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz: Wo kommt denn die Nitratbelastung her?)

Ja, da haben wir schon Probleme. Sie haben vorhin gesagt, Sie wollen die Anglerverbände und den Naturschutzbeirat mit einbeziehen. Herr Rudy hat es schon gesagt: Wie passt das ins Bild, wenn der mitgliederstärkste anerkannte Naturschutzverband im Freistaat Thüringen, der Landesanglerverband, kein Stimmrecht mehr im Landesnaturschutzbeirat hat? Wie kann das sein? Das widerspricht sich!

(Beifall CDU, AfD)

Gleichzeitig bekommen dann NABU und BUND ein wahlberechtigtes Mitglied und ein stellvertretendes Mitglied bestätigt. Diese Zielstellung ist doch jetzt offensichtlich. Wenn es bis jetzt keiner geglaubt hat, dann ist es so. Ich will es verkürzen: Herr Kobelt und auch Frau Becker haben vorgeschlagen, in den Ausschuss zu überweisen, aber am 31.12. läuft die Verordnung aus. Jetzt seien wir doch mal Realisten: Nehmen wir mal an, wir würden es tatsächlich das nächste Mal im Umweltausschuss beraten. Ich hätte es natürlich auch gern, weil es um viele Fische und Angler geht, im Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten, wie sich das gehört, dass wir gemeinsam darüber diskutieren. Dann organisieren wir vielleicht eine gemeinsame Sitzung, dann machen wir eine Anhörung mit Experten und dann wollen wir bis zum 31.12.2016 fertig sein. Dann müssten wir am 8., 9., 10. Dezember diesen Antrag wieder im Landtag haben. Wer hält denn das für realistisch? Wollen Sie uns eigentlich

hier hinter die Fichte führen mit diesem Antrag, Herr Kobelt, oder ist das ein Witz?

(Beifall CDU, AfD)

Ich bin gern bereit, darüber zu reden, ob wir eine Ausschussüberweisung machen, möglichst in beide Ausschüsse, und dann die Experten hören. Aber dann muss Frau Ministerin jetzt auch erklären, hier und heute: Ich verlängere die geltende Kormoranverordnung, bis wir eine vernünftige Anhörung gemacht haben und gemeinsam eine Lösung gefunden haben. Damit wäre ich einverstanden. Aber zu sagen, in den Ausschuss und dann auf Wiedersehen und am 01.01. tritt die andere Verordnung in Kraft – da kommen wir überhaupt nicht mehr dran. Wer hat denn etwas davon?

(Beifall CDU, AfD)

Das halte ich dann, gelinde gesagt, für – das Wort nehme ich nicht in den Mund, sonst bekomme ich einen Ordnungsruf, aber das geht eigentlich nicht, das können wir nicht machen.

Ich sage Ihnen noch einmal, Frau Ministerin: Durch Zufall, weil die Verbände uns angesprochen haben, sind wir erst darauf gekommen, dass es ausläuft. Das hatten wir gar nicht mehr auf dem Schirm. Wir haben die Kormoranverordnung, Frau Becker hat es gesagt, 2008 gemeinsam hingekriegt und haben bei dieser Verordnung berücksichtigt, dass das mit Einzelabschuss geht und, und, und. Da sind wir sehr vorsichtig gewesen. Nach Jahren haben wir festgestellt, das reicht nicht, das hat sich nicht bewährt, das ist ein bürokratisches Monster. Es findet nicht statt, wenn diese Genehmigungen von der unteren Naturschutzbehörde erteilt werden müssen, mit Einzelabschuss, mit Verträglichkeitsprüfung und, und, und. Das ist nicht umsetzbar. Deshalb haben wir die Kormoranverordnung in der jetzigen Fassung im Ausschuss mit allen diskutiert, haben einen Konsens gefunden. Warum sagen Sie uns nicht rechtzeitig Bescheid, dass Sie das und das vorhaben, damit wir im Ausschuss darüber diskutieren können? Warum müssen Sie das hier heimlich über die Bühne ziehen, dass es uns gerade noch so erwischt, dass man einen Antrag stellen kann, damit wir darüber diskutieren können?

(Beifall CDU, AfD)

Was ist das für ein Ziel? Das Ziel heißt: Wir drücken es durch, die Dummen merken es doch nicht, und die Angler, was ist denn das schon, die 17.000 vergessen wir doch. Wir haben gerade die Macht mit einer Stimme Mehrheit und da setzen wir unseren Willen durch. Ich finde das unredlich, so geht man nicht miteinander um.

(Beifall CDU, AfD)

Ich bitte Sie herzlich: Sagen Sie heute, dass das verlängert wird, bis wir uns einig geworden sind. Dann sind wir einverstanden. Das soll dann in bei-

(Abg. Primas)

de Ausschüsse auch bitte überwiesen werden; wir werden uns dann schon einig. Ich habe damit kein Problem, ich bin da ganz offen. Wir wollen Wissenschaftler hören; übrigens gibt es da schon in Ihrem Haus viele Expertisen, die müssten Sie einfach nur rausziehen, da steht alles drin. Aber wir wollen das gern machen, mit Wissenschaftlern reden, mit allen möglichen Leuten, die Sie auch wünschen und die wir gern hätten, und dann finden wir eine Lösung. Davon bin ich übrigens wirklich überzeugt. Aber nicht so rucki, zucki und heimlich machen wir das mal schnell, vielleicht merkt es keiner. Bitte eine klare Aussage von Ihnen, dann sind wir bereit, so abzustimmen! Danke.

(Beifall CDU, AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Es liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen der Abgeordneten mehr vor. Frau Ministerin Siegesmund, Sie haben das Wort.

Siegesmund, Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz:

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich bin dafür, diese Debatte sachbezogen zu führen und nicht mit Schaum vor dem Mund.

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Wer macht denn das?)

Und ich bin dafür, die Debatte fachlich zu führen. Das machen wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, seit über einem Jahr mit den Mitgliedern des Landesnaturschutzbeirats. Der Verband für Angeln und Naturschutz ist dort mit einem ordentlichen Sitz vertreten und als Stellvertretung der Landesanglerverband Thüringen. Dann muss man zu diesen Diskussionen auch kommen. Wir haben dort mehrfach darüber nicht nur geredet; es gab sogar eine Unterarbeitsgruppe, man hat sich getroffen, man hat miteinander diskutiert. Und ja, ein guter Kompromiss wird immer von zwei Seiten kritisiert. Die eine Seite ist die der Fischereiwirtschaft, die sagt, dass das alles viel zu weit geht, und die andere Seite ist die des Naturschutzes. Der NABU schreibt zum Beispiel: Der NABU Thüringen hält den Abschuss von Kormoranen generell als ungeeignete Maßnahme. – Aber was regeln wir denn mit der neuen Verordnung? Wir sagen, dass der Abschuss künftig im Nationalpark Hainich, in Naturschutzgebieten, in Kern- und Pflegezonen von Biosphärenreservaten sowie in europäischen Vogelschutzgebieten nicht mehr pauschal erlaubt sein darf. In Naturschutzgebieten wird eine ausgewiesenermaßen, keine Idee, sondern „seltene Art“ – so sagen es die Fachleute – künftig nicht mehr zu schießen sein. Ich frage Sie, wenn wir einerseits die Fischereiwirtschaft und die Interessen der Angler und auf der anderen Seite die naturschutzfachli-

che Seite abwägen und am Ende dieser Kompromiss rauskommt, warum Sie dann unbedingt die Haltung vertreten müssen, dass es an der Stelle in irgendeiner Form nicht eine Berücksichtigung beider Seiten gegeben hat, sondern im Gegenteil, dann muss man sich diesem Kompromiss offen gegenüber positionieren und auch anerkennen, Herr Primas, dass es vorher eine Regelung gab, die bundesweit ihresgleichen gesucht hat. Punkt 1.

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Das war aber gut!)

Punkt 2: Realer Interessenkonflikt heißt eben auch, dass wir austarieren müssen, was die naturschutzfachlichen Interessen sind, denn der Kormoran selbst hat keine Stimme, also müssen wir uns anschauen, wie wir damit umgehen. An der Diskussion, die wir im Übrigen überhaupt nicht heimlich geführt haben, haben sich viele beteiligt. Ich stehe dazu: Ein effektiver Fischartenschutz bedeutet, dass wir die Gewässer als Lebensräume der Fischer auch wieder in einen guten ökologischen und chemischen Zustand bringen müssen. Diese Diskussion ist das Entscheidende. Es stimmt eben nicht, dass sich seit dem Jahr 2000 an der Gewässerstruktur in Thüringen unglaublich viel verbessert hätte. 90 Prozent der Flüsse sind begradigt. Ich habe Ihnen etwas von den Querbauwerken berichtet. Ich habe Ihnen gesagt, dass wir mit Abstand Schlusslicht sind bei der Frage der

(Unruhe CDU)

Anschlüsse an Kläranlagen – 79 Prozent –, bundesweit Schlusslicht, damit Stoffeinträge, Phosphor, Nitrat, Stickstoff – all das müssen wir diskutieren. Sie kaprizieren sich hier auf ein Feindbild, weil es sich, wenn es sich hinstellt und die Flügel breitmacht, anbietet, als solches auch wahrgenommen zu werden. Ich bin dafür, den Ausgleich zu suchen. Wir haben das breit diskutiert und deswegen wird die Verordnung auch novelliert im Sinne beider Seiten: im Sinne fischereiökologischer Interessen, im Sinne fischereiwirtschaftlicher Interessen auf der einen Seite und im Sinne naturschutzfachlicher Interessen auf der anderen Seite. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Wird nicht verlängert?)

Vizepräsidentin Jung:

Es liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Kann ich davon ausgehen, dass das Berichtersuchen zu Nummer 1 des Antrags erfüllt ist, oder erhebt sich Widerspruch? Das kann ich nicht erkennen. Es ist keine Fortsetzung des Sofortberichts im Ausschuss beantragt.

(Vizepräsidentin Jung)

Es ist Ausschussüberweisung an den Ausschuss für Umwelt, Energie und Naturschutz beantragt. Wer dem zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Koalitionsfraktionen.

(Unruhe CDU)

Gegenstimmen? Die kommen von den Fraktionen der CDU und der AfD.

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Das könnt ihr doch nicht wollen!)

Meine Damen und Herren, damit ist die Ausschussüberweisung zu Nummer II des Antrags beschlossen.

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Ihr habt die Angler im Stich gelassen; das muss man zur Kenntnis nehmen!)

Ich frage jetzt: Die Ausschussüberweisung an den Ausschuss für Infrastruktur und Landwirtschaft ist damit erledigt, Herr Primas? Gut.

Dann schließe ich diesen Tagesordnungspunkt und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 26**

**Einspruch des Abgeordneten
Brandner (AfD) gemäß § 37
Abs. 7 Satz 1 GO**

Mit Schreiben vom 4. Oktober 2016 legte Abgeordneter Brandner gemäß § 37 Abs. 7 Satz 1 der Geschäftsordnung Einspruch gegen eine Ordnungsmaßnahme in der 64. Plenarsitzung am 30. September 2016 ein.

(Unruhe im Hause)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie wirklich noch etwas um Aufmerksamkeit.

Der Landtag hat nunmehr gemäß § 37 Abs. 7 Satz 3 der Geschäftsordnung über den Einspruch zu entscheiden, nachdem der Ältestenrat in seiner 31. Sitzung am 1. November 2016 dazu beraten hat. Der Einspruch des Abgeordneten Brandner liegt Ihnen in der Vorlage 6/1763 vor. Die Entscheidung des Landtags erfolgt gemäß § 37 Abs. 7 Satz 3 der Geschäftsordnung ohne Aussprache. Daher kommen wir sofort zur Abstimmung über den Einspruch.

Wer stimmt dafür, dem Einspruch stattzugeben? Das sind die Stimmen der Fraktion der AfD. Gegenstimmen? Das sind die von den Koalitionsfraktionen und der Fraktion der CDU. Wer enthält sich der Stimme? Das kann ich nicht erkennen. Damit ist

dem Einspruch nicht stattgegeben und ich schließe diesen Tagesordnungspunkt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 27**

**Einspruch des Abgeordneten
Brandner (AfD) gemäß § 37
Abs. 7 Satz 1 GO**

Mit Schreiben vom 4. Oktober 2016 legte Abgeordneter Brandner gemäß § 37 Abs. 7 Satz 1 der Geschäftsordnung Einspruch gegen eine Ordnungsmaßnahme in der 63. Plenarsitzung am 29. September 2016 ein. Der Landtag hat nunmehr gemäß § 37 Abs. 7 Satz 3 der Geschäftsordnung über den Einspruch zu entscheiden, nachdem der Ältestenrat in seiner 31. Sitzung am 1. November 2016 dazu beraten hat. Der Einspruch des Abgeordneten Brandner liegt Ihnen in der Vorlage 6/1764 vor. Die Entscheidung des Landtags erfolgt, wie vorangegangen, ohne Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer stimmt dafür, dem Einspruch stattzugeben? Das sind die Stimmen der Fraktion der AfD. Gegenstimmen? Das sind die Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der CDU. Enthält sich jemand der Stimme? Das kann ich nicht erkennen. Damit ist dem Einspruch nicht stattgegeben und ich schließe diesen Tagesordnungspunkt.

Bevor ich Sie aus der Plenarsitzung entlasse, erteile ich dem Abgeordneten Kuschel für die Bezeichnung der Abgeordneten Tasch am gestrigen Tag im Rahmen des Aufrufs einer Mündlichen Anfrage als „Kalaschnikow des Eichsfelds“ einen Ordnungsruf.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Zu Recht!)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Das ist eine Sauerei!)

Damit schließe ich die Plenarsitzung und wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg.

Ende: 19.31 Uhr